Julia Fürwitt

KRISEN, KOLLEKTIVE UND POLITISCHER DISKURS

Krisenbedingte Dynamisierungen in Spanien seit 2010



[transcript] Edition Kulturwissenschaft

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY

Julia Fürwitt
Krisen, Kollektive und politischer Diskurs

Edition Kulturwissenschaft | Band 272

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Für Ruth und Hans Fürwitt

Julia Fürwitt, geb. 1991, ist als Referentin in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats tätig und arbeitete mehrere Jahre in der Gruppe für Internationale Zusammenarbeit bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Sie hat an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf Romanistik und Kunstgeschichte studiert und im Fach Romanistik promoviert.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Julia Fürwitt

Krisen, Kollektive und politischer Diskurs

Krisenbedingte Dynamisierungen in Spanien seit 2010

[transcript]

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

D61

Die vorliegende Studie wurde unter dem Titel »Politischer Diskurs und Wissen als Kollektivproduktion: Dynamisierung in Krisenzeiten am Beispiel Spaniens« als Dissertationsschrift an der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf eingereicht.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.
(Lizenztext: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de)
Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld
© Julia Fürwitt

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld
Umschlagabbildung: »Marcamos la diferencia« von Sigrid Zitz (2022)
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-6207-8
PDF-ISBN 978-3-8394-6207-2
https://doi.org/10.14361/9783839462072
Buchreihen-ISSN: 2702-8968
Buchreihen-eISSN: 2702-8976

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *https://www.transcript-verlag.de*
Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter *www.transcript-verlag.de/vorschau-download*

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Inhalt

Vorwort 7

Tabellenverzeichnis 9

Einleitung 11

I. Wissen, Diskurs und kollektive Akteure 21
1. Wissensverhältnisse und Prozesse der Diskursbildung (Foucault) 21
   1.1 Wissen und Diskurs: Formierung gesellschaftlicher Realitäten 25
   1.2 Zum machtpolitischen Potenzial 29
2. Wissensverhältnisse, Diskurse und Akteure – materielle Praktiken (Latour) 38
   2.1 Realisierungs- und Produktionsbedingungen von Wissen 42
   2.2 Wissensverhältnisse als Interessennetzwerk 45
   2.3 Überwindung von Binarität: Für ein neues (Wissens-)Kollektiv 50
3. Foucault und Latour zusammendenken: Das analytische Vorgehen 53
   3.1 Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) 55
   3.2 Kritische Diskursanalyse (KDA) 58
   3.3 Diskursanalytischer Ansatz 59

II. Politische Diskursproduktion in Krisenzeiten 61
1. Das Paradigma der Krise und verschiedene Typisierungen 62
   1.1 Wirtschaftliche Krisen und politische Krisen 66
   1.2 Krise und Diskurs: Interdependenzen 72
2. Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise (2010) 74
   2.1 Wirtschaftspolitische Hintergründe 75
   2.2 Bankencrash, drohende Staatspleiten und Rettungsmaßnahmen 81
   2.3 Austeritätspolitik und das europäische Solidaritätsprinzip 87

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3. Zur Situation in Spanien (2008-2015) 91
3.1 Krisenentwicklung und politische Entscheidungen 92
3.2 Ökonomische und soziale Auswirkungen 96
3.3 Umbrüche und Neuordnung der Parteienlandschaft 101

III. Dynamiken und Akteure der politischen Diskursproduktion 105
1. Erste Erschütterung der Diskursverhältnisse (2011) 115
1.1 Politische Akteure (PP, PSOE) und die Krisenrealität 116
1.2 Soziale Proteste und ihre Auswirkungen 122
2. Dynamisierung des Diskurses (2014) 128
2.1 Podemos als neuer Akteur 129
2.2 Reaktionen der etablierten politischen Kollektive 133
3. Modifikationen des Diskurses (2015) 137
3.1 Kollektivinszenierung und Krisensituation 138
3.2 Institutionalisierung von Podemos 143
4. (Politische) Kollektive in Bewegung 152
4.1 Repräsentation: Verhandlung und Inszenierung 153
4.2 Diskursproduktion: Machtstrategien und Legitimationsfolien 158
4.3 Dynamisierung: Neuordnung des politischen Raums 163
4.4 Der politische Raum und seine Akteure: Eine Zustandsanalyse 168

IV. Multiverse Kollektive? 173
1. Krisenbedingte Dynamisierungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik (Finanz- und Wirtschaftskrise, Corona-Pandemie) 173
2. Einrichtung des Oficina de Ciencia y Tecnología und Impulse der Corona-Pandemie 177
2.1 Diskursive Begründungslogiken 180
2.2 Entwicklungsschritt in Richtung eines multiversen Kollektivs? 186

V. Zusammenfassung und Fazit 191

VI. Bibliographie 197

Anlage 1: Korpus Politische Akteure 219

Anlage 2: Korpus Oficina de Ciencia y Tecnología 291

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vorwort

Auf dem Weg von den ersten Ideen bis zur Veröffentlichung dieser Forschungsarbeit haben mich viele Menschen begleitet. Für die stete Unterstützung, Ermutigung und Möglichkeit zur kritischen Reflektion und Diskussion bei diesem – nicht immer ganz einfachen – Entwicklungsprozess gilt mein aufrichtiger Dank in erster Linie meiner Doktormutter Professorin Dr. Vittoria Borsò. Ebenso danken möchte ich PD Dr. Vera Elisabeth Gerling für ihre Unterstützung und ihre wertvollen Anregungen zur Präzisierung und Strukturierung des Textes.

In gleichem Maße haben die Unterstützung und Motivation meiner Familie und Freunde sowie die oftmals durch sie bereiteten, ausgleichenden Momente der Leichtigkeit und Zerstreuung immens zur Durchführung des Projekts beigetragen. Ihnen – und besonders Christian Born, Jaqueline Fürwitt und Kathrin Andree – bin ich von Herzen dankbar.

Ebenso möchte ich an dieser Stelle Sigrid Zitz für ihre künstlerische Auseinandersetzung mit meiner Arbeit und ihre stete Begleitung, Unterstützung und kreative Bereicherung meines wissenschaftlichen Weges – vom Studienbeginn bis zum heutigen Tag – sehr danken. Nicht zuletzt bin ich auch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf für die großzügige Förderung dieser Publikation durch den Open-Access-Fonds der HHU sowie Katrin Herbon für ihr sorgfältiges Lektorat zu großem Dank verpflichtet.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Analyseschema für die Diskursanalyse (eigene Darstellung)..... 59
Tabelle 2: Deutungsmuster und Akteure (eigene Darstellung) 109
Tabelle 3: Quantitativer Textumfang der Deutungsmusterfilterung für PP, PSOE und Podemos (eigene Darstellung) 110
Tabelle 4: Darstellung des quantitativen Umfangs der Texte des Primärkorpus für PP, PSOE und Podemos (eigene Darstellung)..... 114
Tabelle 5: Quantitativer Textumfang des Korpus zum Oficina de Ciencia y Tecnología (eigene Darstellung) 180

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Einleitung

»De un día para otro uno de los bancos de inversiones más poderosos del mundo había dejado de existir. Lo que había valido mucho de pronto no valía nada. Y quienes había parecido que poseían un conocimiento tan profundo de la realidad […] resultaba que no sabían nada, que no habían anticipado el desastre […].«
Muñoz Molina 2013: 18

»Eines kann man sagen: So viel Wissen über unser Nichtwissen und über den Zwang, unter Unsicherheit zu handeln und leben zu müssen, gab es noch nie.«
Habermas zit.n. Schwering 2020

Krisen oder Krisenzeiten vermögen es durch die mit ihnen verbundenen Unwägbarkeiten und Materialisierungen von Neuem und Unbekanntem, gültige Referenzrahmen und gewohnte Ordnungsstrukturen infrage zu stellen. Teilweise machen sie eine Reformierung von Gesellschaften und ihren (systemischen) Strukturen und Referenznormen notwendig. In Krisenzeiten »treten Erfahrungsraum und Erwartungshorizont auseinander. Menschen erleben sich fortan in die Zukunftsoffenheit geschichtlicher Vorgänge gestellt, die weder absehbar noch festgelegt sind […]. [Krisenerfahrungen konfigurieren] […] das dadurch zum Vorschein kommende *Unverfügbare*« (Koschorke 2018: 27; Herv.i.O.). Es ist anzunehmen, dass hierdurch evozierte diskursive Ver-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

handlungsprozesse und Abgleiche von anderen Erfahrungen oder auch von neuem Wissen Spannungsverhältnisse unter verschiedenen (Interessens-)Akteuren[1] (z.B. aus Politik, Wirtschaft oder dem Sozialwesen allgemein) evozieren. So gilt es doch angesichts kritischer oder unsicherer Situationen zu hinterfragen, »wer im Besitz der nötigen Ressourcen [ist], um Definitionen gesellschaftlich zu etablieren beziehungsweise Neudefinitionen durchzusetzen« (Beck 2017: 129). Ziel der vorliegenden Arbeit ist es folglich, diese angenommenen Rekonfigurationen von Teilhabe und Einflussnahme für Prozesse der Kollektivbildung und Diskursgestaltung sowie die damit verbundenen Materialisierungen von (veränderten) Wissensverhältnissen in Krisenzeiten darzulegen. Um diese Wirkungs- und Veränderungsprozesse exemplarisch analysieren zu können, werden als gesellschaftliche Krisenszenarien die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise (2010) und sich hieraus ergebende Diskurs- und Kollektivmodifikationen auf Basis evozierter gesellschaftlicher Spannungen und Umbrüche diskutiert.

Die entwickelten Untersuchungsmethoden werden ebenfalls auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie angewendet und so auf einen anderen relevanten und hoch aktuellen Bezugsrahmen übertragen. Das einleitende Zitat von Jürgen Habermas verdeutlicht, in welcher Ausnahmesituation von globalem Maßstab sich die gegenwärtigen Gesellschaften der Welt seit Ausbruch der Corona-Pandemie 2019 befinden. Die Corona-Krise scheint zu einer der »am intensivsten kommentierten Krisen der Moderne« (Reckwitz 2020) zu avancieren. Schließlich hat sich das Virus bereits im März 2020 in fast allen Ländern der Welt ausgebreitet.

Die Corona-Pandemie jedoch lediglich auf ihre gesundheitliche Krisendimension zu reduzieren, würde zu kurz greifen. So lässt sich viel mehr »von einem ›Krisenbündel‹ ausgehen. Die aktuellen und noch zu erwartenden Folgen […] haben auch soziale, ökonomische, politische und psychische Auswirkungen« (Fathi 2020: 23). Unmittelbar prekär erwies sich die Lage – gesprochen für Europa – zu Beginn der Pandemie vor allem auch in den südeuropäischen Ländern. Zunächst war es Italien, anschließend aber auch Frankreich und Spanien, die gemessen an der Ausbreitung des Corona-Virus und den damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen besonders

1 Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit auf die zusätzliche Verwendung der weiblichen Form bzw. Markierungsweisen eines Geschlechterkontinuums verzichtet. Sofern Personengruppen bzw. Personenbezeichnungen genannt werden, sind stets alle Gender gemeint.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

betroffen waren. Dadurch entstanden neue Imbalancen und Konflikte innerhalb des EU-Gefüges und den zumindestens latent existenten Nord-Süd-Abhängigkeiten (vgl. Lang/Ondarza 2020), die sich bereits in der Europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 gezeigt hatten.[2]

Auch von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren Länder des südeuropäischen Raums wie Griechenland, Italien oder Spanien stark betroffen. Sie gerieten – auch aufgrund bereits bestehender systemischer Missverhältnisse und Schuldenlasten[3] – im Vergleich zu den nordeuropäischen Staaten zunehmend in (wirtschaftlich) prekäre Verhältnisse, die wiederum komplexe gesellschaftliche Spannungsverhältnisse und Veränderungsprozesse hervorriefen. Denn »[i]nsbesondere in den am stärksten von der Krise betroffenen Staaten […] kristallisierten sich strukturelle, institutionelle und alltägliche Krisen der Demokratie heraus« (Huke 2017: 19). Spanien kann hierbei als paradigmatisches Beispiel angeführt werden, da sich dort infolge der Eurokrise »das Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie verschärfte, während sich Momente der Aushöhlung und Abschottung der repräsentativdemokratischen Institutionen intensivierten« (ebd.: 23). Dies nicht zuletzt, weil sich in Spanien über die Proteste

2 Anders als im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 (Kapitel II) verständigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs im Sommer 2020 auf gemeinsame finanzielle Unterstützungsleistungen und eine kollektiv europäisch getragene Schuldenlast der Krise (vgl. Becker 2020). Neben der turnusmäßig notwendigen Neu-Einigung auf einen nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU mit einem Gesamtetat von 1,8 Billionen Euro verständigten sich die EU27 auch auf die Auflegung eines gemeinsamen, zusätzlichen Konjunkturpakets (Next Generation EU [NEGU]) in Höhe von 750 Milliarden Euro für die kommenden vier Jahre (vgl. Becker 2020). Die Mittel des NEGU sollten zuvorderst besonders stark von der Corona-Pandemie getroffenen Ländern zugutekommen, sind allerdings an die Ausarbeitung von »Aufbau- und Resilienzplänen mit […] Reform- und Investitionsvorhaben« (Becker 2020) gebunden.

3 So weist u.a. Illing (2017) auf die bereits vor der Krise existenten deutlichen Unterschiede und Abhängigkeiten mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit zwischen Ländern Nord- und Südeuropas und ihre wirtschaftssystemische Ausrichtung als Ursache für die Krisenentwicklung hin (vgl. Illing 2017: 15ff.). Da »die nordeuropäischen Staaten beständig exportieren und Südeuropa entsprechend importiert, enstehen Ungleichgewichte […]. Die nordeuropäischen Kernstaaten finanzieren mit ihren Einnahmen permanent Kredite, mit denen die südeuropäischen Krisenstaaten bei ihnen wieder einkaufen« (ebd.: 15). In Kapitel II werden diese Spannungsverhältnisse und der Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise auf europäischer Ebene detaillierter dargelegt.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der 15-M-Bewegung/Indignados[4] und die spätere Etablierung der Partei Podemos Kollektive formierten, die der etablierten (professionellen) Politik und ihren Diskurslinien entgegentraten (vgl. Balibar 2016: 191). Schließlich zeigten sich ausgehend von der ökonomischen Krisensituation und des politischen Umgangs innerhalb Spaniens »manifeste Legitimations- und Repräsentationskrisen und eine ›verhärtete‹ repräsentative Demokratie, die nur noch auf einen selektiven und fragmentierten gesellschaftlichen Konsens aufbauen konnte und daher zunehmend instabil und umkämpft wurde […]« (Huke 2017: 24).

Sowohl die Einschnitte durch die Sparmaßnahmen der wirtschaftlichen Krisenjahre als auch die sich hierüber entwickelnde (politische) Repräsentationskrise lassen durchaus den Rückschluss zu, dass sich Spanien nunmehr »seit einem Jahrzehnt im Krisenmodus befindet« (Kölling 2020: 4f.) und auch perspektivisch keine unmittelbare Befreiung aus diesem Zustand möglich ist. Krisen beziehungsweise die Überlagerung von verschiedenen Krisenzuständen sind hierbei für Spanien auch kulturgeschichtlich von besonderer Relevanz. So stellte unter anderem der Historiker Santos Juliá die These auf, Spanien habe – vom Beginn des 20. Jahrhunderts ausgehend – immer wieder verschiedene tiefgreifende Krisenmomente durchlebt[5]:

> »[T]al es precisamente lo que caracteriza el nuevo retroceso que ha sufrido la convivencia ciudadana en España desde la Gran Recesión, convirtiendo

4 Die Bezeichnung Indignados oder 15-M wird synonym für die bürgerlichen Protestbewegungen benutzt, die sich im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2011 in Spanien formierten. Hintergrund für die Bezeichnung Indignados ist der 2010 von Stéphane Hessel, einem ehemaligen Widerstandskämpfer der Résistance, veröffentlichte Essay *Indignez-Vous!*. In ihm ruft er die notleidende europäische Bevölkerung dazu auf, sich über wirtschaftspolitische Krisenauswirkungen zu empören und sich zu kollektiven Protestformationen zusammenzufinden (vgl. Kraushaar 2012: 50). In Spanien wurde hierfür der 15. Mai 2011 (15-M) als erster landesweiter Protesttag ausgewählt (vgl. ebd.). Gleichermaßen eröffnete »die Protestbewegung der indignados des 15-M […] die stärkste Welle sozialer Proteste in Spanien seit den 1970er Jahren« (Huke 2017: 16).

5 Als Krisenetappen können hier u.a. genannt werden: die Katastrophe von 1898 (Niederlage im spanisch-US-amerikanischen Krieg und Verlust Kubas als letzte spanische Überseekolonie) (vgl. Juliá 2019: 10), der Spanische Bürgerkrieg (1936-1939) (vgl. ebd.: 13) oder auch der Militärputschversuch 1981, der die junge spanische Demokratie vor eine erste Zerreißprobe stellte und u.a. auch eine erste Modernisierungsskepsis bzw. gesellschaftliche Unsicherheit auslöste (vgl. Bernecker 2018: 262ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> la historia de nuestro largo siglo XX en un proceso que va de un desastre a una crisis pasando por una guerra civil y una transición a la democracia no tan pacífica como sus promotores hubieran deseado, o sea, […] demasiados retrocesos.« (Juliá 2019: 18)

Was in diesem Zusammenhang – auch in Rückführung auf das einleitende Habermas-Zitat – konstatiert werden kann, ist, dass insbesondere die Krisenlage im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie die europäischen wie globalen Gesellschaften in besonderem Ausmaß dazu gezwungen hat, sich mit ihren Wissens- und Ordnungsgefügen auseinanderzusetzen. Schließlich wurde ihr Nicht-Wissen unmittelbar offenbar.

Neben der Analyse von im Zuge der Finanz- und Wirtschaftkrise ausgelösten Veränderungen des politischen Raums und der Diskursakteure in Spanien werden am Beispiel der Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* (Büro für Wissenschaft und Technologie, eigene Übersetzung) des spanischen Parlaments daher auch Veränderungstendenzen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik vor der Folie der Corona-Pandemie näher betrachtet. Vor dem Hintergrund der geschilderten Krisenszenarien und der damit verbundenen Dynamisierungspotenziale wird folglich vor allem der Frage nachgegangen, ob und wie sich Diskurse, Akteure und (kollektive) Wissensverhältnisse innerhalb des betrachteten Krisenzeitraums in Spanien reformiert und aktualisiert haben.

Für diese Untersuchung werden Fragen der Diskursbildung sowie damit verbundene relationale Prozesse der Macht- und Legitimationsverhandlungen nach Michel Foucault mit Prozessen der Akteurformierung, Kollektivbildung und Wissensvermittlung nach Bruno Latour verknüpft (Kapitel I). In Michel Foucaults Arbeiten zeigt sich vor allem die enge Verwobenheit von Machtdynamiken und Diskursgestaltungen auf Basis von epistemischen Prozessen sowie sich daraus ableitenden (biopolitischen) Reglementierungs-, Ordnungs- und Strategieprozessen. Subjekte und Dinge richten sich im Foucault'schen Denken an diskursiv codierten Prägefolien aus, die Ordnungs- und Steuerungsfunktionen der Gesellschaft respektive der Welt avisieren. Dies ist allerdings immer als dynamischer Prozess zu verstehen, in dem Subjekt und Objekt sich wechselseitig herausfordern können. Gleichermaßen konstituiert sich das Foucault'sche Subjekt in einem komplexen Machtgefüge, das sowohl die Subjektausrichtung innerhalb der Machtverhältnisse als auch die Einflussnahme von Macht bzw. von Regierungsweisen auf das Subjekt umfasst. Es handelt sich um eine doppelte Subjektivierung.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

An diesem Punkt ist ein Unterbau der macht- und diskurstheoretischen Analyse durch eine Hinwendung zur Latour'schen Auffassung von Kollektivbildung und Akteurtheorie sinnvoll. So geht Latour von einem allgegenwärtigen Zusammenwirken aller Entitäten der Welt aus, die in ständigen Überlagerungsprozessen Realitäten und sozial kodiert handelnde Kollektive ausdifferenzieren. Jedes Rollenverhältnis kann jederzeit getauscht und aktualisiert werden. Die Dinge sind absolut gleichberechtigt und nicht erst unter menschlichem Blick in Form einer wechselseitig-symmetrischen Beziehungsdynamik wirksam.

Durch das Zusammendenken beider Ansätze können sowohl der diskursiv-machtpolitische Rahmen von und für Diskurs-, Handlungs- und Wissenspotenzialitäten von Entitäten als auch ein vollständiges, sich stets aktualisierendes Akteursspektrum sowie damit verbundene Performanz- und Materialisierungsweisen mitgedacht werden. In der Folge können Dynamisierungsweisen oder Re-Konfigurationen von gesellschaftlichen Diskurs- und Wissensverhältnissen sowie Akteursformierungen und Kollektivkompositionen dargelegt werden. Auf Basis dieses theoretischen Rahmens wird ein Diskursanalysemodell erarbeitet, das sich in seinem grundsätzlichen Vorgehen zwischen einer wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) sowie einer Kritischen Diskursanalyse (KDA) verorten lässt (Kapitel I). Ergänzend zu diesen theoretischen Grundlagen wird in den Begriff Krise als Momentum des Anreizes und der Katalyse gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und Diskursverhandlungen eingeführt (Kapitel II).

Um die Anwendbarkeit der theoretischen Hypothesen und des entwickelten diskursanalytischen Modells praktisch zu prüfen, werden im analytischen Teil zunächst der politische Raum und die krisenbedingte (Re-)Formation politischer Diskursproduktion, der Akteure bzw. Kollektive und Wissensverhältnisse in Spanien betrachtet (Kapitel III). Hierbei wird ein besonderer Fokus auf drei wirtschaftlich wie gesellschaftlich krisenrelevante Jahre gelegt, um die Entwicklungs- und Legitimationsprozesse rund um politische Diskurs- und Kollektivverhandlungen im Kontext der Auswirkungen der wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Krisenzeit veranschaulichen zu können: die Wahljahre 2011, 2014 und 2015. In diesen exponierten Zeiträumen etablierten sich mit der Bewegung des 15-M und dem Parteikollektiv Podemos ›andere‹ Akteurs-/Repräsentationsinstanzen in der spanischen Gesellschaft, die sich in den gesellschaftspolitischen Diskurs einbrachten.

Diese neuen Impulse werden zu der diskursiven Krisen- und politischen Akteurskonzeption der beiden führenden spanischen (Regierungs-)Parteien –

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der *Partido Popular* (PP) sowie der *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) – in Bezug gesetzt, um Spannungs- und Störimpulse sowie Veränderungspotenziale aufzuzeigen. Hierdurch können diskursive wie kollektive Entwicklungen der Verhandlung und Reaktionen auf Materialisierungsweisen der Krisensituation und verschiedener, widersinniger Gegenstimmen vergleichend, über die Jahre der akuten Krisenphase hinweg, dargelegt werden. Anschließend werden diese zu den Theoremen Foucaults und Latours sowie zu politischen Folgeentwicklungen in Spanien in Bezug gesetzt. Ein Vorgehen, das auch angesichts der im Rahmen der Corona-Pandemie zunehmend entstehenden Protestformationen und diskursiven Impulse eines ›Gegen-Wissens‹ von besonderer Aktualität ist.[6]

Darüber hinaus werden sich bereits abzeichnende Ausdifferenzierungen des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in Spanien erläutert und eine mögliche Krisenindiziertheit geprüft. Die analytische Methodik wird auch hier für die Auseinandersetzung mit Diskursverhandlungen verschiedener Kollektive bzw. Diskursakteure mit Blick auf die Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* angewendet (Kapitel IV). Auf diese Weise kann sowohl die vielfältige Nutzbarkeit des theoretisch-methodischen Ansatzes aufgezeigt als auch eine sich abzeichnende Dynamisierung in der Rückkopplung wissenschaftlichen Wissens für die spanische Politik dargelegt werden.

Mit Blick auf den Forschungsstand kann konstatiert werden, dass sich bereits fundiert – oftmals aus wirtschafts-, sozial- und politikwissenschaftlicher Sicht – mit den politisch-repräsentativen Veränderungen innerhalb Spaniens im Zuge der Wirtschaftskrise auseinandergesetzt wurde (vgl. u.a. Chislett 2016, Bernecker/Iñiguez Hernández/Maihold 2009, Illing 2017, Nohlen/Kölling 2020, Sotelo 2014). Auch die neuen Bewegungen und Politikformationen (15-M, Podemos) standen dabei im Fokus, beispielsweise bezogen auf die soziale Profilgebung der Akteure und ihrer Motivationen oder das veränderte Wahlverhalten der spanischen Gesellschaft. Exemplarisch kann hierbei auf Huke (2017), Torcal (2018a), Pereira-Zazo/Torres (2019) oder auch Fernández-Albertos (2015) verwiesen werden.

6 Für Deutschland können die Protestimpulse der sogenannten Querdenker-Bewegung angeführt werden (vgl. Pantenburg/Reichardt/Sepp 2021 mit einer exemplarischen Analyse für die Querdenkerszene in Konstanz). Doch auch in anderen Ländern Europas formierten sich seit 2021 vermehrt öffentliche und teilweise gewaltvolle Proteste gegen die Corona-Politik der jeweiligen Regierungsakteure (vgl. u.a. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ebenfalls komparativ wurden bereits verschiedene internationale Protestbewegungen untersucht, die ihren Ausgangspunkt rund um die Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 hatten. Auch die Protestformationen in Spanien wurden in diese Analysen einbezogen (siehe u.a. Kraushaar 2012, Steidinger 2015). In ähnlicher Art und Weise befassten sich verschiedene Autoren bereits mit der politischen und personellen Entwicklung des 15-M und der neuen spanischen Linkspartei Podemos (vgl. u.a. López 2018, Nez 2015, Álvarez Tardío/Redondo Rodelas 2019a), zum Beispiel vor dem Hintergrund der Populismustheorie nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (vgl. Passeick 2018, Zelik 2015).[7] Ebenfalls finden sich in der Forschung bereits erste Auseinandersetzungen, die sich mit politischen Kommunikationsstrategien und der Diskursführung im angesprochenen Krisenzeitraum für Spanien befassen, allerdings vornehmlich bezogen auf einzelparteiliche Entwicklungen unter anderem bei Podemos (vgl. Mateo Regueiro 2015/Álvarez Tardío/Redondo Rodelas 2019) oder mit Fokus auf Kommunikationsstrategien der krisenbezogenen Reformvermittlung der PP in ihrer Funktion als Regierungspartei im innereuropäischen Vergleich (vgl. König 2016).

Auch für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in Spanien und Veränderungen im Zusammenhang mit den genannten Krisenkontexten liegen bereits erste Arbeiten vor. Diese legen ihren Fokus allerdings vor allem auf defizitäre wissenschaftssystemische Entwicklungen der vergangenen Jahre (vgl. u.a. Núñez 2013, Hernandez Sandoic 2009). Mit Blick auf die Corona-Pandemie gibt es ebenfalls erste Aufarbeitungen für sozialgesellschaftliche Entwicklungen in Spanien (vgl. u.a. Kölling 2020, Tapia/Bouza 2020), sowie bezüglich politischer Handlungs- und Kommunikationsweisen und kritischer Reflektionen zur Informations- und Wissensentwicklung (vgl. u.a. García 2020, Reniu et al. 2020). Der Diskurs rund um die Implementierung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* wurde bisher jedoch noch nicht dezidiert in den Blick genommen, sodass die nachfolgende Auseinandersetzung eine erste Annäherung an die Aufarbeitung dieser Entwicklung darstellt.

Insgesamt baut die Untersuchung mit Blick auf politische wie wissenspolitische Entwicklungen in Spanien folglich auf einem bereits vielfältig bearbeiteten und ausdifferenzierten Forschungsfeld auf. Letztlich unternimmt die vorliegende Arbeit in ihrem Anliegen, die Potenzialität von Krisen als Katalysemomente für Ordnungsbrüche und als Möglichkeitsräume für Neuver-

7 Teilweise sogar in selbstreflexionalen theoretischen Werken von Vertretern des Podemos-Kollektivs (vgl. Errejón/Mouffe 2015).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

handlungen von Diskursverhältnissen und von gesellschaftlichen (repräsentativen) Kollektiven anzunehmen jedoch den Versuch einer umfassenderen Einordnung und Erläuterung der Dynamisierungen innerhalb der europäischen – bzw. im konkreten der spanischen – Gesellschaft in den vergangenen Jahren.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

I. Wissen, Diskurs und kollektive Akteure

Für die angestrebte Analyse werden Fragen der Diskurs- und Wissensbildung sowie damit verbundene, relationale Prozesse von Macht-/Ordnungsverhandlungen nach Michel Foucault mit Prozessen der Akteurs-/(Wissens-)Kollektivbildung nach Bruno Latour verknüpft. Nachfolgend werden die jeweiligen theoretischen Ansätze und Annahmen erläutert.

1. Wissensverhältnisse und Prozesse der Diskursbildung (Foucault)

Wissen und seine Konstitutionsprozesse gelten als zentrales Thema der Arbeiten Michel Foucaults. In seinen verschiedenen Abhandlungen entwickelt er über eine genealogisch-historische Auseinandersetzung mit dem Begriff Wissen und seiner Bedeutung für die abendländische Kultur (vgl. Foucault 1966, 2012) schließlich auch eine funktionelle Erweiterung von Wissen im Sinne eines gesellschaftlich konstitutiven Elements, das zentral für damit verbundene diskursive und darüber formierte soziale Praktiken ist.

Zuvorderst weist er darauf hin, Wissen sei im klassischen Sinne als ordnungsstiftendes Element anzusehen. Es beruhe auf Mechanismen der Perzeption und Klassierung sowie letztlich der Kategorisierung über Differenzen:

> »Le semblable, après s'être analysé selon l'unité et les rapports d'égalité ou d'inégalité, s'analyse selon l'identité évidente et les différences […]. Cependant cet ordre ou comparaison généralisée ne s'établit que d'après l'enchaînement dans la connaissance; le caractère absolu qu'on reconnaît à ce qui est simple ne concerne pas l'être de choses mais bien la manière dont elles peuvent être connues.« (Foucault 1966: 68)

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Grundlage für diese Ordnungsfunktion ist die Annahme eines binären Analyse- beziehungsweise Perzeptionsmodells, das auf einer dichotomen Klassierung des ›Eigenen‹ und ›Fremden‹ im Sinne einer Differenzanalyse beruht. Sie stellt nach Foucault das vorherrschende Modell der klassischen Wissensgewinnung und Erkenntnisbildung dar (vgl. ebd.: 68ff.). Daraus resultiert folglich die Vorstellung, Wissen könne in klaren, begrenzenden hierarchischen Strukturen geordnet und dargestellt werden. Ein probates Modell dieses Ordnungssystems von Wissen und Erkenntnis seien beispielsweise Taxonomien (vgl. ebd.: 72). Gleichermaßen würden diese Klassierungsentwürfe im Zusammenhang mit der Grundannahme einer klassisch-universellen Ordnung stehen, die alle Erkenntnis und letztlich alles Denken und alle Dinge in der westlichen Welt strukturiert:

> »Ainsi sont apparues la grammaire générale, l'histoire naturelle […]; et toutes ces empiricités […] n'ont pu se constituer sans le rapport que toute l'épistémè de la culture occidentale a entretenu alors avec une science universelle de l'ordre.« (Ebd.: 71)

Erst in der Neuzeit macht Foucault Tendenzen aus, die dieses binäre Verständnis von Wissen aufbrechen. Es kommt zu Ausdifferenzierungen in verschiedenen Wissensgebieten und in der funktionalen Wertigkeit von Wissen im Sinne eines Epistems (vgl. Borsò 1998: 164). Mittels des Begriffs Epistem ergänzt Foucault die ordnende Funktion von Wissens- und Erkenntnisprozessen um die potenzielle Wirkkraft, die diese auch für die Gesellschaft als solche entfalten können. Nach Foucault diene Wissen in diesem Sinne als Ausgangspunkt für die Bildung von Diskursen und – im Falle seiner institutionellen Multiplikation – gleichermaßen als Ursprung für die Neuverhandlung von daran orientierten sozialen Praktiken und gesellschaftlichen Auffassungen. So fußt der

> »volonté de vérité […] sur un support institutionnel: elle est à la fois renforcée et reconduite par toute une épaisseur de pratiques […]. Mais elle est reconduite aussi, plus profondément sans doute par la manière dont le savoir est mis en œuvre dans une société, dont il est valorisé, distribué, réparti et en quelque sorte attribué.« (Foucault 1971: 19f.)

Die damit verbundenen gesellschaftlich codierten (Deutungs-)Muster, die Foucault durch das Einwirken von Wissen auf Diskursbildung aufkommen sieht, können gleichzeitig als paradigmatisch für vorherrschende Denksysteme einer Gesellschaft und damit verbundene Möglichkeiten der Sicht- und

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sagbarkeit verstanden werden (vgl. Gehring 2004: 39). Die Positivitäten, auf denen Denksysteme und damit verbundene Weisen der Sicht- und Sagbarkeit gründen, stellen jedoch keine festen und unveränderlichen Statuten dar. Vielmehr setzt im Foucault'schen Sinne »*[e]ine* Ordnung […] mit gewissen Stabilitäten auch den Raum für gewisse Transformationen« (Seitter 1974: 160; Herv.i.O.) voraus.

Das Transformationspotenzial des Gegebenen schwingt in jedem Gedachten, Gesagten und Erkannten als Prozess mit, weil immer auch das Nicht-Gedachte, Nicht-Gesagte, Nicht-Erkannte anwesend ist. Als ›Denken des Außen‹ wirkt es subversiv und fordert nicht nur gegenwärtige Erkenntnisse, sondern mitunter auch das gesamte diskursiv codierte Regelwerk einer Zeit oder Gesellschaft heraus. Foucault betrachtet das ›Außen des Innen‹ oder auch das ›Andere der Erkenntnis‹ jedoch nicht als beschränkende Grenze, sondern als produktiv-herausfordernde Möglichkeit, die eigenen Erkenntnisse und Wahrnehmungsschemata zu begreifen, »[pour] afin […] être libre pour un commencement – qui est une pure origine puisqu'il n'a que lui-même et le vide pour principe« (Foucault [1966] 1994: 523).[1] Denn in der Erfahrbarkeit der Begrenzung des eigenen Wissens- und Erfahrungshorizonts durch eine – wenn auch subversiv mitschwingende – Potenzialität des Anderen kann das angesprochene Transformations- und Transgressionspotenzial des bestehenden Kanons an Wissensbeständen erst katalysiert werden:

> »À partir du moment, en effet, où le discours cesse de suivre la pente d'une pensée qui s'intériorise et, s'adressant à l'être même du langage, retourne la pensée vers le dehors, il est aussi bien et d'un seul tenant: récit méticuleux d'expériences, de rencontres, de signes improbables […] –

1 Eine entscheidende Funktion zur Sichtbarmachung und Verwirrung der eigenen (kulturellen) Wissens- und Perzeptionsgrenzen schreibt Foucault der Literatur zu. Am Beispiel des argentinischen Schriftstellers Jorge Luis Borges und dessen chinesischer Taxonomie, die in der Erzählung *El idioma analítico de John Wilkins* genannt wird, führt er diese Annahme aus. In der Erzählung werde das der westlichen Kultur elementare Instrument der Taxonomie als Instrument der Wissensklassifizierung und Kategorisierung durch die Vermischung von fantastischen und realen Verhaltensmerkmalen zur Klassierung von Tieren radikal entfremdet (vgl. Foucault 1966: 7). So vermag es die Literatur, Unmöglichkeiten des *eigenen* Denkens oder – positiv formuliert – Möglichkeitsräume bzw. Potenzialitäten eines ›anderen‹ Denkens aufzuzeigen: »Dans l'émerveillement de cette taxinomie, […] ce qui […] nous es indiqué comme le charme exotique d'une autre pensée, c'est la limite de la nôtre: l'impossibilité nue de penser cela.« (Ebd: 7)

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> écoute non pas tellement de ce qui s'est prononcé en lui, mais du vide qui circule entre ses mots, du murmure qui ne cesse de le défaire, discours sur le non-discours de tout langage, fiction de l'espace invisible où il apparaît.« (Ebd.: 525)

Im Zuge dieser Überlegungen verschieben sich Funktion und Rolle des Subjekts im Wissensbildungsprozess. So sieht Foucault das Subjekt nicht mehr als zentrale Ordnungsinstanz, die die Objekte um es herum souverän hierarchisiert und klassifiziert. Stattdessen werde es zu einem gleichwertigen Bestandteil eben dieses Erfahrungs- und Ordnungsprozesses. Nach Walter Seitter hat »die Beziehung zwischen Subjekt und Objekt […] nicht mehr die Form Individuum-Wahrheit, vielmehr bilde das sprechende Subjekt einen Teil aller Äußerungen, die einmal gemacht worden sind« (Seitter 1974: 142). Wissensprozesse werden folglich nicht von einem souveränen Erkenntnissubjekt geleitet, sondern sind als Zusammenspiel verschiedener Mechanismen zu verstehen, die auf einem ganzen System diskursiver Praktiken gründen. Sie sind somit nicht natürlich begründ-, sondern stets aus- und verhandelbar (vgl. ebd.: 147), da die Prozesse der Wissensbildung subversiv an vorgegebene Kategorien und intrinsische Logiken einer bestimmten Zeit und Gesellschaft gebunden beziehungsweise nur durch sie möglich sind.

Diese apriorischen Muster, die Erfahrungen im Wissensprozess leiten, »fungieren als das, von wo aus *wirkliche* Erkenntnisse und Wissen, Erkenntnisse und Wissen mit Wirklichkeitswert möglich sind« (Gehring 2004: 39; Herv.i.O.). Artikulierte Positivitäten zu analysieren, »c'est montrer selon quelles règles une pratique discursive peut former des groupes d'objets, des ensembles d'énonciations, des jeux de concepts, des séries de choix théoriques« (Foucault 1969: 237). Das Subjekt ist somit nach Foucault ebenso in relative Aushandlungsprozesse seiner Wahrnehmungsmuster und eines darüber erkenn- und artikulierbaren Wissens gebunden, wie die Prozesse und Objekte, anhand derer Kategorisierungen und Erkenntnisprozesse vollzogen und letztlich Realitäten konstruiert werden. Insbesondere diese gesellschaftshistorisch immanente Prägewirkung von Wissen, Subjekt und Diskurs hebt beispielsweise auch Karen Barad als Verdienst der diskursanalytischen Arbeiten Michel Foucaults hervor[2]:

2 Zwar sieht Karen Barad in Foucaults diskursanalytischen und epistemischen Arbeiten einige wertvolle Grundlagen, kritisiert allerdings im Sinne des *New Materialism*, dass seine Annahmen auf Basis einer Vorstellung der Welt bzw. der Materie als bloßer Verfügungsmasse beruhen, anstelle ein eigenes Potenzial als Entität anzunehmen (vgl.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »Der Diskurs ist nicht das, was gesagt wird; er ist das, was dasjenige, das gesagt werden kann, einschränkt und ermöglicht. […] Foucault zufolge sind Diskurspraktiken die örtlichen, sozialgeschichtlichen, materiellen Bedingungen, die disziplinäre Erkenntnispraktiken […] ermöglichen und einschränken. Diskurspraktiken bringen Subjekte und Objekte der Erkenntnispraktiken hervor, anstatt sie nur zu beschreiben.« (Barad 2017: 597)

Der angedeutete reziproke Diskurs-Wissen-Komplex und die damit verbundene Rückkopplung an gesellschaftliche Realität werden im Folgenden differenzierter erläutert.

1.1 Wissen und Diskurs: Formierung gesellschaftlicher Realitäten

Wie bereits angedeutet, stellt Wissen als Epistem eine elementare Grundlage des gesellschaftlichen Systems dar und bildet dessen strukturellen und ideellen Ordnungsrahmen. Dieser kann im Foucault'schen Sinne allgemeiner unter den Begriff Diskurs gefasst werden. Er ist ein Ensemble von Aussagen oder Aussagemöglichkeiten, die zu einer bestimmten Zeit aufgrund bestimmter Gegebenheiten für eine Gesellschaft einen gültigen Deutungs- und Werterahmen darstellen (vgl. Foucault 1969: 153). In dieser Definition schwingt das bereits angesprochene Transformationspotenzial von Wissensverhältnissen mit. So sind Diskurse als historische Versatzstücke und niemals als ubiquitär gültige und unveränderliche Wahrheiten zu verstehen. Vielmehr sind sie nach Foucault kontingent und verhandelbar (vgl. ebd.).

Auch speist sich ihre Kraft nicht allein aus den sprachlichen Ausdrucksweisen, Realitätsbeschreibungen oder Verortungen, die sie ermöglichen. Die eigentliche Wirkkraft besteht vielmehr in ihrer qualitativen Potenzialität als epochal kulturell codierte Praktik, die zu einer gewissen Zeit gewisse Objekte und Realitäten formt:

> »[J]e voudrais montrer […] qu'en analysant les discours eux-mêmes, on voit se desserrer l'étreinte apparemment si forte des mots et des choses, et se dégager un ensemble de règles propres à la pratique discursive. Ces règles définissent non point l'existence muette d'une réalité, non point l'usage canonique d'vocabulaire, mais le régime des objets.« (Ebd.: 66)

Lemke 2017: 564f.). Auf diese Kritik wird im Abgleich des Foucault'schen Diskursbegriffs mit Bruno Latours Kollektiv- und Netzwerktheorie noch einmal eingegangen.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Diskurse sind zudem nicht als begrenzte Räume zu denken, sondern stehen mit verschiedenen Interessenlagen in einem relativen Austausch (vgl. ebd.: 96), nicht weil ihre inhaltlichen – und hierbei zuvorderst epistemischen – Strukturelemente aktualisiert und ›neu‹/›anders‹ gedacht werden können, sondern weil mögliche Bezugsfelder und Anknüpfungen steten Verhandlungen ausgesetzt sind. Durch neue Disziplinen oder äußere Einflüsse auf eine Gesellschaft können sich diskursive Systematiken auflösen oder verändern.

Eine das gesamte Denken Foucaults durchziehende Prämisse betrifft die Prinzipien Relationalität und Relativität. Sie bewirken, dass alle Wirklichkeitsgefüge im Spannungsfeld steter Aushandlungsprozesse stehen (vgl. Gehring 2004: 130). So müssen auch Diskurse »être traités comme des pratiques discontinues, qui se croisent, se jouxtent parfois, mais aussi bien s'ignorent ou s'excluent« (Foucault 1971: 54f.). In diesem Sinne erscheint die Welt an sich als nicht statisch determinierbar. Die Dinge und die sich durch sie ergebenden Beziehungen werden vielmehr durch bestimmte diskursiv verhandelte Deutungs- und Ordnungsschemata in einem bestimmten Raum, zu einer bestimmten Zeit, zu aktuell gegebenen Bedingungen und auf Basis von vorherrschenden (Denk-)Statuten deut- und verstehbar. Hierbei fungiert gerade die Produktion von neuem Wissen als Katalysator im Aushandlungsprozess eines (diskursiven) gesellschaftlichen Gefüges:

> »[U]n savoir, c'est aussi le champ de coordination et de subordination des énoncés où les concepts apparaissent, se définissent, s'appliquent et se transforment […] enfin un savoir se définit par des possibilités d'utilisation et d'appropriation offertes par le discours« (Foucault 1969: 238).

Auch wenn Foucault an dieser Stelle den Dingen eine potenzielle Wandelbarkeit zuspricht, hält er sie dennoch in ihrer Funktion als passive Objekte zurück. Sie sind dem Einfluss einer »regulativen Macht und der Diskurspraktiken« ausgesetzt. Damit bleibt der Diskurs »auf den Bereich menschlicher Sozialpraktiken beschränkt« (Barad 2017: 595). Insbesondere Karen Barad kritisiert diese unzulängliche Auseinandersetzung mit der Materialität der Dinge und der Anerkennung ihrer Wirkfähigkeit als Schwachstelle Foucault'scher und auch anderer poststrukturalistischer Theoretiker (zum Beispiel Judith Butler).[3] Dieser Aspekt wird in der folgenden Zusammenführung der Fou-

3 Jede dieser Theorien – auch wenn sie paradoxerweise gerade eine Abkehr von humanistischen Universalansprüchen in Erkenntnisprozessen zu vollziehen versuchen – »setzt Dichotomien zwischen dem Menschlichen und dem Nicht-Menschlichen, zwi-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

cault'schen Annahmen mit den Theorien Bruno Latours zur Wirkmächtigtkeit der Dinge noch von Bedeutung sein.

Im Zusammenspiel von Wissen und Diskurs, das als repräsentativer und strukturierender Ausgangspunkt für die Produktion von Wirklichkeitsmustern einer Epoche anzusehen ist (vgl. Gehring 2004: 51), offenbart sich jedoch auch ein inhärentes machtpolitisches Potenzial. Basis hierfür ist die Annahme einer unauflösbaren Rückkopplung zwischen Wissen und Diskurs, die eine Realitätsformierung mittels strukturierter und strukturierender Praktiken ermöglicht: »[I]l n'y a pas de savoir sans une pratique discursive définie; et tout pratique discursive peut se définir par le savoir qu'elle forme« (Foucault 1969: 238f.). Erweitert um diese Funktionalität von Machtpraktiken können unter anderem institutionelle Diskurspraktiken nach Foucault unweigerlich als Aggregate aus Können und Wissen verstanden werden (vgl. Borsò 1998: 165). Denn die Mechanismen der positivistischen Konstruktionskraft des Wissens (und der Wissenschaften[4]), die sowohl das (Erkenntnis-)Subjekt als solches als auch potenzielle Diskursbildungsprozesse sowie ihre Multiplikation beeinflussen, sind zentraler Ausgangspunkt für die Konstruktion gesellschaftlicher Realitäten und ihrer Wirkungsweisen. So zeigen »Entstehungsbedingungen des [Diskurs-]Ereignisses […] auch die Bedingungen für ihr ausgrenzendes Tun, so dass mit der Positivität des Diskursereignisses auch die ausgrenzende Tätigkeit […] in den Blick kommt« (ebd.).

---

schen Natur und Kultur und zwischen der Gesellschaft und der Naturwissenschaft voraus. Keiner geht soweit, Menschen und Nicht-Menschen in ihrer wechselseitigen Konstitution zu verstehen […]« (Barad 2017: 632f.).

4 Foucault versteht auch Wissenschaft bzw. wissenschaftliche Disziplinen als diskursive Teilelemente, die in einer Art Mimikry die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse der vorherrschenden Diskurse als solche für die Entwicklung ihrer eigenen Disziplinen spiegeln (vgl. Foucault 1969: 234). In diesem Sinne kann Wissenschaft als diskursive Praktik verstanden werden, die elementar auf die Formierung gesellschaftlicher Realitäten bzw. deren Neuordnung und Aushandlung rückwirken kann. Foucault sieht dies immer dann gegeben, wenn wissenschaftliche Erkenntnis die Schwelle der Epistemologisierung überschreitet und somit von ihrer theoretischen Wissensbasis in praktische Realität rückwirkt, sich in diesem Sinne formalisiert (vgl. Foucault 2008: 314f.). Wissenschaft und die mit ihr verbundenen Erkenntnisse können somit die formenden Wirklichkeitsmuster einer Gesellschaft sowohl festigen als auch gegebenenfalls unterminieren und aktualisieren. Ihr Machtpotenzial wird deutlich, insofern sie »auf exklusive Weise redselige Ordnungen [sind], Ordnungen einer letztlich immer aussageförmigen ›Wahrheit‹ – einer Wahrheit, die jedoch eben deshalb auf einer Fülle von Ausschließungs- und Vergewisserungstechniken beruht« (Gehring 2004: 47).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gerade in dieser ordnungsstiftenden Funktion – Gewinnung von Wissen und Zuschreibung von Positivitäten – ist das Machtpotenzial des Diskurses angesiedelt und wird durch die mit ihm verbundenen Mechanismen der Kontrolle, Selektion, Organisation und Kanalisierung materialisiert (vgl. Foucault 1992: 11). Grundlegend für die Funktionsweise ist jedoch eine kollektive Akzeptanz der diskursiven Statuten, sprich eine »reconnaissance des mêmes vérités et l'acceptation d'une certaine règle – plus ou moins souple – de conformité avec les discours validés« (Foucault 1971: 44). Diese Akzeptanz und Übereinstimmung ist allerdings auch dem Foucault'schen Dynamisierungsparadigma[5] unterworfen: Es stellt ein vorherrschendes Sag- und Sichtbarkeitsschema dar, das jedoch – wie bereits eingangs erwähnt – stets durch Potenzialitäten eines ›anderen‹ Denkens herausgefordert werden kann (vgl. Foucault 1992: 32). In dieser steten Herausforderung kann letztlich auch die Grundlage der produktiven Reizung diskursiver Praktiken durch ›anderes‹ Wissen und damit verbundene Erkenntnis gesehen werden. Sie steht immer im Aushandlungsprozess mit der etablierten Ordnung und kann gegebenenfalls erst verzögert in die Aktualisierung der Kontroll- und Perzeptionsschemata einer Zeit einwirken (vgl. ebd.: 25).[6] In dieser Hinsicht

> »gleicht jede Aussageordnung auch einem elektrisch geladenen Feld: Sie ist ein Kräftefeld, eine Struktur, die aus Kämpfen resultiert und die umkämpft bleibt […]. Genau daraus resultiert die eigentümliche Spannung, die dem

5 In diesem Veränderungspotenzial und dem prozessualen Zusammenwirken kann an Bruno Latours Annahmen angeschlossen werden. So liegen Latours Überlegungen zur steten Veränderungsfähigkeit von Akteuren durch potenzielle Einwirkungen und darüber veränderte Handlungsprogrammatiken ebenfalls ein hohes Maß von Dynamisierungstendenzen zugrunde (vgl. Schulz-Schaeffer 2017: 276). Allerdings nicht erst durch menschliche Be-/Zuschreibung, sondern bereits im prozessualen Werden bzw. Interagieren der menschlichen wie dinglichen Akteure selbst. Dieser Zusammenhang wird bei den späteren Erläuterungen zur Akteur-Netzwerk-Theorie noch einmal detailliert beschrieben.

6 Dies gilt gleichermaßen für neue Erkenntnisse der Wissenschaft, wie Foucault am Beispiel von Mendel zeigt (vgl. Foucault 1992: 25). Wissenschaft ist in ihrem Instrumentarium in ein Wissensfeld und ein bestimmtes diskursives Strukturgerüst einer Zeit eingebunden. Sie steht damit nicht nur intradisziplinär, sondern auch in Bezug auf das sie umgebende diskursive gesellschaftliche Setting in einem Aushandlungsprozess und Spannungsverhältnis (vgl. Gehring 2004: 47). Dadurch, wie Wissenschaft und Erkenntnis produziert werden, »[l]a science […] se localise dans un champ de savoir et elle y joue un rôle. Rôle qui varie selon les différentes formations discursives et qui se modifie avec leurs mutations« (Foucault: 1969: 241).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> Gesagten innewohnt […] – in einem sehr allgemeinen Sinne ist jedes Zeichen, indem es bestimmt und festlegt, jeder Sprechakt schon die ›Spur‹ von Macht.« (Gehring 2004: 110f.)

Diesem Nexus zwischen diskursivem Wissen und Macht als fundamentalem Begleitelement von Regierungs- und Steuerungsweisen soll im folgenden Kapitel – auch unter Einbezug des biopolitischen Paradigmas Foucaults – Rechnung getragen werden. Nicht zuletzt wird damit noch deutlicher gezeigt, inwiefern sich Wissen und Macht – insbesondere auch in ihrer (diskursiven) Institutionalisierung – gegenseitig bedingen, einander hervorbringen und steigern (vgl. ebd.: 111).

1.2 Zum machtpolitischen Potenzial

Die Bedeutung von Wissen und seine Entwicklung als machtpolitisches Dispositiv sind vor allem für die Regierungsweise des modernen Staates elementar, weil in den gegenwärtigen westlichen Gesellschaften nicht das Territorium, das von einer Regierung verwaltet wird, sondern die Bevölkerung, aus der sich der einzelne Staat zusammensetzt, zur zentralen Quelle von staatlichem Reichtum avanciert (vgl. Borsò 2013: 23). Somit werden Produktions- und Innovationskraft des Einzelnen zur fundamentalen Basis staatlicher Wettbewerbsfähigkeit, wird das vormals tauschende vom produzierenden Subjekt abgelöst (vgl. Marazzi 2013: 43).[7] Gleichermaßen wird dadurch auch der Wohlstand des Staates zunehmend zu einer Aufgabe der Individuen, die diesen Wohlstand bilden. Damit verbunden rückt die Bevölkerung oder besser die Sorge um die Bevölkerung als Kollektivkörper ins strategische Zentrum von

7 Marazzi begründet diesen Prozess mit einem systemischen Wandel, der sich verstärkt mit dem Einzug des Neoliberalismus in den modernen Gesellschaften vollzogen habe und der das Handlungsvermögen des Einzelnen sowie dessen Eigenverantwortlichkeit zur Maxime gesellschaftlicher Interaktion – vor allem mit Blick auf die Ökonomie – erhebe bzw. einfordere. Gleichzeitig agiere das Subjekt auf Basis kollektiver Praktiken, spiegele diese wider und multipliziere sie: »Dem Neoliberalismus liegt eine andere Vorstellung des *homo oeconomicus* zu Grunde […]. Er ist ein *Unternehmer seiner selbst*, der sich wie ein Einzelunternehmen verhält, Risiken trägt, indem er Investitionsentscheidungen trifft und Gewinn-Verlust-Rechnungen für den Einsatz seiner Ressourcen vornimmt. […] So gesehen trägt das neoliberale Wirtschaftssubjekt die gesamte Gesellschaft in sich.« (Marazzi 2013: 43; Herv.i.O.)

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Regierungspraktiken.[8] Das Machtgefüge einer zuvor primär selbstbezogenen souveränen Macht wird erheblich erweitert.[9] Ihr Machtanspruch und ihre Regierungsweise avisiert somit die Produktivität und damit letzten Endes das (wertschöpfende) Leben des Einzelnen als zentrale Ressource für die Bevölkerung. In diesem Sinne gilt:

> »Le bonheur des individus est une nécessité pour la survie et le développement de l'État. C'est une condition, un instrument, et non simplement une conséquence. Le bonheur des hommes devient un élément de la puissance de l'État.« (Foucault [1988] 1994: 824)

Genau diese Wandlung der Machtbedingungen ist es, die gleichzeitig eine Intensivierung staatlicher Maßnahmen der Rationalisierung und Ökonomisierung des Zusammenlebens ermöglicht beziehungsweise benötigt (vgl. Foucault 1997: 215). Letzten Endes verfolgen sie allerdings kein anderes Ziel, als

> »d'installer des mécanismes de sécurité autour de cet aléatoire qui est inhérent à une population d'être vivants, d'optimaliser […] en état de vie […] de prendre en compte la vie […] et d'assurer sur [lui] non pas une discipline, mais une régularisation« (ebd.: 219f.).

Die sich hierüber konstituierende Staatsräson löst jedoch den souveränen Anspruch ihrer Fürsorge – wenn auch ›für‹ statt ›über‹ das Individuum – nicht

---

8 Vgl. hierzu auch Borsò (2013: 23): »Während der Staat die Einheit der Bevölkerung im Visier hat und damit biopolitisch agiert, erfolgt das Regieren in der paradoxalen Form von Techniken des Selbstregierens, welche durch die Multiplikation der Kontrollinstanzen […] mit Prozessen der Kollektivierung zu rechnen haben.«

9 Im Unterschied zur Regierungsweise des modernen Staates steht der Souverän im machiavellischen Sinne an der Spitze eines Staates, ohne dass es einer besonderen Rechtfertigung oder Legitimierung bedarf (vgl. Foucault [1978] 1994: 637f.). Die Macht des Souveräns artikuliert sich vor allem in Bezug darauf, möglichst ökonomisch mit den Objekten, die von ihm regiert werden, umzugehen (vgl. ebd.: 642). Nicht die Qualität der Dinge, sondern vielmehr ihre Menge und Größe (z.B. Größe des Reiches) sind für das Ansehen des Souveräns entscheidend (vgl. ebd.: 643). Gleichzeitig – insbesondere in Fällen der Verteidigung seiner Macht – richtet sich die souveräne Macht an das Leben, allerdings nicht im Sinne seiner Produktivhaltung oder Gestaltung, sondern indem der Souverän das Leben des ihm unterstehenden Subjekts für seine (machtpolitischen) Zwecke einfordern kann: »L'effet du pouvoir souverain sur la vie n'excerce qu'à partir du moment où le souverain peut tuer. […] C'est le droit de faire mourir ou de laisser vivre« (Foucault 1997: 214).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf, sondern nutzt ihn vielmehr als Gelegenheit, um feinmaschiger und subversiver Kontroll- und Regulationsmechanismen zu etablieren, die auf eine Disziplinierung der Bevölkerung zur zweckmäßigen Produktivhaltung des Staates hinwirken (vgl. Foucault [1978] 1994: 654).

Die Vermittlung und Etablierung dieser Mechanismen verläuft nicht mehr oder nicht allein zentralistisch über den Souverän, sondern über verschiedene (institutionalisierte) Intermediäre – eine Regierungsweise, die Foucault mit dem Prinzip der *Gouvernementalität* beschreibt (vgl. Foucault [1978] 1994: 655). Zentrale Legitimierungsgrundlage für die gouvernementalen Praktiken ist die Garantie des Schutzes oder auch die Sorge für das Leben, die die Genese verschiedener Disziplinierungsapparate, Verwaltungseinheiten und Wissensformen generiert und umfasst. Gleichzeitig dient sie keinem uneigennützigen, sondern primär dem staatlichen Selbstzweck, insofern die eigene Macht nicht nur konstant gehalten, sondern stetig gesteigert werden soll. Aus diesem Grund sind die Individuen und ihre (Lebens-)Kraft für Regulationsmechanismen vor allem dann von Interesse, wenn sie auf Macht rückwirken können:

> »[D]ès lors que seule est en question ici l'utilité politique. Du point du vue de l'État, l'individu n'existe que pour autant qu'il est à même d'apporter un changement, fût-il minimal, à la puissance de l'État […]. L'État n'a donc à s'occuper de l'individu que dans la seule mesure où celui-ci peut introduire un tel changement. En tantôt l'État lui demande de vivre, de travailler, de produire et de consommer; tantôt il lui demande de mourir.« (Foucault [1988] 1994: 819f.)

Letzteres insbesondere aus dem Grund, dass die Wertigkeit des einzelnen Individuums zunehmend in direkter Relation zu den Kosten seines Lebens zu sehen ist.[10] Auf dieser Annahme gründet Foucault auch die These des geänderten Regierungsethos im Vergleich zum Souverän. So zielen die modernen Regierungs- und Regulationsmechanismen in erster Linie darauf ab, das Leben des einzelnen Subjekts möglichst langfristig produktiv steuern zu können, »de ›faire‹ vivre et ›laisser‹ mourir« (Foucault 1997: 214). In diesem Sinne geht das einzelne Individuum im Gesamtkörper der Bevölkerung auf und

10 Vgl. hierzu auch Borsò mit Bezug auf die staatliche Ökonomie (2013: 19): »Das Leben muss rentabel sein, braucht Vermögenszuwachs, steht in der Schuld von jemandem, hat Sollwerte; die Qualität des Lebens misst sich an der Produktivität für die Gemeinschaft; der Wert des Lebens steht in direkter Beziehung zu seinen Kosten.«

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zwar »en tant qu'elle forme […] une masse globale, affectée de processus d'ensemble qui sont propres à la vie, et qui sont processus comme la naissance, la mort, la production, la maladie etc.« (ebd.: 216). Diese Regulationen, die das Leben machtpolitisch-strategisch in den Blick nehmen und zu optimieren versuchen, symbolisieren für Foucault Praktiken der sogenannten Biopolitik (vgl. ebd.: 216, 219).[11]

Für diese Art der politischen Regierung stellt Wissen in doppelter Hinsicht ein entscheidendes Dispositiv dar, da es – verstanden als »Funktionsknoten von Wahrheiten und implizit institutionalisierten Zugriffsformen« (Gehring 2004: 109) – eine normierte und institutionell vermittelte Regierung ermöglicht. Über das gesammelte ›Wissen über das Leben‹ wird sowohl die Bevölkerung als auch das einzelne Subjekt kategorisier- und steuerbar – nicht zuletzt durch das ›ordnende Wissen‹, das unter anderem die statistische Auswertung von Lebensprozessen und Wahrscheinlichkeiten ermöglicht und als Legitimierungsfolie für (bio-)politische Maßnahmen fungiert:

> »Ce sont ces processus-là de natalité, de mortalité, de longévite qui […] ont constitué […] les premiers objets de savoir et les premières cibles de contrôle de cette biopolitique. C'est à ce-moment là […] que l'on met en œuvre la mesure statistique de ces phénomènes avec les premières démographies.« (Foucault 1997: 216)

Entscheidend ist hierbei, dass dieses Wissen als Folie für machtpolitische Regulierungen dient, die sowohl auf die Kontrolle des Körpers als auch auf die Normierung der Denk- und Sagbarkeitsmöglichkeiten des Subjekts rückwirken (vgl. ebd.: 164) und folglich gesellschaftliche Realitäten schaffen. In diesem Sinne ist

11 Anders als im Falle der souveränen Macht spielt der Tod hier nur eine untergeordnete, bisweilen marginalisierte Rolle, weil der Tod den Zeitpunkt darstellt, ab dem das Subjekt produktiv nicht mehr nutzbar ist und somit keinen machtrelevanten Impuls mehr setzen kann. Der Tod wird somit in die Privatheit gedrängt (vgl. Foucault 1997: 220f.). Gleichzeitig wird die souveräne Macht dadurch nicht komplett aufgelöst und kann sich auch in biopolitischen Regierungsweisen zeigen. Obwohl souveräne Macht eigentlich den Schutz des Lebens zum Ziel hat, so kann gerade in biopolitischen Machthandlungen eine Umkehr gegen das Leben, im Sinne einer todbringenden Macht, erfolgen. Diese potenzielle Pervertierung zeigt sich laut Foucault beispielweise im nationalsozialistischen System (vgl. ebd.: 231ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »Macht […] dem wirksamen Arrangement von Dingen inhärent, dem Einsatz von medizinischen Geräten, von Werkzeugen der Einsperrung und Fixierung […] und ebenso dem Einsatz von Werkzeugen der erzieherischen Bearbeitung der Seele. Macht *arbeitet* in einem ganz wirklichen Sinne Wirkliches aus.« (Gehring 2004: 121)

Regieren bedeutet in dieser Hinsicht die möglichst vorausschauende Strukturierung von potenziellen Handlungsfeldern der Individuen (vgl. Foucault [1982] 1994: 237) auf Basis einer umfassenden Kenntnis derselben. Denn es ist nach Foucault nicht mehr der »corpus de lois ou habileté à les appliquer quand il faut, mais ensemble de connaissances techniques qui caractérisent la réalité de l'État lui-même« (Foucault 2004a: 280).

An diesem Punkt offenbart sich erneut die Relationalität der Dinge. Denn laut Foucault versucht Macht in erster Linie, die Handlungs- und Verhaltensweisen des Subjekts zu beeinflussen (vgl. Foucault [1982] 1994: 233) und in einer biopolitischen Ausprägung in ein für den Staat möglichst ertragreiches Verhältnis zu wandeln. In dieser Hinsicht gilt es, die Möglichkeitsbeziehungen, die zwischen dem regierten Subjekt und der regierenden Macht entstehen, möglichst effizient zu erfassen und zu rationalisieren (vgl. ebd.: 241, Foucault 2004: 398) – und zwar mit der Absicht, widerspenstige Potenzialitäten weitestgehend zu unterbinden, zumal »dort, wo es um den Kampf, um das Werden von Wirklichkeit geht, eine Logik des Begehrens am Werk [ist]« (Gehring 2004: 129).

Umso bedeutender ist es, den Normenkatalog, an dem Regierungs-, Handlungs- und Lebensweisen des Subjekts orientiert sind, entsprechend den Taktiken und Kalkülen der machthabenden Instanz auszugestalten. So gilt es, die den gesellschaftlichen Diskurs begründenden Wissensdispositive als strategische Elemente zu begreifen, die als Begründungsfolie dienen, um Entscheidungen und Vorgaben der *governance* zu legitimieren. So ist

> »[la] rationalité politique […] rattach[ée] à d'autres forme de rationalité. Son développement est largement tributaire des processus économiques, sociaux, culturels et techniques. […] La rationalité politique étant la racine d'un grand nombre de postulats, évidences de toutes sortes, institutions et idées que nous tenons pour acquis […]« (Foucault [1988] 1994: 827).

Politische Rationalitäten streben also danach, möglichst umfassend die Handlungs- und Seinsweisen der regierten Subjekte zu beeinflussen und hierdurch die sie konstituierenden Statute sowohl materiell performieren

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

als auch (re-)produzieren zu lassen. Gleichzeitig ist jedoch dieser Steuerungsprozess primärer Ausgangs- und Reibungspunkt für machtpolitische Konflikte – bis hin zu widerständischen Auseinandersetzungen zwischen machthabender Instanz und Subjekt mit Blick auf geltende Normen. Denn »[e]n somme, toute stratégie d'affrontement rêve de devenir rapport de pouvoir [et puis, de contrôler le discours]; et tout rapport de pouvoir penche […] à devenir stratégie gagnante« (Foucault [1982] 1994: 241).

Machtausübung sollte demnach von einer rein restriktiven oder repressiven Funktion entbunden werden und stattdessen – in einem biopolitischen Sinne – als Anreizsystem und Katalysator für gesellschaftliche Fortentwicklungen betrachtet werden (vgl. Gehring 2004: 117). Denn gerade die normative Reizung offenbart erst die eigentliche Widerspenstigkeit des Lebendigen.[12] Vitalität wird in einer biopolitischen Regierungsweise als unbedingte Machtressource bestätigt. Diese verfolgt allerdings dennoch strategische Ziele, die dem Selbstzweck ihres Erhalts und ihrer Souveränität dienen. Aus diesem Grund können Machtmechanismen potenziell auch in destruktiv-zerstörerische Praktiken übergehen.[13] Letzten Endes ist durch diese inhärenten Selbstaktualisierungsmechanismen des Vitalen »ein inneres, jedoch immer prekäres Gleichgewicht möglich: Die Normalität gründet auf der Normativität […]. [Das Leben ist] Polarität und damit schöpferisch und organisch zugleich« (Muhle 2013: 146).

Als zweite Folie ist die vitale Achse der Macht-Subjekt-Relation mit dem Verständnis von Wissen als einem (bio-)politischen Dispositiv verknüpft. So ist nicht nur das (statistische) Wissen über das Leben und die Bevölkerung

12 Das zeigt auch Georges Canguilhem, indem er vitale Normativität gerade nicht auf systemische Anpassungserscheinungen (ansonsten fände sich das Lebendige in einem pathologischen Zustand wieder), sondern auf eine permanente Reizung und Überschreitung systemischer Regelwerke zurückführt (vgl. Muhle 2013: 145). Denn erst die permanente Selbstaktualisierung macht auch eine Neu-Normierung und den Bedarf kontinuierlicher Regulierung notwendig.

13 Deutlich wird das nach Foucault vor allem dann, wenn Macht nicht mehr die Gestaltung der potenziellen Handlungsfelder, sondern eine wirkliche Beherrschung bzw. Kontrolle des Körpers des Subjekts avisiert. Sobald sich Machtpraktiken physisch gegen das Subjekt wenden bzw. es einzuschränken versuchen, schlage Macht in Gewalt um (vgl. Foucault [1982] 1994: 235). Ab diesem Moment könne auch nicht mehr von einem relationalen, sondern vielmehr von einem repressiv-souveränen Verhältnis zwischen Macht und Subjekt gesprochen werden: »Elle [une relation de violence] n'a donc auprès d'elle d'autre pôle que celui de la passivité; et si elle rencontre une résistance, elle n'a d'autre choix que d'entreprendre la réduire« (ebd.: 235).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ein elementares Steuerungselement, sondern vor allem das vornehmlich neue Wissen eine unabdingbare Machtressource für den Innovationsprozess des modernen Staates.[14] Die im Subjekt angelegte (und eingeforderte) Produktivität wird dabei innerhalb eines reglementierten Verwaltungs- und Ordnungsapparates einem gewissen kapitalorientierten Kontrollmechanismus unterstellt. Auf diese Weise entsteht ein *double bind* zwischen der Freiheit des Menschen für den Markt und dem Markt, der gleichzeitig als Quelle und Orientierungspunkt für Subjektivierungsprozesse und Reglementierungen von individuellen Verhaltensweisen fungiert. Denn

> »[d]as Leben jedes Einzelnen wird zum Kapital. […] Das Pikante dieser These ist, dass die Bedingungen der Freiheit des Menschen dem Markt und der Markt seinerseits den Subjektivierungsprozessen unterstellt sind. Die Bioökonomie fokussiert deshalb den Artikulationsraum der Gouvernementalität, der einerseits die ökonomischen Unterwerfungstechniken von Subjekten unter heteronomen Bedingungen umfasst und andererseits die sich autorisierenden oder dieser Heteronomie in besonderer Weise widerstehenden Subjekte ermöglicht.« (Borsò 2013: 21)

An diesem Beispiel wird das sich darüber artikulierende Paradoxon der (neo-)liberalen Regierungsweise – einer notwendigen Intensivierung von Kontroll- und Schutzmechanismen zur Garantie eines freien Subjekts – deutlich. So müssen liberale Regierungstechniken »Regulierungsmaßnahmen intensivieren, um die freie Kompetitivität von Interessensubjekten zu sichern, welche ökonomisch […] produktiv sein sollen« (Borsò 2014a: 13).[15] Nichtsdestotrotz ist auch für das politische System die Potenzialität des Lebens – das Unvorhergesehene und die prinzipielle Kontingenz der Ordnung – eine essenzielle Ressource der Fortentwicklung und (produktiven

14 Muhle (2013) beschreibt das Zusammenwirken von Canguilhems und Foucaults Arbeiten wie folgt: »Damit bezeichnet der Foucault'sche Lebensbegriff ein synthetisiertes Leben, dessen Ursprung sich jedoch bei Canguilhem wiederfindet […]. So stellt Foucault eine Machttheorie bereit, deren Funktionsweise in der Projektion, Produktion und Imitation einer solchen lebendigen Gemengelage besteht. […] Damit funktioniert die gouvernementale Biopolitik als eine Art Illusionsmaschine, die das ›Leben als Polarität‹ im Leben der Bevölkerung synthetisiert und im künstlich-natürlichen Milieu der gouvernementalen Techniken regiert« (Muhle 2013: 155).

15 Insbesondere die Werke von Roberto Esposito verdeutlichen diese Spannungsräume zwischen dem Schutz des Lebens und der gleichzeitigen Eindämmung durch einen erweiterten Verwaltungs- und Kontrollapparat (vgl. Esposito 2004 und 2004b).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wie destruktiven) Neugestaltung der Norm durch die Perturbation eines etablierten gesellschaftlichen Informationssystems (vgl. ebd.: 22).

An diesem Punkt erweisen sich Foucaults Arbeiten allerdings als zu kurz gefasst. Zwar spricht er dem Subjekt als machtpolitischem Akteur widerständisches Potenzial zu, macht dessen Reizung sogar zur Grundbedingung einer politisch-strategischen Regierungsweise, die Normierungsprozesse herausfordert und gleichermaßen verfestigt, »verliert aber das Leben selbst aus den Augen« (Borsò 2014: 145). So finden die Aushandlungs- und Normierungsprozesse noch immer auf Ebene des menschlichen Subjekts statt und stellen durch implizite Objektivierungsprozesse eine zwanghafte Reduktion der Lebendigkeit der Dinge dar (vgl. Haraway 2017: 378f.).[16] Insbesondere Georges Canguilhem und Donna J. Haraway kritisieren die dadurch erwirkte Verklärung und Überhöhung eines von menschlicher Erkenntnisfähigkeit geprägten Lebensbegriffs und attestieren Foucault mangelnde Anerkennung der (informierten) Verkörperung von Wissen (vgl. Deuber-Mankowsky/Holzhey 2013: 16).

Vor allem Donna J. Haraways Arbeiten zeigen auf, dass deduktiv-konstruktivistische Denkansätze zur ubiquitären Klassierung des Lebens zugunsten der Annahme eines prozessualen Verständnisses von Natur und Organismus, von Dingen und Menschen, abgelöst werden können. So informieren sich die (auch menschlich gemachten) Dinge in ihrem Wirken und ihrer körperlichen Materialisierung als ›flexible Baukästen‹ gegenseitig und erweitern in immer neuen Ausschnitten Wissensordnungen (vgl. Weber 2017: 350f.). Elemente, die zu einer (bio-)politischen Strategiebildung und legitimierten Normbildung und Machtausübung beitragen, können nach Haraway folglich als *situiertes Wissen* beschrieben werden – ein Wissen, das seine Gültigkeit aus einem immer neuen Wechselspiel zwischen Erkenntnis von Materialisierung und diskursiver Codierung durch wiederum kulturell geprägte Anerkennungssubjekte erfährt:

> »Situiertes Wissen erfordert, dass das Wissensobjekt als Akteur und Agent vorgestellt wird und nicht als Leinwand oder Grundlage oder Ressource

16 Donna J. Haraways Arbeit basiert auf feministischen Ansätzen. Der objektivierend-reduktionistische Blick ist gleichzusetzen mit einem ›männlichen Blick‹, da traditionell das männliche Subjekt als aktives und gleichzeitig rational-objektives Erkenntnissubjekt gegenüber einem passiv-weiblichen bzw. natürlichen Objekt angenommen wird (vgl. Weber 2017: 349).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> und schließlich niemals als Knecht eines Herrn, der durch seine einzigartige Handlungsfähigkeit und Urheberschaft von ›objektivem‹ Wissen die Dialektik abschließt.« (Haraway 2017: 398)

Es »gibt also nicht das Leben als originären Sinn […], sondern vielmehr ein situiertes Wissen, das vom materiellen Kontext über das Lebende in-formiert [sic!] wird, Form bekommt« (Borsò 2014: 143). In dieser Verkörperung erweist sich zudem, dass sich die Übermittlung von Wissen und konkreten Handlungs- und Normierungspraktiken nicht allein menschlicher Erkenntnisfähigkeit verdankt, sondern die Übermittlungen selbst im Zusammenwirken mit Objekten beziehungsweise Materie als handlungs- und wirkungsberechtigten Akteuren entstehen und somit das Subjekt von den Dingen informiert wird (vgl. Haraway 2017: 399).[17] So ist die Welt eben

> »[…] nicht in klaren und distinkten Vorstellungen zu erfassen. Ebenso wenig ist sie ein großes Buch, das darauf wartet, von jenen gelesen zu werden, die im Besitz des Kodes sind […]. Vielmehr ist sie von Agenten gemacht […]« (Balibar 2013: 95).

Just diese Hinwendung zu den ›Agenten der Welt‹ kann unter Berücksichtigung der Foucault'schen Gouvernementalität als Regierungspraxis, die sich auf die Steuerung (potenzieller) Handlungen bezieht, gewinnbringend verknüpft werden. So schafft Foucaults Gouvernementalitätstheorie die Basis für eine umfassende politisch-diskursive Kontextualisierung von Akteurs- und Materialisierungspraktiken, die insbesondere Praktiken der Regulierung und Subjektivierung auf Basis von Wissens- und damit verbundenen Normierungsprozessen innerhalb einer Gesellschaft offenbart:

> »Das von ihm [Foucault] geprägte Konzept der Gouvernementalität rückt die wechselseitige Konstitution und die systematische Kopplung von Machttechniken, Wissensformen und Subjektivierungsprozessen in den Mittelpunkt.« (Lemke 2013: 168)

---

17 Thomas Lemke sieht in einer derartigen Überwindung dichotomer Grenzen zwischen Mensch und Nicht-Mensch zudem die Möglichkeit der Präzisierung der Verhandlungs- und Informationsprozesse eines biopolitisch gesteuerten Subjekts. So stellt sich »Mensch-Sein nicht mehr länger als solider Endpunkt evolutionär-natürlicher Prozesse dar, sondern erscheint als prekäres Ergebnis einer technischen Produktion und als Gegenstand von sozialen Aushandlungsprozessen und kulturellen Deutungsmustern« (Lemke 2013: 166f.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die bisherige Auseinandersetzung mit dem machtpolitischen Potenzial der Wissens- und Diskursproduktion auf Basis von Foucaults Arbeiten zeigt die Vielschichtigkeit der Mechanismen, die Subjektvierungen erwirken können. Ebenso offenbart sich die Notwendigkeit, Verschiebungen in und durch die Interaktion der Akteure der Welt zu denken, die sich aber nicht nur auf Veränderungen des Sag- und Denkbaren, sondern auch auf veränderte materielle Erfahrungen zurückführen lassen.

Im Anschluss an diese epistemisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem Zusammenwirken von Wissensbeständen, Diskursen und diskursiven Materialisierungen sowie machtstrategischen Formierungen nach Foucault werden nachfolgend – und in Hinführung zu den Theorien Bruno Latours – verschiedene Funktionalitäten von Wissen (politisch, sozial) näher betrachtet, die in diesem Zusammenwirken ausdifferenziert werden können.

2. Wissensverhältnisse, Diskurse und Akteure – materielle Praktiken (Latour)

Wissen offenbart in seiner politischen Funktion eine direkt konstitutive Relation zu Macht beziehungsweise zur Legitimation von Machttechniken. So formt Wissen diskursive und normative Rahmen einer Gesellschaft, ›schreibt sich ein‹. Lyotard kommt in der Folge zu dem Schluss, dass »Wissen und Macht zwei Seiten derselben Fragen sind: Wer entscheidet, was Wissen ist, und wer weiß, was es zu entscheiden gilt? Die Frage des Wissens ist […] mehr denn je die Frage der Regierung« (Lyotard 2015: 41).

Diese machtpolitische Dimension ist es, die Wissens- und Diskursbildungsprozesse in ihr spezielles Spannungsverhältnis setzt. So erweisen sich (u.a. auch der Foucault'schen Relativierung der Diskursbildung geschuldet) der Zweifel an, die Kontroverse um und die Abkehr von beständigen Metanarrativen als zentrale Praktiken,

> »verfeinert [das Wissen] unsere Sensibilität für die Unterschiede und stärkt unsere Fähigkeit, das Inkommensurable zu ertragen. Es selbst findet seinen Grund nicht in der Übereinstimmung der Experten, sondern in der Paralogie der Erfinder.« (Ebd.: 26)

In dieser Potenzialität des Anerkennens eines Wider-Sinns, eines Nicht-Erkannten innerhalb einer Wissensordnung, verbirgt sich eine kreative Kraft,

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Gesellschaften und ihre Konstituenten als stetige multiverse Aktualisierungsinstanzen erscheinen lässt, denn

> »so fein und locker das wissensvermittelnde und beratende Netz zwischen Wissenschaftsproduzenten, Staat und sozialen Hauptakteuren auch immer gesponnen [ist] – gegen Prozesse der plötzlichen massiven Entwertung traditioneller Deutungen und entsprechender Wissensbestände [gibt] es keine Versicherung.« (Evers/Nowotny 1987: 313)[18]

Nichtsdestotrotz wird eine fortlaufende Aushandlung von festen Deutungsrahmen und gesicherten Erkenntnissen, über die sich gesellschaftliche Diskursstrukturen formieren können, von einer machtpolitisch verantwortlichen und damit Entscheidungen treffenden Instanz wie politischen Regierungsakteuren erwartet. So ist insbesondere in einer sich zunehmend globalisierenden Welt und angesichts der damit verbundenen Schnelllebigkeit eine »Suche nach neuen gesellschaftlichen Leitbildern intensiv spürbar, der Prozeß der Produktion versichernden Wissens vehement« (ebd.: 19f.). Politik und Staat haben Sicherungssysteme zu schaffen,[19] die auf abstrakt-externe (zum Beispiel Katastrophen, Krieg, Hunger) sowie innergemeinschaftliche Ängste und Problemlagen (zum Beispiel Arbeitsplatzverlust, soziale Einsamkeit) der von ihr politisch verantworteten Gesellschaft zu reagieren haben (vgl. ebd.: 21).

---

18 Ähnlich wie Latour versteht Helga Nowotny »die Gesellschaft nicht sosehr [sic!] als Ausdruck sich wandelnder Ordnungen, sondern als Produkt sozialer Aktion und Bewegung« (Evers/Nowotny 1987: 314) – allerdings ohne den Dingen eigene Handlungspotenzialitäten zuzusprechen. Laut Nowotny werde die mehr oder weniger statische Subjekt-Objekt-Konzeption der Gesellschaft (Foucault) von einem netzwerkartigen Verständnis des Ineinandergreifens verschiedener Handlungsfelder und ihrer Akteure abgelöst.

19 Just für die Herstellung der hierfür benötigten Sicherungssysteme bzw. gesellschaftlichen Selbstsicherheit spielt das Expertenwissen bzw. die Erarbeitung einer gesicherten Faktenlage zu den betrachteten Phänomenen eine entscheidende Rolle (vgl. Evers/Nowotny 1987: 23). Das birgt jedoch – zumindest für die wissenschaftliche Wissensproduktion – die Gefahr, zur Selbstvermarktung getrieben zu werden, also der Erwartungshaltung der Gesellschaft entgegenkommen zu müssen und bisweilen Verheißungen (vgl. Strohschneider 2017: 6f.) anstelle von gesichertem Handlungswissen zu produzieren. Hagner führt das exemplarisch an Forschungen zum Klimawandel aus (vgl. Hagner 2012: 17): Wissen bzw. wissenschaftliche Erkenntnis dürfe und solle machtpolitisch nicht als Rechtfertigungsfolie für Entscheidungen missbraucht werden, die einer umfassenderen gesellschaftlichen bzw. multiversen Debatte bedürfen (vgl. ebd.: 32).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Es ist also Aufgabe der Politik, diese möglichen Gefahren zu erkennen, zu klassifizieren und als Risiko kalkulier- und steuerbar zu machen.[20]

Neben dieser systemisch-normierenden Dimension ist der politischen Funktion von Wissen auch eine Art diskursives Prägewissen inhärent, das gesellschaftliche Orientierungsrahmen und Verhaltensweisen generiert (vgl. ebd.: 306). Insbesondere die hierüber katalysierte Verhaltenscodierung oder auch habituelle Orientierung kann als soziale Funktion von Wissen verstanden werden. So hat

> »ein erfolgreich als wissenschaftlich qualifiziertes resp. behauptetes Wissen nicht nur eine dominante Position in der gesellschaftlichen Wissensordnung inne […], sondern [ist] tatsächlich der einzige allgemein verbindliche Teil dieser Wissensordnung […].« (Weiß 2006: 18)

In seiner sozialen Funktion ist Wissen somit eng mit den Aushandlungsmechanismen für kollektive Normen- und Wertekataloge verknüpft. Nowotny plädiert dieser Prämisse folgend dafür, die bereits im Foucault'schen Diskursbildungsprozess angesprochenen Aushandlungsvorgänge bezüglich der Implementierung ›anderer‹ (Wissens-)Elemente als diskursprägenden Einschreibungsmechanismus zu verstehen. So produzieren Diskurse ihrer Ansicht nach

---

20 Helga Nowotny beschreibt mit der konsensuellen Verständigung, was als Risiko zu gelten habe und von der sogenannten Unsicherheitsgesellschaft ausgeschlossen werden solle (vgl. Evers/Nowotny 1987: 27). Es handelt sich dabei um einen ähnlichen Mechanismus, wie ihn Roberto Esposito mit dem Immunisierungsparadigma moderner Gemeinschaften entwickelt hat. Esposito geht in seiner Analyse – ausgehend von einer biopolitischen Betrachtung moderner Regierungsweisen – von potenziell dauerhaften Gefahren bzw. Unsicherheiten der Gesellschaft aus, die als Legitimations- und Rechtfertigungsfolie machtpolitischen Entscheidungen der Regierung zugrunde liegen würden (vgl. Esposito 2004: 15). Daraus ergibt sich eine »dialektische Figur […] einer ausschließenden Einschließung« (ebd.: 15), da durch das Raumlassen einer potenziellen Bedrohung für den Gesellschaftskörper erst regulative Praktiken des Schutzes ermöglicht bzw. legitimiert werden. Diese Praktiken der Regierungsweisen können in ihrer extremen Anwendung jedoch selbst zu einem Risiko für die Gesellschaft werden, wenn sie die Vitalität der Bevölkerung ersticken, »sodass die Welt schließlich riskiert, sich zu Tode zu schützen« (Borsò 2014: 149). Esposito fordert daher – ähnlich wie Bruno Latour – eine Transzendenz dieses Wechselspiels zwischen Ausgrenzung zur Verfestigung der Eingrenzung einer Gesellschaft bzw. Gemeinschaft, hin zu einer »Öffnung zur Osmose zum anderen« (ebd.: 149).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »›Theorien‹, die unsere Erfahrung zu strukturieren vermögen und die das kollektive Reservoir an Wissen darstellen, durch das sich die Menschen als Individuen ihr eigenes, sozial relevantes Wissen und Handlungskompetenz letztlich aneignen […].« (Evers/Nowotny 1987: 19)

Gleichermaßen sieht sie in der Genese eines sogenannten Orientierungswissens ein weiteres Beispiel für einen Verhandlungsprozess, bei dem alte soziale Konstituenten von neuen Wissensbeständen abgelöst und für einen gesellschaftlichen Verhaltens- und Normenkatalog codiert werden können (vgl. ebd.: 310). Die soziale Funktion von Wissen erweist sich demnach mit der politischen Funktion verschränkt. So steht das Orientierungswissen im Zusammenhang mit einer bestimmten Verwertungsabsicht der gewonnenen Erkenntnis, die sich durch das Ansinnen ergibt, »den gemeinsam […] gesetzten Orientierungsrahmen durch Wissen und Handeln zu interpretieren« (ebd.: 49). Machtpolitische Entscheidungsprozesse – Nowotny zeigt dies beispielsweise anhand der Aktualisierung von Hygienevorschriften nach der Entdeckung von Cholerabazillen (vgl. ebd.: 47f.) – können sich folglich aus einer notwendigen Orientierungs- und Sicherungsfunktion im Umgang mit Wissen speisen und gleichermaßen darüber erst legitimieren.

Aufgrund der normativen und machtpotenziellen Verschränkung von Wissen ist es jedoch unerlässlich, sich bewusst zu machen, dass alle funktionalen Dimensionen von Wissen immer als Diskursmarker verstanden werden müssen, die einen Leitpunkt für die Performanz von Subjekten in Kongruenz mit dem gesellschaftlich-diskursiven Gefüge darstellen (vgl. Lyotard 2015: 62). Das gilt für die soziale Funktion von Wissen ebenso wie für die politische.

Wissensbestände und ihre (diskursive) Vermittlung unterliegen folglich dem Zusammenspiel verschiedener Prozesse und Interessensakteure. Dennoch laufen diese Produktionsprozesse und die mit ihnen verbundenen Interessenlagen nicht ohne Spannungsmomente ab. Sie werden vor allem von Fragen der Partizipationsberechtigung und einer damit verbundenen Informationskontrolle gesellschaftlicher Verantwortlichkeiten eröffnet (vgl. Weiß 2006: 19, Lyotard 2015: 53f.). Daher werden nun die inhärenten, relativen Beziehungen und Handlungspotenziale verschiedener Akteure, die als Ausgangspunkt machtpolitischer Regulierung dienen, näher in den Blick genommen. Denn im Zusammenwirken verschiedener Agenten in der Wissens- und Ordnungsbildung ergibt sich ein unmittelbarer Anknüpfungspunkt zu Bruno Latours Arbeiten.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2.1 Realisierungs- und Produktionsbedingungen von Wissen

Ähnlich wie Foucault konstatiert Latour, in der Moderne gelte Wissen zwar als produktives und konstitutives Austauschelement für beispielsweise Politik oder Ökonomie, gleichzeitig sei es allerdings in einer von der ›normalen Gesellschaft‹ und ihren Teilbereichen getrennten Sphäre situiert. Wissensgewinnung wird ein gewisses Maß an (menschlicher) Autonomie fernab von gesellschaftlichen Strukturen zugestanden und beispielweise Wissenschaftler als Instanzen angesehen, die zwischen den Sphären der allgemeinen Existenzweise und einer ›Welt der Ideen‹ wandeln und vermitteln können:

> »[…] Wissenschaft könne nur unter der Bedingung überleben, daß eine absolute und nicht nur relative Unterscheidung hergestellt werde […]. Ohne diese Dichotomie zwischen ›ontologischen‹ und ›epistemologischen‹ Fragen wäre das gesamte moralische und soziale Leben bedroht[,] […] [w]eil es ohne sie keine unbestreitbaren Bezugspunkte mehr gäbe« (Latour 2001: 24).

Diese Annahmen bedingen eine souverän agierende, klassierende menschliche Instanz, die aus einer externen Sphäre heraus die Möglichkeit habe, die Dinge und Prozesse der Welt zu verstehen, zu beschreiben und dieses Wissen in die Gesellschaft zurückzuführen. In seinen weiteren Ausführungen setzt Bruno Latour genau an dieser Grundproblematik an, die auch das Foucault'sche Subjekt-Objekt-Verständnis auszeichnet: Die gegenwärtige Wissensverhandlung folge einer klassischen binären Logik von Natur und Kultur – einer Natur, die durch die Kultur und das Verständnis des Menschen erkannt und vermittelt werden muss. Jedoch beruht die »Subtilität dieser Organisation […] gänzlich auf der Macht, die jenen verliehen wird, die *fähig sind, von der einen zur anderen Kammer überzuwechseln*« (ebd.: 27; Herv.i.O.).

Problematisch an der Trennung zwischen Natur und Kultur ist, dass sie gleichermaßen eine Trennung von Subjekt (als Erkennendem) und Objekt (als Erkanntem) impliziert. Dem Objekt selbst wird somit zunächst keine eigene Wirk-/Sprechfähigkeit zugesprochen, es fällt hinter das vermittelnde Subjekt zurück. Latour sieht in diesem Umstand sowohl eine zu kurz gefasste Auseinandersetzung mit der Potenzialität des erkennenden Subjekts als auch des erkannten Objekts.[21] Denn in dieser klassischen Aufteilung nehme der

21 Hier findet sich eine Anschlussmöglichkeit an die bereits erwähnten Arbeiten Donna J. Haraways oder auch Karen Barads, die ähnlich vehement wie Latour der Vorstellung eines leeren, passiven und natürlichen Objekts widersprechen und stattdessen Objek-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mensch als erkennendes und klassierendes Subjekt und ›Sprecher der Natur‹ eine Mittler- beziehungsweise Übersetzerrolle zwischen den Dingen und der Gesellschaft ein (vgl. ebd.: 95). Allerdings würden dadurch sowohl mögliche Interessen- und Deutungsgrundlagen des menschlichen Subjekts als auch die eigentliche Potenzialität des Objekts verzerrt – zumindest aber verschleiert.

Latour betrachtet beispielsweise die Wissenschaften und das von ihnen produzierte Wissen über die Dinge lediglich als Instanz, die »eine allgemeine Alphabetisierung stummer Entitäten definier[t] […], um *Welten in die Lage zu versetzen, zu schreiben oder zu sprechen*« (ebd.: 97f.; Herv.i.O.). Das erkennende Subjekt ist somit nicht die Instanz, die die Dinge der Welt zum Sprechen bringt. Es vermag lediglich Kommunikations- oder Aktionsprozesse zu beschreiben, wohingegen die »Tatsachen für sich sprechen« (ebd.: 98) und somit ein hierüber generiertes ›situiertes‹ Wissen entsteht, das als ein vom Objekt informiertes Wissen im Haraway'schen Sinne zu verstehen ist. Da »Materie selbst als aktiv, wirkmächtig und plural statt als passiv, inert und einheitlich [gedacht wird]« (Lemke 2017: 553)[22], werden Materialisierungsprozesse neu akzentuiert. Als Übersetzer der potenziellen Äußerungs- und Interaktionsmöglichkeiten des Objekts wird dem Subjekt keine Autonomie zugestanden. Schließlich ist es Teil eines gesellschaftlichen Diskurses und (Interessen-)Netzwerks, das in Relation zu verschiedenen Operationsketten steht, die sowohl einzelne Personen oder Kollektive als auch Apparate oder Zeichen in ihrem Ablauf und Zusammenwirken an sich bindet (vgl. Schüttpelz 2008: 237).

Diese doppelte Rolle des erkennenden Subjekts in der Wissensverhandlung birgt ein beachtliches Spannungspotenzial. So ist das erkennende Subjekt zum einen agierender Bestandteil einer Gesellschaft – oder mit Foucault gesprochen eines spezifischen diskursiven Komplexes –, zum anderen ist es Mittler, Übersetzer und informierter Sprecher von Tatsachen der ›Dinge der Welt‹. Deren Analyse und Verarbeitung findet auf Grundlage der erstgenannten Rolle statt und kann von verschiedenen (un-)bewussten Interessen geleitet

---

ten eine eigene Handlungs- und (informierende) Wirkpotenzialität zusprechen: »Die Welt spricht weder selbst, noch verschwindet sie zugunsten eines Meister-Dekodierers. Die Kodierungen der Welt stehen nicht still, sie warten nicht darauf, gelesen zu werden. Die Welt ist kein Rohmaterial der Humanisierung […] [; sie ist] eine aktive Entität« (Haraway 2017: 399).

22 Aus diesem *material turn* entwickelte sich die bereits angesprochene theoretische Strömung des *new materialism*, dem in Teilen Bruno Latour, Donna J. Haraway und insbesondere Karen Barad zugeordnet werden können. Für eine ausführliche Beschreibung der Entstehung und theoretischen Inhalte des *new materialism* siehe Lemke (2017).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

oder beeinflusst werden.[23] Immer dann, wenn (Wissens-)Objekte auf Gesellschaften einwirken, spricht Latour vom Feld der *Politischen Epistemologie* (vgl. Latour 2001: 25f.). So sei die Produktion von politischem Wissen als Komposition aus verschiedenen gleichzeitig wirksamen Handlungen, Akteuren und Interessen zu verstehen. Dieser Ansatz

> »hat den Vorteil, daß man nicht mehr gezwungen ist, Wissenschaft und Politik als entkoppelte, einander gegenüberstehende Ensembles zu betrachten, deren Schnittmenge anschließend gesucht werden muß. Man hat es vielmehr mit zwei im großen und ganzen gleichläufigen Tätigkeitsformen zu tun, deren Wege sich im Laufe der Zeit kreuzen und wieder trennen. Die Handlung ist in der Tat immer zusammengesetzt, und die Summe dieser Komposition ist immer mehrdeutig.« (Latour 2016: 30)

Anders als Foucault denkt Latour das Zusammenwirken der Dinge und Subjekte innerhalb der Gesellschaft beziehungsweise zur Formierung (sozialer) Realitäten und Rollen allerdings eben gerade nicht ausgehend von einer anthropozentrischen Überlegenheitsstellung. Vielmehr versteht er es als prozessual gleichberechtigtes und ko-konstitutives handelndes Zusammenwirken von stets wandelbaren Rollen zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren (vgl. Schulz-Schaeffer 2017: 278f.). Dies lässt sich u.a. am Beispiel des Türöffnens verdeutlichen:

> »In den Prozessen ihrer wechselseitigen Relationierung fungieren die menschlichen wie nichtmenschlichen Handlungsträger sowohl als Auslöser wie auch Adressaten der verschiedenen Einwirkungen. […] [E]in mechanischer Türschließer [erhält] seine Gestalt durch die Konstruktionsleistungen menschlicher Akteur_innen. Umgekehrt formen aber auch Türen und Türschließer ihre Benutzer_innen […]« (Schulz-Schaeffer 2017: 278).

Auch Diskurse oder diskursive Gegebenheiten werden in der Latour'schen Auffassung als eigene Entitäten mit relativ-prozessualer Kraft anstatt als Prägefolie im Foucault'schen Sinne verstanden. Gleichzeitig ist diese Annahme als Abkehr von dichotom angelegten Subjekt-Objekt-Schemata zu verstehen.

---

23 Dies gesteht Latour zumindest den (Labor-)Wissenschaften zu: »[D]ie Weißkittel sind die Sprecher der nicht-menschlichen Wesen, und wie bei allen Sprechern sollte man an ihrem Vermögen, im Namen ihrer Mandanten zu sprechen, *stark, aber nicht definitiv zweifeln*« (Latour 2001: 95; Herv.i.O.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Latour konzipiert das Zusammenwirken der Entitäten in der Welt nicht anhand epistemisch-anthropozentrischer Annahmen einer Container-Soziologie[24] (vgl. Keller/Lau 2008: 308), sondern vielmehr im Sinne eines multiversen Netzwerks als *flat ontology*, die sich in einer ständigen prozessualen Verhandlung und Aktualisierung befindet[25] und deren Rollenzuschreibung ebenfalls produktiv und dynamisch wandelbar bleibt:

> »Die verschiedenen Schichten werden sich vervielfachen, wobei jede zu einem anderen Handlungsverlauf gehört, der auf zahlreiche Umwege folgt oder ihnen vorausgeht, Umwege, die wiederum das ursprüngliche Ziel modifizieren, die jeweils eine kollektive Handlung darstellen, im Hinblick auf die man die gerade geltenden Sitten […] berücksichtigen muss.« (Latour 2016: 32f.)

Doch wie wirken die verschiedenen Schichten zusammen? Welche Akteure und Strukturen können nach Latour als konstitutiv für Mechanismen der Wissensproduktion und Vermittlung angesehen werden? Und inwiefern prägen oder implizieren sie politische wie epistemische Interessen?

2.2 Wissensverhältnisse als Interessennetzwerk

Elementar für Latour ist, dass die Produktion bzw. Verhandlung von Wissen intrinsisch mit Dingen verwoben ist. Zwar dienen Wissensbestände dazu, die Welt zu erkennen und die sie konstituierenden Prozesse zu erklä-

---

24 Räume als Container oder Behälter zu betrachten, basiert auf einem absoluten Raumbegriff. Dieser Ansatz wurde u.a. bereits von Aristoteles vertreten, der in seiner Kategorienlehre den Raum als Summe aller von Körpern eingenommen Orte verstand, wobei der Ort selbst Teil eines allumfassenden Raums war (vgl. Schroer 2012: 32f.). Auch andere Wissenschaftler wie Isaac Newton folgten der Annahme eines absoluten Raums.

25 Zumindest mit Blick auf sein ständiges Dynamisierungspotenzial kann Diskurs nach Foucault als anschlussfähig betrachtet werden, insofern Ordnungen und Ordnungsgefüge durch das potenziell ›Andere‹/›Neue‹ herausgefordert werden können. Darüber hinaus folgen diese Annahmen von sozialer oder gesellschaftlicher Räumlichkeit der in den Kulturwissenschaften unternommenen Ausdifferenzierung des *spatial turn* – Raum als Funktionsbeziehung (vgl. Günzel 2007: 15) – in Richtung eines *topographical turn* – Analyse der Produktion von Räumlichkeiten über technische und kulturelle Repräsentationsweisen (vgl. ebd.: 18). Der Fokus der Raumbeschreibung liegt somit auf den Entitäten, die den Raum konstituieren, also auf einer Beschreibung »anhand von Elementen […], die relational zueinander bestimmt werden« (ebd.: 17).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ren, allerdings »nur unter der Bedingung, daß man den Wissenschaften ihre wirkliche Umwelt zurückgibt, die Umwelt, die sie überhaupt erst möglich macht« (Latour 2016: 191). Grundlage hierfür ist die allgegenwärtige Vernetzung und Wirkmächtigkeit aller beteiligten Entitäten. So stehen für Latour keine menschlichen Individuen mit ihrem Erkenntnispotential im Vordergrund, sondern Prozesse der Wissensentstehung. Diese werden eben gerade durch Überlagerungsmechanismen sowie die Verknüpfung verschiedener Interessenslagen und nicht durch rein deduktive Erklärungsmuster externer Größen hervorgebracht (vgl. Besio 2011: 122); »Handlungsträgerschaft wird nicht mehr nur als Eigenschaft oder Fähigkeit menschlicher Subjekte oder Kollektive, sondern als zwischen Menschen und Dingen verteilter Prozess begriffen« (Liburkina/Niewöhner 2017: 186).[26] Entscheidend hierbei ist folglich, Wissensverhandlung nicht nur als menschliche (Kollektiv-)Leistung zu begreifen, sondern auch die grundierenden externen Einflüsse, also die äußeren Dinge, zu berücksichtigen, die in ihrem Zusammenwirken etablierte (soziale) Standardisierungsmechanismen prägen.

An einem Beispiel zeigt Bruno Latour zusammen mit Steve Woolgar[27], dass durch die Nutzung von Gegenständen wie Laborgeräten nicht nur Erkenntnisse gewonnen werden können, sondern diese Geräte in ihrer Verwendung und prozessualen Beteiligung selbst eine kulturell codierte und disziplinspezifisch tradierte Nutzungsweise hervorbringen. Laborgeräte sind folglich »nicht nur Speicher kultureller Ordnung, sondern sie partizipieren aktiv in der (Re-)Produktion und Gestaltung einer Laborkultur, verstanden als Alltagspraxis« (ebd.: 184). Insbesondere in ihrer Einflussmöglichkeit auf sozio-

26 Unter anderem Schüttpelz (2008) kritisiert an den weiteren Ausführungen Latours, dass durch operationale flache Ontologien keine partikularen Artikulationszuschreibungen mehr möglich seien, sondern alles als »*Effekt* entsprechender Verkettungen gewichtet [wird]« (Schüttpelz 2008: 249; Herv.i.O.). Durch diese Fokussierung auf Effekt und Übermittlung entzieht Latour seinen sich hierauf gründenden Kollektiven jedoch eine real-materialhistorische und diskursive Verortung als gesellschaftlich codierte Entitäten. Er denkt sozusagen Sender und Empfänger in ihrem prozessualen Zusammenwirken ohne ihre partikuläre Situiertheit in der Welt (vgl. ebd.: 250f.). In der Folge entsteht die »Welt – denn eine Welt ist weiterhin gemeint, unsere Welt und jede historische Welt – […] in einer solchen Sicht nur noch aus Mediatoren und Medialisierungen« (ebd.: 250).

27 Für eine detaillierte Beschreibung der Erkenntnisse von Latour/Woolgar mit Blick auf Laborpraktiken siehe Latour/Woolgar (2013) oder zusammenfassend Liburkina/Niewöhner (2017).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kulturelle Praktiken – Latour/Woolgar sprechen von Inskriptionsprozessen (vgl. ebd.: 184) – findet sich die Wissensverhandlung in einem Spannungsfeld wieder, das von verschiedenen Interessen und Zielsetzungen überlagert wird, wenn das produzierte oder zu produzierende Wissen eventuelle systemische Veränderungen in einem gesellschaftlichen Gefüge zu bewirken vermag.

Als Beispiel führt Latour unter anderem die Entwicklung der Antibabypille an (vgl. Latour 2016: 31ff.). Hierfür bedurfte es des Zusammenspiels von verschiedenen Akteuren, wobei sowohl Interessenslagen als auch Auswirkungen auf Gesellschaft und insbesondere Körper und Handlungsmöglichkeiten der Frau zu berücksichtigen sind. Zentrale Interessenakteure waren laut Latour feministische Aktivistinnen, Chemiker und industrielle Geldgeber. Ihr gemeinsames Handeln führte zur Herstellung und Markteinführung der Pille, zu Diskussionen und Änderungen der Gesellschaft (Gesetzgebung, Debatten in der Politik) und letztlich auch zur sexuellen Selbstbestimmung der Frauen (vgl. ebd.: 33). An diesem Beispiel offenbart sich auf praktische Art und Weise, wie eng Wissensverhältnisse mit politischen oder auch juristischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Umbrüchen in Verbindung stehen und inwiefern verschiedene Akteure miteinander agieren. Latour konstatiert, dass sich

> »Tausende von Beispielen für diese Hebelbewegungen finden werden, mittels deren die Forscher sich massiv in bestehende Praktiken einklinken, gewisse Elemente entfernen, wiederaufbereiten und sie dann erneut in die Ausgangssituation einfügen, die sich dauerhaft verändert finden wird – bevor all dieses Zusammentreffen eingebürgert und aus dem Gedächtnis verschwunden sein wird.« (Latour 2016: 128)

Zentral für diese die Gesellschaften und Politiken herausfordernden Praktiken ist, dass die beteiligten Akteure eben gerade nicht als mehr oder weniger statische Austauschpersonen in einem wechselseitigen diskursiven Gefüge angesehen werden. Vielmehr sind sie als Akteure in einem rhizomatischen gesellschaftlichen Gefüge verknüpft, in dem sie jederzeit verschiedene Rollen und Interessen vertreten können, und dadurch in einen produktiv dynamischen Prozess eintreten. So ist es Bruno Latour ein elementares Anliegen, vermeintlich klare Kategorisierungen und Begrenzungen – wie sie im politischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Bereichen zu finden sind – ein für alle Mal zugunsten der Akzeptanz einer »untrennbar ineinander verwobenen Gemengelage aus menschlichen wie nicht-menschlichen Akteuren« (Schroer 2008: 365) zu überwinden.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Diese Annahmen arbeitete Bruno Latour bereits Mitte der 2000er Jahre in Form der *Akteur-Netzwerk-Theorie* (ANT) zu einem eigenen Konzept aus. Das soziale Gefüge einer Gesellschaft, also der soziale Raum, und sein normativer Rahmen existieren nicht per se, sondern werden durch soziale Handlungen gefestigt, bestätigt oder auch verändert. Zentrales Element ist für Latour somit die Handlungspotenzialität von Entitäten (vgl. Latour 2005: 41). Diese Handlungen sind im Sinne der ANT nicht als bewusster Vorgang, sondern als relationaler, sich überlagernder Prozess zu verstehen, der eigene Realitäten formiert (vgl. Keller/Lau 2008: 319). So stellen Handlungen keine Folge von autonomen Entscheidungsprozessen von Entitäten dar. Vielmehr sind sie Ausgangspunkt für eine Analyse aller Akteure, die eine bestimmte Entität zu einem Verhalten oder einer Entscheidung bewegen, die als Handlung sichtbar wird. Handlungen festigen wiederum bestimmte Strukturen in ihrem Vollzug (vgl. Conradi/Derwanz/Muhle 2013: 11). Anhand von Handlungen lassen sich laut der ANT somit sämtliche Verknüpfungsprozesse des Sozialen sichtbar machen. Handlungen sind also mehr als nur ein Bestandteil von sozial ritualisierten und in sich begrenzenden Handlungsfeldern:

> »Action is not done under the full control of consciousness; action should rather be felt as a node, a knot, and a conglomerate of many surprising sets of agencies that have to be slowly disentangled. It is this venerable source of uncertainty that we wish to render vivid again in the odd expression of actor-network.« (Latour 2005: 44)

Entscheidend für Latours Ansatz der ANT ist zum einen die Verschiebung der Analyse gesellschaftlicher Gefüge mittels Handlungspotenzialitäten sowie die Annahme einer Unmittelbarkeit und steten Dynamik. Zum anderen fordert die ANT die Ausweitung von Handlungspotenzialität auf alle Entitäten einer Gesellschaft, sprich Subjekte wie Objekte, und deren Formierung innerhalb eines gleichermaßen zusammenwirkenden Kollektivs (vgl. Latour 2005: 74f.). Damit wertet Latour das Objekt zu einer handlungswirksamen Entität innerhalb des gesellschaftlichen Kollektivs auf unterscheidet die ANT von der klassischen Sozialtheorie, die klar dem (menschlichen) Subjekt eine unabhängige Handlungshoheit über eine passive ›Dingwelt‹ zugesteht.[28] Diese Annahme fordert zudem auch eine Rückkopplung zwischen menschlicher Entität und ›Ding‹, die sowohl menschliche Verhaltensweisen und Handlungen

28 Dieser Ansatz wurde bereits bei der Beschreibung des ›klassischen‹ Verständnisses der Beziehung von Erkennendem und Erkanntem, Subjekt und Objekt, deutlich.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hervorruft oder beeinflusst, sowie auch möglicherweise Rückwirkungen auf das gesamte gesellschaftliche Gefüge haben kann. Dinge sollen jedoch nicht vermenschlicht werden. Vielmehr geht es darum, sie in ihrer Wirkungspotenzialität als gleichberechtigte Akteure eines hybriden Kollektivs[29] zu verstehen: »The project of ANT is simply to extend the list and modify the shapes and figures of those assembled as participants and to design a way to make them act as durable whole« (ebd.: 72). Diese These einer Potenzialität des Objekts hat umso größere Bedeutung, je stärker eine potenziell verändernde Kraft auf das gesellschaftliche Gefüge und einzelne menschliche Subjekte einwirkt und ›neue‹ bzw. ›andere‹ Dinge entstehen.[30] Schließlich stoßen ›neue Dinge‹ Verhandlungsprozesse über ihren Status und ihre Position in einer Gesellschaft an und wirken auf das Subjekt selbst ein (vgl. Latour 2008: 325). Das tun sie allerdings nicht primär in einem diskursiv-reglementierenden Sinne, sondern indem sie soziale Rollen modifizieren (wie das Beispiel der Antibabypille zeigt) oder das menschliche Verhalten verändern. Neue Dinge bedingen demnach neue soziale Verhaltensweisen, die sich – sofern akzeptiert – auf Basis von Ritualisierungs- und Wiederholungsmechanismen in den kollektiven Habitus und letztlich in das Subjekt selbst einschreiben (vgl. Latour 2005: 210f.).[31] Für die Fortführung und Anpassung der Standardisierungs- und Im-

29 Hybrid aus dem Grund, um jedwede Statik bzw. ›starre‹ Handlungszuweisung zu unterbinden. Wie Schulz-Schaeffer am Beispiel der US-amerikanischen Waffenlobby zeigt, führt Latour das Kollektiv als hybriden Gesamtakteur ein und löst damit die Zuschreibung einer Handlung als Eigenschaft eines Akteurs zugunsten einer Verhaltensweise im Netzwerk auf (vgl. Schulz-Schaeffer 2017: 280f.).

30 Latour weist gerade der wissenschaftlichen Wissensproduktion und ihren Erkenntnissen eine Sonderrolle zu, da hier eine besondere konstitutive Verwobenheit von Subjekt und Objekt bestehe. Wissenschaftliche Erkenntnis über ›die Dinge‹, ihre Neuformation oder Transformation, basiere auf einer wechselwirkenden Arbeit zwischen Forscher und Erforschtem. Das könne auf die Relation von den beteiligten Entitäten – abhängig vom Ergebnis – und auf das gesamtgesellschaftliche Kollektiv rückwirken. So weist Latour – ähnlich wie Foucault – wissenschaftliche Fakten als prototypische Grundlagen für Erklärungsmuster und Klassierungen aus, die gesellschaftliche Diskursstrukturen bedingen und konstituieren (vgl. Latour 2005:119).

31 Der Begriff Habitus geht in dieser Form der Verwendung auf den französischen Soziologen Pierre Bourdieu zurück, der – ähnlich wie Latour – den Habitus als »loi sociale incorporée« (Bourdieu 2002: 74) versteht. Dessen Einschreibung basiert auf einer steten Reproduktion von kollektiv anerkannten Normen, Werten und Verhaltensweisen (vgl. ebd.: 55), die gleichzeitig die Wahrnehmungsraster des Subjekts und dessen Interaktionsweisen innerhalb der Gesellschaft codieren: »l'être social [, est puis le produit] de l'incorporation des classements ainsi naturalisés« (ebd.: 56). In dieser Hinsicht be-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

plementierungsprozesse an die neuen Dinge ist eine sich immer wieder neu verhandelnde und neu konstituierende Subjektivierung grundlegend:

> »[…] a society needs new associations in order to persist in its existence. […] So every assemblage that pays the price of its existence in the hard currency of recruiting and extending is, or rather, has subjectivity. […] Subjectivity is not a property of human souls but of the gathering itself« (ebd.: 218).

Latour argumentiert in der Folge für eine Neujustierung der Zusammensetzung des gesellschaftlichen Kollektivs, seiner Potenzialitäten und der in ihm wirksamen Handlungsakteure, die die Potenzialitäten des Objekts einschließen. Nachfolgend sollen der sich hieraus generierende Kollektivbegriff und dessen Zusammenspiel mit Wirkungsweisen der Wissensverhandlung veranschaulicht werden.

2.3 Überwindung von Binarität: Für ein neues (Wissens-)Kollektiv

Anhand der bisherigen Darstellungen der Theoreme Bruno Latours wurden zwei primäre Annahmen deutlich: Erstens wertet Latour die ›Dinge der Welt‹ auf und zweitens versucht er, die scheinbar konstitutiv-binären Subjekt-Objekt-Strukturen aufzuheben, mithin die Trennung in herrschend/aktiv und beherrscht/passiv nicht länger aufrechtzuerhalten. Er plädiert dafür, Gesellschaft als ein »*sich erweiterndes Kollektiv* [zu denken]: die Eigenschaften der menschlichen und nicht-menschlichen Wesen, aus denen es sich zusammensetzen soll, sind nicht feststehend« (Latour 2001: 55; Herv.i.O.).

Insbesondere den Begriff Kollektiv benutzt Latour hier als Ausweg, um Objekte als gleichberechtigte Akteure mit eigenem Handlungspotenzial einzubinden. Mit der Verwendung von Kollektiv als Hyperonym soll über alle gesellschaftlichen Akteure hinweg ein gegenseitiges Einfühlen von menschlichen und nicht-menschlichen Entitäten ermöglicht werden (vgl. ebd.: 89ff.). Wenngleich die Dinge nicht direkt oder unmittelbar für sich sprechen können, so evozieren sie dennoch eine Politik (vgl. ebd.: 123), insofern sie – das gilt vor allem für ›technologische Dinge‹ – in der Alltagsrealität praktisch Anwendung finden, sich stabilisieren und handhabbar werden (vgl. Roßler

---

schreibt der Habitus »sowohl die Beeinflussung des Menschen durch das Soziale, wie auch die Festigung des Sozialen durch den Menschen« (Borsò 2012: 430f.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2008: 100). Schließlich konnten sie diesen Entwicklungsschritt nur absolvieren, weil an ihrer Entwicklungsgeschichte verschiedene Interessenaktanten beteiligt waren. Der konstruktive Moment hat sich im technologischen Ding selbst materialisiert und möglicherweise im sozialen Diskurs des Kollektivs ritualisiert (vgl. Latour 2016: 127f.). Diese Überführung neuer Dinge in das Kollektiv kann als fortlaufender Entwicklungs- und Aktualisierungsprozess der Gesellschaft oder eines Kollektivs verstanden werden.

Darüber hinaus birgt diese Aufgabe jedoch neben der produktiv-gestalterischen Qualität auch Potenzial für das Kollektiv störende bzw. herausfordernde *Quasi-Objekte*.[32] Diese Quasi-Objekte, die noch nicht kanonisiert sind, können mitunter eine weitreichende epistemische Neuordnung anstoßen. In diesem Sinn ist das »Außen […] nicht mehr feststehend, nicht mehr inert, es ist […] Gegenstand eines expliziten Externalisierungsverfahrens« (Latour 2001: 166). Gerade in dieser Hinsicht – nämlich der Erweiterung und Abschottung des (gesellschaftlichen) Kollektivs um neue Objekte bzw. Wissensbestände – wird deutlich, wie subversiv Wissensproduktion durchaus bei politischen Ausgestaltungen mitläuft und gerade auch an Klassierungs- und Selektionsprozessen in valide und nicht-valide Fakten zum Aufbau des gesellschaftlich-sozialen diskursiven Rahmens beteiligt ist. Denn gerade diese Quasi-Objekte sind es, die Benennungen und Klassierungsschemata zu Definition und Ausgestaltung der (sozialen) Gesellschaftsstruktur ermöglichen und eine Neu-

32 Ein ähnlich störendes bzw. irritierendes Potenzial spricht Hans-Jörg Rheinberger den *Epistemischen Dingen* zu, die sich – anders als die Quasi-Objekte – in der reinen Laborrealität offenbaren und nur im Experiment als Unbekannte überraschend wirken können (vgl. Roßler 2008: 100). Rheinberger beschreibt den Ablauf und die Zielsetzung gegenwärtiger Forschungsprozesse und das Zusammenwirken von bekanntem und unbekanntem Wissen am Beispiel des Experiments wie folgt: »Es geht letztlich um das Gewinnen von *neuen* Erkenntnissen […]. Was wirklich neu ist, muss sich einstellen, es muss sich ereignen. Mit dem Experiment schafft sich der/die Forscher eine empirische Struktur, […] die es ihm erlaubt, in diesem Zustand des Nichtwissens um das Nichtwissen handlungsfähig zu werden. In einer Experimentalanordnung verkörpert sich allerdings eine Menge von zu einem gewissen Zeitpunkt als gesichert geltendem Wissen. Es nimmt in der Regel die Gestalt von Instrumenten, Vorrichtungen und Apparaten an […]. Das eigentliche Ziel des Experimentierens besteht aber darin, die untersuchten Phänomene – die epistemischen Dinge in meiner Terminologie – zum Sprechen zu bringen.« (Rheinberger 2012: 123f.) So verweist Rheinberger mit dem Begriff des *Epistemischen Dings* folglich auf »diejenigen Wissensobjekte […], die in den materiellen Bedingungen von Experimentalsystemen das Unvorhersehbare, oder das, was man noch nicht weiß, paradoxerweise einschließen« (Borsò 2014: 144).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ordnung anstoßen können.[33] Quasi-Objekte setzen Verhandlungs- und Innovationsprozesse innerhalb eines Kollektivs in Gang, durch sie werden Grenzen erweitert oder aber verfestigt. In einer extremen Formierung können sie bisweilen auch zu kultureller Ausgrenzung und Überhöhung beitragen:

> »Durch die Weigerung die Quasi-Objekte zu denken, wird jedoch die Maschine zur Erzeugung von Unterschieden erst in Gang gesetzt. […] In einem Dominoeffekt [werden] […] all die kleinen Unterschiede hervor[gebracht], die von der Großen Trennung, der großen Erzählung des radikal von allen anderen Kulturen abgesonderten Abendlands gesammelt, gebündelt und verstärkt werden.« (Latour 2008: 329)

Gerade an diesem Umstand zeigt sich die politische Wirkkraft der Dinge und ihrer Selektion, die vor allem auf einer Kanonisierung bestimmter Dinge bzw. einer kulturell codierten Assoziierung der Handhabe und Wirkung der Dinge und der menschlichen Entitäten basiert:

> »The social that makes up society is only one part of the associations that make up the collective. […] Rather, one should say that ›when faced with an object, attend first to the associations out of which it's made and only later look at how it has renewed the repertoire of social ties.‹« (Latour 2005: 233)

Latours Ziel ist es daher, in der radikalen Hinwendung und Akzeptanz eines sich stets aktualisierenden Multiversums die komplexen Netzwerke aus Aktanten in ihrer Gänze zu erfassen und aus einer (politisch) motivierten Interessenreglementierung herauszulösen. Die ANT dient folglich dazu, die vorherrschenden binären Diskurs- und Gesellschaftsstrukturen endgültig zu überwinden und stattdessen kollektive Netzwerke zu etablieren, die auf der Aushandlung zwischen Altem und Neuem, zwischen Bekanntem und Unbekanntem basieren und auf stete Erweiterung ausgerichtet sind:

> »We simply have to make sure that their diversity is not prematurely closed by one *hegemonic* version of one kind of matter of fact claiming to be what is present in experience – and that goes, of course, for ›power‹ and ›Society‹ as well as for ›matter‹ and ›Nature‹.« (Ebd.: 118)

---

33 »Das soziale Band hält jedoch nicht ohne die Objekte, die durch die andere Seite der Verfassung gleichzeitig mobilisiert und für immer mit der sozialen Welt inkommensurabel gemacht werden können.« (Latour 2008: 328)

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Für Latour haben die klassischen westlichen Dichotomien wie Natur versus Kultur oder Politik versus Wissenschaft ausgedient. Er stellt ihre Wirkkraft als universale Erklärungsmuster infrage (vgl. Hagner 2012: 43). Diese Abkehr von einem transzendenten Ansatz hin zu einem in sich vielfältigen und existenzzentrierten Artikulationspotenzial sieht Latour u.a. auch als notwendige reformierende Leitlinie, um sich »*zu den verflochtenen Multiversen*« (Latour 2016: 196; Herv.i.O.) bekennen. An und in einem multiversen Kollektiv sollen alle Entitäten partizipieren und als solche gedacht werden, aber gleichermaßen infrage gestellt werden können (vgl. Lindemann 2008: 356).

3. Foucault und Latour zusammendenken: Das analytische Vorgehen

Bisher wurde deutlich, dass Michel Foucault und Bruno Latour, wenn nicht unmittelbar konsekutiv aufeinander bezogen, doch mit Blick auf Dynamisierungspotenzialitäten zusammengedacht werden können. Beide Ansätze bieten sogar eine gegenseitig vielversprechende Ergänzung. So zeigt Michel Foucault in seinen Arbeiten vor allem die enge Verwobenheit von Machtdynamiken und Diskursgestaltung sowie sich daraus ableitende (biopolitische) Reglementierungs- und Strategieprozesse. Subjekte und Dinge richten sich im Foucault'schen Denken anhand diverser diskursiv codierter Prägefolien aus, die letzten Endes Ordnungs- und Steuerungsfunktionen der Gesellschaft oder respektive der Welt avisieren. Diese sind allerdings immer als dynamisch angelegter Prozess zu verstehen, in dem Machthabender und Regierter sich wechselseitig herausfordern können und folglich gezeigt werden kann, »wie sich einzelne Elemente im Hinblick auf spezifische Funktionalität organisieren und stützen […] [; d]er Fokus liegt dabei auf den Macht/Wissen-Relationen« (Seier 2013: 160). Auch wenn die Relationalität von Subjekt und Objekt grundlegend ist, bleibt das aktive Handeln, also die aktiv wirksame Potenzialität, auf menschliche Entitäten beschränkt.

An diesem Punkt scheint die Hinwendung zur Latour'schen Auffassung von Kollektivbildung und Akteurtheorie sinnvoll. So geht Latour von einem allgegenwärtigen Zusammenwirken aller Entitäten der Welt aus, die in ständigen Überlagerungsprozessen Realitäten und sozial codierte Kollektive ausdifferenzieren. Jederzeit kann jedes Rollenverhältnis getauscht und aktualisiert werden. Die Dinge sind absolut gleichberechtigt und nicht erst unter menschlichem Blick in Form einer wechselseitig symmetrischen Beziehungs-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dynamik wirksam. Nichtdestotrotz verliert Latour in seinem radikalen Fokus auf Handlungen die ermöglichenden und einschränkenden machtpolitischen/-strategischen, bisweilen diskursiven, Hintergründe der Akteurs- und Verhandlungsdynamiken aus dem Blick.

Aus diesem Grund sollen durch ein Zusammendenken beider Ansätze sowohl der diskursiv-machtpolitische Rahmen von und für Handlungspotenzialitäten von Entitäten als auch ein vollständiges potenziell beteiligtes Akteursspektrum und damit verbundene Performanz- und Materialisierungsweisen mitbedacht werden[34]:

> »Materialität ist diskurshaft […], so wie Diskurspraktiken immer schon materiell sind […]. Die Beziehung zwischen dem Materiellen und dem Diskursiven ist eine Beziehung der wechselseitigen Implikation.« (Barad 2017: 604f.)[35]

Hierdurch sollen Beteiligungsformen, Fallstricke, Akteure und Spannungsverhältnisse der Wissens-/Diskursbildung und ihrer Verhandlung umfassend aufgezeigt und analysiert werden. Allerdings gibt es für diskursanalytische Arbeiten kein Standardverfahren.[36] Die angestrebte Auseinandersetzung mit Modifikationsweisen von Wissensverhältnissen und Diskursproduktion wie Akteurs- und Kollektivkomposition versucht jedoch in ihrem Grundsatz eine Erweiterung bereits bestehender diskursanalytischer Ansätze.[37]

---

34 Andrea Seier zeigt, dass gerade in der Annahme einer produktiven und dynamischen Handlungsmacht ein einendes Element zwischen Bruno Latour und Michel Foucault besteht (vgl. Seier 2013). Allerdings greift ihre Analyse mit Blick auf Foucault zu kurz, wenn sie dessen Diskurs-/Dispositivformierungen lediglich als Markierungselement für Grenzen der Logiken von Sag- und Denkbarem versteht (vgl. ebd.: 158). So sieht Foucaults Machttheorie in der steten produktiv-widerständischen Reizung eines ›anderen‹ Denkens eine unabdingbare Grundlage für Konstitution, Fortführung und praktische Realisierung von Handlungsmacht.

35 Insbesondere im Zusammendenken der Theoreme von Foucault und Latour finden sich Anknüpfungspunkte zum Konzept des *Agentiellen Realismus* nach Karen Barad. Mit ihrer noch stärkeren Verlagerung auf ein prozessual-intraaktives Werden der Dinge der Welt legt Barad allerdings einen Schwerpunkt, der vor allem Konstitutions- und Erklärungsprozesse der Welt sowie Verhandlungen von Entitätsrealitäten betrifft, die diese diskursanalytische Arbeit übersteigen (vgl. Barad 2017: 634ff.).

36 Meist werden Versatzstücke anhand eines speziellen Schwerpunktes zu den diskursiven Forschungsfragen analysiert (vgl. Keller 2008: 268).

37 Allgemein lassen sich im Forschungsfeld der Diskursanalyse neben der Diskurstheorie nach Michel Foucault (siehe Kapitel I) drei weitere Haupttendenzen von Forschungsansätzen ausmachen, anhand derer sich jeweils verschiedene Analyseansätze ausdiffe-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Daher wird für das angestrebte erweiterte Diskursanalysemodell auf Vorgehensweisen der *Wissenssoziologischen Diskursanalyse* (WDA) nach Keller (2012: 49-54) und der *Kritischen Diskursanalyse* (KDA) nach Jäger (2001: 102-104) zurückgegriffen, um eine valide Datenbasis für die Untersuchung zu erhalten.

3.1 Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA)

Der Unterbau des Foucault'schen Diskursanalysespektrums mit einem akteursspezifischen Analyseansatz findet sich bereits in ähnlicher Form in der *Wissenssoziologischen Diskursanalyse* (WDA) nach Reiner Keller.[38] Deren Ziel ist es, die zentrale Frage nach der diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit zu beantworten. Dazu wertet sie Daten von Akteuren, Handlungsträgerschaften und Strukturprozessen aus. Anhand gesellschaftlicher Interpretations- und Spiegelmöglichkeiten diskursiver Prozesse kann ein bestimmtes Wirklichkeitsverständnis rekonstruiert werden (vgl. Keller/Truschkalt 2013: 13). Hierzu werden nicht nur »wissenschaftliche […], [sondern] auch öffentliche Diskurse bzw. themen- oder ereignisspezifische Diskurse und diskursive Auseinandersetzungen in gesellschaftlichen Teilarenen [berücksichtigt]« (Keller 2013: 30).

Darüber hinaus bindet die WDA ein erweitertes Akteursspektrum »über die gesamte Breite wissenssoziologisch zugänglich[er] Gegenstände« (ebd.: 31) in ihre Analysearbeit mit ein. Sie folgt damit in Teilen der – in der vorliegenden Arbeit angestrebten – materiellen Ausweitung von wissens- und diskursanalytisch relevanten Akteursinstanzen. Ankerpunkt der analytischen Ergänzung der Akteursebene ist der menschliche Faktor (vgl. ebd.: 33) und

renzieren. Die angelsächsisch geprägte *discourse analysis*, die vor allem auf Diskurs als Kommunikationssituationen und eine damit verbundene (linguistische) Analyse fokussiert. Zweitens die Habermas'sche *Diskursethik*, die im Anschluss an Searles Sprechakttheorie Diskurse als kommunikative Verfahren mit spezifischer Argumentationsstruktur versteht. Drittens eine kulturalistische Diskursanalyse, die Diskurse vor allem mit Bezug auf öffentliche Symbole und soziale Handlungen untersucht (vgl. Keller et al. 2001: 10-13).

38 Ihren Ursprung hat die WDA in der *Theorie der Wissenssoziologie* nach Peter Berger und Thomas Luckmann, die sich jedoch mit ihrer Auseinandersetzung mit sozialen Konstruktions-, Objektivierungs- und Aneignungsprozessen von Wissensbeständen auf individuelle Einzelperspektiven fokussiert und hauptsächlich ›Alltagswissen‹ untersucht haben. Formen kollektiver Wissensproduktion und -vermittlung oder die gesellschaftlichen Grundlagen und Strukturierungen von Wissens- und Machtverteilungen wurden außen vor gelassen (vgl. Keller 2001: 120).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dessen Erscheinungsformen in Diskursen.[39] Im Fokus stehen kollektive Akteure wie Institutionen oder Organisationen und deren Deutungs- und Handlungsstrukturen, welche die Konstruktion von Diskursen bzw. sozialen Wissensordnungen/-politiken erlauben (vgl. ebd.: 27). In dieser Hinsicht geht es der WDA vornehmlich um eine Rekonstruktion von

> »Prozesse[n] der sozialen Konstruktion, Zirkulation und Vermittlung von Deutungs- und Handlungsweisen auf der Ebene von institutionellen Feldern, Organisationen, sozialen Kollektiven und Akteuren […]. Ihr Forschungsgegenstand ist […] die Produktion und Transformation gesellschaftlicher Wissensverhältnisse durch Wissenspolitiken, d.h. diskursiv strukturierte Bestrebungen sozialer Akteure, die Legitimität und Anerkennung ihrer Weltdeutung als Faktizität durchzusetzen. Sie begreift damit sozialen Wandel […] als Verschiebung von Wissensregimen.« (Keller 2008: 192f.)

Auch die vorliegende Untersuchung fragt, inwiefern diskursive Bruchsituationen in Krisenzeiten Neuverhandlungen – sowohl des diskursiven Orientierungsrahmens als auch des gesellschaftlichen Kollektivs – erwirken und Diskurse als soziale (Veränderungs-)Praktiken gedacht werden können. Allerdings werden hierbei die Materialität des Diskurses und seine Wirkungsweisen auf und mit einem Kollektiv nicht allein in Hinlick auf menschliche Entitäten und ein fixes Akteursspektrum untersucht, sondern mit Latour um ein heterogenes, erweiterbares Akteursfeld oder Diskurskollektiv und dessen Aktualisierungspotenzial erweitert. Zudem sollen die in den Diskursverhandlungen wirksamen Ding-Materialitäten untersucht werden, um ihr Potenzial als veränderte Wissensrealität herauszuarbeiten. Die Zusammenstellung des Diskurskorpus orientiert sich jedoch grundlegend an Verfahren der WDA.

Als primäre Basis für die diskursive (De-)Konstruktionsarbeit dienen der WDA – wie einer Vielzahl diskuranalytischer Ansätze auch – öffentlich zugängliche textförmige Daten und Aussageereignisse (vgl. Keller 2008: 268, Keller 2013: 51), die als »materiale Manifestationen gesellschaftlicher Wissensordnungen« (Keller 2013: 49) aufgefasst werden. Keller betont, die ausgewählten Textpassagen würden immer nur Versatzstücke einer Diskursrealität re-

39 Hierzu differenziert Keller fünf verschiedene Akteursformen, die mittels der WDA untersucht werden können: soziale Akteure, Sprecherpositionen, Personal der Diskursproduktion/Weltintervention, Subjektpositionen und Subjektivierungsweisen (vgl. Keller 2013: 33).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

präsentieren. Sie seien in sich heterogen und in Referenz zu anderen Texten und Aussagen zu bewerten (vgl. ebd.: 50). Gerade vor diesem Hintergrund müssen sowohl die genutzten Quellen als auch die Auswahlkriterien für die Diskursformationen offen dargelegt und auf ihre Konsistenz hin geprüft werden, um Selektivität auszuschließen (vgl. ebd.: 51).

Bei der Ausdifferenzierung des Diskursfeldes besteht laut Keller zum einen die Möglichkeit, thematisch-inhaltlich vorzugehen, sprich über die Analyse von bestimmten getroffenen Aussagen Rückschlüsse auf das damit verbundene Sprechernetzwerk zu treffen. Zum anderen sei es legitim, über einen spezifischen Zeithorizont zentrale Sprecher, mögliche Sprecherpositionen und ihre Öffentlichkeiten zu identifizieren und hierüber die textliche Auswahl des Analysekorpus zu treffen (vgl. ebd.: 51f.). Zu bedenken sei die Situiertheit der ausgewählten Aussageereignisse und insbesondere die verschiedenen Ebenen der Kontextualisierungen, mögliche Aussageanlässe, die Art ihrer Materialisierung sowie damit verbundene (Macht-)Implikationen (vgl. Keller 2013: 52f.). Für die inhaltlich-interpretative Auseinandersetzung mit einem Diskurs, die »Feinanalyse von Aussageereignissen« (ebd.: 54), ist eine »kontrollierte[] Verdichtung des zu analysierenden Datenmateriales [notwendig] […]. Dazu zählen die reflektierte Orientierung an Schlüsseltexten, -passagen, -akteuren und -ereignissen, deren Stellenwert aus dem Datenmaterial selbst herausgearbeitet werden kann« (ebd.). Keller weist auf die Verwendung von Deutungsmustern als inhaltliche Strukturelemente hin. Diese bezeichnen »grundlegende bedeutungsgenerierende Regulationsmuster (hier: innerhalb eines Diskurses)« (Keller 2001: 132). Die Auswahl von Deutungsmustern obliege den Forschenden und könne sowohl im Vorfeld als auch anhand des Textkorpus getroffen werden (vgl. Keller 2013: 62). Ein Kernbestand an Deutungsmustern ermögliche es dann, ein spezifisches Interpretationsrepertoire zu erarbeiten, auf dessen Basis gemeinsame *story lines* – um die kollektive Akteure konkurrieren und die verschiedene Deutungsmuster verknüpfen – ausgemacht werden könnten (vgl. Keller 2001: 132f.).

Die WDA verfolgt an dieser Stelle Methodiken der qualitativen Sozialforschung. Sie orientiert sich beispielsweise an der *Grounded Theory*, ergänzt um verschiedene Praktiken des Samplings und Kodierens (vgl. Keller 2013: 54f.). Auf dieses Vorgehen wird in der vorliegenden Arbeit bewusst zugunsten eines kulturwissenschaftlichen Forschungsansatzes verzichtet. Zudem bezieht das erarbeitete erweiterte Diskursanalysemodell für die inhaltliche Strukturie-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rungs- und Selektionsarbeit sowie für die Festlegung von Deutungsmustern Grundzüge der *Kritischen Diskursanalyse* nach Siegfried Jäger ein.

3.2 Kritische Diskursanalyse (KDA)

Auch die Entwicklung der *Kritischen Diskursanalyse* geht auf die Arbeiten Michel Foucaults zurück. Im Gegensatz zur WDA orientiert sie sich aber in erster Linie an der Frage, was überhaupt gültiges Wissen ist, wie es zustande kommt und wie es weitergegeben wird. Außerdem bearbeitet sie die Frage, welche Subjektkonstitutionen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozesse sich daran anschließen (vgl. Jäger 2001: 81). Mithilfe der KDA ist es möglich, Grenzen von Sag- und Machbarkeitsfeldern zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Gesellschaft aufzuzeigen (vgl. ebd.: 83). Der Diskurs wird als »›Fluß von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit‹ [aufgefasst] […], [insofern] er die Vorgaben für die Subjektbildung und Gestaltung von Gesellschaft [schafft]« (ebd.: 84). So arbeiten Diskurse in ihrer eigenwirksamen Materialität ganz praktisch gesellschaftliche Wirklichkeit und Subjektivität aus (vgl. ebd.: 85). Im Rahmen einer KDA können folglich spezifische Wirklichkeitsmuster einer Gesellschaft als sich darüber artikulierende Subjektpotenzialitäten analysiert werden, allerdings nur bezogen auf menschliche Akteure und das menschliche Bewusstsein (vgl. ebd.: 95).

Diskurse sind dennoch nicht als klar abgrenzbare Bereiche zu verstehen, sondern vielmehr als »riesiges und komplexes ›Gewimmel‹« (ebd.: 96), das mittels allgemeiner Strukturwerkzeuge zunächst gefiltert werden sollte, bevor ein konkreter Analyseprozess erfolgen kann. Die vorgeschlagenen Operationalisierungshilfen der KDA finden auch in der vorliegenden Untersuchung Verwendung. Generell orientiert sich die KDA in ihrer strukturellen Vorarbeit an ähnlichen Schritten wie die WDA, wie Jäger (ebd.: 97-106) ausführt: So sollen zunächst Diskursstränge (thematische Diskursverläufe) und ihre Fragmente unter Berücksichtigung möglicher Verschränkungen (sogenannte *diskursiver Knoten*) ermittelt werden. Im Anschluss daran erfolgt dann die Erarbeitung *diskursiver Ereignisse* innerhalb dieser Stränge und die Kontextualisierung und Darlegung ihrer verschiedenen (wechselseitig wirksamen) Diskursebenen oder auch Sektoren. Anschließend können Diskurspositionen – hegemoniale Diskurse, Gegendiskurse und ihre gegenseitige (konstitutive) Verwobenheit – analysiert werden.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3.3 Diskursanalytischer Ansatz

Für die vorliegende Arbeit wird der gewählte analytische Ansatz durch die Verknüpfung von wissens-/diskurs- und machtrelationalen Annahmen Michel Foucaults mit der materiellen Unterfütterung durch die akteursspezifischen Ansätze Bruno Latours in seiner formalen und strukturellen Auswahl und Gestaltung entlang eines Schemas erarbeitet.

Die folgende Tabelle zeigt das entwickelte Analyseschema, das auch Ansätze von WDA und KDA verknüpft:

Tabelle 1: Analyseschema für die Diskursanalyse (eigene Darstellung)

Formale Vorarbeiten	Verortung, Begründung und Kontextualisierung der Diskursanalyse Begründete Fokussierung auf eine Diskursebene und Teilsektoren (Diskursstrang)
Strukturanalyse	Charakterisierung der (Text-)Quellen/Korpuszusammenstellung sowie des Akteurspektrums Darlegung der medialisierten/materialisierten Aussagen (Textsorte, Verbreitungsweg, Rezeptionsfeld) Zeitliche, ereignisorientierte und thematische Eingrenzung sowie Festlegung von Deutungsmustern als Strukturelemente für den Korpus
Inhaltliche Analyse (Feinanalyse)	Filterung und In-Bezug-Setzen vergleichbarer, exemplarischer Schlüsseltexte (Diskursfragmente) des Korpus zur Feststellung der Diskursposition; Analyse nach festgelegten Leitfragen Verortung der Ergebnisse/Aussageereignisse im Diskursstrang (u.a. situative, institutionell-organisatorische und gesellschaftliche Kontexte) Ausarbeitung von kollektiver *story line* und Akteurs-/Diskurskonstitution (bestehende Machtkonstellationen aufarbeiten; Zuordnung zu Einzelthemen und Zusammenfassung bestimmter Diskurspositionen)
Gesamtanalyse	Interpretation der Ergebnisse der/des untersuchten Teildiskurse(s) Zusammenführung in Bezug auf Gesamtdiskurs und Analyse der Wechselwirkung mit Kollektivbildung

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

II. Politische Diskursproduktion in Krisenzeiten

Kernanliegen der vorliegenden Arbeit ist es zu ermitteln, inwiefern sich vor dem Hintergrund krisenhafter Ereignisse am Beispiel Spaniens neue politische Diskursräume und Wissensverhältnisse konstituieren beziehungsweise materialisieren und in welcher Form von der Herausbildung eines Kollektivs im Sinne von Latour gesprochen werden kann. Folgende Fragen werden hierbei (insbesondere für die inhaltliche Analyse, respektive Feinanalyse) als Leitfragen dienen:

- Welche (politischen) Diskursrealitäten (re-)konstruieren sich?
- Welche Materialisierungsprozesse erfolgen oder wirken auf die Realitäten ein (Stichwort ›andere‹ Wissensverhältnisse)?
- Welche Rolle spielen die beteiligten Akteure und in welcher (Handlungs-)Form konstituieren sie sich?
- Wie verändern oder aktualisieren sich (repräsentative) Kollektive?

Um die Selektion relevanter Diskursstränge begründen und die Situierung der zu untersuchenden (Aussage-)Ereignisse und Kollektivformationen erläutern zu können, werden im Rahmen der formalen Vorarbeit zunächst allgemein krisentheoretische Grundlagen erläutert sowie in konkrete gesellschaftliche und soziokulturelle Krisenkontexte für die Analyse eingeführt. Letzteres ebengerade auch, um die nachfolgend diskursanalytisch untersuchten Dynamisierungs- und Aktualisierungsprozesse der öffentlichen Sagbarkeitsfelder des spanischen politischen Diskurses und seiner Kollektivakteure im Foucault'schen Sinne in einem gesellschaftlichen (Materialisierungs-)Kontext verorten und sie nachvollziehen zu können.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1. Das Paradigma der Krise und verschiedene Typisierungen

Zunächst ist festzustellen, dass der Verweis auf einen gesellschaftlichen Zustand der Krise oder die öffentliche Referenz auf einen Zustand der dauerhaften Krisenverfasstheit in jüngster Zeit immer stärker wahrgenommen wird, wir »in einer Zeit [leben], in der scheinbar alle Lebensbereiche krisenhaft geworden sind« (Kohlrausch/Schoeß/Zejnelovic 2018: 7). Trotz der in Teilen inflationär anmutenden Verwendung des Begriffs Krise misslingt eine Präzisierung dessen, was mit Krise eigentlich gemeint bzw. beschrieben werden sollte.[1] Stattdessen »[h]at sich die alte Kraft des Begriffs, unüberholbare, harte und nicht austauschbare Alternativen zu setzen […] in die Ungewißheit beliebiger Alternativen verflüchtigt« (Koselleck 1982: 649).

Es schwingen demnach verschiedene Prämissen im Umgang mit dem Konzept Krise mit: So erweist sich die ursprüngliche klassische Krisendefinition als Entscheidungsmomentum zwischen klar definierten Bereichen als nicht mehr ausreichend. Koselleck (1982) zeigt auf, dass *Krise* im klassischen Gebrauch insbesondere als medizinische, aber auch juristische oder theologische (Zustands-)Beschreibung semantisch geprägt wurde und sich hierbei auf harte Alternativen zwischen Leben und Tod, Recht und Unrecht oder Heil und Verdammnis bezog (vgl. ebd.: 617). Erst ab dem 17. Jahrhundert kann ausgehend vom medizinischen Kontext eine metaphorische Ausweitung des Begriffs auf andere gesellschaftliche Teilbereiche wie Politik, Ökonomie oder Psychologie festgestellt werden (vgl. ebd.: 617). So handelt es sich

> »bei der Krisis als Krankheit sowohl um den beobachtbaren Befund wie auch um das Urteil (judicium) über den Verlauf, der an bestimmten Tagen zur Entscheidung treibt, ob der Kranke überlebt oder stirbt. […] Es ist ein Verlaufsbegriff, der […] auf eine Entscheidung zuführt. Er indiziert jenen Zeitabschnitt, in dem die Entscheidung fällig, aber noch nicht gefallen ist.« (Ebd.: 619)

Ausgehend von dieser Prägung muss in einer Krisenphase eine Entscheidung getroffen beziehungsweise der Krisenzustand reguliert werden. Ziel ist es dann, einen angenommenen Normalzustand wieder herzustellen. So ist das Vorgehen, »[e]inem Geschehen die Fieberkurve der Krise zu unterlegen […]

1 Gentili (2020) hält entgegen, dass eine vermeintliche semantische Vagheit des Begriffs *Krise* kein unmittelbares Indiz für dessen inflationär-vielseitige gegenwärtige Verwendung, sondern ein Beleg für dessen höchsteffizientes Wirken als Dispositiv sei (vgl. Gentili 2020: 102).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

[,] immer schon eine Antwort auf die bedeutend unerträglichere Krise der fehlenden Unterscheidung« (Steier 2018: 44). Diesen Normierungs- oder lösungsorientierten Regulierungsmechanismus, der mit der Denomination einer Krise einherzugehen scheint, sieht auch Jürgen Habermas insbesondere mit Blick auf die Rückkopplung zwischen Krisen- und Subjektkonstitution bestätigt. So wird nach Habermas mit der Ankündigung einer Krise

> »die Vorstellung einer objektiven Gewalt [verbunden], die einem Subjekt ein Stück Souveränität entzieht […]. Indem wir einen Vorgang als eine Krise begreifen, geben wir ihm unausgesprochen einen normativen Sinn: die Lösung der Krise bringt für das verstrickte Subjekt eine Befreiung.« (Habermas 1973: 11)

Allerdings ist Krise nicht mehr nur als punktuelles, sondern – wie bereits bei Koselleck angedeutet – seit der Moderne als mehrschichtiges, vielseitig verzahntes und allgegenwärtiges gesellschaftliches Phänomen zu verstehen (vgl. Mergel 2012: 11). Die Lösungswege verweisen durch die ›Beliebigkeit der Alternativen‹ auf ein seit dem 19. Jahrhundert gewachsenes Kontingenzbewusstsein einer modernen Welt, deren Struktur nicht mehr in hierarchisch organisierten Ontologien gedacht wird, sondern eine alltägliche Realität evoziert, die verhandelbar ist und somit auch ›anders‹ sein könnte (vgl. Koschorke 2018: 32).[2]

In ihrer Herausforderung bzw. Abweichung von einem angenommenen Normalzustand und einer darüber vermittelten Kontingenzerfahrung liegt auch ein produktives Potenzial von Krisen, da sie in dieser Funktion gegebene Selbstverständlichkeiten in Frage stellen und zu einer Neuordnung verleiten (vgl. Mergel 2012: 12). Diese produktive Stilisierung von Krisen als notwendiger Anreiz ist vor allem für das westliche Verständnis einer linearen Fortschrittsgesellschaft prägend, die krisenhafte Situationen zwischen Prozessen der Erneuerung und des Verfalls in einer steten Weiterentwicklung austariert

2 Vor diesem Hintergrund ist mit Krise ein Umbruch indiziert, der ex post als prozessuale Bestimmungsgröße für historische Zeit bzw. die Klassierung historischer Epochen fungiert (vgl. Koschorke 2018: 24, vgl. Koselleck 1982: 627).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(vgl. Beck/Knecht 2012: 67).[3] So verleiten Krisen »immer in besonderem Maße zur Explikation des Gegebenen *und* des Neuen« (ebd.: 69; Herv.i.O.).

Aus diesem Zusammenhang leitet Reinhart Koselleck die enge Verwobenheit von Krise und Kritik ab,[4] wonach »die Krise eine Tochter der Kritik [ist]. Sie kommt aus der Subversion des Selbstverständlichen durch die Einführung neuer Denkmöglichkeiten« (Mergel 2012: 13). In ihrem Potenzial der Irritation bestimmter Ordnungsverhältnisse wirken Krisen folglich produktiv. Sie bergen aus machtpolitischer Sicht ein mitunter widerständisches, in jedem Fall aber herausforderndes Potenzial:

> »Krisen irritieren Verhältnisse von Ordnung und Unordnung, von Begrenzungen und Handlungsmöglichkeiten, von Unsichtbarkeit und Sichtbarkeit und funktionieren wie Inkubatoren von Reflexion und Diskursivität.« (Beck/Knecht 2012: 69)

So evoziert eine Krisensituation zum einen das Bedürfnis nach angepassten Kommunikations- und Diskursstrategien und zum anderen die Legitimation verschiedener Handlungsweisen und Reaktionen (vgl. Meyer/Patzel-Mattern/

---

3 Auch Ulrich Beck betont das produktiv-stimulierende Potenzial von Krisen. Er weist allerdings für die gegenwärtige Gesellschaft die Annahme einer linearen und zielgerichteten Abfolge zugunsten einer »›Metamorphose‹ […], die etwas Neues erschafft[t], dessen Art wir noch nicht abzuschätzen vermögen« (Lutz 2018: 9), zurück. Beck führt die These – einer fundamentalen Rekonfiguration der (globalen) Gesellschaften – in seinem posthum erschienenen Buch *Die Metamorphose der Welt* (Beck 2017) aus. Hierin entsagt er einer linearen und lokal wie temporal beschränkten Krisenrealität und konstatiert stattdessen die Gleichzeitigkeit und Verwobenheit globaler Missstände (z.B. Armut, Hunger), die als »empörendes politisches und moralisches Versagen öffentlich kommuniziert [werden]« (Beck 2017: 32). Gerade dieses öffentlich sichtbare Anprangern von miteinander verwobenen Missständen und Katastrophen kann nach Beck ein »Weltbewusstsein« (ebd.) katalysieren, das in dem Verweis auf krisenhafte Missstände als Ausgangs- und Anreizpunkt für ein (utopisch-kosmopolitisches) Denken und Gestalten einer völlig neuen, re-konfigurierten Welt und sozialen Ordnung dienen könne (vgl. Lutz 2018: 37ff.). So ist die Metamorphose im Beck'schen Sinne »eine Form der Veränderung der Formen menschlichen Daseins. Sie läutet das Zeitalter der Nebenfolge ein. Sie stellt unsere Art des In-der-Welt-Seins, unser Weltbild und unsere Art, Politik zu betreiben, infrage« (Beck 2017: 35).

4 Das führt Koselleck auf Basis der etymologischen Rückführung auf das griechische Verb *krinein* aus: »›Krisis‹ bedeutet aber auch ›Entscheidung‹ im Sinne der Urteilsfindung und der Beurteilung, was heute in den Bereich der Kritik fällt. Die später getrennten Sinnbereiche einer ›subjektiven‹ Kritik und einer ›objektiven‹ Krise wurden also im Griechischen noch vom selben Wort abgedeckt« (Koselleck 1982: 618).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Schenk 2013: 10). Dadurch ermöglicht ein im Rahmen einer Krise geschaffenes (Macht-)Vakuum durch den mit ihr verknüpften Neuordnungsprozess auch diskursive und machtpolitische Verschiebungen. So treten »konkurrierende Deutungsmuster und Sprechformen auf den Plan. […] Krisen sind mithin immer auch Krisen von Repräsentation« (Mergel 2012: 16).

Darüber hinaus handelt es sich bei Krisen um abstrakte Phänomene, die in Form eines Narrativs sowohl einer Diagnose als auch Vermittlung bedürfen. Damit können sie bis zu einem gewissen Grad von einer Sprecherseite funktionalisiert werden (vgl. Kohlrausch/Schoeß/Zejnelovic 2018: 8).[5]

Vorläufig kann also festgehalten werden: Das Konzept Krise beschreibt einen Moment des Umbruchs beziehungsweise Einbruchs von etwas Unvorhersehbarem, das den Mensch beziehungsweise die Gesellschaft in eine Situation der Unsicherheit versetzt, deren Ende zunächst offen bleibt (vgl. Meyer/Patzel-Mattern/Schenk 2013: 9).[6] Gleichermaßen ist eine gewisse Zeitlichkeit indiziert, werden Krisen als dauerhafte Möglichkeit der systemischen Reizung verstanden, die immer wieder die Infragestellung gesellschaftlicher Bereiche erwirkt (vgl. Mergel 2012: 13). Gerade in dieser Regelmäßigkeit liegt auch – neben einem produktiven – ihr außergewöhnliches bis bedrohliches Potenzial:

> »Existenzen stehen in Frage, Selbstverständlichkeiten sowieso, wenn die Krise heraufzieht. Die Krise macht immer wieder deutlich, wie fragil das fraglose Gebilde ist, das wir Gesellschaft nennen.« (Ebd.: 14)

Welche spezifischen Merkmale für wirtschaftliche und politische Krisen relevant sind, wird im Folgenden näher erläutert.

---

5 Dieser Aspekt wird im Zusammenhang von Krise und Diskurs nachfolgend noch einmal näher erläutert.

6 Nicht jeder (systemische) gesellschaftliche Wandel indiziere laut Habermas automatisch eine Krise (vgl. Habermas 1973: 12). Die Wahrnehmung eines Vorgangs als krisenhaft sei laut Habermas abhängig von einem bedrohlichen subjektiven Empfinden der betroffenen Gesellschaftsmitglieder: »Erst wenn die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandlungen als bestandskritisch *erfahren* und ihre soziale Identität bedroht fühlen, können wir von Krisen sprechen« (ebd.: 12; Herv.i.O.). In diesem Zusammenhang weist Habermas darauf hin, Krisen und ihre Auswirkungen sollten aus Sicht der Sozialwissenschaften als systemische und soziale Vorgänge erfasst bzw. beschrieben werden (vgl. ebd.: 13).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1.1 Wirtschaftliche Krisen und politische Krisen

Der Begriff Krise ist in einem ökonomischen Sinne für den deutschen Sprachgebrauch seit Mitte des 19. Jahrhunderts lexikalisch nachweisbar (vgl. Koselleck 1982: 623). Er wurde vor allem in Zeiten von Hunger und Armut gebraucht, um nationalökonomische Verteilungskämpfe (Umverteilung von Produktivkräften) zu bezeichnen (vgl. Nützenadel 2012: 48f.).[7] Aus der systemischen Umstellung auf eine kapitalistische Wertschöpfung und der zunehmenden wirtschaftlichen Interdependenz erwuchsen im 19. Jahrhundert aus nationalen auch weltweite Krisen (vgl. Koselleck 1982: 641). Der Begriff ist also von jeher eng verwoben mit gesellschafts- und geschichtstheoretischen Deutungen. So diente er primär der Benennung der »Herausforderungen des Jahrhunderts« (ebd.: 643). Insbesondere in dieser Rückkopplung zwischen Ökonomie und Gesellschaft wird zudem deutlich, dass ökonomische Krisen zunächst einer gesellschaftlichen Situierung bedurften und gleichermaßen zielorientiert als notwendiger Prozess bzw. als »Sprosse auf der Leiter des Fortschritts« (ebd.: 644) verstanden wurden.

In der gegenwärtigen Ökonomie sind Krisen nicht automatisch mit einem genuinen Fortschrittsdenken verknüpft. Zudem ist die Auseinandersetzung mit Krisen kein fester Bestandteil ökonomischer Analysen (vgl. Nützenadel 2012: 48). Der Krisenbegriff wird für Analysen veränderter ökonomischer Verhältnismäßigkeiten erst in Rückkopplung an soziale bzw. gesellschaftliche Veränderungen anwendbar. So betreffen ökonomische Krisen in erster Linie

7 Unter anderem Marx und Engels sahen im Aufkommen von Krisen das entscheidende produktive Potenzial zum revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems (vgl. Nützenadel 2012: 49). So zeigt sich im *Kapital* – dem ökonomischen Hauptwerk von Marx und Engels –, dass immanente Widersprüche im kapitalistischen System zyklisch immer wieder neue Krisen evozieren, mit dem prognostizierten Ziel, irgendwann selbst das dem Zyklus ursprüngliche System zu sprengen (vgl. Koselleck 1982: 646). Denn die »kapitalistische Produktionsweise [läuft] immer auf die von ihr selber errichteten Schranken auf, weil *eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion entscheidet, statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen*« (ebd.: 647; Herv.i.O.). Als notwendigerweise im kapitalistisch orientierten Wirtschaftssystem inhärente Krisenelemente weist Marx eine unbändige Profitorientierung und eine damit möglicherweise lancierte Überproduktion aus, die sowohl soziale Einschränkungen als auch Rentabilitäts- und Profiteinbußen zu katalysieren vermag (vgl. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine systemische Ebene der Gesellschaft. Das meint unter anderem auch Jürgen Habermas, wenn er die Ökonomische Krise als eine Realisierungsform von möglichen Krisentendenzen, denen sich kapitalistische Gesellschaftssysteme ausgesetzt sehen, differenziert (vgl. Habermas 1973: 72f.).

Neben der ökonomischen typisiert Habermas drei weitere Krisen: Rationalitätskrisen, Legitimationskrisen und Motivationskrisen (vgl. Hülsmann/Cordes 2013: 71). All diesen Krisentypen spricht er das Potenzial zu, zu einem »politischen Ausbruch, d.h. der Delegitimation des bestehenden politischen Systems [zu führen]« (Habermas 1973: 66). Allerdings differenziert Habermas hierbei Krisentendenzen aus, die primär auf systemischer und solche, die vordererst auf individueller Ebene ihren Ausgang nehmen. Neben der Ökonomischen Krise spielt sich auch die Rationalitätskrise primär auf einer systemischen Ebene ab, wohingegen Legitimations- und Motivationskrisen eher auf Ebene des Individuums gesehen werden, die allerdings auch funktional ineinandergreifen können (vgl. Hülsmann/Cordes 20213: 72).[8] Die ökonomische Krise bezeichnet im Habermas'schen Sinne nach Hüslmann/Cordes

> »Situation[en], in denen soziale Systeme wie Unternehmen, Institutionen oder Staaten sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden. […] [Dies meint] Situationen, in denen die jeweiligen Systeme nicht mehr in der Lage sind, sich mit Ressourcen zu versorgen, die sie benötigen, um ihre Zwecke zu erfüllen.« (Hülsmann/Cordes 2013: 72)

Aus dieser Perspektive ist für die Wirtschafswissenschaften ein Krisenzustand zunächst im Zusammenhang mit einem konjunkturellen Abschwung nachweisbar (vgl. Nützenadel 2012: 51; Hülsmann/Cordes 2013: 74). Als zentrale Merkmale einer systemischen Krise im wirtschaftlichen Sinne können folgende Elemente ausgemacht werden:

> »die Gefährdung der Existenz des betrachteten Systems, eine Ambivalenz des Krisenausgangs, eine Gefährdung dominanter Ziele, das Vorhandensein einer Steuerungsproblematik und ein Zeit- sowie ein Entscheidungsdruck.« (Hülsmann/Cordes 2013: 90)

8 In der nachfolgenden Auseinandersetzung mit Merkmalen der Politischen Krise soll auf diese Ausdifferenzierung und mögliche Interrelationen noch einmal eingegangen werden. Für eine ausführliche Beschreibung der einzelnen Krisentendenzen nach Habermas siehe: Ökonomische Krise (Habermas 1973: 73-86), Rationalitätskrise (ebd.: 87-95), Legitimationskrise (ebd.: 96-105) und Motivationskrise (ebd.: 106-127).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In ökonomischen Krisen offenbaren sich im Besonderen Klassenunterschiede, die letztlich eine soziale Krise bewirken können. So ist die ökonomische Krise »*zugleich* eine soziale Krise, in der die Interessen von handelnden Gruppen aufeinanderstoßen und die soziale Integration der Gesellschaft in Frage stellen« (Habermas 1973: 48; Herv.i.O.).

Anhand dieser Krisenkriterien wird zudem erneut deutlich, wie sehr ökonomische Krisen im Sinne von systemischen Krisen auch an einen gesellschaftlichen Raum gekoppelt sind und vor diesem situativ betrachtet werden müssen. So verweist Nützenadel mit Blick auf Analogieversuche zwischen der Finanzkrise 2008/2009 und der Großen Depression der 1930er Jahre darauf, dass

> »Gesellschaften mit Wirtschaftskrisen unterschiedlich umgehen. […] Der historische Vergleich bietet erhebliches Potential für die Erforschung von Krisenprozessen, meistens aber keine unmittelbare Handlungsanweisung für die Gegenwart.« (Nützenadel 2012: 56)

Insbesondere aufgrund dieser systemischen Verwobenheit sollten wirtschaftliche Krisen auch als Indikatoren für einen institutionellen Wandel verstanden werden, der Phasen der Neuordnung von Handlungs- und Verhaltensweisen notwendig macht (vgl. ebd.: 56f.). So können wirtschaftliche Krisenzeiten eben auch gerade gesellschaftliche Neuordnungsprozesse anstoßen bzw. wirtschaftliche Systeme durch gesellschaftlich-institutionelle Veränderungen modifiziert werden.[9] Inwiefern hierbei politisches Krisenpotenzial freigesetzt wird, wird nachfolgend erläutert.

Ähnlich wie im Falle der Wirtschaftskrise wurde auch der Begriff der politischen Krise nachträglich metaphorisch ausgeweitet und zur Diagnose des Zustands eines Staatskörpers und seiner Institutionen gebraucht (vgl. Kosel-

9 Dies insbesondere dann, wenn sich – wie im Falle der Finanzkrise 2008 – zusätzlich eine deutliche real-wirtschaftspolitische Entfremdung zwischen der Gesellschaft als ökonomischem Resonanzraum und einer zunehmend individuell entkoppelten neoliberalen Wirtschaftspolitik, wie sie seit den 70er Jahren in den westlichen Gesellschaften dominiert, zu verzeichnen ist. Und hierdurch nicht zuletzt auch teilweise Prinzipien der liberalen Demokratie aufs Spiel gesetzt werden. So ist es gerade die »entstehende Legitimationslücke des real existierenden, d.h. aus der Perspektive der Wirksamkeit unzureichend kritisierten, Neoliberalismus […], welche einer neuen Form des autoritären rechten Populismus Möglichkeiten zur Entfaltung bietet« (Mix 2018: 94).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

leck 1982: 620).[10] So wurde der Begriff zunächst als Legitimationsfolie für innen- wie außenpolitische Machthandlungen genutzt, diente sowohl als »Beschreibungskategorie wie als diagnostisches Kriterium für politisches oder militärisches Handeln« (ebd.: 625). Diese legitimierend-diagnostische Funktion ist auch gegenwärtig zentral für die Denomination und den Umgang mit politischen Krisen. Dies zeigt sich unter anderem an der bereits im vorhergehenden Teil angesprochenen Ausdifferenzierung politisch-gesellschaftlicher Krisenpotenzialitäten nach Habermas, die immer noch als Referenzgrundlage in der aktuellen Politikwissenschaft dient – insbesondere zur Beschreibung systemischer Krisen (vgl. Wagner 2018: 76).

Da die Habermas'schen Krisentypen nicht isoliert zu betrachten sind, kann eine Legitimationskrise sowohl eine Motivationskrise kanalisieren als auch erst durch diese bewirkt werden. So würde im Falle einer solchen Krise das gesellschaftliche System als nicht mehr funktionsfähig eingestuft und könnte den mit ihm verbundenen Erwartungen nicht gerecht werden. Das würde einen Mangel an Unterstützern evozieren (vgl. Hülsmann/Cordes 2013: 73), was wiederum eine Identitätskrise evozieren könnte, die letzten Endes systemische Veränderungen in Form von neuen politischen Mehrheitsverhältnissen provoziert, da die Individuen auch »Teil eines übergeordneten Systems sind« (ebd.: 71). Legitimationskrisen sind also vom Verlust des Vertrauens von

10 Laut Koselleck findet sich eine erstmalige Erwähnung in Sir Rudyerds Beschreibung des Konflikts britisches Parlament versus britische Monarchie im 17. Jahrhundert (vgl. Koselleck 1982: 620). Darüber hinaus weist Reinhart Koselleck Jean-Jacques Rousseau eine zentrale Rolle zu, da Rousseau der erste französische Theoretiker war, der die *Politische Krise* prognostizierte. So erwartete Rousseau mit der sich abzeichnenden Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts »einen Zustand der Unsicherheit und Ungewißheit, der die Menschen überfällt, wenn die herrschende Ordnung einmal zerbricht […]. Die Revolution […] ist eine Revolution des Staates und der Gesellschaft zugleich« (Koselleck 1979: 134). Durch die revolutionäre Revolte und ihre mögliche Materialisierung in einem Bürgerkrieg sieht Koselleck die Krise als Möglichkeit einer umfassenden Neuordnung des Staates sowie als eine Richtbarkeit durch die Gesellschaft (vgl. ebd.: 151). Die moralische Richtbarkeit, deren Ursprung in der (politischen) Kritik an einem Status quo liegt, führe nach Koselleck insbesondere Diderot als elementares Kennzeichen eines politischen Krisenzustandes ein. Diese kritische Kraft der Krise habe es vermocht, eine Neuordnung zu erwirken. Denn die »Krise wird zum moralischen Gericht, dessen Gesetze in den Herzen der bürgerlichen Kritiker geschrieben stehen. Mit dem Beginn der Krise bricht nicht nur politische Unsicherheit herein […], die politische Krise ist vielmehr ein transitorisches Moment […]« (ebd.: 145).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Individuen in Instutionen und Repräsentationen geprägt und indizieren Veränderungen im politischen System und dessen Kräfte- und Verteilungsverhältnissen. Mit Habermas geprochen tritt dies ein, »wenn ›das legitimatorische System das erforderliche Maß an generalisierten Motivationen nicht beschafft‹« (Habermas zit.n. Wagner 2018: 76).

Neben diesen intrasystemischen Prozessen dient der Begriff der *Politischen Krise* allerdings auch diagnostisch als Begründung für politisches Handeln, indem die Beherrschung möglicher gesellschaftlicher Risiken als Leitstrategie zur Berechnung und Eindämmung potenziell bedrohlicher Krisen fungiert beziehungsweise dem politisch-gesellschaftlichen Gesamtkörper durch die Referenz auf eine bestimmte Bedrohungslage ein möglicher kritischer Zustand attestiert wird. In diesem Prozess kommt der Politik – neben Wissenschaft und Wirtschaft – eine Sonderrolle zu, da sie die möglichen Risiken kommunikativ vermitteln, einschätzen und handhaben muss (vgl. Beck 2007: 23).[11] Ulrich Beck definiert moderne Risikokalkulationen deshalb als Auseinandersetzung mit

> »*zukünftige[n]* Ereignisse[n], die uns *möglicherweise* bevorstehen, uns *bedrohen*. […] [D]a diese ständige Bedrohung unsere Erwartungen bestimmt, unsere Köpfe besetzt und unser Handeln leitet, wird sie zu einer politischen Kraft, die die Welt verändert.« (Ebd.: 29, Herv.i.O.)[12]

Allein das potenziell denkbare Krisenszenario bzw. eine mögliche Katastrophenrealisierung evoziert einen dauerhaft kritischen Zustand, der sowohl Präventivmaßnahmen als auch politische Handlungsentscheidungen

11 Ulrich Beck weist das vermehrte Aufkommen »[u]nberechenbare[r] Risiken und hergestellte[r] Unsicherheiten, die aus den Siegen der Moderne hervorgegangen sind« (Beck 2007) als elementar für die gegenwärtigen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts aus, da er als eigentliche Ergebnisse der Moderne die Generierung von neuen Technologien und Erkenntnissen versteht, die gleichermaßen als Co-Produkte bisweilen unkalkulierbare und nicht vorhersehbare Risiken implizieren. Somit habe der Mensch sich seine eigene weitreichende Bedrohungslage selbst geschaffen. So »[h]andelt es sich doch um Gefahren und Unsicherheiten, die – anders als in vorangegangen Epochen – nicht aus den Fehlern, sondern aus den Erfolgen der Modernisierung hervorgehen, also abhängig sind von menschlichen Entscheidungen, durch die Perfektionierung von Wissenschaft und Technik erzeugt werden, der Gesellschaft immanent sind« (Beck 2007: 343).

12 Materialisieren sich diese bedrohlichen Ereignisse, beispielsweise in Form eines terroristischen Angriffs, spricht Beck vom Eintreten der Katastrophe (vgl. ebd.: 29).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

legitimiert (vgl. ebd.: 30f.). Genutzt werden Strategien der Antizipation, politischen Kommunikation und medialen Inszenierung. Insbesondere also die suggerierte potentielle Dauerbedrohung legitimiert erst Wissens-/Kontroll- und Sicherheitsansprüche des Staates, »sind es [doch] genau die unbekannten Unbekannten, die weitreichende Konflikte über die Definition und die Konstruktion politischer Regeln und Verantwortlichkeiten auslösen« (ebd.: 104) und Krise als Dispositiv politisch wirksam machen.[13]

An diesem Punkt lässt sich an die politische (Diskurs-)Funktionalität von Wissen anschließen, die nach Helga Nowotny als Ressource für die Erzeugung gesellschaftlicher Selbstsicherheit und politischer Entscheidungsmacht dient (Kapitel I). Dario Gentili (2020) geht sogar so weit, Krise als Instrumentarium der gegenwärtigen Regierungsweise(n) zu verstehen. Für ihn ist darin auch dessen Wirksamkeit als Dispositiv bestätigt. So ist

> »die Krise nunmehr zur Regierungskunst par excellence geworden […]. Dementsprechend können ausgehend von der Analyse des Dispositivs der aktuell gelebten Krise die heutzutage vorherrschende Machtform und der von ihr angestoßene Prozess politischer Subjektivierung bestimmt werden.« (Gentili 2020: 102)

Nicht zuletzt in Bezug auf ein durch Krisen bedrohtes oder prekäres Leben, dessen »Überleben an eine kontinuierliche Anpassung an veränderliche und unbeständige Umstände [gekoppelt ist]« (ebd.: 112), erweist sich Krise nach Gentili als Dispositiv, das »die neoliberale Utopie immer wieder aufs Neue zu aktivieren [versucht]« (ebd.).

Die Inszenierung potenzieller Bedrohungsszenarien kann darüber hinaus auch auf eine verfestigte Gemeinschaftsbildung abzielen beziehungsweise diese erwirken. Dies in der Hinsicht, als dass von außen oktroyierte Bedrohungslagen ein engeres Gemeinschafts- und Verbundenheitsgefühl lancieren (vgl. Giesen 2012: 341) und somit die Motivationsbasis zur systemischen (politischen) Unterstützung erhöht wird. Dies allerdings immer rekurrierend auf Potenzialitäten. Damit stellen sich die Risikokalkulation, Krisenhandhabung

13 Gleichermaßen soll an dieser Stelle bemerkt werden, dass Ulrich Becks Risikobegriff nicht synonym zu Krise verstanden werden kann, obgleich Beck Krise und Risiko teilweise so verwendet. Allerdings können reale oder beschworene Risiken mitunter einen kritischen (politischen) Zustand evozieren, weswegen das generelle Risikomanagement beziehungsweise -bewusstsein auch als Bestandteil des Umgangs mit Krisen verstanden werden kann – insbesondere aufgrund seines machtpolitischen Potenzials.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und damit verbundene Katastrophenprävention in Abhängigkeit von angenommenen und teilweise auch zunächst unsichtbaren Bedrohungslagen und werden gerade in diesem Umstand auch anfällig für Formen der Manipulation.[14] Dies auch vor dem Hintergrund, dass ebengerade (politische) Krisenzustände einen Entscheider beziehungsweise eine gewisse Richtungsweisung bedingen und voraussetzen, um die Materialisierung der Katastrophe zu vermeiden und die Krise zu überwinden. Ein Aspekt, der mit Blick auf die diskursive Ausgestaltung und Wirkkraft von Krisen im Nachfolgenden noch einmal genauer thematisiert wird.

1.2 Krise und Diskurs: Interdependenzen

Wie bereits deutlich wurde, ist Krise kein in sich konsistent definierter Begriff. Außerdem existiert eine Krise auch nicht per se, sondern bedarf einer narrativen Struktur: »Eine Situation wird erst zu einer Krise, wenn ein Sprecher sie dazu erklärt« (Kohlrausch/Schoeß/Zejnelovic 2018: 8). Aufgrund dieser Verwobenheit mit einer Sprecherrolle, die einen vermeintlichen Krisenzustand diagnostiziert, werden neue diskursive Verhandlungsräume evoziert, in denen sowohl die sprachlich geschaffene Krisenrealität als auch mögliche Sprecherinteressen und sozial-gesellschaftliche Hintergründe berücksichtigt werden müssen. So weist Gruber (2018) darauf hin, dass es sich bei Krisen um »sprachlich konstruierte Gegenstände [handelt], die sich in Diskursen manifestieren […] [, denn] erst durch ihre diskursive Aufbereitung werden problematische Situationen kollektiv als Ausnahmezustand wahrgenommen« (Gruber 2018: 59). Die diskursive Verhandlung der Krise stellt folglich den Referenzrahmen bereit, vor dessen Hintergrund Entscheidungen kollektiv vermittelt werden. Auf diese Weise werden neue Macht- und Gesellschaftsformen sowie Rollen der Repräsentation verhandelt und austariert. So treten

> »[i]n der Krise konkurrierende Deutungsmuster und Sprecherformen auf den Plan, und häufig ändert eine Krise die Repräsentation von sozialen Ordnungen, von normativen Gesellschaftsmustern und ›guten Politiken‹.« (Mergel 2012: 16)

14 Bernhard Giesen führt dies wie folgt aus: »Die Gefahr ist dabei umso bedrohlicher und plötzlicher, je unsichtbarer die Bedrohung ausfällt: der von Experten diagnostizierte Virus ist gefährlicher als die von allen wahrnehmbare Überschwemmung. […] Das Unsichtbare reizt die Imagination stärker als das Offensichtliche« (Giesen 2012: 342f.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Diagnostik der Krise speist sich demnach aus der Wahrnehmung eines von der gesellschaftlichen Norm abweichenden Zustands, der in einer extremen Folge das bisherige gesellschaftliche Setting, Normengerüst und soziale Gefüge in einer diskursiven Neuverhandlung aufs Spiel setzen kann.[15] Aufgrund dieser systemisch-produktiven Kraft kann Krisendiagnostik sowohl als Anreizmoment dienen, um gesellschaftliche wie diskursive Entscheidungsprozesse anzustoßen, als auch zur weiteren Legitimation von Handlungsmöglichkeiten der Krisensprecher herangezogen werden. Es gibt folglich zwei primäre Richtungen der Krisendiagnose: Zum einen die narrative Stilisierung einer unausweichlichen Entscheidungslage durch die Beschreibung einer spezifischen Entwicklung als Krise, zum anderen die strategische Legitimation von Entscheidungen und Handlungen, die sich aus der diskursiven Vermittlung der Krisensituation ableiten lassen (vgl. Sawilla 2013: 161). Es lassen sich dann vor allem »Äußerungen solcher sozialer Gruppen […] analysieren, die Steuerungskompetenz für sich beanspruchen oder politische Entscheidungsprozesse publizistisch beeinflussen zu suchen« (ebd.). Aus diesem Grund kann ein interdependent-produktiver Zusammenhang zwischen Sprecherrollen/Interessen und produzierten Krisendiskursen angenommen werden.[16] Giorgio Agamben geht sogar so weit, Krise und ihre Denomination als eigenes Machtinstrument zu verstehen, das von Obrigkeiten strategisch gezielt zur Lenkung von Diskursen und als Legimitationsfolie für (politische) Entscheidungen genutzt wird:

---

15 Thomas Gutmann legt Krise als konstitutiv notwendiges Dauerelement für die Normenentwicklung und -begründung der modernen Gesellschaften fest, das gerade durch den Wegfall von unanfechtbaren Orientierungsgrößen – Religion oder Tradition als alleinige Normierungsinstanzen – Prozesse des dauerhaften Zweifels begünstigt (vgl. Gutmann 2012: 315). In dieser Hinsicht erweist sich für Gutmann der gesellschaftliche Prozess von orientierender Normbildung als »strukturell krisenhaft« (ebd.: 316) und Krise damit als dauerhaft antreibende und das System reizende Kraft.

16 Severina Laubinger (2018) beschreibt Krise als rhetorisch-persuasives Mittel der politischen Debatte. So kann eine Krise »von einer Partei in ihrer gesamten Phänomenstruktur zur Verfolgung spezifischer kommunikativer Ziele genutzt werden. Mit der Krise verbinden sich für eine/n strategische/n KommunikatorIn vielseitige Wirkungsmöglichkeiten, um die eigenen kommunikativen Ziele zu erreichen. […] Im Krisenfall darf keine Zeit verloren gehen und es muss sofort gehandelt werden. Das Ziel von Persuasion ist es, eine Meinungs-, Einstellungs- oder Handlungsänderung bei einem Adressatenkreis herbeizuführen. Das ›Ausrufen einer Krise‹ lässt sich als strategisches Mittel einsetzen, um eine schnelle und unmittelbare Handlungsänderung zu bewirken und somit erfolgreiche Persuasion zu ermöglichen« (Laubinger 2018: 110).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »Heute ist die Krise zum Herrschaftsinstrument geworden. Sie dient dazu, politische und ökonomische Entscheidungen zu legitimieren, die faktisch die Bürger enteignen und ihnen jede Entscheidungsmöglichkeit nehmen.« (Agamben zitiert nach Kohlrausch/Schoeß/Zejnelovic 2018: 9)

Dass Krise als narrativ-diskursives Instrument durchaus auch zu Verschleierungs- oder auch Legitimationszwecken Verwendung finden kann, wurde bereits in den vorgehenden Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichen Wirkungsweisen des Begriffs deutlich. Allerdings bleibt zu hinterfragen, inwiefern der Krisenbegriff nur als politische Worthülse zu verstehen ist, die eine passiv-ohnmächtige Bürgerschaft als Objekt einer souveränen Macht erscheinen lässt. So gilt es, alternativ zu prüfen, inwiefern eben gerade durch Krise(n) evozierte systemische Reizungen und damit verbundene Materialisierungsformen von Mangelzuständen (zum Beispiel normativ, ökonomisch, sozial) das aktive Herausbilden neuer Kollektivverbindungen und Gesellschaftsstrukturen ermöglichen. Denn festzuhalten bleibt, dass insbesondere Krisen bzw. Momente, die als krisenhaft eingestuft werden, Prozesse der repräsentativen wie systemischen Neuordnung anstoßen können und eine klare diskursive Einbettung, Verhandlung und Positionierung erfordern. Denn letzten Endes »bleibt jede Krise ein wahrnehmungsabhängiges Phänomen, das stets unter der ideologischen und persuasiven Ausrichtung der SprecherInnen, die ihre Existenz annehmen, analytisch betrachtet werden sollte« (Laubinger 2018: 116).

2. Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise (2010)

Im Anschluss an die allgemeine Auseinandersetzung mit dem Begriff Krise wird nun der für die weitere diskursanalytische Arbeit primär relevante Krisenkontext näher betrachtet. Dazu wird zunächst in die Entwicklungen und Auswirkungen der US-amerikanischen Immobilienkrise 2008 eingeführt, die in der Folge eine globale Finanzkrise verursachte und insbesondere auch gravierende Auswirkungen auf den südeuropäischen Euro-Raum hatte (vgl. Borsò 2013: 13).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2.1 Wirtschaftspolitische Hintergründe

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die mit der auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt ausgelösten *subprime*-Krise in den Jahren 2007/2008 ihren Ausgang nahm, griff in weitreichendem Maße auf Europa und das europäische Finanz- und insbesondere Bankensystem über. So katalysierten die US-amerikanischen Entwicklungen in Europa »zusätzlich zu der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Staatsschulden- und Währungskrise« (Thiessen 2016: 1), die für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterschiedlich gravierende gesellschaftliche und soziale Auswirkungen hatte. Die genannten Krisenkomplexe können jedoch nicht synonym verwendet werden, sind sie doch mindestens miteinander verzahnt und in Teilen sogar interdependent. So kumulierten die Finanz- und Wirtschaftskrise zwar in der Schuldenkrise, die Währungs-/Euro-Krise kann aber nur als Begleiterscheinung hiervon gewertet werden. Sie hat neben den horrenden Staatsschulden, mit denen sich einige Mitgliedsstaaten konfrontiert sahen, vor allem währungspolitische und strukturelle Ursachen (vgl. Illing 2017: 2).[17]

Schließlich begünstigten die strukturell-institutionellen Defizite, die bereits mit Gründung der *Europäischen Währungsunion* (EWU)[18] in Kauf genom-

17 Illing führt dies wie folgt aus: »Die Eurokrise ist […] eine Strukturkrise, weil die derzeitige institutionelle Architektur und ökonomischen Prozesse den Anforderungen, die aus der Gemeinschaftswährung resultieren, nicht gewachsen sind. […] Als Strukturkrise steht nicht der Wert der Währung im Mittelpunkt, sondern das Problem, dass sich traditionelle politische und volkswirtschaftliche Prozesse unter der Einheitswährung dysfunktional gestalten« (Illing 2017: 2f.).

18 Als Kernproblematik hierbei gilt, dass mit der EWU-Gründung – und der Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung – versäumt wurde, auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik festzulegen (vgl. Karrass/Stierle 2011: 13). Die Einführung des Euro und die Gründung der EWU galten vielmehr als Vervollkommnung der Entwicklung eines europäischen Wirtschafts- und Handelsraums, wie er bereits in den 1970er Jahren mit der Entwicklung des Europäischen Binnenmarkts und der nachfolgenden Schaffung eines *Europäischen Währungssystems* (EWS) (1979) angestoßen worden war (vgl. Schuppan 2014: 17f.). In Ermangelung einer kollektiv verbindlichen europäischen Wirtschaftspolitik, hatte die Einführung der gemeinsamen Währung daraufhin jedoch in erster Linie »die Wettbewerbslogik des Binnenmarktes noch verschärft und ein ›System der Wettbewerbsstaaten‹ (ver.di 2020) geschaffen, bei dem die Mitgliedsstaaten durch Sozialabbau, Lohnkürzungen, Steuersenkungen und Deregulierung miteinander um Betriebsansiedelungen und Unternehmensinvestitionen konkurrierten« (Karrass/Stierle 2011: 13f.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

men worden waren, ein makroökonomisches Ungleichgewicht, das den Übergang von einer ›Krise der Währungsunion‹ zu einer ›Krise der Eurozone‹ erst ermöglichte (vgl. Schuppan 2014: 95). So wurde während des gesamten Gründungsprozesses der EWU – zugunsten der Wahrung EU-politischer und nationaler beziehungsweise mitgliedsstaatlicher Interessen und Souveränität – auf eine Gestaltung der Währungsunion als Instanz mit eigener Rechtsfähigkeit verzichtet, weswegen die EWU-Zielsetzung vornehmlich politischen statt institutionellen Zielen unterworfen war (vgl. ebd.: 25f.). Zwar regelten die europäischen Vertragswerke – wie der Vertrag von Maastricht (1992)[19] und der hierauf aufbauende Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam 1997)[20] – die generellen Rahmenbedingungen für die Aufnahme in die gmeinsame europäische Währungsunion und ihre Ausgestaltung, sie boten aber zu viel Interpretations- und Handlungsspielraum für die diversen Interessenakteure. Das führte zur Missachtung der eigentlich festgelegten Verbindlichkeiten. So zeigten sich

> »die Staaten der Eurozone bis zum Ausbruch der Eurokrise nicht bereit, ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen stärker zu koordinieren. Jeweils auf der nationalen Souveränität gründend [entschieden] die Regierungen über die Entwicklung der Volkswirtschaft« (Illing 2017: 32).

Neben der Orientierung an den eigenen Haushalts- und Fiskalinteressen – und ungeachtet der Kollektivinteressen der Währungsunion – spielte die fol-

19 Der Vertrag von Maastricht gilt als Gründungsvertrag der Europäischen Union und stellt – aufgrund seiner erweiterten währungs- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen – einen elementaren vertraglichen Schritt der Mitgliedsstaaten auf dem Weg zu einer vertieften europäischen Integration dar (vgl. Schuppan 2014: 18f.). Die Schaffung einer europäischen Währung wurde hierbei als genuin politische Maßnahme festgeschrieben, um nach Ende des Kalten Krieges die angestrebte Integration der zentral- und osteuropäischen Länder sowie eine verbesserte zwischenstaatliche Annäherung zu ermöglichen (vgl. Drozdiak 2017: 11f.).

20 Zur währungspolitischen Absicherung der EWU wurden die bereits im Vertrag von Maastricht angelegten Konvergenzkriterien, die den Betritt zum Euro-Raum bestimmten, im Stabilitäts- und Wachstumspakt als permanente Stabilitätskriterien zusammen mit Sanktions- und Überwachungsmechanismen festgelegt, um eine verbesserte Kontrolle und Absicherung der Währungsunion zu gewährleisten (vgl. Hipold 2016: 112). Diese Kriterien besagten u.a., dass bei Aufnahme und Verbleib in der Währungsunion die jährliche Neuverschuldung eines Mitgliedsstaates maximal 3 Prozent (bezogen auf das BIP) sowie maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung (ebenfalls bezogen auf das BIP) umfassen durften (vgl. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

genlos bleibende Missachtung der Konvergenzkriterien aus dem Maastrichter Vertrag eine entscheidende Rolle dabei, dass die europäischen Mitgliedsstaaten beinahe ungehindert die für sie vermeintlich beste Wirtschafts-/Finanzpolitik verfolgen konnten. Aufgrund von Wettbewerbsvorteilen wurde gleichzeitig die Herausbildung eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts provoziert (vgl. ebd.: 31). Zudem stellen diese Entwicklungen – neben den externen Risikoentwicklungen wie der Bankenkrise – zuvorderst intraeuropäisch-systemische Problematiken dar, weswegen sich die Ende der 2000er/Anfang der 2010er Jahre aufkommende Finanz- und Wirtschaftskrise in unterschiedlichen Nivellierungen innerhalb Europas ausbreiten konnte. So sind zum einen Länder »in die Währungsunion aufgenommen worden, die den Kriterien eines optimalen Währungsraums nicht annähernd gerecht wurden« (Schuppan 2014: 91). Darüber hinaus ist es ebenfalls nicht gelungen, die Mitgliedsländer der EWU auf Basis der Konvergenzkriterien »zu der beabsichtigten wirtschaftlichen Konvergenz zu führen. Die länderspezifischen Unterschiede haben vielmehr divergierende wirtschaftliche Entwicklungen der einzelnen Länder und Ländergruppen indiziert« (ebd.).

Zusätzlich zu diesen institutionell-währungspolitischen Defiziten der Europäischen Währungsunion würde es zu kurz greifen, wenn man das Aufkommen und die Auswüchse der Finanz- und Wirtschaftskrise nur auf die intra- wie interstaatlichen Verfehlungen beziehen würde. Vielmehr ist die Komplexität der Krisenentwicklungen auch auf eine damit verbundene Krise des gesamten, in der westlichen Ökonomie vorherrschenden Wirtschaftsmodells des Kapitalismus und dessen Entwicklung über den Fordismus[21]

21 Unter Fordismus versteht man das bis in die 1970er Jahre in den USA und Westeuropa vorherrschende Wachstumsmodell, das auf einer »Verbindung von Massenproduktion und Massenkonsum« (Vogel 2013: 14) beruht. Auf der Basis einer stabilen Wachstumssituation konnten unternehmensseitig sowohl relativ hohe Löhne als auch diverse Arbeitnehmerabsicherungen getragen werden. Zugleich gab es eine hohe Nachfragesituation und Konsumbereitschaft der Gesellschaft (vgl. ebd.). Insgesamt konnten soziale Ungleichheiten relativ gut ausgeglichen sowie eine umfassende Arbeitnehmerfürsorge durch den Arbeitgeber gewährleistet werden (vgl. Schreiner 2013: 44). Mit Ende der vorhersagbaren wirtschaftlichen Kontinuität und Wachstumsplanbarkeit durch das Bretton-Woods-System, einer zunehmenden Nachfragesättigung sowie Flexibilisierung des internationalen Wirtschaftsraums wurde eine wirtschaftssystemische Umgestaltung unumgänglich.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bis zum Neoliberalismus[22] zurückzuführen bzw. damit verknüpft (vgl. Vogel 2013: 13).[23]

So begünstigten zwei systemische Entwicklungen den Auswuchs der Finanz- und Schuldenkrise, die vor dem Hintergrund einer neoliberal geprägten Konzeption westlicher Wirtschaftssysteme besonderen Aufschwung erfuhren:[24] *erstens* die Entstehung eines immer größeren Vermögens der gesellschaftlichen Eliten (Stichwort Überakkumulation) – für das veränderte Möglichkeiten einer wertschöpfenden Veranlagung gefunden werden mussten (vgl. ebd.: 15) – und *zweitens* die Aufnahme von Schulden zur Bedienung der eigenen Kaufkraft. So »kompensierten zahlreiche Bürger den Verlust an Kaufkraft, indem sie sich verschuldeten« (ebd.). Beides fand in einer neoliberal-kapitalistischen Umstellung der Wirtschafts-/Wertschöpfungssysteme, wie sie seit den 1980er Jahren in den USA und auch vermehrt in Europa vorherrschend waren, seinen Ausdruck. Diese systemische Reformierung hatte vielerlei Ursachen.

War die Nachkriegszeit zunächst in erster Linie von der keynesianischen Leitidee staatlicher Regulation und Intervention geprägt (vgl. Thiessen 2016: 85), wandelte sich dies durch eine wachsende internationale Verzahnung nationaler und supranationaler Wirtschaftspolitiken im Rahmen

22 Thiessen (2016) weist daraufhin, dass die Ergänzung um das Präfix neo vor allem gewählt wurde, um dieses wirtschaftssystemische Modell vom Liberalismus abzugrenzen, der die wirtschaftliche Phase vor dem Zweiten Weltkrieg und der Großen Depression der 1930er Jahre beschreibt (vgl. Thiessen 2016: 88f.).

23 Christian Müller geht sogar so weit, das Ende des neoliberalen Wirtschaftsmodells im Jahr 2008 – im Jahr des Ausbruchs der US-Banken- und Immobilienkrise – gekommen zu sehen. So schreibt er: »In der Rückschau wird man vermutlich die knapp 30 Jahre […], die in der Weltwirtschaft durch den Neoliberalismus geprägt waren – der mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 sein vermutliches Ende fand –, als das letzte Aufbäumen einer nicht mehr zukunftsfähigen und damit zum Untergang verurteilten Wirtschaftsepoche bezeichnen. […] Ein grundlegender ökonomischer Paradigmen-Wechsel ist überfällig« (Müller 2011: 79).

24 Auch George Soros weist darauf hin, dass die mangelnde gemeinschaftliche wirtschaftspolitische Ausrichtung, die neoliberale Agenda der europäischen Mitgliedsstaaten und der Glaube an die Selbstregulation der Märkte die Auswüchse der Schulden- und Finanzkrise begünstigten: »The biggest deficiency in the euro, the absence of a common fiscal policy, is well known. But there is another defect that has received less recognition: a false belief in the stability of financial markets. […] [F]inancial markets do not necessarily tend towards equilibrium; they are just as likely to produce bubbles« (Soros 2013: 122).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der aufkommenden Globalisierungstendenzen. So begünstigte das sogenannte Ende des Bretton-Woods-Systems[25] in erhöhtem Maße die Flexibilisierung von Wechselkursen und damit verbunden auch Inflations- und Konjunkturschwankungen (vgl. Thiessen 2016: 87). Diese Veränderungen lancierten zudem eine Ausweitung internationaler Kapitalflüsse,

> »die eine Zunahme von Investitionen im Ausland mit sich zog, wodurch zusätzlich nationale Investitionsstrukturen flexibler wurden und Gewinne nicht mehr in gleichem Umfang in die nationalen Industriebetriebe investiert wurden.« (Ebd.)

Ferner sahen sich Arbeitgeber mit »[s]inkenden Zuwächsen an Produktivität und weitgehend gesättigten Konsumbedürfnissen der Verbraucher […] [sowie mit] steigende[n] Löhne[n] und Sozialabgaben« (Vogel 2013: 14) konfrontiert. Das bisher vorherrschende Wirtschaftsmodell des Fordismus stieß an seine Grenzen. Der Neoliberalismus entwickelte sich zum neuen wirtschaftssystemischen Leitmodell. Zu dessen Hauptkennzeichen gehören nach Thiessen (vgl. 2016: 89) folgende Veränderungen: Reduzierung staatlicher Regulierung von sozialer Ungleichheit bei gleichzeitiger Liberalisierung des Marktes; weitreichende Privatisierungsmaßnahmen (auch bezüglich ehemals staatlicher Dienst- und Vorsorgeleistungen) und Verschiebungen der Wertigkeit

25 Das sogenannte Bretton-Woods-System (1944) beschreibt ein System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse, in dessen Zentrum der US-Dollar als Leitwährung und Wechselkursnormierung für die wichtigsten internationalen Währungen standen. Für den Dollar-Kurs wurden Goldreserven als Sicherheit hinterlegt (vgl. Thiessen 2016: 85). Parallel wurde der *Internationale Währungsfonds* (IWF) gegründet, um als Kontroll- und Koordinationsinstanz dieses Systems zu fungieren (vgl. Thiessen 2016: 85). Hintergrund der Gründung war, dass nach den Nachkriegsjahren erneut eine internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht werden sollte, um einen geordneten weltwirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen (vgl. Sautter 2012). Da jedoch auch in diesem System die beteiligten Länder sowohl weiterhin eine eigenständige Geldpolitik verfolgten als auch die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht bedacht wurden, wurde letztlich die »Preisgabe des Systems fester Wechselkurse unvermeidlich« (Sautter 2012). So war das Abkommen »nicht zum Zweck einer Regulierung privater Kapitalmärkte geschaffen worden und […] konnte dem Ordnungsbedarf eines marktgesteuerten Weltwährungssystems auch nicht in der erforderlichen Weise angepasst werden« (ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Investitionsvorzüge zugunsten des fiktiven Kapitals gegenüber industriellem Kapital der Realwirtschaft (Stichwort Finanzialisierung[26]).

Im Neoliberalismus rückt die Eigenverantwortlichkeit und Fürsorgepflicht des (wirtschaftlichen) Subjekts einer Gesellschaft in den Vordergrund.[27] Wettbewerb und Konkurrenz werden zu primären Leitlinien für wirtschaftliches Handeln:

> »Soziale Ungleichheit wird im Neoliberalismus offensiv als notwendige Konsequenz wachsenden Wohlstands in einem von zunehmender Konkurrenz geprägten Umfeld verteidigt. […] Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise lässt sich damit durchaus auch […] als Nachfrage- und Verteilungskrise verstehen.« (Schreiner 2013: 45)

Mit Blick auf die europäische Situation verweisen Karrass/Stierle (2011) in diesem Zusammenhang auf zwei entscheidende Phasen der sich auch in der EU und ihren Mitgliedsstaaten vollziehenden neoliberalen (Neu-)Formierung: In der *ersten Phase* ermöglichte die Zurückdrängung des Staates zugunsten des Marktes eine markt- und wettbewerbsorientierte Ausrichtung in Europa, die oftmals zulasten sozialer oder politischer Standards ging.[28] Entscheidend war hierbei auch, dass

---

26 Insbesondere die Entwicklung hin zu einer zunehmenden Finanzialisierung spielte eine entscheidende Rolle in der Katalyse der Finanz- und Schuldenkrise der 2000er Jahren (vgl. Thiessen 2016: 89). Mit dem Begriff Finanzialisierung wird vornehmlich der direkt wie indirekt steigende Einfluss von Finanzakteuren auf die Realwirtschaft über den Finanzmarkt und dessen Investitions-/Kapitalanlagemöglichkeiten bezeichnet. Durch Globalisierungs- und Digitalisierungsprozesse haben sich zudem auch immer neue Finanzinstrumente entwickelt, die sämtlichen Akteuren neue Investitions- und Anlagemöglichkeiten bieten und den Bedeutungsgewinn des Finanzmarkts weiter verstärken (vgl. ebd.: 112).

27 Siehe u.a. Schreiner (2013: 45): »An die Stelle sozialer Sicherung trat verstärkt marktbasierte Eigenvorsorge, ideologisch als Freiheit und Selbstverhandlung verkauft […]. Profite sollten fortan nicht mehr dank wachsender Massenkaufkraft, sondern durch sinkende Löhne erzielt werden«.

28 Karrass/Stiele verweisen in diesem Zusammenhang exemplarisch auf das *Cassis de Dijon*-Urteil, das es ermöglicht, dass Waren in allen Mitgliedsstaaten verkauft werden dürfen, sobald sie in einem Staat die Verkaufszulassung erhalten haben. Das gilt unabhängig davon, ob die hiesigen Produktstandards (als Likör gilt in Deutschland z.B. erst ein Getränk mit einem Alkoholgehalt ab 25 Prozent) eingehalten werden. Stattdessen entscheidet der Wettbewerb des Markts über den Produktstandard (vgl. Karrass/Stierle 2011: 11).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in fast allen Mitgliedsstaaten ein Wechsel von sozialistischen/sozialdemokratischen zu konservativen/neoliberalen Regierungen erfolgte […]. Überdies gab es […] ein immer stärkeres Lobbying von Unternehmensverbänden« (Karrass/Stierle 2011: 12).

Eine *zweite* neoliberale Formierungsphase fällt Anfang der 2000er Jahre in die Zielsetzung, neben einem Binnenmarkt und den damit verbundenen Freiheiten und Vorzügen auch einen einheitlichen Finanzmarkt zu schaffen (vgl. ebd.: 14). Darauf folgten – vor allem aufgrund der Orientierung an den USA als Vorbild – eine Verschärfung des Standortwettbewerbs sowie ein zunehmendes Sozial- und Lohndumping.[29]

Darüber hinaus wurde in der *Strategie von Lissabon* (2000) das Ziel festgelegt, die EU innerhalb von »zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen« (ebd.). Diese Zielsetzung verlangte den Mitgliedsstaaten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialreformen ab, die eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes avisierten (vgl. ebd.). Gerade diese neoliberalen Auswüchse katalysierten einen scharfen Standortwettbewerb, der bewusst Mechanismen der Abwertung und Ausgrenzung von Randgruppen einer Gesellschaft in Kauf nahm (vgl. Butterwegge 2013: 18). Denn in seiner Reinform reduziert der Neoliberalismus »den Menschen auf seine Existenz als Marktsubjekt […]. Letztlich zählt […] nur, wer oder was ökonomisch verwertbar und gewinnträchtig ist« (ebd.: 19).[30]

2.2 Bankencrash, drohende Staatspleiten und Rettungsmaßnahmen

Strukturell ist die Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 in den USA ihren Ausgang nahm, vor allem auf das Anwachsen einer riesigen globalen Finanzblase zurückzuführen (vgl. Müller 2011: 161)[31]. Ursächlich hierfür waren ökonomische und weltweite politische Defizite der westlich-neoliberalen Syste-

29 Dies wurde laut Karrass/Stierle durch die zwei EuGH-Urteile von 2007/2008 (»Laval/Viking« und »Rüffert«) zusätzlich juristisch verstärkt, indem der »Binnenmarktfreiheit im Konfliktfall Vorrang vor den sozialen Grundrechten« (ebd.: 14) gegeben wurde.

30 Christoph Butterwegge sieht in den Leistungsansprüchen und den Mechanismen der Selektion, Wertigkeitsbemessung und möglichen Teilhaberestriktionen sowie Prekarisierungen einen ursächlichen Nährboden für populistische bis rechtsradikale Auswüchse (vgl. Butterwegge 2013).

31 Im Jahr 2009 belief sich die Finanzblase auf ein Volumen von über 200.000 Milliarden US-Dollar. Dieser Wert war dreimal größer als das jährliche weltweite BIP (vgl. Müller 2011: 161).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

me. Das stete politische wie ökonomische Streben nach Wachstum hatte zu einer ›überhitzten‹ Wirtschaftssituation beigetragen, da insbesondere auch staatliche Eingriffe zur Stimulation der Wirtschaft eine konstante systemische ›Aufblähung‹ begünstigten (vgl. Illing 2017: 9f.).[32]

Überhaupt ist die Entstehung der weltweiten Finanzblase – neben zunehmenden Privatverschuldungen – auch auf eine massive Anlagen-/Sparverlagerung (insbesondere in Ländern mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss) über Instrumente der Finanzwirtschaft zurückzuführen (vgl. Müller 2011: 44f.). In der Folge war »immer mehr Finanzkapital weltweit auf der Jagd nach attraktiven Renditen« (ebd.: 45).[33]

Anstelle von Investitionen in die Realwirtschaft, sprich industrielle Fertigung, wurde ein erheblicher Kapitalteil in die Finanzmärkte und ihre diversen – teilweise hochspekulativen – Produkte[34] zur Vermögenssteigerung angelegt (vgl. Vogel 2013: 18). Dennoch basierte die Absicherung der Finanzanlagen und ihrer Renditen letzten Endes auf realwirtschaftlichen Produkten oder zumindest auf den unternehmerischen Wachstumsraten der Industrieproduktion. Allerdings überstiegen die Finanzanlagen zeitweise das weltweite Sozialprodukt um fast 400 Prozent (vgl. ebd.). Das fiktive Kapital wuchs somit ebenso massiv an wie die »Ansprüche auf erst noch zu erbringende Wirtschaftsleistungen« (ebd.: 19).

---

32 Diese staatlichen Stimulationsmechanismen sind allerdings als konträr zu den staatlichen Lenkungsfunktionen nach Keynes und einem damit verbundenen *deficit spending* im Falle von konjunkturellen Einbrüchen zu sehen (vgl. Illing 2017: 12). Die skizzierte Wirtschaftspolitik sah nämlich überhaupt keinen Konjunktureinbruch vor. Stattdessen wurde eine ständige Wachstumssteigerung indiziert, sodass die staatlich gelenkten zusätzlichen Stimulationsinvestitionen der Gegenwart eher unter dem Begriff eines *artificial spending* zu verstehen sind (vgl. ebd.).

33 So waren 2009 von 200.000 Milliarden US-Dollar Finanzkapital über 100.000 Milliarden US-Dollar in Vermögensfonds bzw. bei Banken angelegt (vgl. Müller 2011: 45).

34 Ein für die Krisenentwicklungen in Europa entscheidendes spekulatives Instrument der Finanzmärkte sind bspw. die *Credit Default Swaps* (CDS). Mit diesem Instrument können sich Kreditgeber gegen einen Rückzahlungsausfall versichern, selbst wenn noch kein Kredit vergeben wurde. Gleichzeitig gewinnen CDS an Wert, je wahrscheinlicher es wird, dass ein Kreditausfall wirklich eintritt. Durch diese Wert- und Zinssteigerungen bei der Kreditvergabe können Pleiten von Spekulanten selbst herbeigeführt werden (vgl. Karrass/Stierle 2011: 34). Diese Mechanismen haben in der europäischen Staatsschuldenkrise ihre Wirkung entfaltet, da durch die Wetten der Spekulanten die beinahe eingetretene griechische Staatspleite letztlich durch Spekulationsmechanismen herbeigeführt wurde (vgl. ebd.: 35).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Um die öffentliche Kaufkraft und den Mangel an beispielsweise günstigen Immobilienangeboten auszugleichen, wurde vielfach in erster Linie eine erhöhte Privatverschuldung und die damit verbundenen Möglichkeiten der Kreditvergabe in Kauf genommen (vgl. ebd.: 17). Auch die »Arbeitnehmer waren damit als Sparer wie als Schuldner zunehmend ins Finanzsystem integriert […] konnten [aber mit der Zeit] ihre Verbindlichkeiten nicht mehr zurückzahlen« (ebd.). Wie problematisch diese Schieflage zwischen fiktivem Finanzkapital, Privatverschuldung und realwirtschaftlicher Renditeleistung bzw. Rückzahlungsansprüchen tatsächlich sein würde, offenbarte sich 2008 durch das Platzen der Finanz- und Immobilienblase in den USA. Die USA gilt daher als »›unrühmliches Beispiel‹ für diese schuldenbasierte Wachstumsstrategie« (Müller 2011: 50).

Bereits in den 1980er Jahren hatte die USA damit begonnen, einen Großteil ihrer Realproduktion an kostengünstigere Standorte im Ausland zu verlagern, sich zu einer de-industrialisierten Dienstleistungsgesellschaft zu stilisieren und die eigene Binnennachfrage vor allem durch ein schuldenindiziertes Wachstum und niedrigschwellige Kreditvergabe zu stimulieren (vgl. ebd.). Darüber hinaus avancierten die USA zum vorrangigen Standort für die Verwaltung und Anlage ausländischen Kapitals. So flossen »spiegelbildlich zum wachsenden US-Leistungsbilanzdefizit […] über Jahrzehnte Jahr für Jahr immer größere Mengen der weltweiten Ersparnis in die USA« (ebd.). Als eine Vielzahl von Schuldnern die von den US-Banken vergebenen Kredite nicht mehr bezahlen konnte, geriet sowohl das US-amerikanische als auch das europäische Bankensystem, das in großem Ausmaß in die amerikanische Wirtschafts- und Hypothekenvergabe anteilig involviert war,[35] in Schieflage, sodass letztlich nur noch staatliche Eingriffe und die Umwandlung privater in öffentliche Schulden als Ausweg blieben (vgl. ebd.: 52).

Entscheidend war die bewusste Inkaufnahme und gleichzeitige Verschleierung der wirklichen Risiken des international verbrieften Finanzkapitals durch die Bündelung von Einzelhypotheken in *Special Purpose Vehicles*

35 Siehe hierzu Schmidt (2013: 33): »Nach dem Ende des New Economy-Booms wurde die Weltwirtschaft immer mehr vom gegenseitigen Hochschaukeln von Immobilienpreisen und kreditfinanzierter Nachfrage abhängig. Dabei bildeten sich in den 2000er Jahren nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien, Spanien und Irland Immobilienblasen. Darüber hinaus war Europa […] in das Wall-Street-dominierte Weltfinanzsystem eingebunden. Kein Wunder, dass die Börsenkurse in Europa dem Kurssturz am Hudson River im Millisekunden-Takt folgten und dass die Finanzkrise im Herbst 2008 schon Wochen später zu einer weltweiten Rezession geführt hat«.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(SPVs) und die Vermittlung von Wertpapieren am globalen Finanzmarkt (vgl. ebd. 169). Zu einem Großteil umfassten diese Produkte Kredite, die an *subprime borrowers*, also Schuldner mit zweifelhafter Bonität, vergeben worden waren (vgl. ebd.). Die Risiken der Kreditvergabe konnten durch die Bündelung in den SPVs sowohl verschleiert als auch gestreut werden. Zusätzlich wurden die Wertpapiere durch die massenhaft vergebenen Top-Ratings der Ratingagenturen verbürgt.[36]

Auch eine Vielzahl von europäischen Banken nutzte diese neuartigen Anlagemöglichkeiten und investierte in US-amerikanische Hypothekenbündel oder andere hochspekulative Papiere (vgl. Vogel 2013: 19). Zusammenfassend kann man daher sagen, dass

> »der riesige Kapitalzustrom aus dem Ausland in Kombination mit einer lockeren Geldpolitik der US-Notenbank dazu geführt [hat], dass […] eine unverantwortliche Kreditvergabepolitik Platz greifen konnte, die letztlich das gesamte globale Finanzsystem an den Rand des Ruins getrieben hat.« (Müller 2011: 165)

So bewirkten die ab 2007 zunehmenden Zahlungsausfälle einer steigenden Anzahl von Immobilienkrediten, dass der komplette US-Immobilienmarkt und damit verbundene Investmentsektor in eine bilanzielle Schieflage gerieten und eine Serie von Bankeninsolvenzen katalysierten, die ihren Höhepunkt in der *Lehman Brothers* Pleite von 2008 fand (vgl. Thiessen 2016: 121). Durch die geschilderte globale Verwobenheit der Banken-/Immobilienspekulationen weitete sich dies auch auf die europäische Wirtschaft aus.[37] Zahlreiche europäische Regierungen sahen sich dazu gezwungen, systemrelevante Banken zu retten. Sie richteten entsprechende Konjunkturprogramme ein – allerdings mit der Folge, dass die »Staatsschulden [explodierten] und bei den ohnehin

36 Rating-Agenturen nehmen eine spezielle Wächterfunktion im Finanzsystem ein, indem sie sowohl sämtliche Wertpapiere als auch Bonitäten (auch von Staaten) bewerten und somit als Orientierungsgröße für Kapitalanleger und Kreditgeber fungieren (vgl. Karrass/Stierle 2011: 35). Problematisch ist allerdings, dass sie nicht unabhängig agieren, sondern privatwirtschaftliche Interessen verfolgen, da ihre Eigentümer zum Großteil selbst Finanzinvestoren sind. So gehören *Standard & Poor's*, *Moody's* und *Fitch* – die drei größten und bedeutendsten Ratingagenturen – bspw. dem US-amerikanischen Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen *Morgan Stanley* (vgl. ebd.: 36).

37 Und das vornehmlich in den südeuropäischen Ländern, die maßgeblich vom Zufluss ausländischen Kapitals abhängig waren (vgl. Schmidt 2013: 34).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verunsicherten Anlegern […] Zweifel [wuchsen], ob die EU-Staaten ihre Verbindlichkeiten weiterhin würden bedienen können« (Vogel 2013: 13). Die Lage in Europa wurde zunehmend instabiler und spitzte sich 2009/2010 exemplarisch am Fall Griechenlands zu. Dort musste die damals neu gewählte sozialistische Regierung einen erhöhten Schuldenstand von schließlich 15,4 Prozent des BIPs bekanntgeben.[38] Die Schuldensituation Griechenlands hätte sich sogar noch weiter verschärfen können, »hätte die Ratingagentur Fitch nicht […] die Kreditwürdigkeit Athens herabgestuft, wodurch die Refinanzierungskosten anstiegen« (Illing 2017: 56).

Griechenland war somit als erstes Land der Eurozone in seinem Bonitätsrating durch die großen Ratingagenturen abgewertet worden, was nicht ohne Folgen für die anderen EU-Mitgliedsstaaten blieb: Denn »[b]eginnend mit Griechenland verloren immer mehr Mitglieder der Eurozone ihre Bonität. Auf den Finanzmärkten erhielten sie neue Kredite nur zu drastisch erhöhten Zinssätzen« (Vogel 2013: 13).[39] Diese sich nach und nach steigernde Verschärfung der Situation wurde nicht zuletzt durch öffentliche Spekulationen über mögliche Staatsbankrotte von EU-Mitgliedsstaaten verursacht (vgl. ebd.: 23), da die EU-Regierungen mehrheitlich einforderten, Griechenland solle sich selbst helfen, anstatt an einer kollektiv-solidarischen Lösung zu arbeiten. Sie weigerten sich beispielsweise, als EU-Kollektiv für die griechischen Schulden zu bürgen (vgl. ebd.).[40]

---

38 Die Vorgängerregierung hatte einen Schuldenwert von 3,7 Prozent des BIP angegeben (vgl. Karrass/Stierle 2011: 16). Nach und nach stieg die Bekanntgabe des wirklichen Werts der Neuverschuldung von zunächst angenommenen 12,7 Prozent auf letztlich 15,4 Prozent (vgl. Der Spiegel 2010).

39 Neben Griechenland gerieten auch andere bereits mit einem hohen Schuldenstand belastete Länder wie Irland, Portugal und Spanien durch dramatische Zinsanstiege ebenfalls in eine weitere Krisenwelle (vgl. Karrass/Stierle 2011: 17).

40 Völlig verkannt wurde dabei allerdings, dass die kritische Situation in Griechenland auf ein kollektiv-politisches und nicht allein innerstaatliches Versagen zurückzuführen war: So hätte Griechenland 2001 eigentlich niemals in die Eurozone aufgenommen werden dürfen, da es bereits zu diesem Zeitpunkt die Konvergenzkriterien nicht erfüllen konnte. Einmal mehr zeigte sich, dass diese sich als »ökonomische Ausschluss- oder Beitrittsbedingungen […] nie etablieren [konnten], denn politische Überlegungen dominierten den Prozess der europäischen Erweiterung« (Illing 2017: 54). Darüber hinaus ermöglichte die deutlich vergünstigte Zinslage durch den Euro-Beitritt, dass Griechenland in höherem Maße Kredite aufnehmen und seine Verschuldungslast hierdurch weiter aufbauen konnte (vgl. ebd.). Zudem haben allerdings auch die griechischen Bürger jahrelang die Aufnahme weiterer Schulden geduldet und toleriert. So

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Letztlich blieb zur Stabilisierung des Euro sowie der wirtschaftspolitischen Situation der EU nur die Unterstützung Griechenlands mittels eines europäischen Hilfspaketes. Zudem wurde der Euro-Rettungsschirm entwickelt, um den griechischen Staatsbankrott zu verhindern und eine mögliche Ausweitung der systemischen Währungskrise auf weitere Mitgliedsländer zu vermeiden (vgl. Karras/Stierle 2011: 17f.).[41] Gleichermaßen wurden die gemeinsam auf Regierungsebene verabschiedeten EU-politischen Maßnahmen von strengen Sparmaßnahmen und Auflagen für die betroffenen Länder flankiert, was primär von der deutschen Bundesregierung vorangetrieben wurde und zu nachhaltigen Spannungsverhältnissen unter den Mitgliedsstaaten führte:

> »In den Augen der Südeuropäer benutzte Merkel die Wirtschafts- und Finanzkraft ihres Landes, um ihnen das deutsche Modell aufzuzwingen. Die Nord-Süd-Spaltung, die reiche Kreditgeber wie Deutschland und die nordischen Staaten gegen arme Schuldner im Mittelmeerraum ausspielte, drohte jedoch Europa zu zerreißen.« (Drozdiak 2017: 36)[42]

Mit dieser Ausweitung auf die innerstaatliche sowie währungspolitische Krisenlage innerhalb der EU war die zweite Welle der Finanzkrise innerhalb der EU angekommen und katalysierte aufgrund der zunehmend prekären Situation in den Ländern Südeuropas Ressentiments innerhalb und zwischen den

---

kommt im Fall Griechenlands »sowohl den Entscheidungsträgern als auch den Wählern eine Mitschuld zu, denn sie haben die Politiker gewähren lassen und die Wahlgeschenke angenommen« (ebd.: 56). Auch spielten innenpolitische Interessenlagen der EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland in die Verzögerung des kollektiven griechischen Krisenmanagements hinein: »Since Germany was heading for elections, it was unwilling to act, but nothing could be done without Germany. So the Greek crisis festered and spread« (Soros 2013: 121).

41 Während sich die wirtschaftsstarken Länder wie Deutschland und Frankreich relativ schnell wieder von den unmittelbaren Krisenfolgen (z.B. Exportrückgang) erholen konnten, kamen neben Griechenland weitere südeuropäische Länder immer stärker in Bedrängnis. Diese Entwicklungen haben strukturell verschiedene Ursachen. In Spanien lässt sich der kritische Trend vor allem auf massive wirtschaftliche Einschnitte des bis dahin starken Bausektors und eine damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit zurückführen (vgl. Thiessen 2016: 122).

42 Für eine ausführlichere Beschreibung und kritische Einschätzung der Handlungen und Haltung der deutschen Bundesregierung siehe Drozdiak (2017: 35-40).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mitgliedsstaaten, die bis heute andauern.[43] Welche regulativen und kollektiven Maßnahmenpakete sich aus dieser jüngsten europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise entwickelten und in welchem Ausmaß sich die Rolle der Mitgliedsstaaten veränderte, wird im Folgenden aufgearbeitet. Auch sich hieraus ergebende Spannungs- und Konfliktverhältnisse werden näher in den Blick genommen.

2.3 Austeritätspolitik und das europäische Solidaritätsprinzip

Die Auswüchse der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise katalysierten letzten Endes die Staatsschulden- und Währungskrise in Europa und legten auf schonungslose Weise ein eklatantes Ungleichgewicht innerhalb Europas offen. Sie indizierten sowohl einen wirtschaftssystemischen als auch einen innen- und außenpolitischen Wandel. So besteht kein Zweifel, dass

> »the Global Recession that hit Europe in 2008 […] marked the end of the prevailing blind faith in financial markets, the beginning of a new age of ›permanent austerity‹ […] and possibly […] the ultimate disruption of the past European inclusive model of social cohesion and solidarity.« (Romano/Punziano 2015: 1)

Die oftmals strukturelle Schwäche einer gemeinsamen Währungsunion ohne gemeinsame Währungspolitik verschärfte eine bereits latent existente Nord-Süd-Polemik und offenbarte die mangelnde Solidarität der Mitgliedsstaaten untereinander (vgl. Vogel 2013: 25). Entgegen den egalitär angelegten EU-Institutionen bestand zwischen den Mitgliedsstaaten sehr wohl ein hierarchi-

43 Nicht zuletzt kritisierte Ulrich Beck die deutsche Europapolitik vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in seinem Buch *Das deutsche Europa*: »Auch im neuen, im krisengeschüttelten Handlungszentrum der Euro-Länder vollzieht sich eine dramatische Spaltung, und zwar zwischen denjenigen, die bereits (oder noch nicht) am Tropf des Rettungsfonds hängen, und denjenigen, die den Fonds finanzieren. Ersteren bleibt nichts anderes übrig, als sich dem Machtanspruch des deutschen Euro-Nationalismus zu beugen. […] Die Schuldnerländer, so könnte man sagen, bilden also die neue ›Unterklasse‹ der EU. Sie müssen Souveränitätsverluste und Verletzungen ihrer nationalen Würde hinnehmen« (Beck 2012: 43f.). Diese Diskussion wurde im Frühjahr 2020 anhand der Finanzierungsdebatte rund um die COVID-19-Pandemie erneut entfacht und verlief erneut entlang eines europäischen ›Nord-Süd-Konflikts‹ vor allem hinsichtlich einer solidarischen Teilung der wirtschaftlichen Schäden und Schuldenlast (vgl. bspw. Hornig et al. 2020; Khan 2020).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sches Gefälle. Insbesondere die wirtschaftlich starken Gründungsmitglieder beeinflussten und steuerten politische Entscheidungsprozesse (vgl. Balibar 2016: 58). Dies hatte sich in der unmittelbaren Maßnahmenergreifung im Umgang mit der Staatsschulden- und Währungskrise sowie den in der Folge aufkeimenden zwischenstaatlichen und innenpolitischen Konflikten gezeigt. So ließen die »Krise und die Programme zur Rettung des Euro […] die Konturen eines anderen Europa hervortreten, eines gespaltenen, von neuen Gräben und Grenzen durchzogenen Kontinents« (Beck 2012: 12f.).

Beck bezieht diese Spaltungen sowohl auf die Relation Gläubiger- und Schuldnerstaat als auch auf die innenpolitischen strukturellen Spannungen, die durch die von nationaler wie europäischer Regierungsseite oktroyierten Sparprogramme für Schuldnerländer verursacht wurden (vgl. ebd.: 13). Diese Sparprogramme umfassten – ausgehend von dem ersten griechischen Hilfspaket im Sommer 2010 – verschiedene ineinandergreifende Maßnahmenpakete. Ziel war es, die Eurozone in der öffentlichen Wahrnehmung möglichst schnell wieder zu stabilisieren und die Währungsunion als bestehendes Kollektiv zu erhalten.

Zu den entscheidenden Mechanismen und Maßnahmen – die zumindest dem Anschein nach dem Mangel an Solidarität Rechnung tragen sollten – gehörten zum einen der kurzfristig 2010 eingesetzte Schutzschirm[44] und dessen dauerhafte Institutionalisierung in Form des *Europäischen Stabilisierungsmechanismus* (ESM)[45] im Jahr 2012.[46] Zum anderen wurde der ESM-Mechanismus zusätzlich vom Fiskalpakt flankiert, der ebenfalls 2012 in Kraft trat und für die Beantragung von ESM-Geldern notwendigerweise von den jeweiligen

44 Der Schutzschirm wurde 2010 kurzfristig und zeitlich befristet aufgesetzt, als deutlich wurde, dass neben Griechenland auch Portugal und Irland zeitnah finanzielle Unterstützung benötigen würden, um die drohende Staatsinsolvenz abzuwenden (vgl. Schuppan 2014: 138f.).

45 Da sich zunehmend herausstellte, dass die zeitlich befristeten Unterstützungsmaßnahmen des Schutzschirms nicht ausreichen würden, um die betroffenen Länder in ihrem Reformierungsprozess gegen die Krise hinlänglich zu unterstützen, wurde mit dem ESM ein dauerhaftes supranationales europäisches Finanzstabilisierungsinstrument aufgesetzt (vgl. ebd.: 154f.).

46 Letztgenannter agiert in seiner Konzeption als Pendant zum IWF auf europäischer Ebene und vergibt unter strengen Auflagen finanzielle Hilfen an EU-Mitgliedsstaaten (vgl. Hipold 2016: 116f.). Zwar steht hiermit nun dauerhaft ein kollektiv-europäisch aufgesetzter Kreditgeber für europäische Mitgliedsstaaten in einer (finanziellen) Notlage zur Verfügung, allerdings verpflichten sich Länder, die hieraus Hilfsgelder empfangen, auf strikte Sparprogramme (vgl. Vogel 2013: 95).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mitgliedsstaaten unterzeichnet werden musste. In diesem Sinne gibt der Fiskalpakt das Regelwerk für die Kreditvergabe vor und bestimmt vornehmlich die Beschränkung der Aufnahme weiterer Staatsverschuldungen (vgl. ebd.). Er sieht unter anderem vor, dass

> »Vertragsstaaten nationale Schuldenbremsen einführen, nach der das strukturelle Defizit maximal 0,5 % des BIP beträgt. […] Nur wenn der öffentliche Schuldenstand erheblich unter 60 % des BIP liegt, darf das strukturelle Defizit maximal ein Prozent des BIP betragen.« (Petersen 2015: 91)

Eine derartige Regulierung hat allerdings primär die Beschneidung der Möglichkeit zu öffentlichen Investitionen zur Folge (vgl. Vogel 2013: 98).[47]

Anhand der Auflagen für Griechenland, Portugal und Irland im Rahmen des Rettungsschirms zeigt sich, dass insbesondere die harten Sparauflagen und Investitionseinschnitte negative Folgen für das öffentliche und soziale System der betroffenen Gesellschaften hatten (vgl. Karrass/Stierle 2011: 47f.). Diese Einschnitte wirkten sich auf die gesamte Gesellschaft aus und erweckten in den betroffenen Ländern und Regionen den Anschein, dass »die Herrschenden in Europa nicht mehr von wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Vernunft [angetrieben werden] […]. Die Herrschenden sind zu Getriebenen der Finanzmärkte geworden« (ebd.: 58).

Auch die mit den europäischen Maßnahmen verbundenen Sparvorgaben hatten negative Effekte auf das zwischenstaatliche Gemeinschaftsgefühl, weil sie die europäische Solidarität in gleichzeitigem Zusammenwirken mit der *No-Bail-Out-Klausel*[48] – zumindest für die Schuldnerländer – offen auf den Prüfstand stellten.[49] Gleichermaßen mahnten die wirtschaftsstar-

47 Umstritten war darüber hinaus bereits die Implementierung des Fiskalpakts, da er als zwischenstaatliches Abkommen konzipiert und somit auf Ratsebene entschieden wurde, ohne dass das Europäische Parlament an der Ratifizierung beteiligt war (vgl. Vogel 2013: 96). Dieser ist ein höchst problematischer Prozess, da der Fiskalpakt somit »mustergültig für eine Politik [steht], bei der die parlamentarische Demokratie auf nationaler Ebene verliert, ohne dass dies auf europäischer Ebene kompensiert würde. […] Denkbar ist, dass Maßnahmen wie der Fiskalpakt gegen die Intention ihrer Urheber zum Zerfall der Währungsunion oder gar der EU führen« (ebd.: 101).

48 Die *No-Bail-Out-Klausel*, die bis in den Lissaboner Vertrag immer wieder von den EU-Mitgliedsstaaten bestätigt worden ist, sieht vor, dass kein EU-/EWU-Mitglied für einen anderen Mitgliedsstaat die Haftung für finanzielle Schulden übernehmen muss (vgl. Schuppan 2014: 22).

49 Siehe hierzu auch Romano/Punziano (2015: 8): »The introduction of severe austerity programmes in Europe is being increasingly coupled with massive cuts in the social

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ken, vornehmlich nordeuropäischen Mitgliedsstaaten an, Solidarität habe einen Preis. Staaten, die nachweislich hohe Verschuldungsversäumnisse aufwiesen,[50] müssten Reformen ergreifen.[51] So waren die

> »›bailout‹ agreements for Greece, Portugal and Ireland as well as […] for Italy and Spain […] accompanied with the demand on behalf of the surplus countries (predominantly Germany, Finland and the Netherlands) to implement far-reaching austerity reforms and reduce drastically social protection.« (Papadopoulos/Roumpakis 2015: 195)

Kritisiert wurde der lehrmeisterhafte Ton – der unter anderem der deutschen Bundesregierung vorgeworfen wurde –, der für eine zusätzliche Spannung in der Gläubiger-Schuldner-Beziehung sorgte (vgl. Illing 2017: 204). Darüber hinaus öffnete das öffentliche politische Gebaren den Raum für eine Argumentationsführung entlang von Klischees, Stereotypisierungen bis hin zu populistischen Auswüchsen. Adressiert wurden »klar identifizierbare Schuldige, die angeblich ›faulen Südländer‹, von denen nun Einsicht und Besserung erwartet wird« (Vogel 2013: 30). Hierdurch wurde die Tatsache verschleiert, dass es sich gerade nicht um eine Schuldenkrise einzelner Länder, sondern um eine strukturelle Krisensituation handelte (vgl. ebd.: 31), in der national-ökonomische Partikularinteressen die Oberhand über eine gesamteuropäisch verbindlich gestaltete (Wirtschafts-)Politik gewannen, »so dass jeder Staat zum

---

sphere, generally legitimised by governments with the argument that the former type of social solidarity is no longer sustainable under the present circumstances«.

50 Die allerdings bereits bei der Aufnahme dieser Länder in die EWU bewusst in Kauf genommen wurden. Zudem hat die neoliberal-systemische Gestaltung des europäischen Wirtschaftsraums und ein damit verbundenes Konkurrenzprinzip bewusst »zu einer beständigen Verschärfung der Disparitäten in allen Hinsichten geführt. Anstelle einer gemeinsamen Entwicklung der Regionen Europas stehen wir vor einem Prozess der Polarisierung, wie ihn die Krise dann noch dramatisch verschärft hat« (Balibar 2016: 91).

51 Siehe hierzu bspw. auch die folgenden Äußerungen Wolfgang Schäubles, der in seiner Funktion als deutscher Bundesfinanzminister maßgeblich die EU-Finanzpolitik der Krisenjahre und regulative Sparmechanismen prägte: »[D]ie jüngsten Ereignisse [haben] gezeigt, dass eine gemeinsame Währung nicht ohne Solidarität der Mitglieder auskommt, Solidarität, die an klare Regeln gebunden sein muss. Dabei kann sich Solidarität nicht auf die Verpflichtung beschränken, den Mitgliedsländern, die in Problemen sind, Beistand zu leisten, sondern Solidarität erfordert genauso die Bereitschaft, die Ursachen der Probleme zu beseitigen. Solidarität ist niemals eine Einbahnstraße« (Schäuble 2013: 230).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

potenziellen Raubtier gegenüber seinen Nachbarn werden musste« (Balibar 2016: 98). So nahmen die wohlhabenden nordeuropäischen Mitgliedsstaaten das wirtschaftliche Ungleichgewicht billigend in Kauf, um ihre darauf basierende ökonomisch vorteilhafte Lage zu erhalten.[52] Überspitzt formuliert sind

> »Spanien, Portugal und Griechenland […] vor allem deswegen in die Währungsunion aufgenommen worden, um als Absatzmärkte im innereuropäischen Warenverkehr zu dienen. Dafür wurde ihnen der Zugang zu privaten Krediten erleichtert.« (Vogel 2013: 27)

Gleichzeitig wuchsen in den südlichen Ländern immense Kreditblasen, die den wirtschaftlichen Krisen- und Abhängigkeitsstrudel massiv verschärften (vgl. ebd.). Anders als folglich oftmals proklamiert, kann die ökonomische Krisenentwicklung nicht auf das Fehlverhalten einer bestimmten Nation zurückgeführt werden. Stattdessen handelte es sich um »viel mehr als eine Finanzkrise. Es ist hauptsächlich eine Krise der Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion« (Goulard 2013: 237). Neben der laxen Kontrolle, ob die eigentlichen Vereinbarungen und Regulationen der EWU eingehalten wurden (vgl. ebd.: 238), spielten, wie sich zeigte, ebenfalls die systemische neoliberale Ausrichtung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten eine entscheidende Rolle.

3. Zur Situation in Spanien (2008-2015)

Der wirtschaftliche Krisen- und Abhängigkeitsstrudel verschärfte sich besonders in den südlichen Ländern, was dazu führte, dass sowohl in den Geber- als auch den Schuldnerländern politische Modifikationsprozesse einsetzten. Diese systemischen Veränderungen sollen nun am Beispiel Spaniens dargelegt werden.

52 Deutschland profitierte neben anderen Ländern von dieser Wirtschaftskonkurrenz. Es drückte das Lohnniveau und baute hierdurch sein Exportsystem immens aus (vgl. Vogel 2013: 26). So verschärfte das »Zusammenspiel des deutschen Unterbietungswettbewerbs und des südeuropäischen Kreditbooms […] die wirtschaftlichen Unterschiede in der Eurozone« (ebd.: 27).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3.1 Krisenentwicklung und politische Entscheidungen

Spanien, das seit Ende der 1990er Jahre bis 2008 eine wirtschaftlich relativ solide Wachstumsphase durchlaufen hatte,[53] war von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffen. Der Grund hierfür ist nicht zuletzt in den äußerst krisenanfälligen Primärsäulen der spanischen Wirtschaft zu finden: »dem Tourismus, der Grundstückserschließung und dem Bausektor« (Vogel 2013: 34). Durch sie stieg Spanien zur viertgrößten Volkswirtschaft der EU seit Mitte der 1990er Jahre auf. Vor allem der Bau- und Immobiliensektor entpuppte sich jedoch als entscheidender Risikofaktor. So hatten diverse Subventionen und ein immenses Kreditvergabesystem in diesem Bereich über mehrere Jahre gewaltige *housing bubbles* anwachsen lassen (vgl. Chislett 2016: 24).[54] Möglich wurde dieser Bauboom durch interne Anreize zum Erwerb von Eigentumswohnungen[55] und zur Planung von Bauprojekten. Zu nennen sind hier beispielsweise Infrastrukturmaßnahmen, die auch politisch befürwortet und unter anderem durch eine erleichterte Vergabe von Baugenehmigungen lanciert wurden (vgl. Vogel 2013: 35). Begünstigt von einer immensen nationalen Kreditvergabe durch Banken[56] sowie von attraktiven Investitionsoptionen in (touristische) Bauprojekte durch ausländische Investoren »avancierte [Spanien] […] zum gefragten Anlageplatz« (ebd.)[57].

Darüber hinaus führte der Boom zu einem Anstieg von Arbeitsmöglichkeiten im Bau- und Dienstleistungsgewerbe, der insbesondere junge Men-

53 Neben Irland konnte u.a. Spanien in den Jahren 2003 bis 2008 einen Rückgang der eigenen Verschuldung verbuchen (vgl. Schuppan 2014: 111).

54 Allein im Jahr 2006 wurden Bauprojekte für 865.000 Häuser in Spanien begonnen – mehr als in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen. Zwei Drittel der zwischen 1999 und 2007 in Europa gebauten Immobilien befanden sich in Spanien (vgl. Chislett 2016: 21). Diese Zahlen verdeutlichen das abstruse Ausmaß der Bauvorhaben.

55 Historisch betrachtet wurde der Erwerb einer Immobilie als Eigenheim bereits seit der Franco-Diktatur proklamiert (vgl. Vogel 2013: 35). Diese politische Linie wurde auch von den demokratischen Regierungsparteien, PP und PSOE, übernommen und führte letztlich dazu, dass bis 2007 etwa 87 Prozent der Wohnungen in Spanien in Privatbesitz waren (vgl. ebd.).

56 Siehe hierzu Chislett 2016: »[A]verage short- and long-term rates fell […] to 2,2 % to 3,4 % in 2005, encouraging borrowers to take out loans, particularly mortages, and some banks […] to lend recklessly« (Chislett 2016: 22).

57 Allein zwischen 2001 und 2006 konnten ausländische Unternehmen und Anleger (vornehmlich aus Nordeuropa) im Schnitt 7 Milliarden Euro jährlich an Renditen durch Investitionen in Zweitwohnungen in Spanien erwirtschaften (vgl. Vogel 2013: 35f.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen dazu bewog, der Annahme Glauben zu schenken, »that education did not pay« (Chislett 2016: 32). Dies führte dazu, dass vor allem im Zeitraum von 1997 bis 2006 nur ungefähr 25 Prozent der jungen Erwachsenen eine schulische Ausbildung abschlossen. Ein Großteil – vor allem junge Männer – wechselte direkt in die Baubranche, um Geld zu verdienen (vgl. ebd.). Gleichzeitig stieg hierdurch auch der »Anteil der befristeten und prekären Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor« (Carmele 2019: 308) – ein Trend, der sich durch diese Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik noch verstärkte. Kernproblematik hierbei ist, dass die spanische Industrie seit jeher kaum als konkurrenzfähig zu den nord- und westeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten anzusehen ist; statt Industrie- bzw. Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen wurde vor allem auf Investitionen im Tertiären Sektor sowie im traditionell wichtigen Agrarbereich fokussiert. Dadurch galt die spanische Industrie im Vergleich zu den nord- und westeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten seit jeher als kaum konkurrenzfähig (vgl. Vogel 2013: 36). Darüber hinaus ist der spanische Arbeitsmarkt primär auf Flexibilisierungen und Saisonarbeiten zentriert. Der private Erwerb von Immobilien diente als Ausgleich für die kaum ausreichenden Renten- und Vorsorgemöglichkeiten.[58] Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Krise trat »vor allem wegen der enormen Bedeutung des Immobiliensektors [ein]. Die horrende Verschuldung von privaten Haushalten und Unternehmen tat ein Übriges. [Auch] […] fehlte global die Konkurrenzfähigkeit und die Produktivität« (Carmele 2019: 309).

Auf das Platzen der Blase auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt folgte eine massive Abwertung von Immobilienpreisen (vgl. Chislett 2016: 25). Nach anfänglichen Versuchen der spanischen Regierung, die Stimulation des Bausektors im Rahmen des *Plan E*[59] aufrechtzuerhalten (vgl. Carmele 2019:

58 »Über lange Jahrzehnte hatten die politischen Eliten des Landes – über die Grenzen von Parteien und selbst von politischen Ordnungen hinweg – das Wohneigentum staatlich gefördert. Auf einem begrenzten Mietmarkt schien der Erwerb von Wohnungen nicht nur beinahe alternativlos, sondern auch sinnvoll als Alterssicherung angesichts eines schwach ausgebauten Sozialstaates« (Vogel 2013: 38).

59 Der *Plan Español para el Estímulo de la Economía y el Empleo* (Plan E) wurde ab 2009 von der spanischen PSOE-Regierung umgesetzt und hatte vier verschiedenen Handlungsrichtungen. Die damit verbundenen Maßnahmen hatten das vorrangige Ziel, die spanische Wirtschaft wiederzubeleben (vgl. Spanische Botschaft 2009). Zum einen sollten Steuerbegünstigungen für Familien und Unternehmen die Binnennachfrage ankurbeln, zum anderen wurde über breite Infrastrukturinvestitionen versucht, die Krise des Bausektors abzumildern und Arbeitsplätze zu schaffen (vgl. ebd.). Allerdings »flos-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

310), wurden Großprojekte schließlich weitestgehend eingestellt. In der Folge gab es in spanischen Städte und Regionen eine Vielzahl an leerstehenden Immobilien bis hin zu Bauruinen. Auch die Arbeitslosenquoten – vor allem junger Arbeitnehmer[60] – sowie Privatverschuldungen stiegen an. Zusätzlich zum Einbruch der Immobilienpreise waren erhöhte Kreditausfallquoten zu verzeichnen, was schließlich die spanischen Banken zunehmend in eine prekäre Situation brachte (vgl. ebd.). Die erste Bank, die auf unmittelbare staatliche Hilfe angewiesen war, war 2009 die *Caja Castilla La Mancha* (vgl. Chislett 2016: 128).

Regionale Sparkassen (*Cajas*) waren von den Auswirkungen der Krise besonders betroffen, hatten sie in den Jahren zuvor doch beinahe unkontrolliert und oft basierend auf einem undurchsichtigen System der Vetternwirtschaft Kredite für Bauvorhaben für fast jedermann vergeben (vgl. ebd.). Aufgrund diverser Regierungsbemühungen, die Bankenschieflage aufzufangen und die massive Schuldenlast durch Fusionen zu kompensieren, wuchs auch die spanische Staatsverschuldung stark an: So lag sie bis 2014 bei 99 Prozent des spanischen BIP (vgl. Carmele 2019: 311; Illing 2017: 94). In der Folge sah sich die spanische Regierung ab 2010 zur Aufsetzung eines Austeritätsprogramms gezwungen (vgl. Huke 2017: 106), das »drastische Kürzungen im öffentlichen Dienst, […] [eingeschränkte] Rechte von Lohnabhängigen und Gewerkschaften […] und [ein] erhöhte[s] […] Rentenalter« (ebd.: 156) mit sich brachte.

---

sen erhebliche Teile der Investitionen in unnötige und wenig durchdachte oder langfristige Projekte […] [und steigerten] die öffentliche Verschuldung in kurzer Zeit erheblich« (Carmele 2019: 310). In der Folge gab es eine Vielzahl kaum genutzter Infrastrukturflächen (bspw. Zugstrecken, Autobahnen oder ganze Flughäfen) – ein Symbol für den spanischen Investitionsgrößenwahn (vgl. Neuroth 2019). Darüber hinaus wurde eine Vielzahl der angestoßenen Großprojekte gar nicht erst beendet, da die steigende Verschuldungslage die spanische Regierung schnell zum Umlenken und zur Kürzung der Ausgaben zwang; »zurück blieben oft Bauruinen und die übergroßen Schilder des Plan E« (Carmele 2019: 310).

60 »Jobs began to shed as of 2008 almost as quickly as they had been created during the boom. Between 2008 and 2013, the number of medium-sized companies fell by 56 %. Due to much lower firing costs, the first people to lose their job were those on temporary contract, particularly males, in the construction sector, many of whom had left school at 16. […] Of the 2.5 million jobs shed between 2008 and September 2014 when Spain ermerged from recession, 1.1 million came from the construction sector […]. A large number of these lost jobs were held by people under the age of 30« (Chislett 2016: 25).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der spanischen Regierung blieb keine andere Wahl, als 2011 – entgegen der eigentlichen Regierungsabsichten – zunächst die EZB um Käufe spanischer Staatsanleihen zu bitten und letztlich im Juni 2012 Hilfsgelder über den europäischen Rettungsschirm EFSF zu beantragen, die mit 100 Milliarden Euro bewilligt wurden (vgl. Illing 2017: 94). An die Aufnahme unter den EFSF waren – wie bei anderen Rettungsprogrammen (beispielsweise für Griechenland) auch – verschiedene Reform- und Verwendungsbedingungen gekoppelt (vgl. ebd.: 95).[61] Insgesamt zeichnete sich das Hilfsprogramm für Spanien durch zwei Schwerpunkte aus (vgl. Schuppan 2014: 157):

1) Unterstützung bei der Deckelung des zukünftigen Kapitalbedarfs der Regierung aufgrund anzunehmender Einnahmeausfälle durch die Arbeitslosenquoten
2) Mittel zur Sicherung des Bankensektors (vor allem für Maßnahmen der Rekapitularisierung)

Eine Steigerung der Einnahmen im Tourismusbereich und erhöhte Exportmöglichkeiten trugen schließlich dazu bei, dass das BIP bereits 2013 wieder einen Aufwuchs von 1,4 Prozent verzeichnete, der auch 2014 und 2015 tendenziell erhalten blieb (vgl. Chislett 2016: 86). Dieser positive Trend wurde von der Ratingagentur *Standard & Poor* anerkannt: »The recovery won Spain an upgrade from the rating agency Standard & Poor's (S&P), which lifted it in October 2015 to BBB+« (ebd.: 85). Ab 2014 war folglich eine kontinuierliche Konsolidierung der spanischen Wirtschaft zu verzeichnen,[62] wenngleich alte Problematiken wie die immense Abhängigkeit von ausländischen Kapitalflüssen nach wie vor erhalten blieben (vgl. Carmele 2019: 311).

Investitionen in nachhaltige zukunftstragende Bereiche wie Bildung, Forschung und Entwicklung oder der Aufbau eines starken Exportsektors wären nach wie vor dringend notwendig, um die spanische Wirtschaft krisensicherer zu gestalten (vgl. Chislett 2016: 173f.). Angesichts einer weiteren europäi-

61 Im Unterschied zu den Hilfsprogrammen für andere Länder (wie Griechenland oder Portugal) wurde das spanische Hilfsprogramm jedoch 2013 in den ESM überführt. Die Kontrolle der verpflichtend durchzuführenden Reformen (Bankenwesen, Wirtschaft/Arbeitsmarkt) oblag der EU-Kommission und EU-Finanzminister, da aufgrund des relativ kleinen Umfangs des Programms (100 Milliarden Euro/Laufzeit 18 Monate) nicht der IWF und somit nicht die Troika beteiligt werden musste (vgl. Schuppan 2014: 158).

62 Auch konnte mit der vorzeitigen Rückzahlung der Kredithilfen aus den EU-Rettungsprogrammen begonnen werden (vgl. Carmele 2019: 1).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die COVID-19-Pandemie 2019/2020, wurden diese Defizite erneut sichtbar. Wie die spanische Politik darauf reagierte, wird im analytischen Teil der Untersuchung gesondert erörtert (siehe Kapitel IV).

3.2 Ökonomische und soziale Auswirkungen

Insgesamt kann die Krisenentwicklung in Spanien als beispielhaft für das mitunter toxische Zusammenwirken von unregulierter (Finanz-)Spekulation und Austeritätspolitik angesehen werden (vgl. Simsa 2016: 99). Ursächlich für die spanische Krisenlage war die zunehmende neoliberal-systemische Ausrichtung seit Mitte der 1990er Jahre[63] und wirtschaftspolitische Verfehlungen, die sowohl den spanischen Staat in seiner Gesamtheit als auch Privatpersonen und Unternehmen in eine starke Abhängigkeitssituation manövrierten. So wurden die »Hypotheken und Kredite der Haushalte […] zum zentralen Motor der Wirtschaftsentwicklung, wobei in den Jahren vor der Krise der Anteil ausländischer Investitionen deutlich anstieg […]« (Huke 2017: 93). Mit dem Platzen der Immobilienblase offenbarte sich, dass das spanische Wirtschaftswachstumsmodell in exorbitantem Ausmaß durch Bauspekulationen getragen worden war (vgl. Simsa 2016: 100). In der Folge sah sich Spanien mit einer Vielzahl an Insolvenzen, einem stagnierenden Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit[64] und einer wachsenden Staatsverschuldung konfrontiert. Diese Aspekte führten zu einer deutlichen Verschlechterung der sozialen Lage in Spanien und warfen das Land in seiner Entwicklung zurück (vgl. ebd.: 99f.). Des Weiteren kam es im Zuge erhöhter Kreditausfallquoten zu einer Vielzahl von Zwangsräumungen. Davon betroffen waren vor allem Bevölkerungsschichten, die durch die laxe und profitorientierte Kreditvergabepraxis der

63 Die neoliberale Ausrichtung der spanischen Wirtschaftspolitik seit den 1990er Jahren, der sich eine Vielzahl europäischer Länder anschlossen, orientierte sich zunehmend an US-amerikanischen Wirtschaftspraktiken. Diese Flexibilisierungen trugen zu einem starken Wirtschaftswachstum bei (vgl. Sotelo 2014: 157): »De 1995 a 2007 – justamente, el período en el que se incuba la crisis – ha sido también para la economía española el de mayor bonanza desde la transición« (ebd.). Nebenfolgen dieser neoliberalen Revolution (vgl. ebd.: 201) waren Arbeitsmarktflexibilisierungen, weniger Festanstellungen und Prekarisierung (vgl. ebd.: 203). Diese Aspekte potenzierten sich mit Ausbruch der Krise.

64 Nach Bernecker waren 2012 in knapp 2 Millionen Haushalten alle Mitglieder arbeitslos (vgl. ebd.: 338).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Finanzinstitute in den Jahren des Booms dazu bewogen worden waren, ihre eigenen finanziellen Grenzen bewusst zu überschreiten (vgl. Stehling 2015: 103).[65] So wurden in der Krise vornehmlich »ausgerechnet die Schwachen und weniger Privilegierten vielfach zu […] Opfern […]. […] Spanien [gehörte] nach der Bewertung auch zu den Ländern in Europa mit den größten Disparitäten zwischen Arm und Reich« (ebd.: 102f.).

Spanien hatte es jahrzehntelang versäumt, sozialen Wohnraum zu schaffen. Stattdessen war die Eigentumsbeschaffung vor Mietmodellen begünstigt worden: Im Jahr 2015 waren etwas mehr als 330.000 Personen obdachlos und immens verschuldet, weil Zwangspfändungen keine Entlastung von Zahlungspflichten bedeuteten (vgl. Simsa 2016: 100f.). Zudem katalysierte diese Verschuldungslast eine »soziale Exklusion, da die entsprechende Person nicht mehr als kreditwürdig galt […]« (Huke 2017: 207).[66] In der Folge bauten sich ein immenser wirtschaftlicher Druck sowie eine hohe Vulnerabilität einzelner Familien und Privatpersonen auf. Diese artikulierte sich zum einen in einer erhöhten Suizidrate sowie Lebensunzufriedenheit der spanischen Bevölkerung (vgl. ebd.: 202) und potenzierte sich – neben der starken privaten Schuldenlast – vor allem auch durch die hohe Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Verarmung.

Aufgrund der Austeritätsauflagen ab 2010/2011 wurden staatliche soziale Unterstützungsmaßnahmen deutlich reduziert. Diese Maßnahmen wurden mittels einer umstrittenen Verfassungsreform des Artikels 135 legitimiert.[67]

---

65 Allein zwischen 2007 und 2014 stieg die Zahl der Delogierungen auf 570.000 an. Zudem war ein eklatanter Wohnungsleerstand von 4 Millionen im Jahr 2014 zu verzeichnen (vgl. Simsa 2016: 100).

66 Problematisch war vor allem, dass neben der persönlichen Haftung für die vergebenen Hypotheken auch eine massive Überbewertung der Immobilien in den Boom-Jahren stattfand. Bei den sich anschließenden Zwangsversteigerungen von Wohnungen fanden sich selten Käufer, sodass die Wohnung auf den Gläubiger überging und dieser weiterhin einen Großteil der Kosten zu tragen hatte (vgl. Huke 2017: 207). Für eine detaillierte Aufschlüsselung der Kostenverrechnungen zwischen Immobilienschätzwert, Hypothekenwert und Zahlungsleistungen des Gläubigers vgl. Huke (ebd.).

67 Aufgrund des Anstiegs der spanischen Staatsverschuldung musste die spanische Regierung umfassende Austeritätsreformen als Antwort auf die Krise zusagen und umsetzen. Dies wurde ab 2010 zunächst von der regierenden PSOE-Partei angestoßen und 2011 unter der PP-Regierung in verschärfter Form fortgeführt (vgl. ebd.: 107; Bernecker 2018: 338f.). In diesem Zusammenhang ist auch die im September 2011 durchgeführte Reform des Artikels 135 zu sehen, die – ohne Einbezug der Bevölkerung – von PSOE und PP ermöglicht wurde und die »Verschuldungs- und Defizitkriterien des europäischen

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In »zahlreichen Haushalten [wurden] […] Renten zur einzigen stabilen und sicheren Einnahmequelle« (ebd.: 202). Darüber hinaus bot sich durch den Erhalt von europäischen Mitteln aus dem ESM »a window of opportunity for the promotion of significant reforms in key fields of social protection« (Papadopoulos/Roumpakis 2015: 200). Dies umfasste Einschnitte in soziale Unterstützungsleistungen (zum Beispiel Kürzung der Rentenzahlungen) und in das Gesundheitssystem (zum Beispiel Rückzug staatlicher Investitionen). Auch Arbeitsmarktreformen und Privatisierungen von Unternehmen waren eine Folge (vgl. ebd.). Hieraus ergab sich, dass bis ins Jahr 2018 »[l]a tasa de desempleo se mantuvo por encima de 20 % desde el año 2010, los salarios han retrocedido diez años, y […] [se] han reducido las prestaciones del sistema de bienestar« (García-Albacete/Lorente/Martín 2018: 75).

Es kam zu einer weiteren Verschiebung der »Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit […] zugunsten des Kapitals, die Machtressourcen der spanischen Gewerkschaften wurden geschwächt […]« (Huke 2017: 106). In besonderem Maße betroffen von der schlechten Arbeitsmarktsituation und damit einhergehenden Perspektivlosigkeit war in erster Linie die spanische Jugend. Im Jahr 2014 steigerte sich die Arbeitslosigkeit dieser gesellschaftlichen Gruppe auf über 50 Prozent (vgl. Sievering 2015: 13). Junge Arbeitnehmer, die in einem Beschäftigungsverhältnis standen, »no solo tienen salarios más bajos, sino que la legislación permite que encadenen contratos en prácticas sin remuneración, aun teniendo altos niveles de formación« (García-Albacete/Lorente/

Stabilitäts- und Wachstumspakts […] in der spanischen Verfassung verankerte« (Huke 2017: 157). Abweichungen von diesen Kontrollmechanismen der öffentlichen Ausgaben konnten in der Folge nur noch im Falle von Naturkatastrophen oder ähnlichen Notsituationen durch eine absolute Mehrheit des Parlaments verabschiedet werden (vgl. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Martín 2018: 75).[68] Auf der einen Seite setzte ein *brain drain*[69] vieler gut ausgebildeter junger Nachwuchskräfte ein – etwas mehr als eine Million Jugendliche wanderten seit 2012 ins Ausland aus. Auf der anderen Seite waren junge Erwachsene dazu gezwungen, wieder ins (groß-)elterliche Haus zurückzukehren (vgl. Simsa 2016: 101). Diese Entwicklung war und ist besorgniserregend, weil Qualifikationen verloren gehen oder gar nicht erst gebildet werden und sich eine starke Enttäuschung oder Frustration in der (jungen) Bevölkerung entwickeln konnte. Mit anderen Worten: Es ging wichtiges »Humankapital« für die betroffenen Gesellschaften verloren (vgl. Sievering 2015: 12). Obwohl Spanien – wie andere südeuropäische Länder auch – seit jeher mit hohen Arbeitslosenquoten unter der Jugend konfrontiert war und nie dauerhaft geeignete Strategien oder ausdifferenzierte Berufswege entwickelte (vgl. Chislett 2016: 32), diesbezüglich also ein »beinahe chronische[s] Problem« (Orosz 2009: 70) bestand,[70] war und ist die Gefahr, dass diese Tendenz systemisch werden würde, mit zunehmender Krisendauer deutlich erhöht.

Zusätzlich zur instabilen Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt wurde die eigenständige Wirtschaftsleistung im unternehmerischen Bereich mit der Dauer der Krise weitestgehend von internationalen Unternehmen aufgekauft (vgl. Huke 2017: 108). So basierte ein Großteil der spanischen Industrie auf sogenannten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU),

68 Bernecker macht insbesondere in der anhaltenden beruflichen Perspektivlosigkeit für junge Spanier ein systemisch-strukturelles Defizit aus. So produziert das spanische »Bildungssystem […] zwar viele Hochschulabsolventen; diese sind aber häufig schlecht ausgebildet, und sehr viele von ihnen finden allenfalls in fachfremden Berufen eine Anstellung« (Bernecker 2018: 338). Zusätzlich problematisch ist die hohe Ausbildungs- und Schulabbruchquote, die bereits seit Ende der 1990er Jahre besteht und durch die Fehlanreize der spanischen Arbeitsmarktpolitik (v.a. im Immobilen-/Bausektor) verursacht wird. Von der Krisenauswirkung besonders betroffen, sind diejenigen, die weder einen Ausbildungsabschluss noch die Möglichkeit hatten, sich den eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, sodass die Bezeichnung der *generación ni-ni* (*Generation weder-noch*, eigene Übersetzung) für diese Bevölkerungsgruppe im Zuge der Krisensituation aufkam (vgl. ebd.).

69 Problematisch ist hierbei die Situation für den hochqualifizierten Nachwuchs, der aufgrund der Einsparungen und der verschlechterten Anstellungs- und Karriereperspektiven an Universitäten und innerhalb des spanischen Wissenschaftssystems zunehmend ins Ausland abwanderte (vgl. DAAD 2017: 8).

70 Orosz verweist darauf, dass bereits bei der Rezession Anfang der 1990er Jahre die spanische Jugendarbeitslosigkeit bei fast 40 Prozent lag, was sich schon damals auf die Krisenanfälligkeit der spanischen Wirtschaft zurückführen ließ (vgl. Orosz 2009: 69f.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die über wenig eigene Mittel und nur eingeschränkte Möglichkeiten der Kreditsubventionierung verfügten (vgl. Sotelo 2014: 178, vgl. Bernecker 2012: 224). Wirkliche Investitionen in zukunftstragende Bereiche wie neue Technologien, Forschung und Innovation waren kaum möglich. Darunter litt die Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Huke 2017: 98).[71] Bis heute fehlen »Spanien die Investitionen, die Technologie oder ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte […]« (ebd.: 108). Um für ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum sorgen zu können,[72] sind Spanien zudem »die Möglichkeiten, eine alternative Entwicklungsstrategie durchzusetzen sowie aktive industriepolitische Strukturreformen zu verfolgen, durch das europäische Austeritätsregime verstellt […]« (ebd.: 109).

Zu diesen prekären gesellschaftlichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise kommt eine weitere innerspanische Problematik, die eine zusätzliche innenpolitische Destabilisierung erwirkte. Diese betrifft eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Zentralregierung bis hin zu Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Autonomieregionen (insbesondere im Baskenland und Katalonien). Entfacht wurden diese Tendenzen vor allem an Konflikten mit der Regierungspolitik in Madrid und den regionalökonomischen Unterschieden:

> »Der binnennationalistische Konflikt zwischen dem spanischen Staat und den ›historischen Regionen‹ Baskenland, Katalonien oder auch Galicien […] scheint eine neue, wenn auch keineswegs eindeutige Entwicklungsdynamik aufzunehmen.« (Eser 2013: 200)

Vor allem der Konflikt zwischen der Zentralregierung in Madrid und der Autonomieregion Katalonien avancierte in jüngster Zeit zu einem destabilisie-

71 Trotz der leichten wirtschaftlichen Erholung, die bereits 2014 einsetzte, wurde der Forschungs-, Innovations- und Bildungssektor weitestgehend vernachlässigt. So investierte die spanische Regierung 2017 gerade einmal 1,47 Prozent des BIP in Forschung und Innovation. 2008 lag dieser Wert noch bei 2,7 Prozent (vgl. Fernández-Zubieta/Ramos-Vielba/Zacharewicz 2017: 17). Zwar hatten in den Wahlen 2016 alle Parteien ein Investitionsziel von 2 Prozent für Forschung und Innovation angegeben, allerdings blieb die Umsetzung aus (vgl. DAAD 2017: 13).

72 Die Konsolidierung der spanischen Wirtschaft wurde weiterhin primär über krisenanfällige Bereiche des Dienstleistungs- und Tourismussektors und spanische Exporte ermöglicht (vgl. Huke 2017: 107).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

renden Risikofaktor für den spanischen Staat[73] (vgl. Huke 2017: 211). Diese Autonomiebestrebungen entwickelten sich zu einer katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, die seit 2015 immer wieder für innenpolitische Destabilisierung sorgte und von der spanischen Regierung teilweise mit rigiden Mitteln unterbunden wurde (vgl. Carmele 2019: 2).[74] Nicht nur vor diesem historischen innenpolitischen Konflikt kann die wirtschaftlich angespannte Lage Spaniens seit 2008 als Katalysemoment für politische Veränderungsprozesse innerhalb des Landes angesehen werden.

3.3 Umbrüche und Neuordnung der Parteienlandschaft

2008 wirkte sich nicht nur sozial und ökonomisch, sondern auch politisch aus, da sich verschiedene Teilkrisen überlagerten.[75] Schließlich hatte die Krise nicht nur »contribuido a empeorar la situación económica de los ciudadanos, sino que ha cambiado su relación con la política« (García-Albacete/Lorente/Martín 2018: 75). Die veränderte Relation zwischen der

73 Ähnlich wie für Katalonien sehen auch die extremen nationalistischen Stimmen im Baskenland den spanischen Staat als primären ›Verunmöglicher‹ des Aufbaus eines eigenen regionalen Wohlfahrtstaates. Die nationale Unabhängigkeit wird zur unbedingten Notwendigkeit für die eigene ökonomische Stabilität und Souveränität stilisiert (vgl. Eser 2013: 204f.). So führt Sotelo beispielsweise die katalonischen Unabhängigkeitsbestrebungen direkt auf die Wiedererlangung eines verloren gegangenen privilegierten wirtschaftlichen Status der Region zurück: »[La presión nacionalista] [e]stá ligado al deterioro del modelo industrial […] al haber perdido la posición que desde el siglo XIX había ocupado [Cataluña] en la Península: ser cabeza y motor de la economía.« (Sotelo 2014: 127)

74 Im Rahmen dieser Untersuchung kann nicht weiter auf die speziellen historisch-politischen Konfliktlinien zwischen den Autonomieregionen Katalonien, Baskenland und dem spanischen Staat eingegangen werden. Für einen ersten Einblick in die ko-föderalsystemische Problemlage des spanischen Staates mit den Autonomieregionen und Unabhängigkeitsbestrebungen siehe Sotelo (2014: 125-138). Für die Darlegung der kulturhistorischen Ursprünge der Konfliktlinien siehe bspw. Bernecker (2018: 346-359) oder Elorza (2009).

75 Siehe hierzu auch Bernecker: »Ein Charakteristikum der 2008 als Wirtschafts-und Finanzkrise begonnen und seit 2014 sich allmählich lindernden Krise war die Überlagerung verschiedener Teilkrisen: Es begann mit einer wirtschaftlichem sozialen und Verschuldungskrise, die sich bald zu einer Krise des Staatsmodells mit Regierbarkeitsproblemen fortentwickelte, sich mit einer Krise der politischen Führung überlappte […] und schließlich in einer Glaubwürdigkeitskrise […] mündete« (Bernecker 2018: 341).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

spanischen Gesellschaft und der spanischen Politik schlug sich in zwei verschiedenen Artikulationsweisen nieder: Frustration (bis hin zu Wut) und Vertrauensverlust. Dies nicht nur angesichts der rigiden Sparmaßnamen, die ab 2010/2011 von Seiten der Regierung implementiert wurden sondern auch aufgrund verschiedener Korruptionsfälle, in die sowohl die Partido Popular (PP) als auch die Partido Socialista Obrero Español (PSOE) verstrickt waren. Dies schwächte das Vertrauen in die politischen Instanzen zusätzlich deutlich ab.[76]

Folglich brachen in den Krisenjahren »das Vertrauen in Parlament, Parteien und Regierungen sowie die Demokratiezufriedenheit deutlich ein« (Huke 2017: 154). Gleichermaßen indizierten diese Vertrauens- bzw. Legitimitätskrise und damit verbundene Wut allerdings im Unterschied zu manch anderen europäischen Ländern keine rechtspopulistischen Tendenzen, sondern löste eine bis dato noch nicht dagewesene Dynamik aus: ein gesteigertes politisches Interesse und einen hohen Grad an politischer Aktivität innerhalb der Bevölkerung (vgl. Albacete/Lorente/Martín 2018: 75).[77] Ab 2011 kam es zur Ausdifferenzierung des politisch-repräsentativen Systems in Spanien sowie zur »Stärkung der Zivilgesellschaft, des politischen Engagements und der Solidarität« (Simsa 2016: 102). So katalysierten die verschiedenen Teilkrisen eine »Legitimätskrise des gesamten politischen Systems […], deren Folge die Entstehung neuer sozialer und politischer Formationen war, die z.T. eine Gesamtransformation der spanischen Demokratie anstrebten« (Bernecker 2018: 341).

Das seit den 1980er Jahren bis Ende der 2000er Jahre vorherrschende Zweiparteiensystem von PP und PSOE, die wechselseitig die spanische Regierung stellten, konnte seine Vormachtstellung und ein damit verbundenes System von Begünstigungen nicht mehr behaupten. Beide Parteien gerieten

76 Exemplarisch können hier die Korruptionsskandale rund um den ›ERE‹ in Andalusien (massiver Missbrauch von öffentlichen Geldern durch die PSOE-Regionalregierung) oder der Fall ›Gürtel‹ (hohe Gegenleistungen für Aufträge der öffentlichen Hand unter der PP-Regierung) aufgeführt werden (vgl. Bernecker 2018: 344).

77 Obwohl bis in die frühen 2000er Jahre hinein das politische System von mehr oder weniger offensichtlichen Korrumpierungen und Diensten im Sinne der Vetternwirtschaft geprägt war (vgl. Orosz 2009: 54), blieb eine wirkliche politische Reaktion der Bevölkerung aus. So schien »ein kritisches Demokratiebewusstsein in der Bevölkerung […] als unterentwickelt« (ebd.). Erst die Austeritätsentwicklungen rund um die Finanzkrise ab 2008 katalysierten eine breite politische Mobilisierung innerhalb der spanischen Bevölkerung.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zusehends unter Druck.[78] So sahen im Jahr 2011 gerade einmal knapp 20 Prozent der Bevölkerung ihre Interessen durch die beiden Parteien vertreten. Die Mehrheit identifizierte die politische Elite gar als drittgrößtes Problem des Landes (vgl. Huke 2017: 160). Die Diversifizierung der spanischen Politik wurde maßgeblich durch die Europawahlen (2014) und die Generalwahlen (2015) vorangetrieben, bei denen die 2014 gegründete Partei *Podemos* einen entscheidenden Stimmenzuwachs für sich verzeichnen konnte: »Podemos […] rompería […] el tradicional dominio bipartidista que PSOE y PP venían ejerciendo desde lustros atrás, inaugurando un sistema multipartidista« (Real-Dato 2018: 129).

Es scheint, als ob die politische Unzufriedenheit und Entfremdung, die Indifferenz zwischen den Altparteien und die massiven Einschnitte in der Lebensrealität der Bürger aus den Krisenjahren Artikulations- und Repräsentationsräume für neue Parteien ermöglicht hätten (vgl. Torcal/Serani 2018: 173). So gelang es Podemos, enttäuschte Wähler oder Nicht-Wähler für sich zu gewinnen. Sie schafften es, das seit 2011 vorherrschende und sich über diverse bürgerliche Protestbewegungen (wie 15-M/Indignados) artikulierende Gefühl der Unzufriedenheit für ihre Zwecke zu kanalisieren beziehungsweise politisch zu repräsentieren (vgl. Real-Dato 2018: 136).

Welche diskursiven Materialisierungsprozesse und Konfliktlinien eine derartig gestalterische Rückwirkung auf beziehungsweise Ausdifferenzierung von Repräsentationsweisen und (gesellschaftlicher) Kollektivbildung entfalten konnten und welchen nachhaltigen Einfluss sie ausübten, wird nachfolgend diskursanalytisch aufgeschlüsselt. Es wird folglich zu prüfen sein, inwiefern gerade neue Kollektiv-Bewegungen als diskursive Impulse im Sinne eines »›*eröffnende[n] Nein[s]*‹ […] auf der Möglichkeit und Notwendigkeit politischer Veränderung und einer demokratischen Fundierung von Politik [bestehen]« (Huke 2017: 223).

78 Die politische Macht in Spanien war auf diese beiden Parteien zentriert (vgl. Huke 2017: 150f.), was jahrzehntelang zu systemischer Intransparenz und Lobbybemühungen führte. Denn »[i]n Kombination mit fehlender Transparenz und einer starken Zentralisierung begünstigte dies Korruption und die Verselbstständigung zentralstaatlicher und regionaler Eliten […]« (ebd.: 151).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

III. Dynamiken und Akteure der politischen Diskursproduktion

Im ersten analytischen Abschnitt werden exemplarisch für Spanien relevante repräsentative Diskursinstanzen bzw. Akteure und Verhandlungsprozesse politischer Kollektive und Wissensverhältnisse speziell für den Zeitraum der Wirtschaftskrise seit 2010 in den Blick genommen. Die dafür notwendige Kontextualisierung zur Analyse der Diskurse und Akteure des politischen Raums wurde bereits geleistet. Der politische Diskurs wird hierbei mit Josef Klein als einer von drei Haupttypen politischer Kommunikation verstanden, der entlang bestimmter, kontroverser Themen ausdifferenziert ist und an dessen Verhandlung »[i]ndividuelle und kollektive Akteure mit unterschiedlichen Teilnahmerechten und Fähigkeiten« (Klein 2014: 296) mitwirken. Persuasion und Argumentation dienen dazu, politische Handlungsweisen zu legitimieren und Rede und Gegenrede verschiedener Akteure zu ermöglichen (vgl. ebd.: 297). Um etwaige Verschiebungen und Re-Formierungen des politisch repräsentativen Kollektivs untersuchen zu können, werden verschiedene Stränge der politischen Diskurs- und Wissensverhandlung sowie Akteursformierung exemplarisch untersucht.

Fokussiert werden die Wahljahre 2011, 2014 und 2015. Als Diskursereignisse veranschaulichen sie Legitimationsprozesse rund um Diskurs-, Wissens- und Kollektivverhandlungen im Kontext der wirtschaftlichen und repräsentativen Krisenzeit in Spanien. Sowohl die diskursive als auch die akteursspezifische Modifikation des politischen Kollektivs und seiner Referenzrahmen sollen in Bezug zueinander gesetzt werden. Die Auswahl der drei Zeitpunkte erfolgte aufgrund folgender Überlegungen: Das Jahr 2011 war geprägt von ökonomischer und sozialer Rezessionsauswirkungen, in deren Folge neue diskursive Stimmen und ›andere‹ Wissensverhältnisse aufkamen. So wurden massive Einschnitte in das soziale und gesellschaftliche Leben spürbar, die sich auf die Politik der PSOE-Regierung zurückführen ließen. Darüber hin-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

aus wurden erstmalig massive soziale Proteste in einer Vielzahl spanischer Großstädte organisiert. Untersuchungsschwerpunkt im Jahr 2011 ist daher zum einen der etablierte Krisendiskurs der führenden politischen Akteure (PP und PSOE) und zum anderen die Gegendiskurse der sozialen Proteste des 15-M/der Indignados und ihre Materialisierungsgrundlagen. Nachfolgend soll gezeigt werden, inwiefern die sozialen Proteste die Entwicklung einer neuen einflussreichen Stimme auf den politischen Diskurs – auch vor dem Hintergrund der Generalwahlen im November 2011 – ermöglichten.

Im Jahr 2014 waren bereits erste positive Tendenzen der wirtschaftlichen Lage zu spüren. Allerdings kristallisierten sich die Auswirkungen der repräsentativen Krise der primären politischen Akteure, PP und PSOE, immer deutlicher heraus. Mit Podemos wurde eine neue politische Partei gegründet, die das traditionelle politisch-repräsentative Kollektiv Spaniens bei den Wahlen zum Europäischen Parlament herausforderte. Es wird folglich geprüft, inwiefern dies auf Basis einer formal-politischen Repräsentation und Artikulation von ›anderen‹ Wissensbeständen und Erfahrungen als (produktive) Reizung der bisherigen diskursiven Praktiken erfolgte.

Im Wahljahr 2015 schließlich waren die neuen innenpolitischen Kollektivformierungen soweit abgeschlossen. Von Interesse ist daher die Frage, ob sich Podemos als institutionalisierte Stimme im politischen Diskursgefüge festigen konnte und in welcher Weise die bisherigen Ordnungsinstanzen und politisch führenden Akteure auf diese ›andere‹ Materialisierung reagierten. In diesem Zusammenhang soll auch untersucht werden, inwiefern Podemos die vorhergehenden sozialen Proteste – insbesondere im Jahr 2011 (Stichwort 15-M/Indignados) – als Kollektiv diskursiv materialisiert und fortgeführt hat. Untersuchungsgegenstand sind also politische Akteure, die im Foucault'schen Sinne bestehende Diskurs- und damit verbundene Ordnungsverhältnisse repräsentieren. Dazu gehören in Spanien die beiden Volksparteien Partido Popular (PP) und Partido Socialista Obrero Español (PSOE). Ihre diskursiven Konzeptualisierungsweisen der Krisensituation werden auf der einen Seite im Fokus der Analyse stehen. Auf der anderen Seite wird die soziale Protestbewegung des 15-M/Indignados als kontrastierender Akteur herangezogen, weil sie als neue Akteurs- und Vermittlungsinstanz innerhalb der Krisenrealität der Regierungs-/Oppositionsparteien verstanden werden kann, die sich gleichermaßen auch auf der Wirksamkeit der Materialisierung ›anderer‹ Wissensverhältnisse innerhalb bzw. ausgehend von den realgesellschaftlichen Krisenmaterialisierungen gründet. Ziel ist es also, die sich aus dieser Konstellation ergebenden diskursiven Spannungsverhältnisse aufzuarbeiten. Für

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Jahre 2014 und 2015 wird dann Podemos als potenziell herausfordernder Akteur herangezogen, um die sich kontinuierlich vollziehenden Modifikationsprozesse des politischen Resonanzraums und die Störfunktion der Materialisierung verschiedener Krisenauswirkungen und damit verbundener ›anderer‹ Diskursrealitäten bzw. Wissensverhältnisse zu untersuchen. Gleichermaßen soll aufgezeigt werden, inwiefern diese Erweiterungen des Akteurs-Spektrums möglicherweise zu Re-Konfigurationen diskursiver Referenz- und Handlungsrahmen und damit verbundener Wissensverhältnisse für die spanische Gesellschaft führten.

In allen drei gewählten Jahren werden daher neben der spezifisch-intendierten, diskursiven Konzeptualisierung der spanischen Krisensituation sowie ihrer materiellen Grundlagen auch die Positionierungen der etablierten politischen Kollektive zu den neuen Kräften (15-M/Indignados beziehungsweise Podemos) in den jeweils relevanten Wahlereignissen untersucht und miteinander in Bezug gesetzt. Hierüber kann aufzeigt werden, inwiefern sich das politische Akteursgefüge der spanischen Gesellschaft – auch mit Blick auf die vollzogenen diskursiven Verschiebungsweisen – re- beziehungsweise transformiert hat.

Bevor mit der konkreten diskursanalytischen Arbeit begonnen wird, sollen zunächst die Selektion des Korpusmaterials und die inhaltliche Prägung der Diskursstränge dargelegt werden. Der Fokus der Analysearbeit lag auf öffentlich zugänglichen Äußerungsweisen der relevanten politischen Kollektive in den ausgewählten Wahljahren als machtpolitisch entscheidende Verhandlungszeiträume. Zudem dienten textliche Realisierungen als Quellen für die Analyse der diskursiven Entwicklungen.

Um eben gerade die angenommenen krisenbedingten Modifikationsweisen des politischen Diskurses, seiner repräsentativen Kollektive und deren Stilisierung untersuchen zu können, wurde für die Korpuszusammenstellung auf Textmaterial von den jeweiligen Websiten der Akteure, genauer gesagt aus den Archivdatenbanken, zurückgegriffen.[1] Zu den unterschiedlichen Textsorten gehören primär Presseartikel oder -mitteilungen der Kollektive,

1 Für die *Partido Popular* (PP) siehe https://www.pp.es/(Stand: 16.02.2022), für die *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) siehe ›Búsqueda avanzada‹ unter https://www.psoe.es/(Stand: 16.02.2022) und für *Podemos* siehe ›Búsqueda‹ unter https://podemos.info/ (Stand: 16.02.2022). Im Falle von PP und PSOE wurden bei der Suche jeweils die Filter ›Noticias‹ und ›Documentos‹ aktiviert und die hierüber verfügbaren Artikel ausgewertet.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sowie teilweise Positionspapiere und Reden. Adressaten-/Rezipientenkreis ist in allen Fällen unmittelbar die spanische Gesellschaft sowie mittelbar auch die politischen Akteure/Kollektive untereinander. Es sollen keine Einzelstimmen/Sprecher hervorgehoben, sondern die Texte als exemplarische Aussage des jeweiligen betrachteten Kollektivs verstanden werden.

Für die Protestbewegung 15-M/Indignados wurden zusätzlich dazu Primärtexte der Bewegung (u.a. das sogenannte Manifest) und veröffentlichte Artikel herangezogen, die in den Sammelbänden von Cabal (2012) und Taibo et al. (2011) zu finden sind. Dabei konzentrierte sich die Analyse auf Material, das gesamtgesellschaftliche Forderungen enthielt oder in dem sich die Bewegung positionierte. Regionale Veröffentlichungen wurden nicht mit einbezogen.[2] Insgesamt gelten all diese Texte als Metatexte des politischen Diskurses, die politisches Handeln und politische Haltung vorwiegend thematisieren, Politik aber nicht unmittelbar gestalten oder zum Objekt haben (wie zum Beispiel Parteitagsbeschlüsse) (vgl. Klein 2014: 297).

Zu den drei fokussierten Diskurssträngen gehören die »crisis económica« (ökonomischer Krisendiskurs), die »elecciones generales« beziehungsweise »elecciones europeas« (Diskurs um die jeweiligen Wahlereignisse) und die »15-M/Indignados« beziehungsweise »Podemos« (Diskurs zu den neuen politischen Akteuren). Um tatsächlich nur die Modifikation des politischen Diskurses und der Akteursspektren ausgehend von Impulsen der 15-M bzw. von Podemos untersuchen zu können, wurde auf einen diskursiv-konzeptionellen Vergleich der spanischen Altparteien untereinander verzichtet. So sollte vor allem die Wirksamkeit von 15-M bzw. von Podemos als Materialisierungsinstanzen einer anderen Krisenrealität bzw. eines neuen politischen Kollektivakteurs ausgearbeitet werden. Aus der nachfolgenden Tabelle (vgl. Tabelle 2) kann die Verwendung der jeweiligen Deutungsmuster zur Selektion des Textkorpus nach Jahren und Akteuren nachvollzogen werden. Das Analysekorpus für Podemos für das Jahr 2014 stellt eine Ausnahme dar, da für diesen Zeitraum nicht genug Datenmaterial von der Website für eine Clusterung recherchiert werden konnte. Aus diesem Grund wurden relevante Texte für die Deutungsmuster Europawahl und Wirtschaftskrise anhand von Dokumenten

2 Grund hierfür ist, dass die vorliegende Arbeit keine dezidierte Auseinandersetzung mit dem soziologischen Phänomen der Protestformen des 15-M und seinen regionalspezifischen Ausdifferenzierungen anstrebt. Eine differenzierte Auseinandersetzung findet sich beispielsweise bei Huke (2017).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

führender Akteure des politischen Kollektivs sowie parteikonzeptionell relevante Dokumente verwendet.[3]

Tabelle 2: Deutungsmuster und Akteure (eigene Darstellung)

2011				
Deutungsmuster	Akteure	PP *(Partei – Webseite)*	PSOE *(Partei – Webseite)*	15-M/ Indignados[4]
»Crisis económica« *(Zeitraum: 01.01.2011-31.12.2011)*		X	X	*Erweiterte Quellen*
»Elecciones generales« *(Zeitraum: 01.01.2011-31.12.2011)*		X	X	*Erweiterte Quellen*
»15-M/Indignados« *(Zeitraum: 01.01.2011-31.12.2011)*		X	X	–
2014				
Deutungsmuster	Akteure	PP *(Partei – Webseite)*	PSOE *(Partei – Webseite)*	Podemos
»Crisis económica« *(Zeitraum: 01.01.2014-31.12.2014)*		X	X	*Erweiterte Quellen*
»Elecciones europeas« *(Zeitraum: 01.01.2014-30.06.2014)*		X	X	*Erweiterte Quellen*
»Podemos« *(Zeitraum: 01.01.2014-31.12.2014)*		X	X	–

3 Allgemein sollten die Diskursstränge entlang der gewählten Deutungsmuster immer komplett für das ausgewählte Jahr sequenziert werden. Lediglich für den Diskursstrang *Europawahl* im Mai 2014 wurde eine zeitliche Beschränkung für den unmittelbar diskursiv wirksamen Zeitraum von Januar bis Juni 2014 vorgenommen.

4 Die Texte aus den beiden Publikationen der erweiterten Quellen für die 15-M/Indignados wurden unmittelbar im Jahr 2011 veröffentlicht und umfassen sowohl allgemeine Manifeste und Positionierungen der Bewegung als auch (Text-)Beiträge einzelner Mitglieder (vgl. Alberich 2017: 75).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2015				
Deutungsmuster	Akteure	PP *(Partei – Webseite)*	PSOE *(Partei – Webseite)*	Podemos *(Partei – Webseite)*
»Crisis económica« *(Zeitraum: 01.01.2015-31.12.2015)*		X	X	X
»Elecciones generales« *(Zeitraum: 01.01.2015-31.12.2015)*		X	X	X
»Podemos« *(Zeitraum: 01.01.2015-31.12.2015)*		X	X	–

Insgesamt ergab sich aus dieser Deutungsmusterfilterung folgender quantitativer Textumfang:

Tabelle 3: Quantitativer Textumfang der Deutungsmusterfilterung für PP, PSOE und Podemos (eigene Darstellung)

Partido Popular (PP)			
2011	Crisis económica (01.01.-31.12.)	Elecciones generales (01.01.-31.12.)	15-M/Indignados (01.01.-31.12.)
Textdokumente	606	900	249
2014	Crisis económica (01.01.-31.12.)	Elecciones europeas (01.01.-30.06.)	Podemos (01.01.-31.12.)
Textdokumente	683	389	266
2015	Crisis económica (01.01.-31.12.)	Elecciones generales (01.01.-31.12.)	Podemos (01.01.-31.12.)
Textdokumente	635	909	405

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Partido Socialista Obrero Español (PSOE)[5]			
2011	Crisis (económica) (01.01.-31.12.)	Elecciones generales (01.01.-31.12.)	15-M/Indignados (01.01.-31.12.)
Textdokumente	406	102	10
2014	Crisis (económica) (01.01.-31.12.)	Elecciones europeas (01.01.-30.06.)	Podemos (01.01.-31.12.)
Textdokumente	351	198	115
2015	Crisis (económica) (01.01.-31.12.)	Elecciones generales (01.01.-31.12.)	Podemos (01.01.-31.12.)
Textdokumente	269	114	166
Podemos			
2014	Elecciones europeas/Crisis económica (erweiterte Quellen)		
Textdokumente	16		

5 Für die PSOE gilt für die Jahre 2011, 2014 und 2015, dass die Stichwortrecherche keine Eingabe bzw. nur eine sehr geringe Trefferquote (2015) für das Stichwort »crisis económica« zuließ, weswegen in diesen Fällen ergänzend nach dem Schlagwort »crisis« gesucht wurde. Eine Selektion der Texte mit Bezug zur Wirtschaftskrise erfolgte gekoppelt an den nachgelagerten Schritt der Ausdifferenzierung des Korpus. Um jedoch die Vergleichbarkeit mit den recherchierten Texten der PP zu gewährleisten, wurde für die PP die Schlagwortsuche »crisis económica« (606 Treffer/2011, 683 Treffer/2014, 635 Treffer/2015) mit den Ergebnissen der Suche für »crisis« (606 Treffer/2011, 468 Treffer/2014, 384 Treffer/2015) abgeglichen. Alle Texte mit dem Stichwort »crisis« waren auch unter »crisis económica« zu finden, weswegen für die Ausdifferenzierung des Textkorpus die ursprünglich unter »crisis económica« verschlagwortete Trefferliste herangezogen wurde. Für Podemos wurde für das Jahr 2015 analog verfahren und ebenfalls alle Artikel mit der Verschlagwortung »crisis económica« aufgenommen.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2015	Crisis económica (01.01.-31.12.)	Elecciones generales (01.01.-31.12.)
Textdokumente	11	41

Die erste Recherche der Deutungsmuster wurde als Basis für die Ausdifferenzierung des textlichen Korpus genutzt. Die Zahl der gefundenen Dokumente für einen Zeitraum und einen Akteur schwankt zwischen 10 und 900. In einem nächsten Schritt wurden die Texte inhaltlich gesichtet und eine erste grobe Selektion vorgenommen. So wurde geprüft, ob ein realer Bezug zu den verschlagworteten Deutungsmustern bestand. Aussortiert wurden beispielsweise Dokumente, die sich thematisch mit anderen Wahl- oder Krisenereignissen beschäftigten (wie Autonomie- und Regionalwahlen oder die Ukraine-Krise aus 2014) oder überwiegend andere thematische Schwerpunkte setzten (beispielsweise Geschlechtergerechtigkeit). Ebenfalls nicht aufgenommen wurden insbesondere bei Texten der PSOE auch Dokumente, die nur unvollständig oder ohne gesichertes Ursprungsdatum abrufbar waren.[6]

Für das Primärkorpus wurden der gefilterten Texte schließlich engmaschig verschlagwortet, also nur Texte ausgewählt, die eine doppelte Trefferquote bei der Deutungsmusterauswahl vorwiesen und dementspechend als diskursive Knoten im Sinne von Siegfried Jäger aufgefasst werden konnten. Anschließend wurde das Textkorpus nochmals verdichtet oder bei Bedarf ergänzt, sodass die Zahl der für die Analyse zur Verfügung stehenden Texte schließlich zwischen 4 und 67 schwankte.

Dies umfasst alle Texte, die folgenden Deutungsmustern gleichermaßen zugeordnet werden konnten:

6 Ausnahmen bilden hier nur Texte von besonderer Relevanz (unmittelbarer Krisenbezug bzw. Konzeptionalisierung/Auseinandersetzung mit 15-M/Indignados bzw. Podemos) oder einer doppelten Verschlagwortungsquote. Unvollständige Artikel wurden nur verwendet, wenn relevante Aussagen zu den untersuchten Diskurssträngen vorlagen und fehlende Textpassagen sich auf andere, für die vorliegende Arbeit sekundäre Themen bezogen. Darüber hinaus finden sich teilweise bei den Korpusangaben zur PSOE weiterführende Links zu anderen Pressemedien. Dies ist immer dann der Fall, wenn der identische Text im Archiv der Parteihomepage sowie dem jeweiligen journalistischen Medium auffindbar und im Parteiarchiv der PSOE keine Datumsangabe zur Veröffentlichung hinterlegt war. In diesem Fall wurden die Datumsangaben der journalistischen Veröffentlichung für den bibliografischen Verweis übernommen.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

- 2011 (für PP und PSOE)[7]:
  - »elecciones generales-crisis económica«
  - »elecciones generales-15-M/Indignados«
  - »crisis económica-15-M/Indignados«
- 2014 (für PP und PSOE)[8]:
  - »elecciones europeas-crisis económica«
  - »elecciones europeas-Podemos«
  - »crisis económica-Podemos«
- 2015 (für PP, PSOE und Podemos):
  - »elecciones generales-crisis económica«
  - »elecciones generales-Podemos«*
  - »crisis económica-Podemos«*

  **entfällt für Podemos*[9]

Das verdichtete Textkorpus wurde erneut manuell anhand der Bezugslage sowie Vollständigkeit gesichtet und weiter ausdifferenziert beziehungsweise durch thematisch relevante Artikel, die lediglich ein Schlagwort aufwiesen, ergänzt.[10] In der Folge ergab sich hierdurch folgender Umfang an Primärtexten für das verwendete Korpus[11]:

7 Für die 15-M-Bewegung wurde auf Textmaterial aus den Sammelbänden Cabal (2012) und Taibo et al. (2011) zurückgegriffen, anhand derer die gesellschaftlich wirksame diskursive Störfunktion der Bewegung veranschaulicht werden konnte. Eine Filterung der Online-Quellen entfiel in diesem Fall.

8 Eine analoge Filterung von Textmaterial für Podemos entfiel für das Jahr 2014, da über die Parteiwebsite und das dortige Archiv keine entsprechenden Materialien abrufbar waren, was mit der unmittelbaren Konstitution der Partei im Jahr 2014 zusammenhängt. Aus diesem Grund wurde für die vergleichende Analyse ein erweitertes Textkorpus herangezogen.

9 Mit diesem Deutungsmusterabgleich soll das diskursive Verhältnis der etablierten Kollektive PP und PSOE mit Podemos und der Krisenrealität erarbeitet werden. Ein Abgleich mit Podemos selbst wäre daher selbstreferenziell und bereits von den Deutungsmustern »elecciones generales« und »crisis económica« abgedeckt.

10 Die Begründung für die inhaltliche Festlegung der Primärtexte für das jeweilige Jahr wird in den entsprechenden Unterkapiteln der inhaltlichen Analyse erläutert.

11 Für eine detaillierte Übersicht über das Primärkorpus siehe »Anlage 1: Korpus Politische Akteure«.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tabelle 4: Darstellung des quantitativen Umfangs der Texte des Primärkorpus für PP, PSOE und Podemos (eigene Darstellung)

Partido Popular (PP)				
2011	Elecciones generales – Crisis económica	Elecciones generales – 15-M/ Indignados	Crisis económica – 15-M/ Indignados	Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz)
Textdokumente	36	6	4	19
2014	Elecciones europeas – Crisis económica	Elecciones europeas –Podemos	Crisis económica – Podemos	Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz)
Textdokumente	45	2	5	32
2015	Elecciones generales – Crisis económica	Elecciones generales – Podemos	Crisis económica – Podemos	Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz)
Textdokumente	67	33	22	./.
Partido Socialista Obrero Español (PSOE)				
2011	Elecciones generales – Crisis (económica)	Elecciones generales – 15-M/ Indignados	Crisis (económica) – 15-M/ Indignados	Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz)
Textdokumente	19	0	4	24
2014	Elecciones europeas –Crisis (económica)	Elecciones europeas –Podemos	Crisis (económica) –Podemos	Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz)
Textdokumente	16	0	2	31

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2015	Elecciones generales – Crisis (económica)	Elecciones generales –Podemos	Crisis (económica) –Podemos	Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz)
Textdokumente	16	8	16	63
Podemos				
2014	Elecciones europeas/crisis económica (erweiterte Quellen)			
Textdokumente	16			
2015	Elecciones generales – Crisis económica		Ergänzende Einzelartikel (thematische Relevanz)	
Textdokumente	5		33	

1. Erste Erschütterung der Diskursverhältnisse (2011)

Entlang der geschilderten Verschlagwortungen und damit verbundenen Selektionen wurde für die beiden politischen etablierten Kollektive und Diskursführungsinstanzen (PP und PSOE) eine exemplarische Auswahl an Primärtexten für das Jahr 2011, die sich unter den Schlagworten »elecciones generales – crisis económica« dem innenpolitischen Diskurs zuordnen ließen, getroffen. Zu kleinteilige bzw. regionalspezifische Artikel, Fokussierungen auf andere Themen bzw. Subkrisen wie bspw. im Agrarbereich oder mit dezidierten Bezügen zu Vorhaben für die Regional-/Autonomiewahlen desselben Jahres bzw. zu anderen innenpolitischen Debatten (z.B. Geschlechtergerechtigkeit) wurden nicht mit einbezogen. Ebenso wurden für die in Verbindung mit »15-M/Indignados« stehende Schlagwortsuche alle Texte herausgefiltert, die wirkliche Bezüge zu den Protestbewegungen aufwiesen, da insbesondere hier eine ›unsaubere‹ Verschlagwortung von Seiten der Parteiwebseiten festzustellen war. So ergaben sich hier auch Treffer für Texte, in denen die Zahl »15« (bspw. als Datum) oder das Adjektiv »indignado« in einem anderen Zusammenhang als mit Blick auf die sozialen Bewegungen gebraucht wurde. Zudem wurde für die Parteien PP und PSOE ein vom Umfang und Zeitraum in etwa gleichgewichtetes Textkorpus untersucht. Es ermöglichte einen exemplarischen Einblick in die diskursive Verhandlung der ökonomi-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen und politischen Krisenrealität beider Akteure und in ihre jeweilige Kollektivinszenierung im Krisenjahr 2011. Gleichermaßen soll durch die ergänzende Auseinandersetzung mit den Postulationen der 15-M/Indignados-Protestformen in Bezug auf die wirtschaftliche Situation und die politischen Repräsentationsverhältnisse die Störfunktion dieser sich manifestierenden anderen Erfahrungsweisen der gesellschaftlichen und politischen Realität aufgezeigt werden. Im Zusammenhang mit den machtpolitischen (»elecciones generales« und »15-M/Indignados«) und krisenbezogenen (»crisis económica« und »15-M/Indignados«) Überschneidungen sollen zudem erste Aussagen über die diskursive Rückwirkung der Protestformen auf die etablierten politischen Kollektivakteure und Machtinstanzen Spaniens getroffen werden.

1.1 Politische Akteure (PP, PSOE) und die Krisenrealität

Im Jahr 2011 musste die regierende PSOE eine zunehmend defensive Position gegenüber der oppositionellen und konfrontativen PP einnehmen. Diese Tendenz zeichnete sich schon zu Beginn des Jahres ab. So kritisierte die PSOE mehrfach, die PP nutze die ökonomische Krise vornehmlich zur eigenen parteipolitischen Profilierung aus und nehme bewusst das Andauern der Krise in Kauf, »porque saben que su única oportunidad electoral es que la crisis económica perdure« (PSOE 11.01.2011). Die PSOE warf der PP zudem vor, mit ihrer anhaltenden öffentlichen, populistisch anmutenden Kritik Misstrauen an der Regierungsarbeit zu säen[12], ohne dabei eigene Vorhaben zu konkretisieren oder notwendige Reformvorschläge der PSOE zu unterstützen (vgl. u.a. auch PSOE 13.02.2011: 7, PSOE ohne Datum 2011f). Ohne selbst in der Regierungsverantwortung zu stehen, bediene sich die PP eines konfrontativ-destruktiven Diskurses[13], der einen falschen Eindruck vom Zustand Spaniens und von der realen Schuldensituation vermittele. Durch Reformblockaden werde die Situation im Land bewusst verschlechtert (vgl. PSOE ohne Datum 2011h, PSOE 15.08.2011).

12 »[El PSOE] pidió hoy al líder del PP, Mariano Rajoy, que aporte confianza y no haga siempre una crítica ›fácil y populista‹« (PSOE ohne Datum 2011q; vgl. auch PSOE 13.07.2011).

13 »[El PSOE] ha pedido este lunes al Partido Popular que ›se serene y tenga tranquilidad‹ […] y le ha echado en cara que, en lugar de apoyar las medidas del Gobierno para afrontar la situación económica, se dedique a hacer ›un discurso exclusivamente destructivo‹« (PSOE 08.08.2011).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die machtpolitische Logik, die die PP mit Blick auf die Krise verfolge, sehe »la crisis al servicio del poder del PP« (PSOE 17.11.2011a). Um die oftmals destruktive Beurteilung der Situation und Regierungsarbeit durch die PP zu verdeutlichen, führte die PSOE unter anderem Vergleiche mit dem Verhalten der Finanzratingagenturen ins Feld: »El PP es como una agencia de ›rating‹ porque no propone, sólo califica y la calificación que hace a veces va en contra de los intereses de España« (PSOE 14.08.2011). Gleichzeitig wies die PSOE jedwede alleinige Verantwortung für die wirtschaftliche Krisenlage Spaniens zurück. Stattdessen sah sich die Partei mit der Aufgabe und Verantwortung konfrontiert, »de combatir y superar la crisis, que no gener[ó], igual que el paro, que no gener[ó]« (PSOE ohne Datum 2011l).

Elementare Bedingung für den Ausweg aus der ökonomischen Krise und das damit verbundene Regierungshandeln war für die PSOE stets, den Sozialstaat, die mit ihm verbundenen Rechte und öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten.[14] Die PSOE lehnte Privatisierungs- und Sparvorhaben für elementare öffentliche Dienstleistungen (wie Bildung und Gesundheit) – wie sie von der PP gefordert wurden – ab (vgl. PSOE ohne Datum 2011j, PSOE 15.05.2011). Zwar initiierte sie ebenfalls verschiedene, mitunter harte Maßnahmen zur wirtschaftlichen Konsolidierung – beispielsweise eine Erhöhung des Renteneintrittsalters (vgl. PSOE ohne Datum 2011r) –, dennoch wurde – auch im Zuge des Wahlkampfes der Generalwahlen 2011 – mehrfach die Grundauffassung der Partei wiederholt, »[que] está muy bien hacer políticas de austeridad, estamos dispuestos a hacer esfuerzos […] [aún] no es lo mismo ahorrar que recortar derechos […] [;] sólo con políticas de austeridad no salimos de la crisis« (PSOE ohne Datum 2011b).

Diese Leitlinie hatte Präsident Zapatero bereits in seiner 2011 formulierten Rede zur Lage der Nation vorgegeben. Nicht jeder Krisenausweg solle um

14 Ein zentraler Aspekt, den der amtierende PSOE-Präsident Zapatero u.a. auch in seiner Halbjahresbilanz zur Lage der Nation im Juni 2011 betonte: »El presidente del Gobierno […] ha afirmado hoy que llegará ›tan lejos como sea aconsejable‹ para salir de la crisis, pero ha añadido que no lo hará ›a costa de romper los equilibrios sociales básicos‹ del mercado de trabajo o de quebrar el modelo social y constitucional« (PSOE ohne Datum 2011p). Auch im Nachgang zu den Wahlen im November 2011 und der Niederlage gegen die PP betonte die PSOE, in der Opposition den Kampf gegen die Krise als zentrale Aufgabe zu sehen und gleichzeitig für den Sozialstaat sowie die Rehabilitierung des Ansehens der repräsentativen Demokratie einzutreten (vgl. PSOE 26.11.2011: 11).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

jeden Preis verfolgt werden, schon gar nicht »a costa de romper los equilibrios sociales básicos« (PSOE ohne Datum 2011p). Die ökonomische Krise Spaniens sei als europäische Herausforderung zu verstehen, die gesellschaftlich angemessen nur auf einer gemeinsamen, vertrauensvollen und sozial ausgeglichenen reformorientierten Basis gelöst werden könne: »España saldrá de la crisis por la izquierda, con más igualdad y mayor cohesión social, con los pilares de nuestro Estado del Bienestar más sólidos« (PSOE 11.01.2011). Die PSOE setzte angesichts der Krisenrealität auf eine beschwichtigend-beruhigende Inszenierung sowie auf eine hoffnungsvolle Zukunftsbeschreibung.

Die krisenpolitischen Leitlinien und Vorhaben der PP hingegen wirkten in den Augen der PSOE konträr, rückschrittig und sozial ungerecht: »[Habría un] retroceso frente a avance […]. Avances sociales igual al gobierno socialista; retroceso igual a derecha« (PSOE ohne Datum 2011o). Nichtsdestotrotz sei nicht nur eine soziale Leitlinie der Krisen- und Wirtschaftspolitik entscheidend, sondern auch das Vertrauen und das Verständnis der Bevölkerung für den gewählten Weg aus der Krise fundamental: »Frente a la crisis, unidad y no confrontación. Frente a la crisis, responsabilidad colectiva […]. Frente a la crisis, hablar a los ciudadanos, explicarles y estar más cerca de ellos« (PSOE 13.02.2011: 2). Ein ›sozial verträglicher‹ Krisenausweg wurde im Zuge der Generalwahlen verstärkt an die Agenda der PSOE-Regierung gekoppelt und die Wahlen gar als richtungsweisende Schicksalswahlen dargestellt: »[E]l 20-N, ›los valores y principios‹ que ganen marcarán el camino« (PSOE ohne Datum 2011a). Bei einem Sieg der PP würden sämtliche bereits erarbeiteten Fortschritte auf dem Weg aus der Krise unterminiert:

> »[S]i en algún momento en nuestro país se necesita una mayoría social de progreso, es precisamente en este momento, para que no vengan algunos con la motosierra a cortar de raíz […] aquello por lo que tanto hemos trabajado durante tanto tiempo.« (PSOE ohne Datum 2011d)

Gerade im Kontext der Generalwahlen und der politischen Kollektivinszenierung stilisierte sich die PSOE als vernünftige, soziale und vor allem sachorientierte Partei und grenzte sich so gegen eine ›intrigante‹ und ›verlogene‹ PP ab (vgl. PSOE 30.07.2011). So wurde der PP unterstellt, teuflische und inhaltsleere Pläne für die Zukunft der spanischen Gesellschaft zu haben: »[L]o único que no está escrito es el futuro […] [, sin embargo] [l]os males del infierno están en su programa [del PP]« (PSOE ohne Datum 2011a). Darüber hinaus kritisierte die PSOE das Programm der PP als Gefährdung des Sozialstaates und bemängelte im Wahlkampf erneut das manipulative Vorgehen

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Partei, verstärktes Misstrauen in die wirtschaftliche Situation und politische Linie der PSOE zu provozieren, um letztlich politisches Kapital daraus schlagen zu können (vgl. PSOE ohne Datum 2011m). Zwar räumte die PSOE ein, dass nicht alle Entscheidungen der Regierung gut und richtig gewesen seien, berief sich allerdings darauf, in der schwierigen Krisensituation Verantwortung übernommen zu haben und handlungsbereit gewesen zu sein, wohingegen die PP sich in ihrer Arbeit auf Provokationen beschränkt und die Situation immer schlecht geredet habe (vgl. u.a. PSOE 15.10.2011: 4). Selbst angesichts der Wahlniederlage betonte die PSOE nochmals die Differenz zur PP und bekräftigte,

> »[que] va a hacer una ›oposición responsable‹ […] [y] distinta de la que han hecho los dirigentes del PP en la pasada legislatura. Una oposición ›que no crispe, que permita un debate racional […] evitando los insultos que emprobecen la vida política.‹« (PSOE 20.12.2011)

Die PSOE inszenierte sich angesichts der ökonomischen Krisenrealität in Abgrenzung zur PP als solide und fortschrittliche politische Kraft. Die Wahl zwischen beiden Parteien und die politische Einflussmöglichkeit der PSOE wurde somit als Richtungsentscheidung für die weitere Zukunft Spaniens – und insbesondere des Sozialwesens – präsentiert. Auch die PP hatte die Generalwahlen 2011 als Schicksalswahlen bezeichnet. Sie seien dringend notwendig, um den Wandel Spaniens voranzubringen: »[E]l 20 de noviembre no sólo se elige un parlamento. El 20 de noviembre se elige un camino y un destino para la sociedad española« (PP 08.10.2011). Die bisherige politische Arbeit der PSOE-Regierung wurde als desaströs und gefährlich für das Land stilisiert. Der Partei müsse nach »ocho años de malas políticas socialistas« (PP 11.11.2011) ein Ende gesetzt werden. Ziel sei eine ehrliche, verlässliche und zukunftsorientierte Politik (vgl. PP 11.11.2011). Häufig verglich die PP die Situation mit dem letzten Machtwechsel (1996-2004)[15], der ebenfalls in einer

15 Bis in die Mitte der 1990er Jahre hatte in den Jahren nach Ende der Franco-Diktatur überwiegend die sozialistische PSOE – teilweise durch die Unterstützung kleinerer Parteien – die spanische Regierung gestellt (vgl. Orosz 2009: 49). Das Vertrauen und der Zuspruch der Bevölkerung erodierten jedoch Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation (z.B. Anstieg der Arbeitslosigkeit), vermehrter Korruptionsaffären und der gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und der baskischen ETA (vgl. Bernecker 2012: 210). Der Grund für das »Ende der PSOE-Regierung »[kann daher] […] weniger in den zahlreichen sozialen Härten und Unbeständigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern in

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gesellschaftlich prekären Situation – vor allem mit Blick auf einen ähnlich hohen Arbeitslosenstand – stattgefunden habe. Der Ausweg aus der Krise und die Rückführung in gesellschaftlichen Wohlstand seien damals durch die Regierungsübernahme der PP erreicht worden[16]: »›Lo [el estado de crisis] vamos a superar, porque ya lo hemos hecho antes‹, [recordó el PP], en referencia a la etapa de Gobierno del PP entre los años 1996 y 2004« (PP 29.10.2011; vgl. auch PP 13.11.2011). Die PP stilisierte sich somit als starke und kompetente Regierungsalternative (vgl. PP 05.11.2011, PP 09.11.2011). Sie werde dafür sorgen, dass »España vuelva a ser admirada« (PP 18.11.2011b).

Doch nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch mit Blick auf den Umgang mit der Bevölkerung und der Rehabilitierung der repräsentativen Demokratie inszenierte sich die PP als zentraler Akteur, der zu absoluter Wahrheit verpflichtet sei und seine Wähler nicht betrügen werde (vgl. PP 05.11.2011, PP 05.05.2011). So stehe die PP stets für eine Regierung »sin hipocresías, sin mentiras y diciendo la verdad« (PP 18.04.2011), wohingegen die PSOE die Krisenrealität leugnen beziehungsweise verkennen würde (vgl. PP 19.07.2011). Ihr Handeln habe letzten Endes zu Misstrauen und Skepsis gegenüber der Politik geführt (vgl. PP 08.10.2011) und Spanien in die Situation eines »emergencia

---

erster Linie in dem ungeheuren Ausmaß von Korruption und Machtmissbrauch der eigenen [PSOE] Regierung [gesehen werden]« (Orosz 2009: 60). Gleichermaßen stellte der Übergang von der sozialistischen politischen Führung in eine konservative Führung der PP einen entscheidenden Wandel für die spanische Gesellschaft dar: Denn mit diesem Übergang rehabilitierte sich die konservative Führung für die Breite der Gesellschaft. Das wäre in den ersten Jahren nach der Franco-Diktatur undenkbar gewesen. Zumal die PP als Nachfolgerin der *Alianza Popular* auch in Verbindung zum Franquismus stand und einer Vielzahl ehemaliger Franquisten eine politische Heimat bot (vgl. ebd.: 49). So führte der Wechsel auf eine PP-Regierung »zum Gefühl einer Zeitenwende. Die Rückkehr der Konservativen an die Macht war für Spanien insofern von großer psychologischer Bedeutung, als damit ›Normalität‹ unter demokratischen Bedingungen demonstriert werden konnte […]. Die neuerliche Erfahrung eines geordneten Regierungswechsels war für die Spanier ein deutlicher Beleg für das Funktionieren ihrer demokratischen Institutionen« (Bernecker 2012: 211).

16 Diese Argumentation entspricht jedoch nicht unbedingt der realhistorischen Faktenlage. So hatte sich die kurze Phase der Rezession der 1990er Jahre bei Amtsantritt der PP bereits wieder weitestgehend konsolidiert. Auf dieser Grundlage konnten durch die PP unmittelbar verschiedene Reform- und Liberalisierungsmaßnahmen getroffen werden, die zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung (vgl. Orosz 2009: 61), der problemlosen Erfüllung der Maastrichter Konvergenz-Kritieren beitrugen und Spanien die Aufnahme in die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ermöglichten (vgl. Bernecker 2012: 211).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nacional« (PP 13.11.2011) gebracht. Lediglich der Regierungswechsel ermögliche den rettenden Ausweg (vgl. unter anderem PP 09.09.2011, 03.11.2011). Primäres Ziel der PP war die Auflösung der wirtschaftlichen Krisensituation und die nationale Konsolidierung Spaniens: »[El PP] tiene claro cómo hay que luchar contra la crisis y el paro […], que su enemigo es la crisis y ningún otro adversario« (PP 08.11.2011). Insgesamt weist die Diskursgestaltung der PP also eine kämpferische Linie auf – sowohl gegen die Krise als auch die PSOE.

Eine nachhaltige Konsolidierung könne nur durch Einsparungen und Reformen erreicht werden (vgl. PP 28.11.2011). Dementsprechend würden nach Regierungsübernahme insbesondere Perspektiven für die Jugend geschaffen und die Schuldensituation weitestgehend stabilisiert werden (vgl. PP 19.12.2011, vgl. PP 21.12.2011). Zudem werde sich die PP für einen geeinten Weg aus der Krise einsetzen, der radikalen Polemiken anderer Gruppierungen und gesellschaftlicher Zwietracht entgegenstehe,

> »[dado que] los españoles, unidos, somos muchos; pero separados somos carne de miseria […]. [El PP pide] a ›nacionalistas y socialistas que dejen intentar ganar un mísero voto con viejos prejuicios regionales‹ porque ›hoy, más que nunca: o estamos unidos, o no nos salvamos de la crisis‹.« (PP 09.10.2011)

Diese Forderung wiederholte die PP auch angesichts ihres Wahlerfolges und der damit verbundenen Regierungsübernahme Ende 2011. Der Weg zum Wandel sei eine gemeinsame Herausforderung und Aufgabe der ganzen Nation. Er sei nur gemeinsam mit der Bevölkerung gangbar:

> »Un gobierno solo no llega. Es una tarea de toda la nación. […] Ahora vivimos en un momento de dificultades. […] Hay mucha gente que lo está pasando mal. Y esto requiere hacer otra política económica y explicarla muy bien« (PP 03.12.2011).

Indirekt rekurrierte die PP auf die nachfolgend beschriebenen Proteste. So betonte sie, dass eine andere Wirtschaftspolitik möglich sei und dass es andere (Wissens-)Grundlagen für politisches Handeln nicht nur gebe, sondern diese auch genutzt werden könnten, um die gegebene Krisensituation in den Griff zu bekommen.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1.2 Soziale Proteste und ihre Auswirkungen

Im Anschluss an die Auseinandersetzung mit der Krisen- und Repräsentationskonzeption der PSOE und PP für das Jahr 2011 soll nun der Fokus auf die Forderungen der 15-M-/Indignados-Bewegung und die Auswirkung dieser sozialen Protestform auf die Diskurse der politischen Kollektive gelegt werden. Letztlich diente die 15-M-Bewegung als Sprachrohr für ein breites Wut- und Protestgefühl, das sich angesichts der realgesellschaftlichen Krisensituation (wie massenhafte Wohnungsenteignungen, zunehmende Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Bauruinen und leerstehende Großprojekte) bildete. Die unmittelbare Krisenerfahrung der spanischen Bevölkerung materialisierte sich folglich in der Protestformation.

Als Dokument, das die Forderungen und Anliegen der Bewegung nachvollziehbar macht, dient zum einen das politische Manifest *Democracia real ya*. Es wurde im Zuge der namensgebenden Protestaktion am 15. Mai 2011 verbreitet (vgl. Cabal 2012: 7ff., Taibo 2011: 83ff.). Zum anderen sollen die – im Rahmen von öffentlichen Diskussionen bei den Protesten im Mai 2011 zusammengestellten – *Propuestas* der Bewegung untersucht werden (vgl. Cabal 2012: 10-16, Taibo: 87-92). Beide Dokumente stellen regionenübergreifende Texte der Bewegung dar und sollen primär hinsichtlich ihrer Aussagen zur wirtschaftlichen Krisensituation und politischen Repräsentation analysiert werden, um im Nachgang die Auswirkungen der Protestformierung und ihrer Forderungen mit den politischen Kollektivakteuren PP und PSOE abzugleichen. Ergänzend werden verschiedene (Meinungs-)Beiträge aus Cabal (2012) hinzugezogen.

Das Protestkollektiv der 15-M/Indignados versteht sich laut Manifest als Repräsentanz der allgemeinen Gesellschaft (vgl. ohne Autor 2011: 83), die angesichts der ökonomischen und politischen Situation eine gemeinsame Frustration und Empörung eint:

> »[T]odos estamos preocupados e indignados por el panorama político, económico y social que vemos a nuestro alrededor. Por la corrupción de los políticos, empresarios, banqueros […] Esta situación nos hace daño diariamente. Pero si todos unimos, podemos cambiarla.« (ohne Autor 2011: 83)

So stilisiert sich das Kollektiv als »levantamiento pacífico de ciudadanos […] es una explosión política pacífica extraparlamenteria que se dirige contra el sistema en su conjunto« (Cotarelo 2012: 46). Als bürgerliche Kraft stehe

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Bewegung außerhalb des politischen Systems und seiner Repräsentationsinstanzen. Bereits an dieser Stelle wird der Bruch mit der vorherrschenden etablierten Ordnung und dem politischen wie wirtschaftlichen System deutlich.[17]

Weder Politik noch Ökonomie würden die elementaren Grundrechte der Gesellschaft (zum Beispiel das Recht auf Wohnen, Arbeit, Gesundheit oder Bildung) respektieren (vgl. ohne Autor 2011: 84). Stattdessen bereichere man sich auf Kosten der Gesellschaft und folge blind marktökonomischen Prinzipien, die einzig und allein das Ziel hätten, die »dictadura partitocrática […] por las inamovibles siglas del PPSOE« (ohne Autor 2011: 84) weiter in ihrer Macht zu festigen. Zwischen PP und PSOE, sprich den beiden politisch etablierten Kollektiven Spaniens, wurde folglich keinerlei Unterschied gemacht. Stattdessen kanalisierte sich über die Bewegung des 15-M eine allgegenwärtige Wut auf einen »bipartidismo asqueroso« (Balboa 2012: 40). Diesem wurde die Inkaufnahme gesellschaftlicher Missstände zugunsten ihres Machterhalts und ein marktorientiertes wirtschaftliches Kalkül vorgeworfen (vgl. Balboa 2012: 40). Mit bildreicher Sprache wurde der doppelte Boden der Wut ausgeschmückt: Die Bewegung richtete sich sowohl gegen die politische Repräsentationsweise der etablierten politischen Kollektive als auch gegen die wirtschaftliche Krisensituation und ihre Auswirkungen, die von diesen Repräsentationsinstanzen verantwortet wurden,

> »[así que] los capitalismos democrácticos no dejan casi ningún margen de repuesta institucional. En los parlamentos se puede hablar de todo, excepto de ›esto‹, a saber, de la vida real de la mayoría de la población y de sus expectativas […]. De ahí la doble indignación ante un sistema de explotación cada vez más incapaz de representar el interés de las mayorías sociales.« (Maurus 2012: 33)

Vor diesem Hintergrund prangerte die Bewegung auch die lancierten Regierungsmaßnahmen als zerstörerisch und in keiner Weise in Einklang mit den

17 Siehe hierzu auch die Protestuntergruppierung *Abrasad@s del Sol*: »[E]l día 15 de mayo […] ha abierto una grieta en la muralla del orden establecido, de la rutina y hasta del sentido común domesticado, por la que se ha colado el espíritu de la libertad […] que estamos intendando reinventar y experimentar como el mejor medio y el más legítimo para adueñarnos verdaderamente de nuestro destino, sin la dictadura del dinero ni la tutela de los políticos« (Abdrasad@s del Sol 2012: 25).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

realgesellschaftlichen Interessen an.[18] Zudem seien diese Maßnahmen immer unter Verweis auf die Notwendigkeit und Alternativlosigkeit für Spanien angesichts der Krisenlage getroffen worden. Hierdurch wurde politisches (Ausnahme-)Handeln ebengerade über die Legitimationsfolie des Krisenzustandes sowie einer damit extern verursachten Bedrohungslage legitimiert und institutionalisiert (vgl. Navarro 2012: 102f.). Auf Basis dieser Annahmen forderte das 15-M-Kollektiv eine Veränderung politischer Repräsentation und Teilhabe. Auch wurde eine fundamentale Kritik am Wirtschaftssystem laut:

> »Ahora, cuando de repente han empezado a descubrir, abocados por las circunstancias socioeconómicas, que para la sociedad de consumo nada tienen los que nada poseen, que ellos, en realidad, nunca tuvieron nada y que ahora, además, tienen menos que nada: no tienen si quiera un futuro de oportunidades al que agarrarse, […] que han dejado de existir según sus propios códigos de valores perviamente interiorizados desde las estructuras ideológicas y culturales de la sociedad de consumo, se han cabreado, y con razón: Se han indignado.« (Honrubia Hurtado 2012: 74)

Die Kritik nährte sich aus dem Gefühl, dass ein großer Teil der Bevölkerung – vornehmlich Arbeiter und Jugendliche – sowohl für die Krise zahlen müsse als auch zu den Leidtragenden von Krisenpolitik und dysfunktionaler spanischer Wirtschaftspolitik gehöre.[19] Es sei eine breite sozialpolitische Veränderung vonnöten. In dieser Hinsicht fungierte die 15-M-Bewegung als Instrument der Kritik an der wirtschaftlichen Situation und war geprägt von der Beteiligung der jungen Generation:

---

18 Für eine exemplarische Auflistung dieser Regierungsentscheidungen aus Sicht der 15-M siehe Navarro (2012: 101f.): Prekarisierung von Anstellungsverhältnissen, Lohnreduzierung (vor allem im öffentlichen Dienst), Privatisierungen, die Anhebung des Renteneintrittsalters und Schuldenforderungen nach Zwangsräumungen.

19 Vor allem die insgesamt von Fehlanreizen und Privatisierungen geleitete spanische Wirtschaftspolitik habe die gravierende Krisensituation evoziert und somit einen Großteil der Bevölkerung ohne wirklich eigenes Zutun in eine absolut prekäre Situation gebracht (vgl. Mateo 2011: 31). Somit sei es Aufgabe des spanischen Staates, für ein neues Gleichgewicht und eine systemische Korrektur zu sorgen, die der gegenwärtig praktizierten Krisenpolitik der Einsparungen von öffentlichen Ausgaben entgegentreten sollte: »[S]e debe apostar por la recuperación de la iniciativa del sector público […] junto a una fiscalidad progresiva que limite la dependencia de los mercados financieros« (ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »Es un movimiento de crítica al actual modelo económico y los intentos de que la crisis la paguen los trabajadores con un peso fundamental de la juventud […] actúe como factor desencadenante y catalizador de un ciclo de luchas sociales más amplio.« (Antentas/Vivas 2011: 16f.)

Auf Basis dieser vom Kollektiv konstatierten systemisch inhärenten Differenzen bzw. Exklusionsmechanismen rief auch das Manifest zu einer wirtschaftlichen Neuordnung auf. So solle Spanien sich als gesellschaftliches Kollektiv der Profitdienstleistung einiger Weniger widersetzen und eine ethische Revolution anstoßen, die sich nicht dem Geld unterordnet, Personen und nicht Märkte in den Vordergrund stellt und nicht einer abstrakten Rentabilität folgt, sondern für Nachhaltigkeit einsteht (vgl. ohne Autor 2011: 85).

Waren die Forderungen des Manifests noch auf einer allgemeinen Ebene formuliert (sozusagen als Rahmung für die Protestformationen oder gemeinsames Minimalprogramm) (vgl. Yesca 2012: 123), erwiesen sich die auf öffentlichen Plätzen formulierten *Propuestas* durchaus als zielgerichtet. Über diese Proteste rückte Politik wieder in das Sichtfeld der Öffentlichkeit und wurde kollektiv verhandelbar – zumindest schien es so.[20] Gefordert wurde unter anderem die Abschaffung sämtlicher Privilegien von spanischen Abgeordneten sowie eine klare Nachverfolgung und Abstrafung von Korruptionsfällen (vgl. ohne Autor 2011a: 87). Darüber hinaus wurde die Ausweitung von unbefristeten Beschäftigungsmöglichkeiten, keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters, eine Grundversorgung von Arbeitslosen (vgl. ebd.: 88), die öffentliche Kontrolle des Bankenwesens und die Bestrafung spekulativen Verhaltens gefordert (vgl. ebd.: 90).

Mit Blick auf politische Repräsentationsverhältnisse wurde zudem verlangt, mehr Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen beziehungsweise das Wahlrecht zu reformieren, eine unabhängige Justiz einzurichten, parteipolitische Transparenz zu schaffen und Referenden für alle »medidas dictadas desde la Unión Europea« (ebd.: 91) zu ermöglichen. Im Nachgang zu den

20 Siehe auch Freire (2012): »La invasión pacífica de las plazas por los ciudadanos es el símbulo de la recuperación del espacio público, del deseo de hacer políta profunda y real. No la ficción que nos ofrecen con representaciones cada cuatro años. La gente quiere hacer lo mismo que hacen los grupos de poder que determinan las políticas de gobierno mucho más que los votos: quieren opinar, proponer, debatir… influir. Y, al contrario de la práctica habitual de políticos […] quieren hacerlo de forma transparente y abierta« (Freire 2012: 52).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

detaillierten Aufschlüsselungen reduzierten sich die Kernforderungen der *Indignados* auf vier primäre Anliegen (ebd.: 92):

»1. Reforma electoral encaminada a una democracia más proporcional y a desarrolar mecanismos de participación ciudana
2. Lucha contra la corrupción política mediante normas orientadas hacia una total transparencia política
3. Separación efectiva de los poderes públicos
4. Creación de mecanismos de control ciudadano para la existencia efectiva de responsabilidad política«.

Regionale Subgruppierungen und weitere Protestaktionen der 15-M-/Indignados-Bewegung griffen diese Forderungen bzw. Teile dieser Forderungen auf.[21] Bei den etablierten politischen Kollektivakteuren PP und PSOE ist jedoch über den ausgewählten Textkorpus für das Jahr 2011 keine intensive Auseinandersetzung mit diesem Protest auszumachen. Die PP fasste die Mai-Proteste lediglich als weiteren Beleg für die schlechte PSOE-Politik und die unerfüllten Versprechen auf (vgl. PP 14.05.2011, PP 19.05.2011a). Darüber hinaus nutzte die PP die Proteste dazu, die Kritik an der PSOE zu verschärfen. Die PSOE habe weder die ökonomische noch die politische Lage in Spanien unter Kontrolle und verfolge im Umgang mit den Protesten keine klare politische Linie (vgl. PP 04.08.2011).

Die Forderungen der 15-M-/Indignados-Bewegung wurden nicht als Kritik an der eigenen politischen Arbeit interpretiert, sondern als Ausdruck für »un pueblo cansado de la crisis« (PP 18.05.2011) wahrgenommen. Die Wut sei eine Bestätigung dafür, dass sich die Bevölkerung nach Wandel sehne, dem durch die Wahl der PP-Regierung Ausdruck verliehen werden sollte (vgl. ebd.). Insbesondere die Frustration der Jugend sei angesichts der Nicht-Repräsentation ihrer Anliegen durch die PSOE mehr als verständlich, dürfe allerdings nach Ansicht der PP nur zu einer Wahlentscheidung für die PP und nicht zu radikalen (Protest-)Auswüchsen führen (vgl. PP 19.05.2011b). Folglich setzte sich die PP inhaltlich nicht mit den Protesten auseinander, sondern

21 Für eine Übersicht über sämtliche Proklamationen und Leitsprüche, die von der Bewegung und ihren Subgruppierungen bei Protestaktionen oder auf den verschiedenen Webplattformen verwendet wurden siehe Cabal (2012: 145ff.). Insbesondere die Kritik gegenüber den politischen Kollektiven PP und PSOE wird hieraus immer wieder deutlich: »PPSOE = PP + PSOE«, »No nos representáis (a los partidos y a los políticos)«; »Otra política es posible, Queremos respuestas«.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nutzte die angespannte innenpolitische Stimmung, um sich selbst als politische Kraft zu inszenieren, die dem Wunsch nach Wandel auf Basis einer demokratischen Wahlentscheidung nachkommen werde:

> »Para el [PP] los ciudadanos […] no estaban de acuerdo con los Gobiernos que no habían visto la crisis, y […] que no han sido capaces de luchar contra la crisis. […] [E]n referencia al movimiento del 15-M […] la solución a la indignación la ponen las urnas, la da el cambio, y creemos que esa solución es el Partido Popular. […] Nos vamos [el PP] a preparar para ser la alternativa que la dignidad de España está exigiendo.« (PP 20.06.2011)

Obwohl die PP inhaltlich kaum auf die Proteste einging, lassen sich im Zuge des politischen Diskurses rund um die Generalwahlen verschiedene Belege dafür finden, dass die Impulse der 15-M-Bewegung durchaus auf die politische Inszenierung der PP wirkten. So wurde die eigene Parteiehrlichkeit, der Respekt vor den Bürgern, die Dialogsuche und die Inszenierung als Kraft des Wandels betont.

Ähnlich reagierte auch die PSOE auf die Proteste. Zunächst zeigte sie Verständnis und bekräftigte ihren Wunsch, weitere und andere Perspektiven zu schaffen. Sie wollte das desaströse gesellschaftliche Ausmaß der Krisensituation anerkennen (vgl. PSOE 14.05.2011, PSOE ohne Datum 2011n, PSOE ohne Datum 2011t). Wie die PP versucht auch die PSOE, sich als Kraft zu initiieren, die Lösungen anbieten kann. Darüber hinaus bekräftigte sie, jedwede Regierungsmacht liege bei den Bürgern und deren Interessen würden ernst genommen. Auch inhaltlich griff die PSOE einige der Forderungen der Bewegung auf, beispielsweise zur Restrukturierung des Bankenwesens, Reformation des Wahlrechts oder zum Kampf gegen Korruption (vgl. PSOE 09.07.2011: 3ff.). Schließlich liege es im Auftrag der Regierung »[de] hacerse cargo del malestar de los ciudadanos […] y hay que servirles democráticamente« (PSOE 21.06.2011).

Anders als die PP zeigte sich die PSOE zum Dialog mit der Bewegung bereit und kritisierte die Versuche der PP, die Bewegung gezielt gegen die Regierung zu manipulieren (vgl. PSOE 06.08.2011). Sie versuchte, sich mit der Bewegung gemein zu machen, indem sie deren sozialistische Forderungen teilte und diese als Beleg dafür anführte, gegen das Feindbild der PP agieren zu müssen, indem man die PSOE unterstütze, »[así que l]os que defendemos la justicia social somos los que damos mejor respuesta a esas preocupaciones que tienen los ciudadanos« (PSOE 16.05.2011). Schließlich verfolge nur die PSOE einen klaren und sozialen Ausweg aus der Krise. Die PP-Re-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gierung hingegen sorge dafür, »[que si] en España hoy hay indignados, […] después del 20-N habrá miles de desesperados« (PSOE 03.11.2011). So habe es unter der letzten PP-Regierung bereits massive Proteste und Bruchsituationen zwischen Politik und Gesellschaft sowie eine permanente innenpolitische Reizung gegeben (zum Beispiel aufgrund des spanischen Einsatzes im Irakkrieg oder der Terroranschläge in Madrid im März 2004): »[L]o que había era una convulsión social permanente […]. No había indignados, había irritados permanentes« (PSOE 14.05.2011).

Abschließend kann festgehalten werden, dass sich die 15-M-Bewegung als solche zwar nicht als handlungsfähiger Akteur mit Blick auf die politisch-systemische Machtverteilung in Spanien einschalten konnte – was aber auch nie Anliegen der Formation war. So strebte die Bewegung nie eine politische Institutionalisierung, sondern lediglich die breite Mobilisierung eines politisch-kritischen gesellschaftlichen Bewusstseins an.[22] Gleichermaßen wurde deutlich, dass die ökonomische Krisensituation 2011 Impulse für die mitunter konträren Diskursrealitäten lieferte und als Grundlage für die konfrontativen Positionierungen zwischen Gesellschaft und etablierter Politik sowie zwischen PP und PSOE diente. Inwiefern diese Störungimpulse den neuen politischen Akteur *Podemos* auf den Plan riefen und sich somit ›andere‹ politisch-diskursive Wissensbestände institutionell formieren konnten, sollen die nachfolgenden inhaltlichen Analysen der diskursiven Teilstränge der Jahre 2014 und 2015 zeigen.

2. Dynamisierung des Diskurses (2014)

Die Untersuchung der diskursiven Kriseninszenierung im Zuge der Europawahlen wurde auf den Zeitraum von Januar bis Juli 2014 fokussiert, um Artikulationen mit Blick auf den Konnex Europawahl-Spanien herauszuarbei-

22 »[Thus] [t]he 15M does not want your vote, your money, indoctrinations, immolations or submission to leaders or acronyms. The 15M wants the citizenry to wake up« (Monedero 2019: 44). Huke (2017) sieht just in dieser mangelnden Instutionalisierung eine nachhaltig strukturelle Schwäche der Bewegung, die sie ebengerade in ihrem Modus als Impulsgeber ohne nachhaltige politische Repräsentationsmöglichkeit oder wirkliche Veränderungseffekte verbleiben ließ: »Durch ihre geringe Institutionalisierung, Strukturierung und Bürokratisierung, aber auch ihre Fragmentierung blieben die neuen Bewegungen flüchtig und die durch sie geöffneten Räume der Deliberation und des Protestes temporär, fragil und prekär« (Huke 2017: 262).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten, da diese als Initialereignis für die Etablierung von Podemos angenommen werden können. Konkret wurde die Auseinandersetzung der Akteure PP und PSOE mit der neuen politischen Formation Podemos betrachtet – sowohl im Kontext der Europawahl als auch der wirtschaftlichen Krisensituation. Es wurden also Texte mit den Schlagwörtern »Podemos – crisis económica« und »Podemos – elecciones europeas« in die Auswahl einbezogen. Um krisenwirksame Konstituierungsweisen für die Schlagwörter »Podemos – crisis económica« zu prüfen, wurde zudem der komplette Zeitraum 2014 in den Blick genommen. Texte, die sich auf andere (transnationale) Krisenereignisse des Jahres (z.B. Ukraine-Krise), auf regionalspezifische (regionale Unabhängigkeitsbewegungen u.a. in Katalonien, ETA-Konflikt; regionale Wahlsituation/Ergebnisse) oder weiterführende innenpolitische Debatten (Diskussion um Abtreibungsgesetze, Diskussion um eine spanische Verfassungs- und Wahlrechtreform) bezogen, wurden für die Analyse der gewählten Diskursstränge außen vorgelassen.

Podemos konstituierte sich als Akteur erst im Jahr 2014, daher umfasst das Parteiarchiv der Website keine Artikel aus diesem Zeitraum. Aus diesem Grund wurde die Quellenbasis ergänzt um relevante Gründungs- und Positionspapiere des Parteikollektivs, Blogbeiträge im journalistischen Medium *El Público*,[23] Presseartikel in anderen spanischen Zeitungen oder Artikel des Madrider *Círculo Podemos-Getafe*.[24]

2.1 Podemos als neuer Akteur

Am 14. Januar 2014 veröffentlichten spanische Akademiker das *Manifiesto, Mover ficha: convertir la indignación en cambio político* (vgl. Monedero et al. 2014). Es

23 Neben den Veröffentlichungen auf Blogs oder über *El Público* nutzte das Podemos-Kollektiv in seiner anfänglichen Konstituierungsphase sowohl die sozialen Medien wie Facebook und Twitter (vgl. Elorza 2016: 29) als auch den eigenen TV-Sender *La Tuerka* und die von Pablo Iglesias moderierte politische (Talk-)Show als Kommunikationsmittel (vgl. Nez 2015: 30ff., Zelik 2015: 123ff.).

24 Video- und Twitterbeiträge, über die sich Podemos positioniert, wurden nicht in die Analyse aufgenommen. Für eine spezifischere Auseinandersetzung mit der medialen politischen Diskursführung von Podemos siehe López (2018), Elorza (2016) oder Matero Reguiero (2015). Darüber hinaus sollte im Vergleich zu den für die PP und PSOE gewählten textlichen Datenmaterialien ein vergleichbares Korpus gewählt werden. Auch in diesen Fällen wurden weder Twitter-Beiträge noch Videomaterial berücksichtigt.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gilt als Grundstein für die Formierung von Podemos und kritisiert die ökonomischen und politisch-repräsentativen Verhältnisse in Spanien:

> »En nuestro caso [situación en España], estamos ante la mayor pérdida de credibilidad del régimen nacido con la Constitución de 1978. Movimientos de indignación política como el 15M conectaron con una calara voluntad popular: no sacrificiar más derechos en altar de unos mercados guiados por la especulación y la rapiña. […] Estamos ante un golpe de Estado financiero contra los pueblos del sur de la Eurozona. Los que mandan están vendiendo el país y nuestro futuro a trozos.« (Monedero et al. 2014: 1)

Für die Unterzeichner des Manifestes ließen diese Umstände letztlich keine andere Schlussfolgerung zu, als dass

> »[e]n las próximas elecciones al Parlamento Europeo […] haya una candidatura que se ofrezca a la ola de indignación popular […] Necesitamos una candidatura unitaria y de ruptura […] y que suponga una amenaza real para el régimen bipartidista del PP y del PSOE.« (Ebd.: 2)

Die über die Jahre gesammelten Prekarisierungs- und Armutserfahrungen der Bevölkerung seien Effekt der Regierungspolitik von PP und PSOE – der elitären politischen Kaste (vgl. ebd.) – und von beiden Parteien – ob in Regierung oder Opposition – in Kauf genommen worden. Deswegen hätten sich beide gleichermaßen schuldig gemacht, wie unter anderem auch die Partei *Izquierda Anticapitalista* (IA) in einer Deklaration zur Unterstützung des Podemos-Kollektivs herausarbeitete (vgl. Izquierda Anticapitalista 2014). Mit dieser Kritik am etablierten spanischen politischen System und seinen Repräsentationskollektiven wurden Argumente aufgegriffen, die auch bereits unter den Forderungen und Analysen der 15-M-Proteste zu finden waren. Neben der Versprachlichung klarer Dichotomien (Volk gegen Establishment) wurden PP und PSOE in ihrem Ansehen gleichermaßen abgewertet und ihre bisherige Stellung in der politischen Ordnung zunehmend infrage gestellt. Mit dem Kollektiv Podemos sollte somit sowohl ein Gegenspieler zu den etablierten politischen Kollektivakteuren als auch eine verbindliche Materialisierung der Anliegen der 15-M-Proteste ermöglicht werden, die einen Umbruch angesichts der wirtschaftlichen wie auch politisch-repräsentativen Situation evozierte:

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »Podemos es la voluntad de convertir la indignación en poder político de ruptura con la actual situación […] que suponga una amenaza real para el régimen bipartidista del PP y del PSOE.« (Círculo de Getafe 25.03.2014b)

Als neuer Kollektivakteur gelang es Podemos, alternative Handlungs- und Konzeptionsmöglichkeiten aufzuzeigen und die gesellschaftliche wie politische Realität zu irritieren. Diese Wirkweise war bereits in den Anti-Establishment-Narrativen der 15-M-Bewegung angelegt.[25] Bereits im Ursprungsmanifest zum Podemos-Kollektiv fanden sich entsprechende Forderungen nach einem alternativen und nachhaltigen Wirtschaftsmodell, die Schaffung eines würdigen Lohnniveaus und gute Arbeitsbedingungen, die Abkehr von Privatisierungen, die offene Teilhabe von Bürgern und politische Transparenz (vgl. Monedero et al. 2014: 3f.). Diese Anliegen flossen letztlich auch in Vorschläge für das Wahlprogramm des Kollektivs zur Europawahl ein (vgl. Podemos 23.02.2014), welche über einen umfassenden Prozess der Bürgerbeteiligung und in einzelnen Arbeitskreisen des Kollektivs (*Círculos Podemos*) erarbeitet wurden.

Mittels der *Círculos Podemos*, die als Basisnetzwerk des Kollektivs über ganz Spanien etabliert wurden und bei denen alle interessierten Personen mitwirken konnten, verfolgte Podemos das Ziel, sich nicht wie üblich mit klassischer Parteistruktur und -hierarchie zu organisieren, sondern stattdessen das Volk in einer offenen Netzwerkstruktur als politischen Akteur zu ermächtigen (vgl. Iglesias Turrión 24.01.2014).[26] Zentrale Annahme des Kollektivs und Leitlinie für die eigene Konstituierung war es folglich, dass Podemos in seiner offenen und partizipativen Verfasstheit in Fortführung der 15-M-Proteste auch zur Etablierung anderer politischer Machtmechanismen führen würde: »Podemos somos tod@s nosotr@s, estamos construyendo un mecanismo de poder político que ya no nos podrán arrebatar« (Podemos 06.05.2014).

---

25 »El 15M avejentó a las élites y a las narrativas oficiales, poniendo en evidencia al agotamiento de sus consensos, de sus certezas, de los marcos con los que se distribuían las posiciones y se explicaba el rol de cada cual en el contrato social o se canalizaban las demandas ciudadanas« (Podemos ohne Datum 2014: 1).

26 Um der Wirkmächtigkeit der ›Zirkel‹ Rechnung zu tragen, machte der Podemos-Vorsitzende, Pablo Iglesias, es zur Bedingung, dass die Zirkel direkt in die Sammlung von Unterstützerstimmen eingebunden wurden. Iglesias Bedingung für den Fortbestand des Kollektivs und einen Antritt bei den Europawahlen waren 50.000 Stimmen, die bis Anfang Februar 2014 gesammelt werden sollten (vgl. Giménez 17.01.2014).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Neben einer anderen Wirtschafts- und Krisenpolitik stilisierte sich Podemos in seiner politischen Verfasstheit als ›andere‹, gleichberechtigtere, inklusivere und zugänglichere politische Alternative, die zwar keine klassische Repräsentationsfunktion übernehmen, aber doch für das Volk sprechen und dessen Bedarfe angehen wolle.[27] Anders als zunächst angenommen, erzielte Podemos bei den Europawahlen einen ersten Achtungserfolg. Er bedeutete nach Auffassung des Kollektivs »un pequeño terremoto en el escenario político« (Podemos ohne Datum 2014: 3) und offenbarte das Kollektiv als denkbare realpolitische Alternative zur PSOE und PP (beide mit Stimmverlusten) (vgl. Podemos ohne Datum 2014: 3).[28] Trotz diverser Attacken und der noch vagen eigenen konstitutiven sowie inhaltlichen Verfasstheit wertete das Kollektiv diesen erfolgreichen politischen Antritt als Fanal,

> »[que ha abierto] una grieta que hoy ha acelerado el tiempo político español, ha sacudido los viejos equilibrios, y […] ha mostrado un posible camino para construir una mayoría política de cambio en un sentido popular en España. […] Podemos aparece como una fuerza *outsider* […] y en la mejor posición para cosechar el desprestigio del *establishment*.« (Podemos ohne Datum 2014: 4; Herv.i.O.)

Podemos kündigte an, sich weiter etablieren und in den nationalen Wahlen des Folgejahres wieder antreten zu wollen. Ziel war es, Politik zu machen, die die Interessen der Menschen und ihre Entscheidungskraft in den Vordergrund stellt (vgl. Iglesias Turrión 30.09.2014). Inwiefern die Institutionalisierung des Kollektivs in der Generalwahl des Folgejahres gelang, wird im folgenden Kapitel Gegenstand der Betrachtungen sein. Auch erfolgt eine Auseinandersetzung mit den (diskursiven) Rückwirkungen dieser Akteurs-Entwicklung auf die etablierten Kollektive PP und PSOE.

---

27 Siehe hierzu die Aussage von Pablo Iglesias bei der Antrittsversammlung des Kollektivs im Januar 2014: »Iglesias ha vuelto a coger la palabra para explicar que ›esta campaña puede ser un instrumento de autoorganización de la gente‹« (Giménez 17.01.2014).

28 So erhielt Podemos bei den Europawahlen 2014 auf Anhieb 8 Prozent der Stimmen und wurde damit zur viertstärksten Kraft hinter einem breiten Linksbündnis unter Führung der *Izquierda Unida* (IU), PP und PSOE (vgl. Real-Dato 2018: 129). Beide Altparteien »no alcanzaron ni siquiera conjuntamente el 50 % de los votos« (ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2.2 Reaktionen der etablierten politischen Kollektive

Für die 2014 regierende PP um Mariano Rajoy stellte die Entwicklung von Podemos in erster Linie das Versagen der PSOE unter Beweis: Sie sei im Umgang mit der neuen Formation überfordert gewesen und müsse einen weiteren Bedeutungsverlust befürchten (vgl. PP 11.12.2014b). Gleichzeitig wurde Podemos als Folge der Krise betrachtet (vgl. PP 06.08.2014). Deshalb warf die PP der Formation vor, gezielt die schlechte Situation der Bürger für das eigene Machtinteresse benutzt zu haben. Schließlich wüssten die Vorsitzenden des Kollektivs, »que lo que están prometiendo es falso, prometen entonces con la intención de engañar utilizando la demagogia para ganar un puñado de votos de la gente que lo está pasando mal« (PP 12.06.2014).

Inhaltlich wiederum wertete die PP die Forderungen von Podemos als ›alte populistische‹ Forderungen in neuem Gewand ab (vgl. PP 17.11.2014) und kritisierte darüber hinaus die mangelnde Distanznahme zur Terrorgruppe ETA sowie zu verschiedenen nationalen Unabhängigkeitsformierungen, beispielsweise in Katalonien (vgl. PP 24.06.2014). Über die Kritik an Podemos konnte sich die PP erneut als einzige vernunftorientierte, realpolitische Führungslösung für Spanien stilisieren:

> »[Resulta] más claro que existen dos opciones, por un lado está el partido que trabaja por los españoles, que ve el poder como un medio para hacer reformas y para sacar a nuestro país de la crisis y por otro […] los líos de Podemos, que sólo aspiran al poder por el poder y usan la frustración de los ciudadanos como combustible para sus objetivos electorales« (PP 27.12.2014).

In der Folge kündigte die PP eine Fortführung ihrer Politik der Stabilität und Zentralität an, die insbesondere einen soliden Ausweg aus der Krise, den Kampf gegen Korruption und gegen Arbeitslosigkeit beinhalte (vgl. PP 06.11.2014). Auch mit Blick auf die Europawahl machte die PP deutlich, ihre konservative politische Linie fortführen zu wollen. Dies wurde als eine grundlegende Bedingung für eine weitere Konsolidierung der Krisensituation und Verbesserung der gesellschaftlichen Lage angesehen und wurde eine der leitenden Argumentationslinien der PP für die Europawahl. Denn nur eine Politik der konservativen Kräfte könne verhindern, dass Europa zurück in einen verschlimmerten Krisenzustand falle oder gar antisystemische Kräfte an Macht gewinnen würden (vgl. PP 04.04.2014b). In diesem Kontext wurden in erster Linie die PSOE und das sozialistische Parteienspektrum als Gefahr sti-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lisiert. Diese würden mit ihrer verantwortungslosen Politik sowohl Spanien als auch Europa gefährden (vgl. PP 21.05.2014) und gleichzeitig die PP immer wieder in eine Retterrolle drängen, da »las crisis vienen con el Partido socialista y se van con el Partido Popular« (PP 15.05.2014).[29] Darüber hinaus habe die Politik der PP seit 2012 – trotz beziehungsweise wegen massiver Einschnitte, Entbehrungen und Anstrengungen der Bevölkerung (vgl. u.a. PP 19.07.2014, PP 30.04.2014) – zu einem leichten Wachstum geführt (vgl. PP 13.01.2014), wodurch sich Spanien von seiner Rolle als »enfermo de Europa« (PP 18.05.2014a, PP 18.05.2014b) habe befreien können.

Analog zu den Argumentationen 2011 stilisierte die PP auch die Europawahlen als Schicksalswahlen für den weiteren Krisenausweg Spaniens und auch Europas. Die europäische Politik gebe schließlich den Rahmen für die nationale Ausrichtung der Politik vor und die gute Richtung, die Europa eingeschlagen habe, dürfe man auch in Spanien nicht leichtfertig aufgeben (vgl. u.a. PP 07.05.2014, PP 23.05.2014c). In diesem Sinne stehe die PP für eine klare und stabile Krisenbekämpfung, wohingegen die sozialistische Politik immer wieder Krisenlagen ausgelöst und Spanien beziehungsweise die PP in die schlimmste Schuldensituation seit Jahrzehnten geführt habe, »[que dejó] a este país al borde de la quiebra y al borde del rescate« (PP 23.05.2014a).

Trotz aller Widerstände und der getroffenen harten Maßnahmen habe die PP Spanien wieder zu Ansehen in Europa verholfen und einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen können, der nicht verkannt werden dürfe (vgl. PP 14.08.2014). Letztlich sei es ihr primäres Ziel für die Europawahlen und die gesamte Legislatur seit 2012 gewesen, die Krise in Spanien und in Europa zu überwinden und nach Abmilderung der ökonomischen Folgen mehr und mehr die Konsolidierung der sozialen Schieflagen anzustoßen (vgl. PP 28.06.2014).[30] Insgesamt führte die PP folglich ihre Selbstinszenierung als einzige ordnende und seriöse politische Kraft gegenüber einer zerstörerischen und krisenverstärkenden Politik der PSOE fort. Folgerichtig wertete

29 Ähnlich wie bereits 2011 wurden auch in diesem Kontext historische Vergleiche zur Regierungsperiode 1996 bis 2004 gezogen (vgl. PP 30.11.2014).

30 Die PP wies jedwede Kritik der PSOE zurück. Sie habe die ›soziale Dimension‹ der Krise nicht außer Acht gelassen. Die sozial einschneidenden Maßnahmen führte sie auf Zapatero zurück (vgl. PP 15.12.2014b, PP 11.08.2014). Hierbei spielte die Partei auf die noch 2010 unter Zapatero angekündigte Rentenreform an, die neben einer Anhebung des Renteneintrittsalters das Einfrieren des Rentenniveaus vorsah. Neben diesen Maßnahmen war die Zapatero-Regierung darüber hinaus auch zu Arbeitsreformen gezwungen (vgl. Nohlen/Kölling 2020: 490).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die PP den Ausgang der Europawahl 2014 letztlich als Sieg – ungeachtet des Stimmengewinns von Podemos –, war sie doch als stärkste Kraft aus dem Rennen hervorgegangen (vgl. PP 26.05.2014d). Der Erfolg von Podemos wurde letztlich auf die PSOE-interne Krise geschoben (vgl. PP 26.05.2014c) und gleichzeitig noch nicht als Bedrohung oder gar als Ende des *bipartidismo* wahrgenommen (vgl. PP 26.05.2014b).

Anders fiel die Einschätzung der PSOE in Anbetracht der Ergebnisse aus. Sie wertete die Wahlergebnisse – insbesondere die beider großen Parteien – als eindeutiges Zeichen dafür,

> »[que] [h]ay una situación política muy, muy complicada en España […] [y] también en el resto de Europa, y es muy importante que los partidos democráticos europeos hagamos una profunda reflexión para salir al paso de lo que está sucedendo, que es una desafección enorme y creciente en las instituciones y los ciudadanos.« (PSOE ohne Datum 2014h)

Die PSOE hatte ihr Ziel verfehlt, der PP zu zeigen, dass die Bevölkerung die Krisenpolitik der Regierung ablehnte (vgl. u.a. PSOE 08.01.2014, PSOE 23.05.2014). Gleichzeitig war es ihr auch nicht gelungen, sich beziehungsweise die sozialistische Politik als Alternative für sozialen Ausgleich, Gerechtigkeit und ein Ende der Perspektivlosigkeit in Spanien und Europa zu inszenieren (vgl. PSOE ohne Datum 2014k). So hatte sich die PSOE gemeinsam mit den europäischen Sozialisten als Kraft des Wandels stilisiert, die dafür Sorge tragen würde,

> »que Europa abandone el austericidio y apueste por el crecimiento y la creación de empleo; para defender el modelo social europeo, para volver a apostar por la Europa de los derechos sociales y las libertades públicas« (PSOE 21.04.2014).

Mit diesen Forderungen sollte eine Richtungswende in der spanischen wie europäischen konservativen Krisenpolitik erreicht werden[31], die nach Ansicht

31 Die europäischen Wahlen wurden als Schlüsselwahlen gedeutet, da der europäische Krisenweg entscheidend für die weitere Prägung der politischen Linie in Spanien angenommen wurde. Diese Argumentationslinie einte PP und PSOE – wenn auch mit unterschiedlichen Ausdeutungen und Absichten (vgl. PSOE ohne Datum 2014c).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der PSOE vor allem im eigenen Land zu Armut, Prekarität und sozialer Ungleichheit geführt habe.[32]

Gleichermaßen kritisiert wurde die Perspektivlosigkeit der jungen Generation, ausgelöst wiederum durch die rückwärtsgewandte Politik der PP:

> »[E]se gobierno del PP que está usando la crisis como coartada para liquidar los derechos y las libertades y para imponernos […] un retroceso de 30 años. Tenemos [el PSOE] que ganar para devolver el futuro a los jóvenes, que se lo están robando.« (PSOE 15.03.2014: 7)

Infolge dieser Politik sei es der PSOE zufolge sowohl zu einer Aushöhlung des Sozialstaates als auch zur haltlosen Annahme einer gewissen Form der Alternativlosigkeit gekommen, »una de las grandes falsedades […] [que se presume] que en Europa sólo hay una política posible frente a la crisis« (PSOE 28.04.2014: 5). Nicht zuletzt habe die Verschärfung der ökonomischen und sozialen Lage sowie die sie begleitende, rigide konservative Krisenpolitik zu innenpolitischen Konflikten geführt (parteiinterne Streitigkeiten, Korruptionsskandale, Erstarken regionaler Unabhängigkeitsbestrebungen) (vgl. PSOE 21.02.2014, PSOE 25.02.2014: 10f.).

Alles in allem habe die Gemengelage aus ökonomischer und sozialer Krise das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der spanischen Politik und ihrer Kollektivakteure erschüttert, weswegen die PSOE die Notwendigkeit einer *nueva Transición* gekommen sehe: »España necesita cambiar. Necesita modernizarse. Afrontar una doble transición política y económica« (PSOE 13.09.2014: 2). Mit dem Aufgreifen dieses historischen Änderungsfanals versuchte die PSOE, sich selbst als Option für die Kanalisierung der gesellschaftlichen Unzufriedenheit und Wut über die diversen Missstände zu stilisieren und den Populismen und extremen Tendenzen entgegenzutreten (vgl. PSOE 13.09.2014: 2f.).

Ähnlich wie die PP deutete auch die PSOE die Etablierung des Podemos-Kollektivs als geschickten Schachzug, die Empörung und Wut der Bürger auszunutzen (vgl. PSOE ohne Datum 2014s). Anders als die PP es proklamierte, fühlte sich die PSOE allerdings nicht ernsthaft bedroht. Im Gegenteil, sie wertete das Kollektiv als Abklatsch der eigenen Partei (vgl. PSOE ohne Datum 2014r), dem es noch an klaren Linien fehle (vgl. PSOE 23.12.2014). Bisher habe

32 Hierfür kritisierte der PSOE-Vorsitzende Rubalcaba in seiner Rede zur Lage der Nation Ende Februar Rajoy ebenfalls scharf und warf ihm ein vollkommenes Verkennen der eigentlichen gesellschaftlichen Realität vor (vgl. PSOE 25.02.2014).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Podemos die politische Debatte lediglich in einer wenig konstruktiven Störfunktion geprägt: »[L]as reformas que necesitamos […] tampoco vendrán de Podemos, que no ofrece más proyecto que lanzarnos unos contra otros« (PSOE ohne Datum 2014q). Auch wenn die PSOE – anders als die PP – Podemos als politischen Akteur anerkannte (vgl. PSOE 23.12.2014), sah sie dennoch nur sich selbst als ernstzunehmende politische Alternative zur PP und als Partei eines seriösen Wandels (vgl. PSOE 03.11.2014), weil »los socialistas tienen su propio espacio político […] y […] [que el PSOE] es un partido con vocación de gobierno« (PSOE ohne Datum 2014t).

Abschließend bleibt festzuhalten, dass im Jahr 2014 sowohl das politische Akteursspektrum als auch die Krisenkonzeption in Bewegung gerieten und das ›Establishment‹ zur Auseinandersetzung mit alternativen Ansätzen und Praktiken gezwungen wurde. Gleichermaßen schienen die etablierten politischen Instanzen und die über sie artikulierten gesellschaftlichen Realitätsdeutungen nicht mehr unantastbar zu sein. So wurden sie teilweise in ihrer Legitimät infrage gestellt. Es spricht also viel dafür, dass die ökonomische Krise auch zu einer Krise des bisherigen politischen Settings im Sinne von Habermas Legitimationskrise führte. Inwiefern sich dieser Trend – der mit den Europawahlen dennoch vor einem experimentellen bzw. transnationalen Kontext zu sehen ist – auch im Folgejahr 2015 und den nationalen Generalwahlen fortsetzte und in welcher Weise das Akteur-Kollektiv einer wirklichen Erweiterung bzw. alternativen Wandlung unterlag, soll im folgenden Kapitel dargelegt werden.

3. Modifikationen des Diskurses (2015)

Für die Analyse des Jahres 2015 wurde der komplette Jahreszeitraum in den Blick genommen, um sowohl die langfristigen Auseinandersetzungen der Kollektive mit den verschiedenen sich überlappenden Krisenrealitäten als auch die jeweilige Rückkopplung mit Podemos als neuem politischen Akteur aufzeigen zu können. Im Falle der regierenden Partei PP erwies sich das Textkorpus als äußerst umfassend, deshalb wurden vor allem große Entwicklungs- und Argumentationslinien fokussiert. Um die Vergleichbarkeit sicherzustellen, wurde das Textkorpus für die beiden anderen Kollektivakteure etwa im gleichen Umfang gehalten. Außen vorgelassen wurden – insbesondere im Falle der PP als auch der PSOE – Textdokumente, die andere Subkrisen des Jahres 2015 wie die europäische Migrationskrise oder

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Terrorismus (Stichwort: Attentate von Paris im November 2015, sog. Islamischer Staat), regionalspezifische Auseinandersetzungen mit den General-/Regionalwahlen des Jahres oder auch außenpolitische Positionierungen Spaniens zur europäischen Wirtschaftspolitik mit Blick auf Griechenland thematisierten. Auch Auseinandersetzungen mit dem sich innenpolitisch verstärkenden Konflikt rund um Unabhängigkeitsbestrebungen der Autonomieregion Katalonien wurden weitestgehend außen vorgelassen, da diese Subkrise und ihre Auswirkungen für eine valide Aufarbeitung einer separaten und den Rahmen der vorliegenden Arbeit übersteigenden Analyse bedürften (siehe Kapitel III 3). Ebenfalls zeigte sich auch für das Jahr 2015, dass die Verschlagwortung »Podemos« im Falle von PSOE und PP oftmals immer noch fehlgeleitet gesetzt war, sodass nur Artikel aufgenommen wurden, in denen auch wirklich das politische Kollektiv angesprochen war.

Für Podemos konnte über die parteieigene Website eine ausreichend große Textmenge gesammelt werden. Ähnlich wie auch für die anderen beiden Parteien wurden im Falle besonderer inhaltlicher Relevanz zusätzlich zu den doppelt verschlagworteten Artikeln auch noch Artikel, die sich unter den thematischen Einzelstichworten filtern ließen, in die Analyse aufgenommen.

3.1 Kollektivinszenierung und Krisensituation

Für die PSOE galt es, sich im Jahr 2015 erneut als Oppositionspartei zur amtierenden PP-Regierung zu positionieren und als erste Wahlalternative für die Generalwahlen zu behaupten. Unter diesen Voraussetzungen inszenierte sie sich auch als einzige Regierungsalternative, die sowohl gegen die PP gewinnen als auch den notwendigen gesellschaftlichen Wandel Spaniens kanalisieren könne:

> »[E]l PSOE va ganar las elecciones generales, porque hay una pulsión de cambio evidente en la sociedad española que se va a canalizar en el único partido que puede ganar al PP […], que es el Partido Socialista« (PSOE 26.10.2015).

Das Wahljahr 2015 wurde ähnlich wie die Europawahlen 2014 zur richtungsweisenden Schicksalswahl für Spanien stilisiert, die über eine Stagnation in der gegebenen Krisenrealität durch eine weitere Amtszeit der PP oder eine progressive Zukunft mit einer PSOE-Führung entscheiden würde (vgl. PSOE ohne Datum 2015c). Denn anders als es die PP proklamierte – sei es laut PSOE noch nicht zu einer breiten wirtschaftlichen Erholung gekommen:

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »La recuperación no ha llegado, la crisis no es pasado, es un duro presente […] y será futuro si el PP continúa frente de los gobiernos municipales, autonómicos y del gobierno de España« (PSOE 08.01.2015a).

Spanien befinde sich mittlerweile aufgrund der politischen Führungsversäumnisse der PP nicht nur in einer ökonomischen, sondern auch in einer sozialen und institutionellen Krise, die vor allem auf die Sparmaßnahmen der Regierung und die hierdurch evozierten gesellschaftlichen Ungleichheiten zurückzuführen sei. Nur die PSOE könne diese Missstände effektiv bekämpfen.

Kritisiert wurden zudem der Mangel an sozialpolitischen Vorhaben und die mitunter drastischen Auswirkungen der Sparmaßnahmen der PP. Diese Politik habe nur zu verschärften Armuts- und Ungleichheitsverhältnissen sowie zu einer Prekarisierung der Gesellschaft geführt. Letztlich sei so das soziale Miteinander der Gesellschaft zerstört worden (vgl. u.a. PSOE 22.10.2015b, PSOE ohne Datum 2015k). Die PP wiederhole erneut die Fehler der Vergangenheit und schaffe beispielsweise viele Stellen im Bausektor, anstatt auf ein nachhaltiges Produktions- und Wirtschaftsmodell zu setzen:

> »[V]uelve el ladrillo como motor de crecimiento, lo que significa que podemos salir de la crisis por la misma puerta que entramos en ella […]. [N]ingún cambio en el modelo productivo supone que estamos condenados a repetir los errores del pasado.« (PSOE ohne Datum 2015-2)

Die Politik der Regierung orientiere sich nur an kurzfristigen Erfolgen und Konsolidierungsstrategien und folge einer Marktlogik, die soziale Gesichtspunkte und die Interessen der Gesellschaft nicht in den Fokus nehme (vgl. PSOE 02.11.2015b). Mit dieser Art der Politik habe die PP eine immense Perspektivlosigkeit – gerade für die Jugend – geschaffen und weitere verletzliche Bevölkerungsgruppen wie Rentner oder Arbeitslose nicht berücksichtigt (vgl. PSOE ohne Datum 2015z, PSOE 15.10.2015). Dadurch seien Enttäuschung, Frustration und letztlich Misstrauen innerhalb der Gesellschaft gegenüber der Politik gewachsen, »lo único que ha hecho […] con sus políticas es fracturar la sociedad de este país« (PSOE 24.11.2015). Die PP habe die Krisensituation für ihre eigenen Machtinteressen ausgenutzt und dadurch ihre Glaubwürdigkeit und ihr Ansehen verspielt (vgl. PSOE 24.06.2015). Die sich hierüber artikulierende Vertrauenskrise sei zusätzlich durch Passivität, Verstrickungen in Korruptionsfälle (vgl. PSOE ohne Datum 2015f und PSOE ohne Datum 2015c) und die elitäre politische Ausrichtung der PP – »[a]yudas para los privilegia-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dos y abandono de la mayoría« (PSOE ohne Datum 2015x) – hervorgerufen worden.

Gleichzeitig wertete die PSOE die Etablierung alternativer politischer Parteioptionen wie Podemos als Gefahr für den gesellschaftlichen Wunsch nach Wandel, da letztlich nur die Regierung der PP gestärkt werde (vgl. PSOE 09.12.2015a). Ein wirklicher sozial gerechter Wandel könne nur von einer linken, sozial orientierten Kraft herbeigeführt werden, für die sich die PSOE selbst als passende Leitungsinstanz ansah (vgl. PSOE 08.01.2015b: 17, PSOE 15.12.2015). Auch die PP sei sich dieser Trendwende der gesellschaftlichen Stimmung zunehmend bewusst, schließlich lanciere sie einen »discurso del miedo« (PSOE ohne Datum 2015r), der vor einer linken beziehungsweise sozialpolitischen Alternative abschrecken solle. Angesichts der Generalwahlen und der Krisenpolitik der Regierung versuchte sich die PSOE als seriöse und vor allem sozialorientierte Alternative und Wandlungsinstanz zu inszenieren, die vor allem darum bestrebt wäre,

> »de cambiar las cosas, de hacer progresar a España, de contribuir a aumentar el bienestar y la prosperidad de la mayoría […] [y] construir la España de las oportunidades, responder al desafío de la desigualdad, recuperar la confianza perdida de los ciudadanos en sus instituciones y en la política.« (PSOE 17.10.2015)

Während die PP mit Angst und Diskreditierung arbeite, argumentiere die PSOE zukunftsorientiert und progressiv (vgl. PSOE 26.10.2015). Sie stehe für einen vernünftigen, gerechten und geordneten sozialen wie ökonomischen Wandel ein (vgl. PSOE 06.11.2015a und b, PSOE 12.12.2015). Kernanliegen sei es, »[de] frenar las políticas crueles e inhumanas […] y demostrar que es posible ›hacer otras políticas‹« (PSOE ohne Datum 2015h). Mit dieser offensiven Ansprache eines sozialen Wandels und des Eintretens für eine andere Politik versuchte die PSOE, die Impulse von Podemos aufzugreifen und strategisch für sich zu vereinnahmen.

Ähnlich wie die PSOE stilisierte auch die PP die anstehenden Wahlen als Entscheidungswahlen, die nur zwei Optionen zulassen würden: »[O] gobierna el PP o [España vuelve] […] a la quiebra y a la destrucción de empleos« (PP 25.11.2015). Die Generalwahlen würden über den weiteren Krisenverlauf, die wirtschaftliche Zukunft Spaniens und der Bevölkerung entscheiden (vgl. PP 13.11.2015), schließlich könne das Land nur unter einer fortgesetzten Führung der PP »seguir adelante con las políticas que han generado crecimiento económica y empleo, o retrodecer a las políticas de la izquierda que nos

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

llevaron a la crisis« (PP 18.12.2015a). Mit dieser Dichotomie zwischen Fortschritt und Wohlstand (PP/konservative Politik) und Zerstörung und Rückschritt (PSOE/linke Politik) versuchte die PP, sich als einziger seriöser und verlässlicher Zukunfts- und Stabilitätsgarant für Spanien zu inszenieren (vgl. PP 10.03.2015). Als Beleg für diese Zuschreibung führte sie – ähnlich wie im Wahljahr 2011 – ihr gutes politisches Krisenmanagement an, das sich erneut in der gegebenen Krisenrealität – der schlimmsten wirtschaftlichen Situation Spaniens seit Jahrzehnten – gezeigt habe.

> »[El PP] sabe lo que es tomar decisiones en tiempos difíciles y que sabe sacar adelante nuestro país como ya hizo en 1996 y como ha hecho en esta última legislatura […]. [El PP] no es el partido que ha llevado a España a la mayor crisis en décadas sino que ha conseguido que nuestro país sea ›ejemplo de recuperación económica‹.« (PP 03.12.2015)

Zwar räumte die PP durchaus Fehler ein, allerdings zeichne sich bereits jetzt eine Erholung der wirtschaftlichen Situation ab, die ohne größere soziale Versorgungseinschnitte erreicht worden sei (vgl. PP 17.02.2015, PP 03.05.2015). Gerade angesichts der sich konsolidierenden Situation kritisierte die PP jedoch Versuche anderer politischer Kollektive, diese Erfolge schlechtzureden oder nicht anzuerkennen, als unzulässig und realitätsverklärend:

> »Hay datos evidentes que dicen que en democracia, por dos veces el PP, ha sacado a España de la bancarrota en la que la dejó la izquierda […] [,] es innegable que Mariano Rajoy ha sacado a España de la crisis.« (PP 17.02.2015)

Diese Annahmen würden auch durch die internationalen Reaktionen auf die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens bestätigt. So hätten die Finanzmärkte wieder Vertrauen in das Land gefasst (vgl. PP 11.01.2015). Spanien sei somit nicht mehr »el quebradero de cabeza de Europa, sino que es puesta como ejemplo de lo que hay que hacer para luchar contra la crisis« (PP 25.01.2015b). In diesem Zusammenhang betonte die PP stets, sie habe das Land bei Regierungsübernahme in einem desaströsen Zustand vorgefunden, der von ihrer Vorgängerregierung zu verantworten sei. Sie habe keine andere Wahl gehabt, als schwierige und mit Einschnitten verbundene Entscheidungen zu treffen (vgl. PP 09.12.2015). Die geleistete Regierungsarbeit habe Spanien aber ein gewisses Maß an Gestaltungs- und Handlungssouveränität zurückgegeben (vgl. PP 08.12.2015a). Der positive Wirtschaftstrend bestätige somit die Regierungsmaßnahmen und den damit verbundenen Fokus auf Schaffung von Arbeitsplätzen (vgl. PP 17.10.2015b).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die PP sei die eigentliche Kraft des Wandels bzw. der Krisenumkehr (vgl. PP 29.05.2015, PP 30.10.2015). Deshalb warnte sie davor,

> »[que] sólo hay un peligro que es parar el cambio que se inció en el 2011, volver atrás, a las políticas trasnochadas […] a las viejas políticas socialistas que dejaron España en la situación con que nos encontramos en 2011« (PP 12.05.2015).

Die ökonomische Konsolidierung, wie sie zunächst seit 2011 für die PP im Fokus stand, hätte nach Ansicht der PP zudem die Grundlage gebildet, um auch Stück für Stück eine Verstärkung sozialpolitischer Maßnahmen zu ermöglichen (vgl. PP 01.07.2015, 05.05.2015). Auch den Bürgern solle etwas von den wirtschaftlichen Erfolgen zurückgegeben werden, da diese ohne das Verständnis und die Opferbereitschaft der Bevölkerung nicht möglich gewesen wären:

> »Estábamos [el gobierno del PP] condicionados por una situacion extremadamente complicada, que nos limitaba mucho el ámbito de actuación de una política más social […] [,] es el momento de devolver los frutos de esa recuperación que hemos conseguido y, desde luego, devolvérsela a los españoles« (PP 01.07.2015).

Gleichermaßen wies die PP die Kritik an ihrer vermeintlich nachlässigen sozialpolitischen Ausrichtung zurück und betonte hingegen, »[que] defender las políticas sociales es poder pagarlas y eso es lo que ha hecho el Gobierno de Mariano Rajoy, con mucho esfuerzo y sacrificio por parte de los españoles« (PP 18.11.2015). Nicht zuletzt war die PP überzeugt, dass die von ihr herbeigeführte Trendwende untermauere, dass

> »no es lo mismo el PSOE que el PP, el partido de la crisis que el de la recuperación; o el que crea empleo y el que lo destruye […] [el PSOE lleva] a la política de ›las ocurrencias, del desastre económico, de la incertidumbre y del poco reconocimiento internacional‹.« (PP 11.10.2015)

Neben der ökonomischen Unfähigkeit und Rückschrittigkeit der PSOE (vgl. PP 29.04.2015b) warnte die PP auch vor der möglichen Bündnisgefahr der PSOE mit radikalen linken Kräften, die die spanische Erholung torpedieren könnten (vgl. PP 05.10.2015). So dürfe

> »España no […] volver a caer en las manos de quienes han destrozado nuestro país […]. Pero tampoco España puede caer en las manos de quienes

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> están instalados en la occurencia […] de quienes hacen partidos simplemente con personas que vienen de otros porque allí no les querían. Gobernar es algo muy serio y requiere de partidos serios con experiencia« (PP 19.04.2015).

An dieser Mahnung vor den Gefahren einer verstärkten sozialpolitischen Linie der PSOE in Kopplung mit möglichen linksalternativen Bündnissen mit neuen Formationen wird die ablehnende Haltung der Regierungspartei gegenüber der Etablierung des Podemos-Kollektivs deutlich. Wie sich die PP und die PSOE konkret positionierten und wie sie auf den neuen Kollektivakteur reagierten, soll im Folgenden dargelegt werden. Gleichermaßen wird hierbei auch die Krisenkonzeption und Stilisierung des Podemos-Kollektivs selbst zunächst vor der Untersuchung des Verhältnisses zu den etablierten politischen Kollektiven (PP und PSOE) ausgearbeitet.

3.2 Institutionalisierung von Podemos

Mit Blick auf die ökonomische und soziale Krisensituation positionierte sich Podemos konträr und mitunter konfrontativ zu den etablierten Kollektiven. Vor allem die Regierungspartei PP wurde scharf angegriffen. So könne die ökonomische Lage und vor allem die Arbeitsmarktsituation in keiner Weise als erfolgreich dargestellt werden, wie die Regierung es tat. Schließlich sei ein starker Anstieg an befristeten Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich zu verzeichnen, der keineswegs für eine nachhaltige Veränderung spreche, sondern lediglich die ökonomischen Unsicherheiten verstärke (vgl. Podemos 23.07.2015). Die verbesserten Beschäftigungsstatistiken auf makroökonomischer Ebene gingen auf Kosten von Prekarisierungen. Der Erfolg sei also lediglich ein Scheinerfolg. Zudem sei das sozialpolitische Staatshandeln zunehmend ausgehöhlt worden:

> »Recuperación […] a nivel macro, pero que eso no se traduce en un aumento de calidad de vida de la ciudadanía. […] [Además], si subvencionas la contratación, si abaratas el despido, si bajas salarios y erosionas derechos, no hay ingresos a Seguridad Social; si no hay ingresos a la Seguridad Social no hay dinero para financiar servicios públicos, no hay dinero para financiar pensiones, por lo tanto tienes que comer, como ya se ha comido, un 38 % de la hucha de las pensiones. Se rompe el engranaje de los sistemas de bienestar.« (Podemos 02.08.2015)

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Regierung habe mit dieser vagen Wirtschaftspolitik und damit einhergehenden Prekarisierungsverhältnisse eine Verschlechterung der Wertigkeit von Arbeit unmittelbar in Kauf genommen, um aus wahltaktischen Gründen ihr Ansehen zu rehabilitieren

> »[dado que] lo que se hace es tratar bajar porcentajes, no tratar buscar aquello para lo que servía el empleo […]. Así que precisamente lo que se está intentando es salvar la cara en una coyuntura preelectoral y tratar de vender que hay una recuperación económica.« (Ebd.)

Als größte Probleme identifizierte Podemos die wirtschaftlich angespannte Situation, die schwierigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und die hohe Arbeitslosigkeit. Sie seien durch regierungspolitische Fehlanreize und staatliche Sparmaßnahmen verschärft worden (vgl. Podemos 06.08.2015). Vor diesem Hintergrund erarbeitete Podemos in Zusammenarbeit mit verschiedenen Wirtschaftsexperten und der über die *Círculos Podemos* eingebundene Zivilgesellschaft ein alternatives Wirtschaftsprogramm, das in erster Linie den Rahmen für einen Ausweg aus der Krise und der mit ihr verbundenen Ungleichheit schaffen sowie für ein Ende der öffentlichen Sparmaßnahmen sorgen sollte (vgl. Podemos 08.07.2015, vgl. Podemos 22.10.2015). Nicht weniger als »[de] cambiar la realidad del país hacia un sentido ›más justo e igualitario‹« (Podemos 08.07.2015) sollte damit angestoßen werden. Denn letztlich verstand sich das Kollektiv auch als »fuerza política resultado de la crisis, resultado del empobrecimiento de sectores que […] se vieron a sí mismos como clases medias« (Podemos 27.05.2015). Deren bis dato nicht-repräsentierte Belange und sich durch die Krisenlagen materialisierenden Prekarisierungseffekte sollten vertreten und – auch durch den Versuch einer kompletten systemischen Re-Formierung des politischen Spaniens – verändert werden.[33]

33 Siehe hierzu: »Nos equivocaríamos si pensáramos que podemos ser el partido de las clases medias, cuando hablamos de clases medias empobrecidas hablamos de clases populares, que incluyen a sectores asalariados, a parados, a jóvenes precarios, a autónomos, a pequeños empresarios. Porque ese es el sector social que emerge políticamente como consecuencia de la crisis y que de alguna manera permite que nuestra hipótesis opere. […] Cuando hablábamos […] de la posibilidad de populismo de izquierdas en España, eso está vinculado a una situación de crisis económica que abre una crisis política o una crisis orgánica […] que permite patear el tablero y jugar con los ingredientes de nuevos consensos« (Podemos 27.05.2015).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

So setzte sich das Kollektiv für qualitativ hochwertige Arbeit, die Reduktion von Armut und Ungleichheit, das Ende der Sparmaßnahmen, eine stärkere Sozialpolitik und für die Transformation des vorherrschenden spanischen Produktivmodells ein (vgl. Podemos 22.10.2015). Ähnlich wie die PSOE war auch für das Podemos-Kollektiv eine Abkehr von den Sparmaßnahmen der Regierung dringend notwendig, um – in Anlehnung an die zurate gezogenen Expertenmeinungen – »alternativas políticas, sociales y económicas« (Podemos 22.10.2015) zu installieren, die sich von der regierungspolitischen Orientierung an der allgemeinen EU-politischen Linie der Einsparungen entfernten. Systemisch betrachtet sei die Krisenlage schließlich durch das fehlgeleitete politische Modell des Landes bestärkt worden. Das habe die Wirtschaftskrise mehr als deutlich offenbart. Podemos wünschte sich – ähnlich wie die PSOE 2014 – eine *nueva Transición* und sah die Möglichkeit dazu insbesondere durch das Anbrechen einer neuen Legislaturperiode gegeben.[34]

Seit dem Ende der Franco-Diktatur sei das politische System von politischen Eliten aus dem Übergang der Diktaturzeit geführt worden, »que carecían de legitimidad pero contaban con casi todo el poder« (Podemos 19.07.2015). Die demokratische Verfasstheit der spanischen Nation basiere also noch immer auf dem Führungsanspruch zweier großer Parteien, deren ökonomisch bedeutsamen neoliberalen Richtungsentscheidungen das Land in die aktuellen Krisen geführt hätten (vgl. ebd.). Das Podemos-Kollektiv inszenierte sich auch aufgrund dieser Diagnose als systemisch-strukturelle Alternative einer neuen Politik, die die Abkehr aus der Krisensituation und die Ermöglichung einer gerechten und sozialen Erholungsphase des Landes in einem neuen ›Pakt des Zusammenlebens‹ mit und durch die Bürger denkt, auf- und umsetzt:

> »[Podemos] siendo la fuerza política que representa a las clases populares y a la sociedad civil, defendiendo un proyecto de país para las mayorías sociales basado en la regeneración de las instituciones, en la justicia social y en la soberanía. Para ello estamos comprometidos con la promoción de un nuevo pacto de convivencia social y territorial que habrá de articularse

34 »La crisis financiera terminó por revelar los límites y peligros del modelo español y el envejecimiento de sus estructuras políticas […] y en los próximos meses va a dirimirse en España [….] la forma en la que se resolverá la nueva Transición en marcha. Las próximas elecciones, de hecho, no abren sólo una nueva legislatura sino quizá el inicio de un nuevo régimen político en el que muchas cosas habrán de cambiar« (Podemos 19.07.2015).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> mediante un proceso constituyente que no se negocie en despachos, sino mediante un gran debate social, que haga que en la nueva Transición los protagonistas fundamentales no sean las élites políticas y económicas, sino los ciudadanos.« (Ebd.)

Auch aus diesem Grund schrieb das Podemos-Kollektiv den Generalwahlen eine entscheidende Signalwirkung für die zukünftige Entwicklung des Landes zu (vgl. Podemos 07.11.2015). Podemos selbst komme eine entscheidende gestaltende Rolle in der spanischen Politik zu. Ausschlaggebend für diese Einschätzung waren die historisch schlechten Ergebnisse der beiden etablierten Kollektive des *bipartidismo* in den Regional- und Kommunalwahlen, die – in Anlehnung an die Umwälzungen in der arabischen Welt – eine *primavera democrática* in Spanien eingeleitet hätten (vgl. Podemos 25.05.2015c, Podemos 27.05.2015). Podemos wollte bei den Generalwahlen stärkste Kraft werden. Dieses Ziel bestärkte Podemos zum einen in seiner Selbstkonzeption als entscheidender Akteur für gesellschaftlichen Wandel (vgl. Podemos 03.10.2015). Zum anderen wurde die Geschichte der eigenen Weiterentwicklung – von einer mitunter radikalen Kraft zu einem sich institutionell in das politische System einbringenden Kollektiv – bekräftigt (vgl. Podemos 21.05.2015).

Des Weiteren betonte Podemos, sich – trotz der formal-institutionell angestrebten Teilhabe am politischen System – nicht als klassische Partei zu verstehen, sondern als bürgerliches »instrumento del cambio« (Podemos 17.07.2015) und grundlegend als »abierto[] a incluir a otros actores de la sociedad civil […].« (Podemos 02.07.2015) Diesen Ansatz einer ›echten‹ bürgerlichen Repräsentation verfolgte das Kollektiv auf zwei verschiedenen Ebenen. Dies zeigte zum einen die erneut stark partizipative Erarbeitung der programmatischen Schwerpunktsetzung und Kernanliegen für die Generalwahlen durch Bürger als Protagonisten (vgl. Podemos 28.10.2015). So sollte es möglich werden, »[de] devolver la soberanía a la ciudadania, acabar con las políticas de austeridad y regenerar la democracia« (Podemos 09.10.2015). Darüber hinaus sollte die vermeintliche echte Repräsentation des Volkes zu einem Bruch der klassisch dichotomen Trennung von Institution und Volk führen (vgl. Podemos 20.06.2015)[35], um letztlich eine neue

35 Siehe hierzu Pablo Iglesias Formulierung der strategischen Grundanliegen des Kollektivs: »Romper las relaciones institucionales entre los gobernantes y la gente. Eso implica un lenguaje distinto, un nivel de cercanía mucho más alto, un *feeling* con la gente […]« (Podemos 20.06.2015).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Repräsentationsinstanz gegenüber der ›Elite‹ zu ermöglichen (vgl. Podemos 03.10.2015).

Nicht zuletzt inszenierte sich das Kollektiv auch immer deutlicher als Fortführung der Protestimpulse der 15-M/Indignados, die über Podemos als Medium einer breiten gesellschaftlichen Vernetzungs- und Kollaborationsarbeit traditionelle, politische Verfahren aushebeln und zu einer neuen politischen Realität der Gesellschaft führen sollten: »Queremos caminar con la gente. Recuperar la frescura, la audacia, somos herramientas que la gente utiliza para cambiar su país« (Podemos 18.06.2015).[36] Auch die schwache spanische Linke könne so neu belebt werden (vgl. Podemos 28.05.2015).

Seit 1978 war die 15-M-Bewegung die erste Bewegung, die eine politische Debatte zu führen versuchte und mit den vorherrschenden neoliberal-marktorientierten Elite-Erzählungen mindestens eine Konfrontation suchte, wenn nicht gar mit ihnen brechen wollte (vgl. Podemos 02.08.2015). Just auf Basis dieser Konfrontation strebte Podemos an, als Akteur zu agieren, »[que aún n]o hay una relación mecánica entre el 15M y Podemos […] se forma el quórum social mediante el cual puede surgir una opción […] que trate de dar forma política al malestar generalizado« (ebd.). Podemos verstand sich folglich auch als Akteur, der dem Land Hoffnung bringen konnte (vgl. Podemos 05.08.2015) und dem sich durch das bereits in den Regional- und Kommunalwahlen 2015 abzeichnende Ende des bipartidismo ein Möglichkeitsfenster für die Durchsetzung einer alternativen Politik des Wandels – zunächst auf kommunaler Ebene – bot (vgl. ebd.). PP und PSOE versuchten hingegen, Podemos zu diskreditieren, indem sie das Kollektiv als radikal und extremistisch bezeichneten (vgl. Podemos 28.10.2015).[37] All diese Versuche seien laut Podemos jedoch wenig aussichtsreich, handele es sich doch bei Podemos um »la única fuerza capaz de lograr [el] cambio, a pesar de que los partidos tradicionales […] sacarán toda su ›artilleria‹ para desacredirale[]« (Podemos 10.05.2015).

---

36 Siehe hierzu: »[L]a irrupción del 15M, este no fue un fenómeno unívoco de movilización social, sino un campo de fuerzas […]. [La] ilusión de lo posible – ›si se puede…ganar‹ –, catalizada por Podemos desde hace un año ha sido factor decisivo de movilización« (Podemos 28.05.2015).

37 Podemos kritisierte die diskursiven Attacken von Podemos gestützten Kandidaten nach den Kommunalwahlen: »Lo que algunos anunciaban como la llegada de los bárbaros se va a transformar en instituciones mucho más amables« (Podemos 20.06.2015). Darüber hinaus sah Podemos die im Nachgang der Wahlen von der PP avisierten Reformen des Wahlrechts als Zeichen dafür, dass die PP ihre eigene Niederlage nicht professionell verarbeiten könne (vgl. Podemos 23.07.2015).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ebenso kritisierte Podemos die Versuche der politischen Gegner, die durch das Kollektiv artikulierten Forderungen und Ideen als ›alte Vorhaben‹ abzuwerten und als Teile eines ›alten Diskurses‹ zu kategorisieren (vgl. Podemos 06.09.2015). Die Zielsetzung, die hierdurch verfolgt werden sollte, umfasste nach Ansicht von Podemos eine Gleichschaltung aller politischen Kollektive. Darüber hinaus zeigte sich Podemos in Relation zu den beiden etablierten Hauptakteuren bisweilen selbstbewusst. Podemos sei die prägende Instanz und richtungsweisender Diskursführer der linksorientierten sozialpolitischen Politik Spaniens. Die PSOE werde sich ihrem Kurs anschließen (vgl. Podemos 25.05.2015a).

Bereits früh wurde bekannt gegeben, dass Podemos prinzipiell zu Koalitionsvereinbarungen mit der PSOE bereit sei. Allerdings nur unter der Bedingung, dass sämtliche sozialpolitischen Leitlinien des Kollektivs vonseiten der PSOE unterstützt und akzeptiert würden (vgl. Podemos 27.05.2015). Offen für eine Zusammenarbeit war Podemos, weil die PP als gemeinsamer ›Gegner‹ eingeschätzt wurde[38] und nur auf diesem Wege die Fortführung der PP-Regierung verhindert werden könne (vgl. Podemos 02.08.2015).[39] Das Kollektiv machte mehrfach deutlich, dass es sich in seiner Funktion »[de] ser los más duros confrontando con el PP« (Podemos 27.05.2015) als entschiedenste Oppositionsinstanz betrachtete und durch seinen radikalen Gegenentwurf zur Regierungslinie die politische Kraft bildete, die am stärksten für soziale Gerechtigkeit und die Bürgeranliegen eintreten könne (vgl. ebd.).

Im Anschluss an diese politische wie krisenbezogene Selbstverortung des Kollektivakteurs Podemos sollen nun dessen Impulse auf die Akteure PP und PSOE und deren Reaktionsweisen dargelegt werden. Zunächst kann festgehalten werden, dass es aufgrund der ersten nationalen Festigung von Podemos im Zuge der Regional- und Kommunalwahlen 2015 zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit diesem Akteur und seinen Forderungen kam. So setzte die PP auf eine schärfere Konzeptualisierung von Podemos als ›linke Gefahr‹ als die PSOE und betonte, der Wahlerfolg von Podemos sei ei-

38 »El problema del Partido Popular no es que sean de derechas, el problema es que […] aplican unas políticas que empobrecen a la mayoría de la gente« (Podemos 02.08.2015).

39 Nichtdestrotz verwies das Kollektiv darauf, jedwede Koalitionsverbindung sei nur unter bestimmten Voraussetzungen wie einer Übereinkunft bei Themen wie Einsparungen oder Korruptionsaufarbeitung möglich (vgl. Podemos 25.05.2015c). Der Zusammenschluss mit einer anderen Partei sei nicht das eigentliche Ziel, schließlich wünschten sich die Bürger keine Pakte, sondern einen Wandel (vgl. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ne Gefahr für Spanien und bedeute einen Rückschritt in die Krise (vgl. PP 30.10.2015). Darüber hinaus konstatierte die PP, dass »[e]n tiempos de dificultad, no se puede jugar con lo más importante, que es el futuro de todos los ciudadanos y de la nación […]« (PP 21.03.2015). Als abschreckendes Beispiel wurde die schwierige ökonomische Situation in Griechenland angeführt, die auch Spanien drohe, sollte es zu einer Machtübernahme durch Podemos oder zu einer Koalition von PSOE und Podemos kommen (vgl. PP 13.07.2015a).[40]

Wie bereits im Jahr 2014 wurde die PSOE für die Formalisierung und Institutionalisierung von Podemos verantwortlich gemacht. Sie habe ihren eigenen Kurs verlassen und sich zum Unterstützer radikaler Kräfte gemacht (vgl. PP 14.08.2015, PP 14.06.2015a und b). Podemos sei ein bloßes Experiment, das für Rückschritte anstatt Stabilität stehe (vgl. PP 18.11.2015, PP 20.03.2015) und über keine ernstzunehmende politische Erfahrung verfüge (vgl. PP 08.12.2015c). Das Kollektiv instrumentalisiere durch seine populistische Diskursführung vielmehr bürgerliche Interessen (vgl. PP 21.10.2015a). Zudem mahnte die PP an,

> »[que c]on la izquierda de los eslóganes y del despilfarro público; con el populismo de la nada; con los radicalismos; lo único que se puede hacer es volver al paro, a la recesión, a la desconfianza y a la inseguridad.« (Ebd.)

Der Populismus habe mit einfachen Lösungsansätzen und der Instrumentalisierung von Unzufriedenheit leichtes Spiel (vgl. PP 29.06.2015b), wohingegen »el PP, Mariano Rajoy, tomó las decisiones que España necesitaba en un momento complicado en el que nuestro país estaba al borde de la quiebra« (PP 04.03.2015). Angesichts der Zusammenarbeit von Podemos und PSOE im Anschluss an die Kommunalwahlen[41] garantierte die

40 Siehe hierzu auch PP (29.06.2015a): »Grecia ahora tiene un gobierno populista, muy parecido a formaciones presentes en nuestro país, con las que el PSOE está pactando […]. El PSOE se está coaligando con Podemos para tener algunos gobiernos con el mismo partido, los mismos que están llevando a Grecia a una situación absolutamente límite«.

41 So hatte die PSOE infolge der Kommunalwahlen in all jenen Kommunen Bündnisse mit dem Podemos-Kollektiv geschlossen, in denen ein Zusammenschluss die Mehrheit der PP übertraf und somit eine konservative Führung der betreffenden Rathäuser vermieden werden konnte (vgl. Zarzalejos 2016: 187). Hierdurch verhalf die PSOE Podemos zu einer »considerable institutional power […] [by gaining] significant positions, such as the city halls of Madrid and Barcelona« (ebd.) und verstärkte – entgegen ihres ei-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP, dass derartige Bündnisse und damit einhergehende Destabilisierungen unter ihrer Regierung nicht wieder vorkommen würden (vgl. PP 14.06.2015a, PP 29.10.2015). Die Paktschlüsse wertete die Regierung als klares Indiz für die Machtversessenheit der PSOE (vgl. PP 01.07.2015), die sich damit selbst als verantwortliche Regierungsoption diskreditiere und an Bedeutung verliere (vgl. PP 09.10.2015b, PP 13.07.2015c). Die PP hingegen – als Partei mit demokratischer Tradition (vgl. PP 12.05.2015) – sei die einzige Partei, die für wirkliches realpolitisches Handeln und nicht nur für leere Worthülsen oder TV-Inzenierungen stehe (vgl. PP 25.01.2015a).

Im Gegensatz zur PP sah sich die PSOE zunehmend dazu gezwungen, ihr eigenes sozialpolitisches Profil gegen die Forderungen und Anliegen von Podemos abzugrenzen. Folglich kritisierte die PSOE sowohl die PP als auch Podemos als Formationen der Lüge, wohingegen sie selbst für eine Politik der Wahrheit einstehe (vgl. PSOE 18.01.2015). Als einziges Parteikollektiv verfolge sie politisch wirkliche Interessen der Gesellschaft, wohingegen die anderen beiden Akteure lediglich zum Schaden der PSOE beziehungsweise als deren Gegenpol agieren würden (vgl. PSOE 09.12.2015a, PSOE 17.10.2015).

Zudem warf die PSOE beiden Akteuren die Produktion von Angst und Unsicherheiten vor, die das Land in keiner Weise weiterbringen würden. Aus diesem Grund stand für die PSOE fest, dass »no deben ni pueden ganar los que generan miedo, ni tampoco los que generan incertidumbre« (PSOE 26.10.2015). Ein produktiver gesellschaftlicher Wandel sei von keinem der Kollektive außer der PSOE zu erwarten,

> »[dado que] el PP es ›para seguir como siempre‹, mientras que el voto a […] Podemos ›es para bloquear las instituciones y crear problemas‹, mientras que el voto al PSOE ›será para gobernar para la mayoría y arreglar los problemas‹.« (PSOE ohne Datum 2015-11)

In der Auseinandersetzung mit dem Podemos-Kollektiv versuchte die PSOE, einerseits deren Vertrauens- und Glaubwürdigkeit als Regierungsalternative zu unterminieren. Sie trage mit ihren Vorhaben weder zu einer Konsolidierung noch zum Erhalt der Einheit Spaniens bei. Ähnlich destruktiv agiere auch die PP:

---

gentlichen Anliegens – die ›neue‹ Kraft am linken politischen Spektrum Spaniens (vgl. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »[E]l cambio que necesita España ›solo lo puede liderar el PSOE, porque no se pueden sumar más fracturas a las que ya ha provocado el PP en estos 4 años, ni tampoco podemos sumar la fractura de los que hablan de los de arriba y los de abajo, y la de quienes hablan de los viejos y los nuevos‹, en alusión a Podemos y Ciudadanos. ›Esto no va ni de vieja, ni de nueva política. Esto va de buena política, que es la que solo el PSOE sabe hacer‹.« (PSOE 24.11.2015)

Andererseits kritisierte die PSOE ähnlich wie die PP das Podemos-Kollektiv als bloße provokative Formation, die kein klares und valides Programm habe (vgl. PSOE 06.11.2015b) und daher auch nur begrenzt glaubwürdig sei (vgl. PSOE ohne Datum 2015-12). Letztlich sei Podemos lediglich an destruktiven Auseinandersetzungen und Störungen interessiert: »Tampoco ›los que vienen de nuevos‹ son una opción de futuro para España […]. ›Dicen que hay que dinamitarlo todo, pero no dicen qué construir‹« (PSOE ohne Datum 2015-8). So würden die neuen Kräfte versuchen, eigentlich alte Politik zu verkaufen (vgl. PSOE 22.05.2015). Hauptanliegen von Podemos (ähnlich der PP) sei es, die PSOE anzugreifen:

> »Ciudadanos pide el voto para gobernar con el PP, Podemos pide el voto para dividir el voto de la izquierda y ganar al PSOE y nosotros [el PSOE] lo pedimos para […] construir un futuro para la mayoría« (PSOE 18.12.2015).

Anders als in den Jahren 2011 und 2014, als die PSOE in der Öffentlichkeit durchaus noch konstruktiv auf die Impulse von 15-M und Podemos reagiert hatte, verschärfte sich die diskursive Auseinandersetzung der PSOE mit dem neuen Kollektivakteur in Anbetracht der Generalwahlen zusehends, obwohl es mancherorts kommunale Bündnisse gab.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Generalwahlen kann gesagt werden, dass keiner der drei Kollektivakteure sein eigentliches Ziel – den eindeutigen Sieg bei den Generalwahlen – erreichen konnte. Zwar wurde die PP stärkste Kraft und kündigte den Willen zu einer Regierungs- oder Koalitionsformung an, kritisierte aber gleichzeitig die PSOE für ihre Blockadehaltung (vgl. PP 30.12.2015). Trotz dieser bereits kurz nach der Wahl zutage tretenden Zwistigkeiten zwischen den beiden Altparteien verbuchte die PP ihr eigenes und das Ergebnis der PSOE, die zweitstärkste Kraft geworden war, dennoch als Zeichen dafür, dass

> »independientemente del aumento de la fragmentación política y de que en el nuevo Parlamento vayan a estar representadas muchas fuerzas polí-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> ticas y muchas coaliciones, hay que decir que la mayoría de los votantes en el día de ayer ha inclinado su voto y han apoyado a formaciones políticas que comparten la defensa del orden constitucional, la unidad de España, la soberanía nacional« (PP 21.12.2015).

Anders als die PP ordnete die PSOE das Wahlergebnis hingegen als eindeutiges Zeichen für einen linken Wandel und eine deutliche Ablehnung der Regierungspolitik der PP ein. Schließlich hätten sich 71 Prozent der Spanier für linke oder progressive Kräfte und damit gegen die Regierungspartei entschieden (vgl. PSOE 28.12.2015). Dass sie zweitstärkste Kraft geworden waren, wertete die PSOE als Zeichen, »[que s]omos […] la alternativa al PP y la primera fuerza de la oposición y de la izquierda en España« (PSOE ohne Datum 2015q). Einer weiteren Amtszeit von Rajoy als Präsident Spaniens werde sie allerdings nicht zustimmen, da »los españoles han votado cambio e izquierda« (PSOE ohne Datum 2015q). Die PSOE stehe zwar für einen linksalternativen, aber nicht für einen die Einheit Spaniens gefährdenden Wandel, sondern wolle vielmehr versöhnend und verbindend wirken (vgl. PSOE 28.12.2015).

Lediglich Podemos interpretierte die Wahlentscheidung der Bevölkerung als Patt neuen Ausmaßes, da hierdurch ein eklatanter Einschnitt in Spaniens Politik eingetreten sei, den keine der beiden Altparteien sehen wolle und der die Entwicklung seit 2014 bestätigen würde (vgl. Podemos 11.01.2016). Obwohl auch Podemos letztlich einräumen musste, dass es sein Ziel, stärkste Kraft zu werden, verfehlt hatte, sah das Kollektiv sich darin bestätigt, dass »en media España el cambio ya está ganando y el tablero político ha cambiado de forma drástica« (ebd.).

Wie diese Entwicklungen auf einer gesamtdiskursiven Ebene des politischen Diskurses und Akteursspektrums in Spanien für die Jahre 2011-2015 zu deuten sind und welche Effekte sie evozierten, wird nachfolgend analysiert.

4. (Politische) Kollektive in Bewegung

Die Ergebnisse der bisherigen Analyse werden nun mit den diskurs- und akteurstheoretischen Ansätzen nach Michel Foucault und Bruno Latour verschränkt, um die Frage zu beantworten, welche Effekte die Entwicklungen im Krisenzeitraum auf der Makroebene des politischen Diskurses hervorgerufen haben. Darüber hinaus werden die skizzierten Entwicklungen auch in einen

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gesamtbezug zu den systemischen Implikationen für die spanische Gesellschaft und die politischen Akteure Spaniens gesetzt.

4.1 Repräsentation: Verhandlung und Inszenierung

Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse sind die politischen Kollektiventwicklungen und Krisenkonzeptionen durchaus als dynamisch zu beschreiben. Diese neue Dynamik, ausgelöst durch die Institutionalisierung von Podemos und den deutlichen Zuwachs zur sich in etwa parallel zu Podemos formierenden *Ciudadanos*-Partei[42], führte zum Umbruch des repräsentativen Systems Spaniens und zu einer Erweiterung der bis dato vornehmlich auf zwei Parteien basierenden politischen Diskurs- und Repräsentationsformation. Ausgehend von den Europawahlen 2014 fand dieser Prozess letztlich seine Konsolidierung »en las elecciones generales de diciembre de 2015 […] [con] Podemos y otro partido emergente, Ciudadanos […] inaugurando un sistema multipartidista« (Real-Dato 2018: 129). Mit dieser Ausweitung des Akteursspektrums endete eine Ära: Seit dem Ende der Franco-Diktatur hatten sich PP und PSOE als traditionell stärkste politische Repräsentationskollektive Spaniens abwechselnd in der Regierung befunden (vgl. García-Albacete/Lorente/Martín 2018: 77). Nun war ein neuer Akteur aufgetaucht.

Seit Beginn der 2000er Jahre war das Misstrauen der spanischen Gesellschaft gegenüber den politischen Repräsentations- und Regierungsinstanzen stetig gewachsen, das sich mit diesem Umbruch manifestierte. Damit einher ging eine Geringschätzung »de los dos grandes partidos del sistema, PP y PSOE, presentados como una oligarquía acostumbrada a repartirse el poder ignorando el interés general« (Rico Motos 2019: 157f.). Diese Ablehnung der ›Machtoligarchie‹ und die Gleichsetzung von PP und PSOE fand ihren ursprünglich-nachhaltigen Ausgangspunkt in den erläuterten 15-M-Protestformationen sowie den damit verbundenen Überzeugungen, dass das traditionelle politische Repräsentationssystem nicht mehr adäquat für die Bedürfnisse der Bürger einstehen würde (vgl. Fernández-Albertos

42 Kann die Etablierung des Podemos-Kollektivs als Erweiterung des linken politischen Spektrums gefasst werden, gilt dies für die konservative politische Seite ebenfalls durch *Ciudadanos*, deren Hauptanliegen die Bekämpfung von Korruption war und deren Inszenierung eine Alternative zur hiervon infiltrierten PP bildete (vgl. Bernecker 2018: 343). Da in der vorliegenden Untersuchung jedoch vor allem die diskursiven und systemischen Dynamisierungen im Vordergrund stehen, soll nicht näher auf Ciudadanos eingegangen werden.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2015: 13). Nach Auffassung eines breiten Teils der Bevölkerung hatte sich das politische System Spaniens ab 2011 insgesamt als dysfunktional erwiesen, weil das traditionelle politische Repräsentationssystem – auch angesichts der Krisenlagen – nicht mehr adäquat auf die Bedürfnisse der Bürger einzugehen vermochte (vgl. Fernández-Albertos 2015: 13). Zusätzlich befeuert wurde diese Stimmung durch diverse Korruptionsskandale, die sowohl PP als auch PSOE betrafen. Es setzte eine zunehmende Entfremdung ein (vgl. Delgado Sotillos 2019: 88), die als »ruptura de la rutina sobre la que se ha deslizado plácidamente la democracia liberal« (Monedero 2011: 74) zu werten ist. Nicht zuletzt das eklatante Missverhältnis zwischen der korruptiven Verwendung öffentlicher Gelder bei gleichzeitig massiver Reduzierung von staatlichen Mitteln für beispielsweise soziale Investitionen, »konterkarierten die Aufrufe zur Austerität und untergruben zugleich die gesellschaftliche Akzeptanz der Sparprogramme« (Bernecker 2018: 344). Gleichzeitig verdeutlichte das Ausmaß und die Schwere der Fälle, dass Korruption »zu einem endemischen und systemischen Problem geworden [war]« (ebd.). Gleichermaßen zeigten die physischen Präsenzen des Widerstands der 15-M ganz praktisch »el fracaso del mensaje promovido por los medios de que NO HAY OTRA ALTERNATIVA [Herv. i.O.]« (Navarro 2012: 104). Dieser Widerstand legte zudem offen »[que] la legitimidad difusa del sistema va debilitándose […] empieza a fallar como una escopeta de feria cuando la gente dice basta« (ebd.). Die ökonomische Krisenlage wurde folglich von einer Legitimitätskrise überlagert.

Vor diesem Hintergrund kann die 15-M-/Indignados-Bewegung als erste disruptiv-systemische Reaktion und Materialisierung eines wütenden Protests verstanden werden, der auf den Erfahrungen einer realen Inkongruenz zwischen politischen Äußerungen und erfahrbaren Kriseneinschnitten beruhte. Die 15-M repräsentierte somit in einem Foucault'schen Sinne eine diskursiv-widerspenstige Kraft, da sie das gegebene diskursive Statut der politischen Obrigkeiten infrage stellte und hierdurch sowohl Sicht- als auch Sagbarkeitsfelder verschob bzw. mindestens dynamisierte. Zudem konnten mit der 15-M-Bewegung Ungleichheiten sowie Prekarisierungs- und Armutsverhältnisse real-köperlich visualisiert und erfahrbar gemacht werden:

> »Suddenly, the 15M brought to light a hidden subjectivity whose malaise exploded […] under the conditions predetermined by the global crisis and its historical translation within Spanish context of the last decades.« (Alba Rico 2019: 79)

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Durch die Verkörperlichung[43] subjektiver Krisenerfahrungen

> »ermöglichten die Bewegungen ein Einbrechen des privaten Alltags in öffentliche Aushandlungsprozesse. Sie verschoben und erweiterten Grenzen des Politischen […]. Im Kontext der durch die Austeritätspolitik und den engen strukturellen Möglichkeitskorridor in der Krise verhärteten Institutionen erlaubte das Anknüpfen an alltägliche Bedürfnisse und Forderungen eine radikale Gesellschaftskritik« (Huke 2017: 255).

In dieser Hinsicht gelang es bereits über die 15-M-Bewegung ›andere‹ Erfahrungen und ›neues‹ Wissen über die – in erster Linie ökonomische – Krisenrealität in das Sichtbarkeits- und Bewusstseinsfeld der Gesellschaft zu rücken. Als störende Impulse lösten sie eine »fundamentale Delegitimierung der Regierenden und der herrschenden Politik in der Bevölkerung, die Normalisierung und Legitimierung von (zivilem) Ungehorsam sowie eine Repolitisierung des Alltagslebens […]« (ebd.: 234) aus.

Verstärkt wurden diese Delegitimierungseffekte durch die angesprochene, zunehmende, alters- und schichtenübergreifende gesellschaftliche Entfremdung von den traditionellen politischen Repräsentationsinstanzen (vgl. Real-Dato 2018: 135, López 2018: 58). So versammelten sich »hinter der Formulierung ›No nos representan‹ sehr viele unterschiedliche Unbehagen […]« (Steidinger 2015: 215), die über ihre Vernetzungs- und Kommunikationsleistung zu einer breiten Sichtbarmachung von ›Gegeninformation‹ beitrugen (vgl. ebd.: 217). PP und PSOE wussten der Inkongruenz zwischen gesellschaftlicher und politischer Realität nicht anders als mit gegenseitigen Schuldzuweisungen und Diffamierungen zu begegenen, die sich seit dem Regierungswechsel 2004 über die Jahre steigerten.[44]

---

43 Siehe hierzu auch Steidinger 2015 zu der Wirkung der Platzbesetzungen durch die 15-M: »Von außen betrachtet machen die provisorischen Zeltplätze im Stadtzentrum und die aus allen möglichen Materialien zusammengeschusterten Hütten auf den besetzten Plätzen die prekarisierten sozialen Lebensverhältnisse der Personen sichtbar, die […] tendenziell in die Peripherien der Städte abgedrängt wurden« (Steidinger 2015: 224).

44 Zum Wechsel von einer konservativen zu einer sozialistischen Regierung unter José Luis Rodríguez Zapatero im Jahr 2004 sagt Bernecker (2012: 216): »Wie in keiner Legislaturperiode zuvor, kam es zu einer tiefgehenden Polarisierung, die das genaue Gegenteil jenes Konsenses darstellte, der in den Jahren der Transition vorgeherrscht hatte […]. In der Legislaturperiode 2004-2008 entwickelte die konservative Opposition eine bewußte Strategie der ununterbrochenen Provokation (*crispación*). Diese langanhal-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wie die inhaltliche Aufbereitung der Diskursstränge zeigte, nutzte insbesondere die PP sowohl das Aufkommen der 15-M-Bewegung als auch von Podemos als Abgrenzungsmodell zur PSOE sowie zur Diffamierung der durch die sozialistische Partei betriebene Politik, wohingegen die PSOE (vergeblich) versuchte, die Impulse beider Formationen gewinnbringend politisch für sich zu eigen zu machen. Letzlich wurde phasenweise durch die 15-M sogar zunächst die PP durch die PSOE-Schwächung gestärkt, wie sich an den Wahlentwicklungen 2011 zeigte.[45] Mit Podemos trat eine Instanz auf den Plan, die zum einen als radikal ›andere‹ Kraft zu den bestehenden Parteikollektiven wahrgenommen und inszeniert wurde. Zum anderen vermochte sie es – ausgehend von den 15-M-Protesten –, die in der Gesellschaft präsente Unzufriedenheit und die existenten Repräsentationsmissstände institutionell zu artikulieren. Anhand dieser Entwicklungen offenbarte sich erneut die bereits angesprochene doppelte Krisendynamik, die neben den ökonomischen Auswirkungen vor allem auch mit einer politischen (Legitimäts-)Krise im Habermas'schen Sinne einherging, die letztlich als Anreizmoment für einen politischen und kollektiven, qualitativen wie quantitativen Wandel fungierte (vgl. Torcal 2018: 199).[46] So erscheint die konstatierte parteipolitische Erweiterung Spaniens nur als folgerichtige Entwicklung eines Prozesses, der ein eklatantes repräsentatives Missverhältnis und den Bedarf nach einer Re-Formierung der gesellschaftlichen Realitäts- und (politischen) Handlungsgestaltung aufscheinen ließ.[47] Diese Bedarfslage wurde also diskursiv von Podemos aufge-

---

tende *crispación* hatte verhängnisvolle Folgen für das Land […]. [S]chließlich zerstörten die Verunglimpfungen und Beleidigungen die Glaubwürdigkeit der ›politischen Klasse‹, der staatlichen Instutionen und des Landes insgesamt. Deutlichster Ausdruck des Vertrauensverlustes […] war das Entstehen der ›Bewegung 15. Mai‹«.

45 So trug – paradoxerweise – just die 15-M-Bewegung vornehmlich zu einer Schwächung der bis dahin sozialpolitischen Repräsentationsinstanz (PSOE) bei und erwirkte einen Machtwechsel auf die konservative PP (vgl. Pereira-Zazo/Torres 2019: 2). Erst mit dem Aufkommen von Podemos »the Spanish political system was destabilized« (ebd.: 2).

46 Monedero 2019 sieht die verschiedenen, sich überlappenden Krisenszenarien in Spanien als exemplarisch für die verschiedenen Typen der Habermas'schen Krisendefinition an, die alle auf Basis der 15-Impulse getriggert wurden: »To put it another way, what this entails is an identity crisis, an economic crisis, a rationality crisis and a motivation crisis. That is the situation that was created in May 2011 in Spain« (Monedero 2019: 28).

47 Sánchez Muñoz weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bereits der regierungspolitische Wechsel auf die PP im Jahr 2011 als erste Wandlungstendenz gedeutet werden könnte. Diese hätte sich dann in den Folgewahljahren 2014 und 2015 anhand

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

griffen und durch deren politische Formalisierung institutionalisiert, »as the *Indignants* movement […] failed because […] it was but a mass mobilization without political perspectives. Podemos has come to give an answer to such a social demand« (Elorza 2016: 27; Herv.i.O.). Wie auch anhand der diskursanalytischen Auseinandersetzung deutlich wurde, verstand sich Podemos als Repräsentationinstanz der Wut und Empörung, die sich über die 15-M-Proteste öffentlich visualisierte und die sich als Alternative zum bisherigen repräsentativen Establishment zu inszenieren bzw. verfestigen versuchte (vgl. Cordero 2018: 156).[48] Profitiert hatte Podemos von der bereits über die 15-M diskursiv manifestierten, gegebenen Inkongruenz zwischen einer (politischen) Elite und der (bürgerlichen) Gesellschaft (vgl. Real-Dato 2018: 137) sowie einer darauf basierenden Sichtbarmachung »de los intereses de ciertos sectores sociales castigados por la crisis que han sido desatendidos por la oferta política existente« (Fernández-Albertos 2015: 105). So schaffte es Podemos, sich als ›Partei des Wandels‹ zu bestätigen (vgl. Real-Dato 2018: 136, Fernández-Albertos 2018: 92). In der Folge zeigten die Entwicklungen der Wahljahre 2014/2015 deutlich,

> »[que se] generó un ambiente renovador […] que le [Podemos] situaban en un terreno de juego donde debía encontrar su propio espacio teniendo competidores a su izquierda y a su derecha […]. Con su discurso transversal […] representaron una novedad y supieron generar y transmitir esperanza e ilusión en electores hastiados con el funcionamiento del sistema y críticos con el rendimiento de las instituciones.« (Delgado Sotillos 2019: 118f.)

Abschließend kann konstatiert werden, dass sich die repräsentativen Erweiterungen und Verhandlungsräume in erster Linie über gegenseitige Differenzbildung zwischen (vermeintlich) ›alten‹ und ›neuen‹ politischen Kollektivakteuren sowie der Impulssetzung einer ›anderen‹ gesellschaftlichen Realität als Katalysemoment für ›andere‹ repräsentative Kräfte und einer damit ver-

---

der weiteren Ausdifferenzierung und dem Aufkommen neuer parteipolitisch relevanter Kräfte – vornehmlich Podemos – weiter konsolidiert (vgl. Sánchez Muñoz 2011: 239).

48 Mit der parteipolitischen Institutionalisierung hatte Podemos das gesellschaftliche Momentum genutzt und den eigenen Anliegen eine strukturelle Nachhaltigkeit ermöglicht, die in der Organisationslogik und dem Selbstverständnis der 15-M nicht möglich gewesen wäre und letztlich auch zu deren großteiligen Auflösung führte (vgl. Muíno 2019: 142).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bundenen Dynamisierung der Diskurs- und Wissensverhältnisse beschreiben lassen.

Im folgenden Kapitel werden nun auf Basis dieser Repräsentationsdynamiken und Zuschreibungen die Artikulationsweisen der jeweiligen Kollektivpositionierungen und ihre machtstrategischen Hintergründe näher betrachtet.

4.2 Diskursproduktion: Machtstrategien und Legitimationsfolien

Wie bereits im vorhergehenden Unterkapitel deutlich wurde, können die Veränderungen im spanischen politischen Repräsentationssystem durchaus als dynamisch-produktive und belebende Elemente für den demokratischen Diskurs gesehen werden. Gerade die Störimpulse der 15-M-Bewegung wie auch des Podemos-Kollektivs können hierbei als systemische wie diskursive Reizelemente für die Weiterentwicklung einer (diskursiven) Ordnung und eines damit verbundenen gemeinsamen Wissensbestandes im Foucault'schen Sinne gesehen werden. Diese Reize wirkten durch die verschiedenen Kontroversen belebend und trugen zu einer breiteren, gesellschaftlichen Repräsentation und (politischen) Identifikation bei. Anders als 2014/2015 von PP und PSOE kritisiert, wirkte die Podemos-Partei somit nicht als zerstörerische, sondern belebende und auch demokratisierende Kraft in der politischen Debatte,

> »[dado que] un sistema de partidos polarizados se caracteriza por una competición partidista más intensa, lo que […] mejora la calidada de la representación política y ofrece una diferenciación más amplia de la oferta política.« (Torcal/Serani 2018: 176)

Denn, was sich anhand der repräsentativen Verschiebungen innerhalb Spaniens zeigte, war zuvorderst, dass die kollektiven Fragilitäten und verschiedenen Konfliktlinien das Formulieren und Führen ›anderer‹ gesellschaftlicher Debatten ermöglichte. So liegt doch »[e]rst in der Instabilität und Dynamik […] die Möglichkeit zur Veränderung« (Giubilaro 2020: 331). Durch die physischen und diskursiven Materialisierungen ›anderer‹ Wissensverhältnisse wurden bis dato verbindliche gesellschaftliche Kohärenzsysteme aufgebrochen, wodurch widerständische Prozesse lanciert und im Kollektiv legitimiert werden konnten. Denn beide Kollektivimpulse vermochten es,

> »›Verkrustungen [aufzubrechen], die durch die Entfernung des politischen Sytems und Bevölkerungsteilen entstanden sind‹ (Shahyar 2010: 114). Pro-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> teste verändern zudem die herrschende öffentliche ›Ordnung des Diskurses‹ (Foucault 2012) sowie das ›Sagbarkeitsfeld‹ (Jäger/Jäger 2007) und damit auch, welche Subjekt- bzw. Sprecher_innenpositionen als legitim anerkannt und öffentlich wahrnehmbar werden und damit in der Lage sind, Inhalte und Forderungen zu artikulieren […]« (Huke 2017: 63).

In dieser diskursiv-widerspenstigen Funktion übten die neuen Kollektivkräfte machtpolitische Impulse auf die jeweiligen Repräsentationsinstanzen und die mit ihnen verbundenen Klassierungs- und Ordnungsschemata aus. Der Deutungsrahmen gesellschaftlicher Realität begann sich zu verschieben und Podemos inszenierte sich als ›andere‹ Machtoption. Als bürgerliche Repräsentationsinstanz stand sie für eine andere Demokratie und stellte sich der politischen Elite bzw. ›Kaste‹ entgegen: »[Así que Podemos] se define como un movimiento del pueblo contra los privilegios de la casta« (Cordero/Christmann 2018: 159).

Als primäre Legitimierungsfolie nutzte das Kollektiv insbesondere ab 2015 intensiv die Forderung nach einer *nueva Transición* oder auch *segunda Transición*[49] und versuchte hierüber, die Repräsentationslegitimität von PSOE und PP sowie der spanischen Verfassung zu erodieren.[50] Zwar griff die PSOE diese

49 Die Referenz auf die postdiktatorische Phase der *transición* wurde für (macht-)politische Zwecke genutzt. Podemos waren nicht die ersten. Bereits Anfang der 1990er Jahre hatte der konservative José María Aznar diese Forderung in seinem Wahlkampf aufgegriffen (vgl. Juliá 2017: 550). So erklärte die PP die erste Phase des Übergangs von einer Diktatur in eine demokratische Staatsform als abgeschlossen, sah allerdings nur die PP dazu in der Lage, diesen Demokratisierungsschub weiter voranzubringen und gleichzeitig die Einheit und das Nationalbewusstsein zu wahren (vgl. ebd.: 546-552). Für die PP »la segunda transición tuvo sentido cuando su proyecto consistía en alcanzar el poder: eso era la segunda transición, que el PSOE saliera del Gobierno y entrara el PP« (ebd.: 554). Aznar publizierte hierzu 1994 sogar ein Buch, in dem er diese neue Interpretation einer *segunda transición* darlegt, die vor allem der schlechten Politik der PSOE entgegenwirke und für eine neue Zukunft stehe, die sich frei von der jüngsten Vergangenheit und damit auch frei von den Erinnerungen an die Diktatur machen solle (vgl. Cuesta Bustillo 2017: 25).

50 Podemos Forderungen einer zweiten Transition spielten zunächst auf repräsentative Defizite der bisherigen Regierungsparteien an. Ihnen warf das Kollektiv Korruption und Oligarchie vor (vgl. Franzé 2017: 227). Podemos zielte zudem zunächst auf einen kompletten systemischen Bruch bzw. Neuordnung, »un proceso constituyente que ›rompa el candado‹ de la Constitución de 1978 y discuta ›todo con todos‹« (Franzé 2017: 230) ab. Mit der Zeit wandelte sich dieser zunächst radikal-systemische Antagonismus hinzu einer Reformation und Erweitertung des bestehenden politischen Systems

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Forderung ebenfalls auf, richtete sie allerdings vornehmlich auf den dringend notwendigen Reformationsbedarf des wirtschaftlichen System Spaniens. Podemos hingegen stellte mit der öffentlichen Kritik an der Verfassung aus dem Jahr 1978 sowie den geläufigen Deutungsnarrativen des historischen Übergangsprozesses von der Franco-Diktatur in eine Demokratie zuvorderst die politisch-systemische Repräsentationsfortführung von PP und PSOE infrage. Beide Parteien hätten den ungehinderten Übergang von Repräsentanten des diktatorischen in das demokratische System mitgetragen beziehungsweise gebilligt.[51] So schien in der Zeit nach Ende der Franco-Diktatur – auch aufgrund der Angst vor erneuten kriegerischen Auseinandersetzungen – von der Mehrheit der Gesellschaft und den Gruppierungen der *dos españas* (Zwei Spanien)[52] ein *pacto del olvido* (Pakt des Vergessens) geschlossen worden zu sein, der jedwede Erosion des Demokratisierungsprozesses zu vermeiden versuchte (vgl. Orosz 2009: 47).

Die Infragestellung des bis dato als modernisierend geltenden Narrativstrangs des spanischen Demokratisierungsprozesses kann auch als Einbruch einer sogenannten Latenzzeit[53] interpretiert werden. Plötzlich wurden die

---

durch eine zweite Transition. In dieser Hinsicht »el discurso de Podemos es de regeneración democrática más que de impugnación del orden« (ebd.: 238). In diese moderatere bzw. prinzipiell anerkennende Richtung wendete sich die Transitions-Auffassung der Partei auch zunehmend während des Wahlkampfes 2015, da eine »nueva Transición, recordando que la primera había sido ›exitosa‹« (Juliá 2017: 618) versprochen und somit doch dem ursprünglichen Erfolgsnarrativ Rechnung getragen wurde.

51 So erläutert Orosz (2009), der Übergang von der Franco-Diktatur in eine demokratische Verfasstheit Spaniens sei kein Bruch, sondern sei unter Einbezug des Militärs und ehemaliger franquistischer Machtinstanzen erfolgt, um Putschversuche zu unterminieren und die Akzeptanz für das neue Gesellschaftsmodell sowie die Zustimmung für eine neue demokratische Verfassung (1978) auf eine möglichst breite Basis zu stellen (vgl. Orosz 2009: 47f.).

52 Die Metapher der *dos españas*, die den Konflikt zwischen linksliberal-modernisierenden und rechtskonservativ-traditionalisierenden Kräften beschreibt, geht auf eine langwährendenden Mythos der spanischen Selbstverfasstheit zurück. Ursprünglich verweist die Verwendung auf den Konflikt von katholischen Karlisten und progressiv-liberalen Kräften im 19. Jahrhundert und den Widerstreit ihrer Ideen und Ideale. Ihre separierende ideelle Wirkung manifestierte sich insbesondere auch in den (kämpferischen) Auseinandersetzungen von republikanischen und konservativen Kräften in den 1930er Jahren (vgl. Kühn 2012: 70).

53 Ganz allgemein verweist der Begriff Latenz auf etwas Vergangenes, das nicht direkt für die Sinne zugänglich ist, allerdings eine unterschwellig spürbare Präsenz hat und hierdurch auf die Gegenwart bzw. die gesellschaftliche (oder subjektive) Realität wirkt.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unterschwellig in der spanischen Gesellschaft präsenten Ungleichheiten und fehlenden Auseinandersetzungen mit der Franco-Diktatur und damit verbundenen Verletzungen für das kollektive Gedächtnis fassbar. Auch bereits seit den 2000er Jahren präsente Forderungen nach einer allumfassenden Aufarbeitung wurden aufgegriffen.[54] Gleichzeitig ermöglichte die zeitliche Distanz zur franquistischen Realität eine kritische Selbstreflexion der ›neuen‹ spanischen Generation (vgl. Sotelo 2014: 87), die auf Basis der Krisenrealität eine Infragestellung des vorherrschenden Gesellschaftssystems, seiner Repräsentantionsinstanzen und Strukturen umfassen konnte:

> »La cura de olvido que hemos practicado los cuatro últimos decenios no ha impedido que la crisis al final pusiese de relieve hasta qué punto de descomposición han llegado las instituciones básicas del régimen que surgió con la transición: la monarquía, el parlamento, el gobierno, el poder judicial, y en general la credibilidad de toda la clase política.« (Ebd.: 89)

Insbesondere Hans Ulrich Gumbrecht sieht Latenz als eine Art ›blinder Passagier‹ (vgl. Gumbrecht 2011: 10) an, der in gewisser Form Präsenz entfaltet, allerdings nicht direkt im Bereich des Wahrnehmbaren liegt und sich ebenso plötzlich verbergen wie in die (soziale) Realität einbrechen kann (vgl. ebd.: 10f.). In Bezug auf die deutsche Nachkriegsgesellschaft konstatiert Gumbrecht, sie habe in einem stetigen »Gefühl gelebt, dass die gerade befriedete Welt jederzeit wieder explodieren könnte« (Hennigfeld 2015: 130). Ganz ähnlich wie es für die spanische Post-Franco-Gesellschaft der Fall zu sein scheint.

54 Bis in die 2000er Jahre hinein hatte keine wirkliche erinnerungspolitische Auseinandersetzung innerhalb der spanischen Öffentlichkeit mit der Franco-Diktatur und dem Bürgerkrieg stattgefunden (vgl. Pichler 2013: 221, vgl. Hünecke 2015: 12). Ein erster gesellschaftlich wirksamer Bruch mit dem offenkundigen Versuch des ›gelebten Vergessens‹ war das Aufkommen der zivilgesellschaftlichen Bewegung des sogenannten *movimiento memorialista*, dessen Ausgangspunkt ein 2000 veröffentlichter Zeitungsartikel eines spanischen Journalisten war, der die eigene Spurensuche nach seines während der Franco-Zeit verschwundenen Großvaters thematisierte (vgl. Pichler 2013: 222). Mit dem *movimiento memorialista* wurde ein aus der Bevölkerung heraus getriebenes öffentliches Interesse an einer breit angelegten Erinnerungsdiskussion artikuliert, das sowohl eine Aufarbeitung zu Opfern und Verschwundenen als auch die Verantwortungsübernahme von Schuldigen beziehungsweise die Verurteilung von Verbrechen einforderte und die PSOE letztlich zur Vorlage eines *Ley de Memoria* bewegte (vgl. Hünecke 2015: 162ff.). Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise und der Regierungsübernahme durch die PP 2011 wurde die von der Bewegung ausgehende Erinnerungsarbeit zunehmend erschwert und eingeschränkt, um die Hinterfragung des Franquismus und der *Transición* nicht weiter voranzutreiben und somit eine unliebsame Debatte zu verhindern (vgl. Pichler 2013: 295ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nicht zuletzt mit der durch PSOE und PP 2011 vorgenommenen Verfassungsänderung mit Blick auf den Artikel 135, die einen ausgeglichenen Haushalt festlegte und somit die Sparmaßnahmen der Regierung legitimierte, war der entscheidende Katalysemoment der Verfassungskritik gekommen (vgl. Pereira-Zazo/Torres 2019: 6). Und zwar in der Hinsicht da »[l]a semilla estaba platada y germinó, primero en las movilizaciones del 15M y luego en la aparición de un nuevo partido […]: Podemos« (López 2018: 167).

Letztlich erwirkte dieses Vorgehen zum einen die bereits unter den 15-M/Indignados artikulierte Gleichsetzung von PP und PSOE als nach reinem Machtkalkül handelnde politische Akteure, die sich von der Gesellschaft entfremdet hatten. Zum anderen wurde deutlich, dass selbst elementare Gemeinschaftsstatuten wie die Verfassung veränderbar waren (vgl. Álvarez Tardío/Redondo Rodelas 2019: 26).

Dualistische Begriff wie Kaste verstärkten die lancierten Repräsentationsbrüche und dienten als einfache und homogene Feindbilder (vgl. Nez 2015: 120). Just diese – sich vor allem für 2015 immer schärfer herausbildende – Rhetorik setzte erneut auf den bereits über die 15-M/Indignados-Proteste formulierten Kritiken an einem ›herrschenden Establishment‹ auf (vgl. Cid 2015: 15), was PSOE und PP dazu veranlasste, Podemos als populistische Störkraft abzuwerten (vgl. De Nieves 2015: 63). Vor allem im Wahljahr 2015 wurde daher sowohl von Seiten der PP als auch der PSOE der Vorwurf aufgebracht, dass das Podemos-Kollektiv durch die Nutzung der wirtschaftlichen und politischen Krisensituation machtpolitisches Kapital zu schlagen versuchte und gleichermaßen die eigene Legitimierungsgrundlage erst durch den gegenwärtig anhaltenden Krisenzustand erhielt. Ungeachtet dieser Diffamierungsversuche konnte Podemos bei den Europawahlen 2014 einen Erfolg verbuchen. Die diskursive Strategie entfaltete durchaus ihre Wirksamkeit. Podemos war als »alternativo al orden existente« (Domínguez Sánchez 2015: 44). für die spanische Gesellschaft wählbar.

In Reaktion darauf versuchten PP und PSOE, sich mit Podemos gemeinzumachen, indem sie ihre politischen Forderungen als alte linke Narrative abwerteten und damit das Kollektiv in jenen gemeinsamen kulturhistorischen Kontext rückten, den Podemos eigentlich vermeiden bzw. als Differenz aufbauen wollte. Dass diese Taktik nicht funktionierte, zeigte letztlich das Ergebnis der Generalwahlen 2015. Podemos war als drittstärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen und hatte die Politisierung der 15-M-Anliegen und Empörung (vgl. Albenga et al. 2018: 8) erfolgreich nutzen können. Anders als die 15-M-Bewegung, die die Institutionalisierung bewusst zu vermeiden ver-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sucht hatte, um sich ihre widerspenstige Offenheit, Vielheit, Unkontrollierbarkeit und Nicht-Regierbarkeit zu erhalten (vgl. Steidinger 2015: 222f.), manifestierte sich Podemos politisch.

Podemos »gelang es [also], das gesellschaftliche politische Klima grundlegend zu verschieben. Sie etablierten neue Deutungsrahmen« (Huke 2017: 264), die auch auf die übrigen Kollektivakteure, die gesellschaftspolitische Konzeption und prozessuale Teilhabe rückwirkten.[55]

Abschließend kann für die diskursiv-machtstrategischen Entwicklungen und sich darüber formierenden Legitmierungsfolien konstatiert werden, dass sich anhand der Entwicklungen über die 15-M/Indignados-Impulse und Podemos-Institutionalisierung zeigt, dass eine kollektiv-akzeptierte und legitimierte Realitätsauslegung im Foucault'schen Sinne zuvorderst über diskursive Deutungs- und Strukturrahmen geprägt und in Latour'scher Weise durch sich hierdurch ableitende (politische) Handlungen (Protestaktionen, Parteibildung etc.) der Kollektivakteure sichtbar wurde:

> »Y así lo ha entendido Podemos desde sus incios, al apostar por la capacidad performativa de la comunicación, convirtiendo la atribución del significado político a los hechos sociales en el objetivo principal de su lucha política. Las narrativas construyen la mayoría social, el discurso crea los actores políticos« (Rubio Núñez 2019: 122).

4.3 Dynamisierung: Neuordnung des politischen Raums

Im Anschluss an die legitimations- und machtstrategische Einordnung der Modi der Diskursführung der betrachteten Kollektivakteure sollen nun die Auswirkungen auf den politischen Raum Spaniens, auf die Kollektivinstanzen und die mit ihnen verbundenen Teilhabeprozesse näher betrachtet werden. Dabei wird Raum nicht klassisch im Sinne eines Containers verstanden (vgl. Schroer 2003: 327), sondern im Sinne der multiversen Verflechtung einer *flat ontology* nach Latour aufgefasst. Es gilt also, politische Räume – ein Land, eine Region oder eine Kommune – nicht als natürlich abgeschlossene Bereiche zu denken, sondern anzuerkennen, dass diese eben »nicht immer schon

55 Ganz entscheidend für diese Funktionsweise war, dass sowohl 15-M als auch in der Folge das Podemos-Kollektiv rhetorisch in erster Linie über die Nutzung ›leerer Signifikate‹ wie beispielsweise ›Kaste‹ (vgl. Cid 2015: 27f.) agierte, »[para poder] agrupar y dar sentido a distintas realidades« (Rubio Núñez 2019: 122).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

da [sind], im Sinne einer physischen Gegebenheit, sondern […] durch soziale Operationen erst hervorgebracht [werden]« (ebd.).

In diesem Sinne können sie ihre Wirksamkeit erst in oder durch verschiedene relationale Performanzen entfalten. Somit ist auch politische Räumlichkeit niemals »frei von sozialer Bedeutung« (Rogoff 2007: 55). Auf Basis dieser Annahmen – und auch in Folge der ANT nach Latour – kann die Gestaltung oder Strukturierung eines politischen Raums vor dem Hintergrund des Zusammenwirkens verschiedener Handlungsweisen der repräsentativen Kollektivakteure analysiert werden. So können sowohl die Relationen untereinander als auch zu der sie umgebenden soziokulturellen Realität untersucht werden.

Denn insbesondere politische (Protest-)Bewegungen wie 15-M können elementare Grundlagen für Re-Formationsprozesse der Gesellschaft wie des politischen Raumes erwirken. Für sie bedeutet »Politik-Machen nicht allein, die Macht zu ergreifen, sondern sie verstehen es als ein kollektives Empowerment […]« (Vaccaro 2020: 231) – und das gerade weil ihre Impulse in einem extraparlamentarischen Raum wirken und die Differenz zwischen der Politik und dem Politischen aufscheinen lassen. Das Politische kann folglich in seiner Verhandlungspotenzialität und Unabgeschlossenheit betrachtet werden. Damit widersetzt sich das Politische einer Politiktheorie, »die nur danach fragt, wie die Politik zu organisieren sei und wie sich diese Organisation rechtfertigen lasse« (Bedorf 2010: 13).[56]

Der politische Katalysemoment für das subjektive Empowerment der spanischen Gesellschaft und der neuen Kollektivformationen lag zuvorderst in der sich manifestierenden ökonomischen Krisenrealität begründet. Es waren die geschilderten physischen und psychischen Einschnitte wie Hausräumungen, Arbeitslosigkeit oder Verarmung, die sich auf das gesellschaftliche Subjekt unmittelbar materiell auswirkten und hierbei den doppelten Boden des politischen Raums offenbarten: auf der einen Seite die Narration von Repräsentationsinstanzen wie PP oder PSOE und auf der anderen Seite die erfahrbare Realität, die damit nicht in Kohärenz stand. In diesem Sinne erwies sich die Krisenrealität als wirksames Dispositiv, insofern

> »der gegenüber den Institutionen gehegte Misskredit von einem Verlust an Kredibilität, Autorität und Legitimität politischer Repräsentanz zeugt,

56 Die Differenz zwischen der Politik und dem Politischen wurde in der Philosophie und den Kulturwissenschaften bereits von verschiedenen Theoretikern diskutiert. Für eine Übersicht über zentrale Auseinandersetzungen mit diesem Themenkomplex – von Hannah Arendt bis Jean-Luc Nancy – vergleiche Bedorf (2013).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> welche die *res publica* angesichts zunehmend poröser Strukturen, fließender Grenzen und geschwächter Souveränität nur unzureichend zu verwalten vermag.« (Borvitz 2020: 23; Herv.i.O.)

In Spanien überlappten sich die ökonomische und politisch-legimatorische Krisenrealität, was die Entstehung der ›anderen‹ Kollektivformationen (15-M und Podemos) begünstigte. Sie zählen letztlich zu den »Formen eines ›demokratischen Experimentalismus‹ (Pogrebinschi 2015: 129), der auf die historische Unabgeschlossenheit und Offenheit des Verhältnisses von konstituierender und konstitutiver Macht verweist« (Huke 2017: 67) und der durch die neue physische Präsenz eines ›anderen‹ Akteurs eine ›Hybridisierung des Raums‹ erwirkt (vgl. ebd.).

Dies zum einen aufgrund der Repräsentanz einer neuen bzw. anderen diskursiven Stimme und Wissensbestands sowie andererseits auch in ihrer ganz physisch-körperlichen Präsenz und Materialisierung. Letzteres kann im Falle von Spanien insbesondere für die 15-M-Bewegung gesagt werden, die mit ihrer widerständischen, physischen Präsenz auf den großen Plätzen im kompletten Land für eine reale Visualisierung und Performanz ebenjener, in Form von Podemos politisch-institutionell übernommenen, anderen gesellschaftlichen Realität sorgte.[57] Nicht nur, dass der etablierte politische Raum durch diese Materialisierungsweisen einer anderen (politischen) Realität herausgefordert wurde. Gleichermaßen – und hier in Anschluss an die politisch-repräsentative Krisenlage – wurde insbesondere durch die Formation des Podemos-Kollektivs als Medium des Volkes bzw. durch die Ablehnung einer traditionellen Repräsentanz- und Fürsprecherfunktion auch die Zusammensetzung und Wirkungsweise von politischer Kollektivformation in Frage gestellt bzw. dynamisiert.

Schließlich ist das Kollektiv – spätestens seit den Wahlen 2015 und dem Einzug in das spanische Parlament – als Teil der institutionellen Politik zu

57 Siehe hierzu auch Vaccaro 2020: »Die Wiederaneignung von Räumen ist nicht allein eine Frage der Willkür, die eine Besetzug ermöglicht oder mittels dieser erlaubt, einer von privater oder öffentlicher Hand durchgeführten Besitznahme entgegenzuwirken. Vielmehr handelt es sich um eine genuin politische Angelegenheit, weil sie auf der Territorialität unserer Existenz insistiert […]. Das Faktum des Lebens positioniert sich innerhalb der körperlichen Beziehung zwischen Raum und sozialem Zusammenleben, dessen Autonomie die anarchistische Politik im wörtlichen Sinne bezeichnet beziehungsweise eine Politik formuliert, die sich von einer hierarchischen Instanz emanzipiert, welche die Regeln von oben herab diktiert« (Vaccaro 2020: 227).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sehen (vgl. Zarzalejos 2016: 187). Dies bestätigte nicht zuletzt die Regierungskoalition mit der PSOE und eines Wahlbündnisses[58] mit der *Izquierda Unida* und anderen kleinen Parteiformationen infolge der Generalwahlen 2019 (vgl. PSOE/Podemos 2019).

Dieser Schritt hat dazu geführt, dass von der Selbstinszenierung – Medium der Bürger sein und ihnen einen Diskussionsraum bieten zu können, in dem sie als gleichberechtigte Akteure ihre politischen Anliegen formulieren können – wenig übrig geblieben ist. Podemos scheint der systemische Veränderungswille einer hierarchiefreien Politik abhandengekommen zu sein (vgl. Álvarez Tardió/Redondo Rodelas 2019: 15f.). Dieser Prozess führte zu verschiedenen innerparteilichen Konflikten – insbesondere aufgrund der Zentralisierungstendenzen rund um Generalsekretär Pablo Iglesias[59] – und zeigte, »que la ›nueva política‹ tenía poco que ver con lo que indicaba su adjetivo y con la retórica de ›pluralidad‹ y horizontalidad« (ebd.: 16).

Just in dieser systemischen Angleichung der Kollektivhierarchie an andere Parteien bzw. politische Repräsentationsinstanzen kann gleichermaßen auch der größte Unterschied zur 15-M/Indignados-Bewegung ausgemacht werden, die sich eben gerade bewusst gegen jedwede Form der Formalisierung oder Institutionalisierung entschieden hatte (vgl. ebd. 24). Nichtdestotrotz kann dennoch auf Basis der Ausdifferenzierung der im spanischen Parlament vertretenen Repräsentationstanzen durchaus von einem Wandelmoment des spanischen politischen Kollektivs und des mit ihm verbundenen (Resonanz-)/Handlungsraums gesprochen werden. So fußt dieser nicht mehr auf einem relativ statischen *bipartidismo*, sondern gaben die Entwicklungen

58 Das Wahlbündnis *Unidas Podemos* kam bereits im Jahr 2016 zum ersten Mal auf und wurde angesichts der Generalwahlen 2019 offiziell als Wahlbündnis registriert (vgl. Europapress 2019). Kritiker wie der einstige Podemos-Gründer Íñigo Errejón sahen in diesem Schritt die ursprünglichen Ideen und Anliegen von Podemos nicht mehr vertreten: »El proyecto que fundamos es otro. Unidos Podemos es el resultado de lo que la militancia y la dirección decidieron, es una formación que pretende captar a los convencidos de izquierda en el espacio tradicional de Izquierda Unida.« (Méndez 2020).

59 Vgl. hierfür u.a. Álvarez Tardió/Redondo Rodelas (2019: 13-22). Die zunehmenden Unstimmigkeiten und Vereinnahmungen durch Iglesias führten letztlich dazu, dass einige der zentralen akademischen Gründerpersönlichkeiten von Podemos aus dem Kollektiv austraten (vgl. López 2018: 161ff.) und 2019 sogar der Sprecher und Chef-Stratege Íñigo Errejón aufgrund der anhaltenden Unstimmigkeiten die Partei verließ (vgl. Méndez 2020).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bis bzw. in 2015 »lugar a la formación de un Congreso de los Diputados de disposición muy distinta a todos los que desde 1977 lo habían precedido« (Blanco Valdés 2017: 85). Letztlich zeigen diese Entwicklungen innerhalb Spaniens,

> »dass soziale Bewegungen und aus ihnen hervorgegangene Parteien mit (wenn auch häufig uneingelöstem bzw. partiell uneingelöstem) radikaldemokratischem Anspruch demgegenüber [der Regierungspolitik] als wirkungvolles Gegenmittel fungieren können. Sie sind damit heute nicht nur Hoffnungsträger für Versprechen einer künftigen gesellschaftlichen Emanzipation und einer Verbesserung der alltäglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern üben […] eine wichtige stabilisierende Funktion aus, da sie […] in ihren sozialen Formen demokratische Utopien (zumindest temporär) als realisierbar und möglich aufscheinen lassen« (Huke 2017: 280).

Gerade in dieser Funktion des Aufscheinens anderer Kollektivkompositionen und der kritischen Impulsgebung für andere Orientierungsrahmen bzw. Kollektivdiskurse geben sie zudem den Anreizmoment, um in der gesellschaftlichen Breite Veränderungsmöglichkeiten diskutier- und realisierbar zu machen. Auch wenn die radikaldemokratischen Anliegen der 15-M bzw. von Podemos es nicht zu einer wirklichen Realisierung schafften, ermöglichten sie dennoch breite Diskurs- und Handlungsverschiebungen innerhalb des politischen (Handlungs-)Raumes durch die Repräsentation einer anderen Wissensbasis und darüber formierter Diskurse. Dies zeigte sich unter anderem darin, dass ab 2014 vermehrt sozialpolitische Ansätze und Vorhaben in den breiten politischen Diskurs aufgenommen wurden. Auch wurde eine öffentlich Debatte zur Offenlegung und Bestrafung von Korruptionsfällen geführt und eine kultur- und politikhistorische Selbstreflexion Spaniens angeregt (Stichwort *nueva Transición*).

> »Krisen [können demnach] wie Funken wirken, die des Menschen Suche nach Freiheit, Menschlichkeit und Demokratie neu entfachen […], die erst die Gelegenheit des Gewahrwerdens und des Nachdenkens über gesellschaftliche Wirklichkeiten eröffnen, um somit Veränderungen zu beginnen.« (Lutz 2018: 40)

Insofern bewirkte die Wirtschaftskrise in Spanien, den ›politischen Raum‹ neu zu denken, ein breiteres Spektrum an Kollektiven zuzulassen und anderen Akteuren Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

4.4 Der politische Raum und seine Akteure: Eine Zustandsanalyse

Seit den 2010er Jahren hat sich der politische Raum in Spanien stark verändert. Neue Akteure haben ihn dynamisiert und prägen seitdem den politischen Diskurs. Trotz der fundamentalen ökonomischen und politisch-repräsentativen Krisenlage kam es in Spanien – anders als in anderen europäischen Ländern wie Italien oder Frankreich – in den Fokusjahren 2011 bis 2015 nicht zu rechtspopulistischen Auswüchsen (vgl. Stehling 2015: 110). Wenngleich die diskursive Anfangsphase von Podemos durchaus als populistisch ausgerichtet beschrieben werden kann. Allerdings ist diese Zuschreibung – wie auch die vorliegende Analysearbeit zeigt – nicht umfassend bzw. verkürzend. So inszeniert sich das Podemos-Kollektiv zwar mit seinem Aufkommen noch als eine Art disruptiver Bruch, argumentiert über für den Populismus prototypische Dichotomien und versucht sich gleichermaßen als einzige legitime Volksrepräsentationsinstanz darzustellen[60]. Wie die Diskurs-Akteurs-Analyse jedoch zeigen konnte, wandelte sich die zunächst antagonistisch-konfrontative Strategie mit den Jahren zu einer agonistischen Strategie. Das politische System wurde von Podemos nicht total infrage gestellt. Vielmehr öffnete Podemos den Diskurs, sodass es zu einer Heterogenisierung des politischen Systems kommen konnte (vgl. Franzé 2017: 233ff.).

Letztlich war der initial intendierte antagonistisch-systemische Bruch eine Strategie, um sich zu etablieren und als politischer Akteur, der Macht und Veranwortung übernehmen kann, zu institutionalisieren. Die diskursiv-provozierende Arbeit von Podemos ist somit ein Beleg für die dynamisch-herausfordernden Diskursverhandlungsprozesse nach Foucault: »[N]o hay hegemonía sin guerra de posiciones, ni poder sin hegemonía« (ebd.: 240). Krisen können hierbei als Katalysemoment dienen, weil sie zu Inkongruenz innerhalb der Gesellschaft führen. Solche Verhältnisse sind gekennzeichnet von Unsicherheiten und unzureichenden Wissens- und Diskursrahmungen, die

60 Die genannten Elemente entsprechen den Aspekten, die gängigerweise als Merkmale links- wie rechtspopulistischer Politik aufgeführt werden. Auch wenn es keine allumfassende bzw. abschließende Definition für ›den‹ Populismus gibt, weist die gegenwärtige Populismus-Forschung mehrheitlich auf folgende Merkmale hin: »[D]en Gegensatz von ›Volk‹ und Elite, die zentrale Bedeutung eines Anführers, den Umgang mit den Massenmedien als Bühne sowie die Kultivierung einer Krise« (Jesse/Mannewitz/Panreck 2019: 13).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wiederum Neuverhandlungen des kollektiven Bewusstseins und des gemeinsamen Ordnungsgefüges bewirken.

Gleichermaßen zeigt sich anhand der Entwicklungen in Spanien, dass ein externer Krisenimpuls einen innergesellschaftlichen Verhandlungsprozess katalysiert und neue oder weitere Krisen auslösen kann, beispielsweise die Ausweitung von einer ökonomischen zu einer repräsentativen Krise. Dieser Prozess geschieht allerdings nicht aus dem Nichts heraus, sondern gerade durch die Sichtbarmachung anderer Positionen, Stimmen und Akteure, die bisher im Sag- und Sichtbarkeitsfeld einer Gesellschaft keine aktive Rolle oder anerkannte Position einnehmen konnten. In Spanien hat sich Podemos mittlerweile als fester Akteur innerhalb der spanischen Politik etabliert, wie die seit 2019 bestehende Regierungskoalition aus *Unidas Podemos* und PSOE zeigt. Das Kollektiv hat folglich den Wandel von einer urprünglich antagonistischen zu einer systemimmanenten, in politischer Verantwortung stehenden Akteurskraft innerhalb Spaniens vollzogen (vgl. Rößler 2020).

Die Ausdifferenzierung des politischen Spektrums hat den politischen Raum in Spanien allerdings nicht unbedingt stabilisiert. Vielmehr scheinen »Polarisierung und Konfrontation das politische Leben [zu] prägen« (Bernecker 2018: 366). Denn anders als ursprünglich von Podemos intendiert, führte die Heterogenisierung des Akteursfeldes nicht unbedingt zu einem offeneren politischeren Kollektiv bzw. Diskurs, sondern verleitete die Akteure dazu, ihre eigenen Überzeugungen als Richtungsentscheidungen zu inszenieren. So geht es im

> »politischen Wettbewerb der Gegenwart […] nicht mehr nur um die Regierungsmacht, sondern um die Durchsetzung unterschiedlicher Ideen von Spanien. Es stehen sich wieder zwei Spanien gegenüber, eines, das die Pluralität Spaniens anerkennt und institutionell gestalten will […] und ein anderes, dass [sic!] auf die unteilbare und unveräußerliche Einheit des Landes setzt und sie zu verteidigen sucht.« (Nohlen/Kölling 2020: 52)

Die sozioökonomische Krise bewirkte nicht nur die Re-Etablierung linkssozialistischer Politik, sondern mit der Repräsentationskrise auch ein erneutes Aufflammen des bereits Jahrzehnte andauernden Konflikts zwischen der spanischen Zentralregierung und der Regierung Kataloniens mit Blick auf katalanische Unabhängigkeitsbestrebungen (vgl. Bernecker 2018: 266f.). Auch wenn es nie das Anliegen von Podemos war, hat die Partei im Zuge der sich überlappenden Krisenszenarien dazu beigetragen, dass sich das politische Spektrum Spaniens an den linken wie rechten Rändern ausdifferenzierte und teilwei-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

se auch alte Dichotomien (wie die Metapher der *dos españas*) neu artikuliert wurden.

Ein Indikator dafür, dass sich mit dem Katalonien-Konflikt ein erneut für das politisch-materielle Akteursspektrum wie diskursive Setting innerhalb Spaniens elementarer Umbruch eingestellt hat, ist die erstmalige Repräsentanz einer ultrarechten Partei (Vox)[61] in spanischen Parlamenten (national wie regional) nach Ende der Franco-Diktatur in Folge der Wahlen im Jahr 2019: »Si las elecciones de 2015 se caracterizan por la aparición de Podemos, las de 2019 han presenciado otro terremoto político: la entrada de Vox« (Ferreira 2019: 75).[62]

Vox inszenierte sich in erster Linie als Gegenakteur zur sozialistischen Regierung. Sie vertrat ultrakonservative Themen (unter anderem kritisiert die Partei die gleichgeschlechtliche Eheschließung oder Abtreibung) und forderte eine harte Linie in Fragen der Migration (vgl. Casals i Meseguer 2020: 375ff.). Ähnlich wie Podemos bei der PSOE stellte sich Vox als Repräsentationsinstanz und Konkurrenzakteur zur konservativen PP dar, die als »derechita cobarde« betitelt wurde (vgl. García Herrero 2019: 70). Diese Inszenierung fiel auf fruchtbaren Boden, schließlich waren viele konservative Stammwähler von der PP enttäuscht und unterstellten der Rajoy-Regierung eine Überforderung mit der Situation in Katalonien (vgl. Climent Sanjuan/Montaner Goetzenberger 2020: 922). Hierdurch öffnete sich ein »nuevo espacio político […] permitiendo a partir de 2018 la irrupción de la derecha populista y radical« (ebd.).[63]

Letztlich kann konstatiert werden, dass die politischen Kollektive und die Gesellschaft Spaniens die weitreichenden und verschiedenen miteinander verzahnten Krisenerfahrungen noch lange nicht überwunden haben. Eine

61 Gegründet wurde die Formation bereits 2013. Erste Wahlerfolge konnte Vox (Lateinisch »Stimme«) allerdings erst ab 2018 mit den Regionalwahlen in Andalusien verzeichnen (vgl. Ferreira 2019: 77).

62 Wie Casals i Meseguer (2020) erläutert, gab es bereits seit Ende der Diktatur verschiedene Tendenzen von rechtsnationalen Parteien in Spanien. Vox ist allerdings die erste Formation, der eine institutionelle Etablierung gelang (vgl. Casals i Meseguer 2020: 371f.).

63 Inwiefern die Disruptions- und Kollektivformierungsprozesse – wie in der gegenwärtigen Forschungsliteratur angedeutet – ähnlich zu dem linkssozialistischen Vakuum, das angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise die Etablierung von Podemos ermöglichte, zu sehen sind und für Vox neue Diskurs- und Handlungsspielräume eröffneten, könnte weiterführend anhand der hier ausgearbeiteten Akteursanalysemethodik untersucht werden.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

abschließende Verarbeitung steht noch aus. Zwar mögen die Dynamisierungen und Pluralisierungen des Systems zu einer Repräsentationsvielfalt beigetragen haben, aber die Stabilisierung des Landes konnten sie nicht herbeiführen. Seit 2016 ist die politische Gegenwart von instabilen Mehrheitsverhältnissen und Unruhen geprägt (vgl. Nohlen/Kölling 2020: 50). Die anhaltenden Vertrauensverluste in die Politik, die Ausweitung des Katalonienkonflikts und die Minderheitsregierung aus PSOE und Unidas Podemos (seit 2016) tragen nicht zu einer Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei (vgl. Kölling 2020: 5). Eine Lösung der bestehenden sozioökonomischen und politischen Herausforderungen könnte in »einer Zusammenarbeit der großen politischen Formationen« (Bernecker 2018: 366) bestehen.

Erschwert wird die Situation von dem coronabedingten Wegfall der Einnahmen aus dem Tourismus, der Spanien erneut in eine tiefe wirtschaftliche Rezessionsphase geführt hat (vgl. Kölling 2020: 7). Seit dem Herbst 2020 verzeichnen zudem vor allem die Kanarischen Inseln einen anhaltenden Migrationszuwachs aus nordafrikanischen Ländern, was zu zusätzlichen Belastungen und Herausforderungen führt (vgl. Macher 2020, Martín/Cué/Vega 2020, Martín/Cué 2020). Diese Gemengelage verschiedener innergesellschaftlicher Verschärfungen und Unsicherheiten nutzte die Vox-Partei, um ein Misstrauensvotum gegen die amtierende Regierung um Pedro Sánchez zu stellen. Es zeigen sich also abermals Fragmentierungen (vgl. Hermida/Casquerio 2020, Der Spiegel 2020) und eine vielschichtige Verzahnung verschiedener Krisen. Die durch die Pandemie ausgelöste Situation ähnelt damit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2010. Welche Folgewirkungen und Veränderungspotenziale hiervon ausgehen könnten, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

IV. Multiverse Kollektive?

Nachfolgend werden – im Anschluss an die Befassung mit Dynamisierungen hinsichtlich des politischen Kollektivs – erste Dynamisierungstendenzen, die sich innerhalb Spaniens für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik abzeichnen, näher erläutert. Mittels des erarbeiteten diskursanalytischen Ansatzes werden auch hier Erweitertungsformen des beteiligten Akteursspektrums sowie der Zusammenhang zu Krisenkontexten (Finanz- und Wirtschaftskrise, Corona-Pandemie) untersucht.

1. Krisenbedingte Dynamisierungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik (Finanz- und Wirtschaftskrise, Corona-Pandemie)

Die unmittelbaren Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisen ab 2010 zogen in Spanien vor allem Einsparungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich nach sich. Sie wurden lange Zeit beibehalten und hatten daher auch systemische Folgen mit Blick auf Bildungs-, Anstellungs- und Karriereperspektiven (vgl. DAAD 2017). Mit dem Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden zudem bereits erarbeitete Investitions- und Reformbemühungen im Bildungs- und Hochschulbereich geschwächt. Teilweise – wie im Fall der spanischen Exzellenzinitative[1] – wurden sie sogar komplett ausgesetzt (vgl. ebd.: 20).

1 Die spanische Exzellenzinitative wurde 2008 initiiert und hätte – orientiert am deutschen Exzellenzwettbewerb – als Teil der spanischen Universitätsstrategie durch einen Qualitätswettbewerb zwischen den Hochschulen zu exzellenter und nachhaltiger Strukturbildung (regionale, interuniversitäre, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Partnerschaften) beitragen sollen (vgl. DAAD 2017: 20, Spanisches Bildungsministerium 2010).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Im Jahr 2011 wurde das gerade erst unter der Regierung Zapateros (2004-2008) gegründete *Ministerio de Educación y Ciencia* (Wissenschaftsministerium) (vgl. Spanische Regierung 2004) in seiner Struktur aufgelöst. Wissenschaft und Forschung waren von diesem Zeitpunkt an unmittelbar der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums unterstellt (vgl. Spanische Regierung 2011). Erst 2018 wurde das Wissenschaftsministerium wieder in eine eigenständige Struktur zurückgeführt, als *Ministerio de Ciencia, Innovación y Universidades* (vgl. Spanische Regierung 2018). Dieser Schritt kann als Trendwende gewertet werden, da sich der politische Stellenwert von Wissenschaft und Forschung veränderte. Als 2019/2020 PSOE und Unidas Podemos in die Regierung traten, blieb zwar die Eigenständigkeit der Wissenschafts- und Innovationsverantwortung erhalten, aber die universitäre Zuständigkeit wurde ausgegliedert[2] (vgl. Spanische Regierung 2020e, vgl. Kooperation International 2020). Dennoch weist der Erhalt des Wissenschaftsministeriums als eigenständige politische Institution auf den durchaus herausgehobenen Stellenwert von Wissenschaft und Forschung in der spanischen Gesellschaft hin.

In eine ähnliche Richtung deutete 2015 auch die Neugründung der staatlichen Förderagentur *Agencia Estatal de Investigación* (AEI) (vgl. Spanische Regierung 2015).[3] Sie sollte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des spanischen Wissenschaftssystems beitragen und auch als neuer diskursiver Akteur innerhalb der spanischen Wissenschaftspolitik fungieren. Dies in der Hinsicht, als dass die AEI auch Policy-Monitoring betreibt und die spanische Regierung bei der Formulierung wissenschaftspolitischer Maßnahmen – auch in Bezug zu europäischen/internationalen Entwicklungen – berät (vgl. Spani-

2 Diese Ausgliederung wurde sowohl vonseiten der spanischen Universitätskonferenz als auch des amtierenden Wissenschaftsministers, Pedro Duque, mit Unverständnis aufgenommen (vgl. Kooperation International 2020). Um den Kritiken entgegenzuwirken und eine effektive Koordination der beiden Ministerien zu erwirken, wurde daraufhin Anfang 2020 ein interministerieller Verbindungsausschuss eingerichtet (vgl. Spanische Regierung 2020f.).

3 Die AEI ist dem spanischen Wissenschaftsministerium direkt unterstellt und soll – mittels jährlich festgelegter und mit den Wissenschafts- und Finanzministerien verhandelter Programmpläne – ein Förderportfolio für Forschung und Innovation in Spanien bereitstellen, das u.a. Mittel die Förderung von themenoffener Grundlagenforschung umfasst und Kooperationsanreize setzt (vgl. Spanische Regierung 2015).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sche Regierung 2015).[4] Über diese zunächst einschränkenden, dann fördernden systemischen Entwicklungen des spanischen Wissenschaftssystems im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise hinaus kann gleichermaßen bereits zum gegebenen Zeitpunkt (Frühjahr 2022) konstatiert werden, dass (allgemein wie auch in Spanien) insbesondere durch die Corona-Pandemie die politischen wie auch sozialen Funktionalitäten von Wissen – und vor allem einer faktenorientierten Wissensproduktion – eine deutliche Wertschätzungssteigerung erfahren haben. Wissen wird mehr und mehr zum *investment case*. Wissen oder Wissensproduktion wird als Investment gesehen, dass sowohl zu gesamtgesellschaftlichem Fortschritt als auch verstärkter Resilienz führen kann (vgl. Müller 2020). Gleichzeitig erfährt im Zuge der Corona-Pandemie der Staat in seiner Rolle als Regulations- und Schutzinstanz eine neue Konjunktur. Er soll Unsicherheiten und Risiken eindämmen (vgl. Müller 2020). So zeigt sich bereits zum aktuellen Pandemie-Zeitpunkt der Bedarf für eine Neuverhandlung von Staatlichkeit, die auf Nachhaltigkeit und Resilienz statt Konkurrenz, Wettbewerb und Marktdynamik ausgelegt ist (vgl. Reckwitz 2020). Die an die Vergabe der NEGU-Mittel (Next Generation EU) gekoppelten, staatlichen Reformvorhaben weisen ebenfalls bereits in diese Richtung. Auch hier ist Spanien als Beispiel dienlich, da die Regierung bereits angekündigt hat u.a. für den Forschungs- und Entwicklungsbereich den bisher höchsten Budgetaufwuchs, den es jemals innerhalb Spaniens gab, vorzusehen und somit dem Trend einer stärkeren systemischen Förderung dieses Sektors weiter Rechnung zu tragen.[5] Bereits im Sommer 2020 hatte die

4 In ihrer Policy-Funktion ist die AEI neben dem spanischen *Consejo Superior de Investigaciones Científicas* (CSIC) Mitglied im *Science Europe*-Verbund (vgl. Science Europe 2021), dem Dachverband europäischer Forschungs- und Förderorganisationen, sowie bei internationalen Meetings des *Global Research Council* (GRC) (vgl. GRC 2021), einem freiwilligen, virtuellen Zusammenschluss bzw. wissenschaftspolitischen Austauschforum der weltweit großen Forschungs- und Förderorganisationen, vertreten.

5 Die spanische Regierung hat im Jahr 2020 mehrere Maßnahmen angekündigt, die den erhöhten Stellenwert und die strategische Schwerpunktsetzung auf die Bereiche Forschung und Entwicklung verdeutlichen. So sieht der Corona-Recovery-Plan, der von der Regierung verbindlich gegenüber der EU für den Erhalt und die Verwendung der finanziellen Mittel aus dem NEGU-Fund vorgelegt werden muss u.a. eine finanzielle wie institutionelle Stärkung des spanischen Wissenschaftssystems vor. Insgesamt sollen für Investitionen im Wissenschafts- und Innovationsbereich 16,5 Prozent der aus dem *EU Recovery Plan* bereitgestellten EU-Mittel (voraussichtlich 72 Milionen Euro für drei Jahre ab 2021) aufgewendet werden (vgl. Spanische Regierung 2020a). Bereits für 2021 wurde außerdem eine deutliche Erhöhung des spanischen Budgets für Forschung

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Regierung auf die Krisenentwicklung mit einem ersten Konjunkturpaket für Forschung und Innovation reagiert (vgl. Spanische Regierung 2020d) und eine unmittelbare Investition von 1.056 Millionen Euro für 2020/2021 zugesagt (vgl. Spanische Regierung 2020d: 4). Darüber hinaus hatte sich die spanische Regierung auf einen *Pakt für Forschung und Innovation*[6] geeinigt, der unter anderem eine verbindliche Erhöhung der öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 1,25 Prozent des BIP bis 2030 vorsieht (vgl. Spanische Regierung 2020b). Im Vergleich zu den Reaktionsweisen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 weist diese Zuwendung – zumindest für den Moment – in Richtung einer langfristig und nachhaltig orientierten Krisenbewältigungsstrategie, die das Wirtschafts- und Wertschöpfungsmodell Spaniens grundlegend verändern könnte.

Neben diesen wissenschaftspolitisch-systemischen Veränderungsmaßnahmen, die durchaus auch im Kontext der Krisendynamiken zu sehen sind, lassen sich zudem auch Veränderungen mit Blick auf die politisch-diskursive Wirksamkeit wissenschaftlichen Wissens innerhalb Spaniens ausmachen.

---

und Innovation auf etwas mehr als drei Milliarden Euro (fast 60 Prozent mehr an öffentlichen Geldern als 2020) angekündigt (vgl. Spanische Regierung 2020c).

6 In Deutschland wurde bereits im Jahr 2005 zwischen Bund und Ländern ein *Pakt für Forschung und Innovation* geschlossen, der einen jährlichen Mittelaufwuchs von drei Prozent für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie die vier großen deutschen außeruniversitären Forschungsorganisationen (Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft) vorsieht. Mit dem Pakt verpflichten sich die fünf Organisationen ihrerseits dazu, festgelegte forschungspolitische Ziele umzusetzen, über die sie gegenüber Bund und Ländern berichtspflichtig sind (vgl. BMBF 2021). Die spanische Paktvariante unterscheidet sich, insofern sie zwischen dem Wissenschaftsministerium und aktuell 66 verschiedenen Akteuren des Wissenschaftssystems (u.a. spanische Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsakademien, Gewerkschaften und Verbände) getroffen wurde. Neben der Verständigung auf den angeführten Mittelaufwuchs, zielt der Plan u.a. auf systemische Maßnahmen zur Karriereentwicklung und Förderung im Wissenschaftssystem sowie eine Aufstockung des Budgets der nationalen Förderagentur AEI ab (vgl. Spanische Regierung 2020b). Auch in anderen europäischen Ländern kam es 2021 – nach mehrjährigen Planungsprozessen – zum Beschluss ähnlicher Pakt-Modelle, die neben einem finanziellen Aufwuchs auch systemische Maßnahmen lancierten bzw. fruchtbare Anreize für ein stärkeres nationales Wissenschaftssystem und Wettbewerb sowie (internationale) Kooperation setzen sollten, zum Beispiel das *Loi de Programmation* in Frankreich (Mesri 2020) oder auch die FTI-Strategie beziehungsweise der FTI-Pakt Österreichs (BMBWF 2020).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hier wäre die bereits erwähnte und Ende Dezember 2020 beschlossene Ansiedelung eines unabhängigen wissenschaftlichen Beratungsgremiums bzw. -büros, das sogenannte *Oficina de Ciencia y Tecnología* (vgl. Mesa del Congreso de los Diputados 15.12.2020, vgl. EFE 2020), im spanischen Parlament als neue Rolle für und von wissenschaftlicher Wissensproduktion in Spanien zu nennen. So ist mit diesem Beschluss auch eine unmittelbare Berücksichtigung wissenschaftlichen Wissens innerhalb der politischen Diskursbildung sowie sich daraus ableitenden zukünftigen (legislativen) Handlungsweisen gegeben bzw. wird zumindest avisiert. Diese Entwicklung der erweiterten Verschränkung von Wissenschaft und Politik wird abschließend diskursanalytisch aufgearbeitet.

2. Einrichtung des Oficina de Ciencia y Tecnología und Impulse der Corona-Pandemie

Nachdem die ausgelöste Dynamik des politischen Diskurses durch die verschiedenen kollektiven Akteure beleuchtet wurde, folgt nun die Untersuchung der Verschränkung von politischer Diskurs- und Wissensbildung mit wissenschaftlicher Wissensproduktion. Auch hierbei richtet sich der Blick auf relevante Kollektivakteure und ihre diskursive Konzeptionalisierung. Es wird nach demselben methodischen Prinzip wie in der Analyse der politischen Krisensituation vorgegangen.

Um die diskursive Verhandlungsweisen rund um die Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* darlegen zu können, wird zunächst nach ähnlichen Schritten verfahren, wie im Falle des politischen Raums und der damit vollzogenen Diskurs- und Kollektivanalyse. So wird zunächst kurz in den Entstehungshintergrund des *Oficina de Ciencia y Tecnología* eingeführt, relevante Akteursinstanzen sowie die Eingrenzung und Zusammenstellung des diskursiven Textrepertoires, das die Grundlage für die Analysearbeit darstellt, erläutert. In einem zweiten Schritt werden das ausgewählte Textmaterial sowie die sich hieraus ergebenden diskursiven Verhandlungsweisen und Positionierungen der betrachteten Kollektivakteure ausgewertet. Hierbei wird insbesondere hinterfragt, inwiefern u.a. die durch die Corona-Pandemie aufgekommene, neue Krisensituation als Dynamisierungseffekt für die Umsetzung bzw. Einrichtung des Büros verstanden werden kann und wie die Akteure den Bedarf von wissenschaftlichem Wissen für politisches Handeln konzeptionalisieren bzw. begründen. Abschließend werden die gewonnenen Erkenntnis-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

se in Bezug zu den macht-/diskurstheoretischen Annahmen Foucaults sowie vor allem auch zum wissenskollektiven Verständnis Latours in Verbindung gesetzt.

Die Einrichtung eines ständigen, parteiunabhängigen wissenschaftlichen Beratungsbüros und Analysegremiums im spanischen Parlament wurde bereits seit mehreren Jahren öffentlich debattiert (vgl. Cuartopoder 2020). Festgelegt wurde die Implementierung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* im Jahr 2018 von Mariano Rajoy. Allerdings geriet das Vorhaben mit dem Regierungswechsel zu Pedro Sánchez ins Stocken (vgl. ebd.).[7] Erst im Dezember 2020 beschloss der Kongress erneut die Einrichtung eines derartigen Gremiums und übertrug die Durchführung und Koordination der nationalen Regierungsförderagentur *Fundación Española para la Ciencia y la Tecnología* (FECYT, Spanische Stiftung für Wissenschaft und Technologie)[8] in Zusammenarbeit mit dem *Congreso de los Diputados* (Unterhaus des spanischen Parlaments) (vgl. EFE 2020). Anfang März 2021 schließlich einigten sich beide Institutionen formal auf die Zusammenarbeit und Projektumsetzung (vgl. Congreso de los Diputados 02.03.2021).

Ursprünglich wurde der Impuls zur Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* nicht über eine formale wissenschaftspolitische Diskursinstanz wie eine Akademie, Förder- oder Forschungseinrichtung oder eine Rektorenkonferenz in den öffentlichen Diskurs eingebracht, sondern 2018 über die Initiative *Ciencia en el Parlamento* (CeP)[9], die das Thema seitdem immer wieder ins politische und gesellschaftliche Bewusstsein gerufen hat (vgl. Ciencia en el Parlamento 2021).

---

7 So wurde bereits Ende 2018 der Beschluss gefällt, ein derartiges Gremium einzurichten und ein entsprechendes Budget von 200.000 Euro im spanischen Haushaltsentwurf zu reservieren. Aufgrund zweimaliger Neuwahlen im Jahr 2019 rückte die Umsetzung der Maßnahme allerdings in den Hintergrund und wurde erst ab Sommer 2020 wieder neu aufgegriffen (vgl. Ciencia en el Parlamento ohne Datum 2021b und hier unter: »Pregunta: ¿Existe la Oficina de Asesoramiento Científico y Tecnológico del Congreso de los Diputados? ¿Pero no dijeron que la habían aprobado y dotado con 200.000€ en 2018?«).

8 Das FECYT ist eine öffentliche Stiftung, die dem spanischen Wissenschaftsministerium unterstellt ist. Zu ihren Kernaufgabe gehört es u.a., Maßnahmen zu lancieren, die Wissenschaft und Gesellschaft näher zusammenbringen und zu einer offenen und integrativen Wissenschaft sowie zu (wissenschaftlicher) Bildungsförderung beitragen (vgl. FECYT 2021).

9 Die Abkürzung wurde der besseren Lesbarkeit halber von der Autorin gesetzt.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Neben dem *Congreso de los Diputados* und FECYT sollen nachfolgend insbesondere auch die Positionierungen und Anliegen der Kollektivbewegung *Ciencia en el Parlamento (CeP)* als relevanter (Impuls-)Akteuer für die diskursanalytische Aufarbeitung der Debatte um das *Oficina de Ciencia y Tecnología* seit 2018 untersucht werden. Neben Pressemitteilungen, Positionspapieren und Beschlussdokumenten der drei genannten, zentralen Diskursinstanzen, sollen zudem auch ausgewählte Presseberichte bzw. -mitteilungen[10] über die politischen Beschlüsse und Debatten in die Analyse einbezogen werden, insofern sie Standpunkte von politischen Entscheidungsträgern bzw. Abgeordneten oder Vertretern der CeP oder FECYT (direkt oder indirekt) wiedergeben. Zudem wird hinterfragt, ob bzw. welchen Einfluss die Krisensituation der Covid-19-Pandemie auf die diskursive Verhandlungs-/Begründungslogik für die Einrichtung eines derartigen Beratungsgremiums hatte. Als leitendes Deutungsmuster für die Auswahl bzw. Zusammenstellung des Korpus fungiert in allen Fällen *Oficina de Ciencia y Tecnología*. Im Gegensatz zur Analyse der krisenbedingten (Diskurs-)Dynamisierungen im politischen Raum, werden in diesem Analyseteil eine Mischung aus politischen Primär- und Sekundärtexten (vgl. Klein 2014: 297) berücksichtigt. Dies aus dem Grund, da der Fokus der Analyse nicht so sehr auf Positionierungsmöglicheiten anderer Diskursstimmen bzw. von Narrativen für Machtbestreben, sondern auf der Aufschlüsselung einer systemimmanenten produktiven Erweiterung des Akteursspektrums in und für Wissenschaft und Politik liegt.

Insgesamt muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass im Verhältnis zur vorhergehenden politischen Analysearbeit im Kontext der Wirtschaftskrise und sich ergebenden Veränderungen des politischen Akteurs-/Diskursgefüges für den nun vorliegenden Analysefokus ein deutlich geringerer textlicher Korpusbestand zusammengestellt werden konnte. Dieser umfasst – aufgeschlüsselt nach den erwähnten Akteuren – folgenden quantitativen Umfang an Textmaterialien:

10 Zu den ursprünglichen Anliegen und Veranstaltungen der CeP im Jahr 2018 hatten u.a. die PSOE (vgl. PSOE 06.11.2018), das spanische Wissenschaftsministerium (2018) sowie die spanische Rektorenkonferenz (vgl. CRUE 06.11.2018) eine Pressemitteilung veröffentlicht.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tabelle 5: Quantitativer Textumfang des Korpus zum Oficina de Ciencia y Tecnología (eigene Darstellung)

	Ciencia en el Parlamento (CeP)	Congreso de los Diputados	Fundación Española para la ciencia y la tecnología (FECYT)	Presseberichte & -mitteilungen (2018-2020)
Textdokumente	8	5	3	11

Aufgrund des geringen Umfangs des zurzeit vorliegenden Textmaterials sowie der erst mit Herbst 2020 erneut aufgekommenen Debatte bzw. Erneuerung des Einrichtungsbeschlusses kann die angefertigte Analyse nur als exemplarische Annäherung an diesen Diskursstrang und behandelten Themenkomplex verstanden werden. Dennoch kann zumindest eine erste analytische Reflektion über die diskursiv verhandelten Begründungslogiken für eine vertiefte Interrelation von wissenschaftlichem Wissen und politischer Diskursführung wie Handlungsleitung der beschriebenen Diskursinstanzen erfolgen.

2.1 Diskursive Begründungslogiken

Wie bereits erwähnt, entstammt der Impuls für die öffentliche Diskussion und den letztlichen Einrichtungsbeschluss eines wissenschaftlichen Beratungsgremiums/-büros des spanischen Parlaments der wissenschaftlichen Bewegung CeP. Die CeP beschreibt sich selbst als »iniciativa ciudadana independiente« (Ciencia en el Parlamento 2021), deren primäres Motiv darin besteht, »que la ciencia y el conocimiento científico sean una de las fuentes de información en la formulación de propuestas políticas« (ebd.). Ihr Kernanliegen ist die erwähnte Gründung eines wissenschaftlichen Beratungsgremiums/-büros im spanischen Parlament. Dieses formulierte die Bürgerinitiative zunächst über den Twitter-Hashtag *#cienciaenelparlamento* (vgl. Ciencia en el Parlamento 2021c). Im Verlauf der Kampagne richtete die CeP im November 2018 eine zweitägige Vernetzungs- und Diskussionsveranstaltung aus, die sie in das unmittelbare Sichtbarkeits- und (diskursive) Interaktionsfeld der spanischen Politik und Gesellschaft rückte (vgl. Ciencia

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

en el Parlamento 2021b, Europapress 2018): *Jornadas #CienciaenelParlamento*. An den wissenschaftlichen und politischen Diskussionen sowie an der Vorbereitung und Durchführung der gesamten Kampagne waren über 200 Institutionen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft und knapp 100 Abgeordnete beteiligt. Darüber hinaus berichteten verschiedene nationale und internationale Medien über die Initiative und ihr Anliegen (vgl. Ciencia en el Parlamento 17.10.2020: 8). Der Initiator der Bewegung, Andreu Climent, begründete auf einer der *Jornadas* das Vorhaben:

> »›El hecho de que tenemos mucho conocimiento nos ayuda a que nuestras vidas sean posibles, pero no si no se sustenta en valores de la democracia‹, ha señalado Climent, que hace hincapié en la búsqueda de que el conocimiento disponible se ponga a disposición de las personas que toman todas las decisiones para poder diseñar un futuro bueno para todos […]. [E]l objetivo de ›Ciencia en el Parlamento‹ […] [es] ›abrir una vía de comunicación‹« (Europapress 2018).

Allerdings wies Climent in diesem Zusammenhang ebenfalls darauf hin, Wissenschaften oder wissenschaftliche Informationen würden keine unumstößlichen Wahrheiten oder gar Antworten auf alle Fragen und Probleme liefern. Nichtdestotrotz sei wissenschaftliches Wissen als bestmögliche Grundlage für die Entscheidungsfindung und Beurteilung einer Situation zu betrachten: »La ciencia no tiene todas las respuestas pero la toma de decisiones con la información más veraz posible aumenta las posibilidades de acertar« (Europapress 2018).

Politische Vertreter wie Ángeles Heras (Staatssekretärin für Universitäten, Forschung, Entwicklung & Innovation) sahen in einer evidenzbasierten Politik zusätzlich die Chance, wissenschaftliche Erkenntnisse umfänglicher und zum Wohle aller in die Gesellschaft transferieren zu können: »Tenemos mucho conocimiento, tenemos muy buenos grupos de investigación, muy buenas universidades, pero para crecer como país es imprescindible ponerlo en valor y transformarlo en valor añadido« (Rodríguez 2018). In diese Richtung weist auch die Zielsetzung der CeP-Statuten: Die Initiative möchte sowohl eine politische Kultur lancieren, die sich an Wissenschaft und wissenschaftlicher Information orientiert und diese in ihre Entscheidungen einbezieht, als auch den Transfer von Forschungserkenntnissen stärker an den Bedarfen der Gesellschaft ausrichten (vgl. Ciencia en el Parlamento ohne Datum 2021a – hier unter: »Capítulo I – Denominación, Fines, Domicilio y Ámbito«).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ebenfalls im Rahmen der *Jornadas* bestärkte die damalige Vorsitzende des *Congreso de los Diputados*, Ana Pastor, die unbedingte Notwendigkeit einer neutralen und validen Wissensbasis für die parlamentarische Arbeit, insbesondere angesichts der zunehmend komplexer werdenden technologischen Herausforderungen (vgl. Europapress 2018).[11] Vor diesem Hintergrund wies sie die Einrichtung des vorgeschlagenen Beratungsgremiums als »uno de los objetivos prioritarios de esta legislatura« (N+1 2018) aus. Auch andere politische Akteure wie das Wissenschaftsministerium oder die PSOE begrüßten die Initiative der CeP (vgl. Spanisches Wissenschaftsministerium 2018, PSOE 06.11.2018). So betonte beispielsweise die PSOE den Mehrwert einer solchen Einrichtung für die parteiübergreifende parlamentarische Arbeit und die Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen:

> »[L]a sinergia entre científicos y políticos pueda dar grandes resultados para el servicio público […] [;] en los procesos legislativos, en el desarollo de las ponencias de las distintas leyes que [se] elabora[n] en el Congreso, puede ser muy útil […]. También ›para prevenir y planificar los retos de futuro – el cambio climático, retos demográficos, sanitarios, políticas de conciliación familiar […]« (PSOE 06.11.2018).

Wissenschaftliches Wissen biete vor allem für politische Handlungsentscheidungen einen Mehrwert, da sich die Akteure daran orientieren könnten. Diesen Vorteil bestätigte unter anderem Ana Pastor, indem sie auf Fragestellungen im Zusammenhang mit politischen Legislativmaßnahmen verwies:

> »›Es fundamental que los legisladores tengamos una fuente a la que acudir cuando vamos a legislar, para tener un conocimiento sobre una materia compleja‹ ha afirmado Pastor […] y que ha advertido de los ›grandes cambios legislativos‹ y de la ›transformación‹ que están por venir como […] la lucha contra el cambio climático« (Europapress 2018).

Die Einrichtung eines derartigen Beratungsgremiums wurde zudem innerhalb des gesamten Abgeordnetenhauses bereits im Jahr 2018 als sinnvolle Un-

11 Siehe hierzu folgende Aussagen Pastors: »›La relación de la ciencia y la tecnología con el parlamento es clave para elaborar leyes que tengan un contenido muy adaptado a las necesidades de este siglo en el que vivimos, el siglo de la revolución tecnológica‹« (Europapress 2018).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tersütztung in der parlamentarischen Arbeit gesehen.[12] Obwohl die Finanzierung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* in den Haushaltsbeschluss von 2019 aufgenommen wurde (vgl. Congreso de los Diputados 03.12.2018, vgl. Domínguez 2018), kam es aufgrund der politisch volatilen Regierungssituation im Jahr 2019 nicht zur Umsetzung. Die 2019 ins Amt berufene Präsidentin des *Congreso de los Diputados*, Meritxel Batet, versicherte jedoch, die Implementierung werde in der laufenden Legislatur umgesetzt. Sie bestätigte den Wert des Gremiums,

> »que, en coordinación con el sistema científico, provea a los parlamentarios del conocimiento científico contrastado e imparcial que necesiten para vertebrar sus discursos y enriquecer los debates parlamentarios y las propias iniciativas legislativas.« (Souto Salom 2019)

Zudem blieb die CeP – auch u.a. in Kooperation mit der FECYT[13] – weiterhin aktiv und intensivierte ihre Bemühungen insbesondere ab 2020. So legte sie im Oktober 2020 dem Präsidium des *Congreso de los Diputados* einen Bericht vor, in dem die Wertigkeit wissenschaftlichen Wissens für Politik und politische Entscheidungsfindungen betont und verschiedene Mechanismen politischer Beratung darlegt wurden (vgl. Ciencia en el Parlamento 17.10.2020). Das Kollektiv nutzte insbesondere die Corona-Krise als erweiterte Begründungslogik. Schließlich habe sie das wissenschaftliche Informations- und Beratungsdefizit des Parlaments sichtbar gemacht. Die Einrichtung des Büros für Wissenschaft und Technologie sei daher elementar für die spanische Politik und Gesellschaft[14]:

---

12 Siehe hierzu u.a. folgenden Auszug aus einem Protokoll des Abgeordnetenhauses aus 2018 mit folgender Anweisung an die spanische Regierung: »El Congreso de los Diputados insta al Gobierno a impulsar […] las siguientes medidas y líneas de actuación: […] [E]l Congreso de los Diputados considera necesaria la creación de una Oficina de Ciencia y Tecnología en el Congreso, que sirva de soporte a la labor parlamentaria« (Congreso de los Diputados 08.06.2018: 4).

13 FECYT und CeP arbeiten bereits seit 2018 zusammen, so u.a. auch um Austauschveranstaltungen der Jornadas #cienciaenelparlamento vorzubereiten und gemeinsame Vorbereitungsseminare zu organisieren und zu finanzieren (vgl. FECYT 02.07.2018, FECYT 16.10.2018 und Ciencia en el Parlamento ohne Datum 2021b – hier unter: »Pregunta: ¿Cuál ha sido y es el papel de la Fundación Española para la Ciencia y la Tecnología (FECYT) en Ciencia en el Parlamento?«).

14 Dieser Bedarf lässt sich auch anhand einer Umfrage des wissenschaftlichen Fachverlags *Frontiers* (vgl. Rijs/Fenter 2020) bestätigen, die u.a. die Zufriedenheit von Forschenden mit dem Einbezug wissenschaftlicher Erkenntnisse in politische Entschei-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »La crisis mundial acaecida por la pandemia COVID-19 […] ha puesto de manifiesto que la sociedad española se enfrenta a problemas globales cada vez más complejos y de difícil resolución. Esta crisis ha demostrado la necesidad de una mayor cercanía entre el mundo de la ciencia, la tecnología y la innovación con el de las políticas públicas, para ofrecer información valiosa con la que poder dar respuesta a esta crisis desde el Gobierno de España y el conjunto de la Administración General del Estado. […]. Ante este reto global, las Cortes Generales han ofrecido el espacio para el debate parlamentario y el escrutinio a la acción gubernamental pero su capacidad de respuesta y acceso a la información científica ha sido limitada en comparación con otros parlamentos en el mundo. Las Cortes Generales necesitan mecanismos de asesoramiento científico legislativo permanente que fomenten un espacio deliberativo con el que apuntalar la democracia española no solamente ante crisis como la de COVID-19, sino también para el ejercicio parlamentario y ejecutivo cotidiano.« (Ciencia en el Parlamento 17.10.2020: 6).

Zwar räumte die CeP ein, dass in der spanischen Politik bereits verschiedene Kanäle der wissenschaftlichen Beratung und Informationsübermittlung existierten, diese könnten allerdings nicht proaktiv agieren (vgl. Ciencia en el Parlamento 17.10.2020: 15). Gleichermaßen würden Beispiele aus anderen Ländern[15], in denen Parlamente auf ein wissenschaftliches Beratungsgremium zurückgreifen können, zeigen, dass

> »[un] asesoramiento científico legislativo [allí] […] se ha traducido en debates parlamentarios más informados y en mejores políticas públicas, incluidas las sanitarias, gracias a un mayor debate público y la cercanía entre expertos y parlamentarios […] [y] que una OPACT [Oficina parlamentaria de asesoramiento científico y tecnológico] se erige como instrumento que

dungen untersuchte. Sie ergab für Spanien ein durchaus kritisches Bild: 45 Prozent von 900 befragten spanischen Forschenden gaben an, unzufrieden mit dem Einbezug wissenschaftlicher Beratung in die politische Entscheidungs- und Strategiebildung zum Umgang mit Covid-19 zu sein. Damit belegt Spanien in der Rangfolge der befragten Länder einen der hinteren Plätze.

15 In Deutschland wäre eine vergleichbare Einrichtung das *Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag* (TAB), das eine eigenständige wissenschaftliche Einrichtung darstellt, die den Bundestag sowie seine Ausschüsse zu wissenschaftlich-technischen Fragestellungen berät (vgl. TAB 2021).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> suma y enriquece el ecosistema entre conocimiento científico y políticas públicas.« (Santillán-García et al. 2020: 4)

Letztlich werde – von der qualitativ höherwertigen Diskussions- und Informationslage abgesehen – die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit von dieser engeren und transparenteren Verschränkung von wissenschaftlichem Wissen und Politik profitieren. Es spreche also einiges für eine evidenzbasierte politische Debatte und Entscheidungsbegleitung (vgl. ebd.), da ein derartiges Gremium als Verbindungskanal zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft fungieren könne. Hierdurch werde ein vielseitiger, transparenter politischer Diskurs ermöglicht und es komme zu einer Erweiterung der Kontaktwege, unter anderem über offene Kommunikationswege, verschiedene Veranstaltungen und Austauschformate (vgl. Ciencia en el Parlamento 2020: 16 und 21). Dabei betonte CeP allerdings auch erneut, dass die wissenschaftliche Information nicht gleichgeschaltet zu einer politischen Entscheidung bzw. Diskussion verstanden werden, sondern diese lediglich Evidenzmaterial zur Entscheidungsfindung liefern könnte: »Desde Ciencia en el Parlamento se recordó que el objetivo no es que las leyes sigan un criterio exclusivamente basado en la ciencia, pero sí que el factor científico y tecnológico sea tomado en cuenta« (Cuartopoder 2020).

Im Dezember 2020 wird die Einrichtung des Beratungsgremiums im Parlament von Seiten des Präsidiums des Congreso de los Diputados einstimmig beschlossen und die Aufgabe der Koordination und Implementierung des Büros schließlich an die FECYT übertragen (vgl. EFE 2020, vgl. Mesa del Congreso de los Diputados 15.12.2020). Nach Aussage der Generaldirektorin, Cecilia Cabello, sei dieser Beschluss »una excelente oportunidad para poner el conocimiento científico al servicio de las políticas públicas y la sociedad en general« (FECYT 02.03.2021). Auch die Präsidentin des *Congreso de los Diputados* bestätigte die bereichernde Funktion des neuen Gremiums (vgl. Congreso de los Diputados 02.03.2021). Die Politik äußerte ihren Dank gegenüber den zivilgesellschaftlichen Initiatoren der CeP, die die Realisierung dieser Idee angestoßen hätten (vgl. ebd.). Auch die CeP zeigte sich mit den Entwicklungen zufrieden, verkündete allerdings auch, »[que] va a seguir trabajando para llevar la ciencia a todos los parlamentos autonómicos y seguir acercando ciencia, política y sociedad« (Ciencia en el Parlamento 03.03.2021).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2.2 Entwicklungsschritt in Richtung eines multiversen Kollektivs?

Es kann zunächst festgehalten werden, dass es Gemeinsamkeiten zwischen der Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* und den Dynamisierungen des politischen Raums in Spanien gibt, insofern eine Bewegung – ob zivilgesellschaftlich oder wissenschaftsimmanent – als Kollektivakteur Einfluss auf den Diskurs nimmt, wodurch sich ein neuer Akteur materialisiert. Waren es im Falle des politischen Analyseteils das 15-M/Indignados-Kollektiv und Podemos, die aufgrund einer vielschichtigen (ökonomischen wie repräsentativen) Krisenlage die (diskursive) Grundlage für eine Veränderung des politischen Diskurs- und Akteursspektrums indizierten, rückt mit der CeP-Initiative ebenso ein nicht-institutionalisierter Akteur in das öffentliche Sichtbarkeitsfeld, der letztlich durch die Einrichtung eines unabhängigen *Oficina de Ciencia y Tecnología* eine Erweiterung wissenschaftlicher Vermittlungsinstanzen erwirkte. Im Unterschied zum politischen Kollektiv kann die diskursive Einschreibung von CeP jedoch nicht als ›Gegen-Stimme‹ im Foucault'schen Sinne verstanden werden, weil die CeP nicht versucht hat, die gegebenen Macht- und Repräsentationsweisen zu verändern, sondern von Anfang an in einen produktiv-gestalterischen Austausch mit politischen und gesellschaftlichen Akteuren zu treten (Stichwort *Jornadas*). Ziel war es, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft miteinander produktiv interagieren zu lassen und über diesen Weg eine politische wie informative Rückkopplung zur Gesellschaft zu erreichen, die positive Rückwirkungen entfalten würde.

Aus der Anfang März 2021 veröffentlichten Vereinbarung zwischen FECYT und dem *Congreso de los Diputados* geht hervor, dass die prinzipiell – insbesondere von CeP – diskursiv verhandelten Ideen für die Nutzbarmachung wissenschaftlichen Wissens für das Parlament grundlegend aufgegriffen werden sollen (vgl. Congreso de los Diputados/FECYT 2021: 3). Zentrale Aufgabenbereiche betreffen die Aufbereitung wissenschaftlicher Informationsmaterialien zu Themen, die perspektivisch von politischer (Entscheidungs-)Relevanz sein könnten oder auch die transparente Kommunikation und Verbreitung der Informationsmaterialien, um wissenschaftliche Wissensbestände für die Gesellschaft zugänglicher zu machen. Darüber hinaus sollen Interaktionsveranstaltungen zwischen Wissenschaft und Politik organisiert werden. Neben der gemeinsamen Leitung und Finanzierung der *Oficina* durch Vertreter des Congreso und FECYT (vgl. Congreso de los Diputados 02.03.2021), sollen zudem die wissenschaftlich aufzubereitenden Themen dem Präsidium des *Con-*

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

greso de los Diputados vorgelegt werden, um hierauf basierende jährliche Arbeits- oder Aktivitätspläne festzulegen (vgl. ebd.).

In dieser Grundkonzeption zeigt sich, dass diese Art der Anlage des *Oficina* zwar um eine vertiefte Informations- und Interaktionsmöglichkeit zwischen Wissenschaft und Politik bestrebt, jedoch nicht von einer Auflösung der getrennten Sphären von Wissenschaft und Politik im Latour'schen Sinne geprägt ist (vgl. Latour 2016: 152). Schließlich wird Wissenschaft als Mittlerinstanz konzeptionalisiert, die weiterhin die Aufgabe der Entschlüsselung der Dinge der Welt übernehmen soll. Wissenschaft bleibt somit in einer von Politik getrennten, wissenschaftlichen Sphäre verhaftet. Diese Konzeption steht somit der Latour'schen Forderung eines offenen, mit den Dingen der Welt flexibel interagierenden multiversen Kollektivs entgegen, in dem Wissenschaften, Politiken und (Ding-)Prozesse gleichermaßen interagieren, man in eine Welt treten würde, »die aus insistierenden Realitäten besteht« (Latour 2001: 265).

Diskursiv zeigte sich diese dichotome Funktions- und Interaktionsweise des *Oficina* bereits 2018. CeP und Politik (Ana Pastor in Europapress 2018, PSOE 2018) hatten die Nutzbarmachung des Wissens des *Oficina* vor allem im Zusammenhang mit politischen Entscheidungsfindungen angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen betrachtet und somit wissenschaftlichem Wissen eine erklärend-entschlüsselnde Funktion zugewiesen.

Jedoch sollte es hingegen in der Latour'schen Auffassung um einen anderen, kollektiven Prozess gehen, in dem es »nicht mehr um eine Definition des Universums [geht], aus der anschließend Handlungsregeln abgeleitet würden, sondern um eine Verpflichtung aller Beteiligten, ihren Kosmos oder ihre Kosmen zu explizieren.« (Latour 2016: 151). In diesem Zusammenhang kann zudem konstatiert werden, dass sich – anders als zunächst vermutet – mit Ausnahme der Verweise der CeP auf Basis des Korpusmaterials kein unmittelbarer verstärkter Begründungszusammenhang zur Covid-19-Pandemie nachweisen lässt. Hier diente also nicht unbedingt die konkrete Krisensituation als Katalyseimpuls, sondern wurde von Seiten der politischen Akteure auf (abstrakte) zukünftige Herausforderungen verwiesen, die den Bedarf des *Oficina* begründeten.

Letztlich offenbart die Auseinandersetzung mit den diskursiven Begründungslogiken, dass mit dem *Oficina* zwar eine erweiterte Interaktionsmöglichkeit zwischen Wissenschaft und Politik in Spanien geschaffen wird, diese allerdings nicht zu einer fundierten Verflechtung beider Bereiche in einem Latour'schen Sinne führt. Insbesondere in den erweiterten Legitimati-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

onsansprüchen an Wissenschaft als Begründungsfolie für politische Debattenführung und Entscheidungsfindung sowie einer damit verbundenen Indienststellung für Politik und Gesellschaft sind nicht unbedingt produktiveigenständige Einwirkungsmöglichkeiten wissenschaftlichen Wissens zu erwarten. Vielmehr könnte sich hieraus auch ein (unverhältnismäßiger) Erwartungsdruck vonseiten der Politik und Gesellschaft gegenüber wissenschaftlichem Wissen in seiner Sicherheits- und Orientierungsfunktion ergeben. Dies in der Hinsicht, als dass – wie in Kapitel I bereits dargelegt – Politiken versichernde Wissenssysteme zu garantieren haben, die (gesellschaftliche) Risiken kalkulier-/steuerbar machen (vgl. Evers/Nowotny 1987: 19ff.) und (angepasste) Orientierungsrahmen für Handlungs- und Verhaltensweisen schaffen (vgl. ebd.: 306). In dieser Hinsicht sind auch die präventiven Äußerungen der CeP zu verstehen, die bereits darauf hinweisen, dass Wissenschaften keine absoluten Wahrheiten oder Antworten liefern, jedoch eine valide Grundlage für politische Debatten- und Entscheidungsfindung darstellen können. Schließlich liefe eine unverhältnismäßige politische wie gesellschaftliche Erwartungshaltung an Wissenschaften – insbesondere auch in Konfrontation mit gesellschaftlichen Herausforderungen – Gefahr

> »Ansprüche an die direkte und kurzfristige Effektivität wissenschaftlichen Wissens wachsen [zu lassen] […], und dies lädt geradezu dazu ein, immer Größeres zu versprechen und die Nebenwirkungen kleinzureden. […] Solche Verheißungen sind riskant. Sie bergen die Gefahr struktureller Selbstüberforderungen von Wissenschaft. Sie wecken Erlösungshoffnungen, die jedenfalls kurzfristig eher enttäuscht werden.« (Strohschneider 2017: 6f.)

In diesem Zusammenhang sollte sich zudem auch mit dem Begriff *evidenzbasierter Politik* als solchem beziehungsweise mit der Grundierung von politischer Handlung/Diskussion auf *Evidenz* befasst werden. So geht evidenzbasierte Entscheidungsfindung v.a. auf die Medizin zurück und beschreibt ein »Streben nach ›Beweisen‹ in Form von gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen (›Evidenz‹) über […] Effektivität und Effizienz [einer Behandlungsweise] durch methodisch kontrollierte Experimente und möglichst umfassende Auswertung aller vorhandenen Daten und Forschungsergebnisse« (Saretzki 2019: 82). Wissenschaftliche Evidenz im medizinischen Sinne stellt folglich die (empirische) Grundlagenschaffung für die sich davon ableitende(n) Behandlungsweisen/Medikation im Krankheitsfall dar. Saretzki (2019) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass analoge Übertragungen des medizinischen Evidenzbegriffs auf die Politik eigentlich nicht getroffen wer-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den sollten, da »[p]olitische Problemlösungen […] sich […] nicht nur auf Basis von wissenschaftlicher Evidenz [ergeben]. Sie müssen in komplexen und meist umstrittenen politischen Prozessen erarbeitet werden« (ebd.: 83). Dennoch – wie auch im Rahmen der diskursanalytischen Aufarbeitung gezeigt – findet der Begriff einer evidenzbasierten Politik beziehungsweise Regierungsweise bereits geläufige Anwendung, »zählt [gar] zu den Kernbestandteilen modernen Regierens« (Weiland 2013: 9). Dies gerade auch in der Hinsicht, als dass »[e]videnzbasierte Politik […] als Instrument [gilt], um Politik zu versachlichen. Die Erwartung – und Hoffnung – ist, Politik von den interessen- und wertbasierten Wissensbehauptungen der politischen Akteure zu befreien […]« (ebd.: 9f.) sowie durch das Einbringen des »verfügbare[n] (in der Regel wissenschaftliche[n]) Wissen[s] in den Politikprozess […] ›besser‹ informierte politische Entscheidungen zu ermöglichen« (ebd.: 10). Zielsetzungen, die auch der diskursiven Begründungslogik der Einrichtung des *Oficina* zu Grunde liegen und über die gerade auch große (zukünftige) Herausforderungen der Gesellschaft sowie damit verbundene (auch mitunter disruptive) Veränderungspotenziale und Unsicherheiten (wie beispielsweise Pandemien) prognostizier- beziehungsweise politisch rationalisier- und steuerbar gemacht werden sollen. Mögliche Spannungsverhältnisse zwischen einem derartigen (politischen) Evidenzanspruch sowie diskursiven Verhandlungs- und Situierungsweisen der jeweiligen (politischen wie wissenschaftlichen) Akteure sollten daher ebenfalls entlang einer weiterführenden Untersuchung der Arbeits- und Wirkungsweise des *Oficina* in den Blick genommen werden.

Ob die Arbeitsweise des *Oficina* tatsächlich darin besteht, thematische Schwerpunkte zu setzen, und den Anspruch hat, andere Parlamentsdebatten unter Bezugnahme auf wissenschaftliche Wissensbestände anzustoßen, kann zum aktuellen Zeitpunkt (Frühjahr 2022) noch nicht belegt werden. Für eine fundierte Auseinandersetzung mit der politisch-systemischen Funktionsweise des neuen Beratungsgremiums müsste zuerst der Komplex der wissenschaftlichen Politikberatung in Spanien aufgearbeitet werden. Erst dann könnten Wirkungsweise und Rollenzuweisung sowie Erwartungshaltungen und Legitimierungsweisen fundiert beurteilt werden. Was die Analyse allerdings exemplarisch gezeigt hat, ist, dass die verwendete Analysemethodik auch für die Auseinandersetzung mit weiteren gesellschaftlichen Bereichen dienlich ist.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

V. Zusammenfassung und Fazit

In der vorliegenden Studie wurde der Frage nachgegangen, inwiefern krisenhafte Momente wie die Auswirkungen der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 oder die Corona-Pandemie als Katalysemoment für Diskursbrüche angenommen werden können, die Möglichkeitsräume für Neuverhandlungen von Wissensbeständen und gesellschaftlichen Akteursinstanzen initiieren. Hierzu wurden – neben einer allgemeinen Auseinandersetzung mit dem Konzept der Krise und ihrer (ökonomischen und politischen) Ausdifferenzierungen – im Speziellen die Rückwirkungen der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise auf den politischen Raum sowie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik (in Verbindung mit der Krise der Corona-Pandemie) in Spanien untersucht. Genutzt wurden dazu die diskurstheoretischen Grundannahmen Michel Foucaults und deren Verbindung von Wissens- und Diskursformierungen mit Realitäts-, Normierungs- und Machtverhandlungen. Die Wirksamkeit des an der Diskursbildung beteiligten Akteursspektrums und sich darüber aktualisierenden Kollektivbildungen wurden um die theoretischen Annahmen Bruno Latours ergänzt und materiell ausdifferenziert.

Um Verschiebungen und Re-Formierungen des politisch-repräsentativen Kollektivs zu betrachten, wurden verschiedene Stränge der politischen Diskursverhandlung und Akteursformierung in den Blick genommen. Eigens dafür wurde ein Analysemodell – in Anlehnung an bestehende diskursanalytische Ansätze der *Wissenssoziologischen Diskursanalyse* nach Reiner Keller und der *Kritischen Diskursanalyse* nach Siegfried Jäger – ausgearbeitet. Für den politischen Raum stand die Analyse von Dynamisierungs- und Neuverhandlungsprozessen des politischen Diskurses und seiner Wissensbasis sowie der ihn prägenden politischen Kollektivakteure im Zentrum. So galt es, grundlegend zu hinterfragen, inwiefern neue (politische) Kollektivformationen als herausfordernde Gegenstimmen gedacht werden können (Fokus

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

15-M-/Indignados-Bewegung und Podemos-Kollektiv). Hierzu wurde untersucht, in welcher Form diese Formationen als ›störende‹ Impulse diskursive Neuverhandlungen des politischen Raums und seiner etablierten Normierungsinstanzen (PP, PSOE) erwirken konnten. Letztlich sollte mittels der Analyse der angenommenen Heterogenisierung des politischen Akteursspektrums auch gezeigt werden, inwiefern miteinander konkurrierende Diskursverhandlungen auch als gesellschaftliche (Veränderungs-)Praktiken gedacht werden können.

Fokussiert wurden die drei Wahljahre 2011, 2014 und 2015, um die Entwicklungs- und Legitimationsprozesse rund um Diskurs-, und Kollektivverhandlungen im Kontext der Auswirkungen der wirtschaftlichen beziehungsweise repräsentativen Krisenzeit zu veranschaulichen und die Einschreibung eines Gegendiskurses über die neuen Kollektive des 15-M/Indignados-Protests bzw. Podemos nachzuzeichnen. Für die Analyse von Veränderungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik wurde sich zudem mit den diskursiven Entwicklungen mit Bezug auf die Etablierung eines wissenschaftlichen Beratungsbüros im spanischen Parlament im Zeitraum von 2018-2020 befasst.

Über das Diskursmodell wurden für die Analyse des politischen Raums drei diskursive Fokusstränge wechselseitig miteinander in Bezug gesetzt und das Korpus für die angestrebte Analyse generiert. Betrachtet wurden der »ökonomische Krisendiskurs«, der »Diskurs um die jeweiligen Wahlereignisse« und – für die etablierten politischen Diskursinstanzen PP und PSOE – der »Diskurs zu den neuen (politischen) Akteuren (15-M/Indignados bzw. Podemos)«. Es konnten folgende Entwicklungen analytisch ausgemacht werden:

1) Für den politischen Raum konnte festgestellt werden, dass die 15-M-Bewegung bereits 2011 als erste disruptiv-systemische Reaktion und Materialisierung eines wütenden Protests gesehen werden kann, der auf den Erfahrungen einer realen Inkongruenz zwischen politischen Äußerungen und erfahrbaren Kriseneinschnitten beruhte. Sie entfaltete somit als diskursiv-widerspenstige Kraft eine dynamisierende Wirksamkeit, indem es ihr gelang, einen neuen beziehungsweise anderen Wissensstand in das Sichtbarkeits- und Bewusstseinsfeld der spanischen Gesellschaft zu rücken. Sie stellte außerdem die über die etablierten Kollektive (PP, PSOE) vertretene politische Diskursrealität infrage und ließ sie brüchig werden.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2) Die Analyse der Folgejahre (2014 und 2015) ergab, dass Podemos zwar nicht als direkter Folgeakteur der 15-M-Proteste verstanden werden kann, die diskursiven Impulse und die Störfunktion der Protestbewegung jedoch für die eigene politische Etablierung und Formierung nutzbar machte. So vermochte es das Podemos-Kollektiv, die nach wie vor in der spanischen Gesellschaft präsenten Unzufriedenheiten und (Repräsentations-)Missstände zu artikulieren. Über diese Entwicklungen eröffnete sich wiederum eine doppelte Krisendynamik: Aus der ökonomischen Krise wurde zusehends eine politische (Vertrauens-)Krise, die letztlich als Anreizmoment für einen politischen und kollektiven, qualitativen wie quantitativen Wandel im politischen Raum Spaniens fungierte.
3) So wurden insbesondere durch die physischen und diskursiven Materialisierungen der anderen Kollektivrealitäten (15-M/Indignaods und Podemos) widerständische Prozesse lanciert, die die Infragestellung bis dato verbindlicher gesellschaftlicher Kohärenzsysteme (getragen vor allem durch PP und PSOE) und kollektiv akzeptierter Missverhältnisse ermöglichten. Es kam nicht nur zu Diskussionen um eine *nueva Transición*, sondern auch zu einer öffentlichen Debatte über politische Korruption. Vermehrt wurden auch sozialpolitische Themen bis hin zu Reflektionen über eine partizipativere Politik und Demokratie diskursiv aufgegriffen. Zudem wurden ausgehend von Podemos Forderungen laut, ›Gesellschaft‹ bzw. ›Gemeinschaft‹ neu bzw. anders zu denken und einer vielfältigen, gleichberechtigten Akteursebene politische Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen.
4) Auch wenn die bisweilen radikaldemokratischen Anliegen des Podemos-Kollektivs nicht realisiert wurden, die Partei sich zunehmend moderater zeigte und in das bestehende politische System integrierte, ermöglichte die Initialisierung des Kollektivs dennoch Diskurs- und Akteursdynamisierungen des politischen (Handlungs-)Raums sowie die Repräsentation einer anderen Wissensbasis. Zudem kann eine nachhaltige Heterogenisierung des Akteurs- und Parteienspektrums – wenn auch ohne systemisch-disruptive Veränderungen – innerhalb der spanischen Politik konstatiert werden.

Die eingangs aufgestellte These – Krisen als Katalysemoment für Neuverhandlungen von gesellschaftlichen Kollektivzusammensetzungen, Diskursordnungen und Wissensverhältnissen – kann folglich für den politischen Raum Spaniens für die Jahre 2011 bis 2015 bestätigt werden. Allerdings konnte

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ebenso gezeigt werden, dass derartige Umbrüche erweiterte Krisen lancieren, gerade weil sie andere Positionen und Akteure in das Sicht- und Sagbarkeitsfeld einer Gesellschaft rücken und kollektiv anerkannte Diskurs- und Ordnungsgefüge infrage stellen. Insofern führten die Dynamisierungen rund um die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisenentwicklung in Spanien auch zum Aufbrechen weiterer gesellschaftlicher Konflikte und Krisenlagen. So ist neben den Konflikten um die katalonischen Unabhängigkeitsbestrebungen bereits eine erneute Erweiterung des politischen Akteursspektrums festzustellen: Seit 2019 ist mit der Partei Vox zum ersten Mal nach Ende der Franco-Diktatur eine rechtskonservative Kraft im spanischen Parlament und einigen Regionalregierungen vertreten.

Über diese innenpolitischen Spannungsverhältnisse hinaus sieht sich die spanische Gesellschaft gegenwärtig mit weiteren komplexen Entwicklungen konfrontiert: Migrationsbewegungen und die Corona-Pandemie stellen das gesellschaftliche und politische Kollektiv Spaniens vor nachhaltige Herausforderungen und könnten weitere Dynamisierungen bewirken. Insbesondere die Corona-Pandemie offenbart nicht nur der spanischen Gesellschaft ihr Nicht-Wissen unmittelbar. Abhängig von den weiteren Entwicklungen könnten sich mögliche Dynamisierungsprozesse gesellschaftlicher wie politischer Kollektive, Handlungs- und Orientierungsnormen sowie deren diskursive Einordnung und Vermittlung als weitere Anwendungsbeispiele des dargelegten diskurs-/akteursanalytischen Ansatzes ergeben. Dies würde sich auch in dem Sinne anbieten, als dass das Corona-Virus als Disruption eines neuen *Quasi-Objekts* im Latour'schen Sinne aufgefasst werden kann, das vorhandene Wissens- und Ordnungsbestände der Gesellschaft herausfordert und sowohl diese als (möglicherweise) auch die sie formierenden Kollektive zu einer umfassenden Reformation zwingt. Entscheidend ist hierbei, dass das Virus nicht als inerte Materie aufgefasst wird, die durch menschliche Entschlüsselungsarbeit wirksam geworden ist. Vielmehr zeigt das Covid-19-Virus, dass objekthafte Ding-Akteure unabhängig von menschlicher (Er-)Kenntnis eine ganz eigene Wirkmächtigkeit und Handlungspotenzialität entfalten können und sozusagen als vollwertig wirksame (Diskurs-)Akteur gedacht und verstanden werden müssen.[1]

1 Ähnlich wie in Latours Beispielen zur Anti-Baby-Pille oder zum Türöffner wirkt auch das Virus in erheblichem Maß auf das Handeln des Einzelnen, das Alltagsleben der Gesellschaften und die Normen zurück. Dies zeigt sich u.a. an der Einführung neuer Hygiene- und Umgangsnormierungen wie der sogenannten AHA-L-Regel, die die

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hierbei ist zudem von Relevanz, dass das Virus in seiner eigenen Wirkmächtigkeit als vollwertiger (Diskurs-)Akteur gedacht und verstanden werden kann. In dieser Hinsicht könnte – im Falle einer nachfolgenden Analyse möglicher politischer und Repräsentationsveränderungen innerhalb Spaniens – ein Ding-Akteur selbst als diskursiv wirkmächtige Akteursinstanz konzipiert bzw. geprüft werden.

Neben der Befassung mit (krisenindizierten) Dynamisierungen innerhalb des spanischen politischen Raums wurde zudem auch auf sich abzeichnende Veränderungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik innerhalb Spaniens und ihre Krisenindiziertheit eingegangen. So ist es auf der systemischen, wissenschaftspolitischen Ebene zu einer veränderten Wertigkeit von Wissenschaft beziehungsweise wissenschaftlicher Wissensproduktion gekommen. Die Veränderungen im Verhältnis von wissenschaftlichem Wissen und Politik konnten anhand der Auseinandersetzung um die Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* nachgewiesen werden. Ähnlich wie im politischen Raum hatte hier eine bürgerliche beziehungsweise wissenschaftsimmanente Bewegung (*Ciencia en el Parlamento*) den diskursiven Impuls gesetzt. Entlang der angefertigten diskurs- und akteursanalytischen Untersuchung konnten die Begründungslogiken der an der Umsetzung beteiligten Kollektivakteure dargelegt werden. Hierbei zeigte sich, dass zwar mit der Einrichtung des *Oficina* ein unmittelbarer Interaktionsweg für Wissenschaft und Politik geschaffen wurde, dieser allerdings weiterhin auf der Annahme getrennter Sphären beider Bereiche rekurriert und somit nicht im Sinne eines Latour'schen Wissenskollektiv zu verstehen ist. Darüber hinaus müsste – auch in Auseinandersetzung mit dem Bereich wissenschaftlicher Politikberatung als solcher – die konkrete Umsetzung, Wirkungsweise und Anspruchshaltung, die mit dem *Oficina* verbunden ist, sowie die hieraus folgende Nutzbarmachung wissenschaftlichen Wissens in parlamentarischen Debatten/der spanischen Politik fundiert geprüft werden. Ein Anliegen, das zum aktuellen Entwicklungsstand noch nicht möglich ist und auch den Rahmen der vorliegenden Arbeit übersteigen würde. Nichtsdestotrotz könnten sich aus diesen Dynamisierungen ergebende, veränderte Diskurs-/Wissensbeziehungen zwischen Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auch unter Einbezug des erarbeiteten

konkret von jedem Einzelnen zu beachtenden Hygienemaßnahmen (Abstand halten, Hände waschen, Alltagsmaske tragen und regelmäßiges Lüften) umfasst (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2020).

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

diskurs-/akteursanalytischen Modells weiterverfolgt und aufgearbeitet werden.

Ähnlich wie auch im Falle von 2010 – und damit auch das einleitende Zitat nach Antonio Muñoz Molina aufgreifend – findet sich Spanien (wie auch die weltweiten Gesellschaften) aktuell in einer vielschichtigen Krisensituation wieder, die vermeintlich sicher geglaubte Normen, Orientierungspunkte und Stabilitäten ins Wanken gebracht hat und erneut deutlich vor Augen führt, »[que] [l]o que no existía y casi no se imaginaba puede hacerse real. Lo que hoy es más indiscutible y más sólido y nos importa más mañana puede haberse desmoronado« (Muñoz Molina 2013: 197). Welche Akteure, Diskursordnungen und damit verbundene Normen und Wissensbestände letztlich – auch angesichts der dargelegten, multiversen Krisenlage (Stichworte: Wirtschafts- und (politische) Legitimationskrise, Katalonien, Corona-Pandemie, Migration) – innerhalb Spaniens die Oberhand gewinnen, bleibt abzuwarten. Das notwendige Werkzeug zur Analyse dieser und etwaiger anderer Dynamiken steht jedenfalls bereit.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

VI. Bibliographie

Alba Rico, Santiago (2019): »Podemos in Spain: Limits and Possibilities for Change«, in: Óscar Pereira-Zazo/Steven L. Torres (Hgg.), *Spain After the Indignados/15M Movement. The 99 % speaks out*, Cham: Palgrave/Macmillan, S. 75-88.

Albenga, Viviane et al. (2018): »Une alternative? Podemos, mouvements sociaux et renouveau politique en Espagne«, *Mouvements*, 94/Été 2018, S. 7-11.

Alberich, Tomás (2017): »Éxito, crisis y descendientes de los movimientos de indignados. Estudio de caso y aprendizajes para la acción social«, *Revista Española del Tercer Sector*, 37, S. 73-108.

Álvarez Tardío, Manuel/Redondo Rodelas, Javier (Hgg.) (2019a): *Podemos. Cuando lo nuevo se hace viejo*, Madrid: Editorial Tecnos.

Álvarez Tardío, Manuel/Redondo Rodelas, Javier (2019): »A la medida de Iglesias«, in: Manuel Álvarez Tardío/Javier Redondo Rodelas (Hgg.), *Podemos. Cuando lo nuevo se hace viejo*, Madrid: Editorial Tecnos, S. 13-37.

Balibar, Étienne (2016): *Europa: Krise und Ende?*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Balibar, Françoise (2013): »Von Canguilhem zu Haraway«, in: Astrid Deuber-Mankowsky/Christoph F. E. Holzhey (Hgg.), *Situiertes Wissen und regionale Epistemologie. Zur Aktualität Georges Canguilhems und Donna J. Haraways*, Wien/Berlin: Verlag Turia + Kant, S. 87-104.

Barad, Karen (2017): »Agentieller Realismus«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hgg.), *Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 574-643.

Beck, Stefan/Knecht, Michi (2012): »Jenseits des Dualismus von Wandel und Persistenz? Krisenbegriffe der Sozial- und Kulturanthropologie«, in: Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 59-78.

Beck, Ulrich (2017): *Die Metamorphose der Welt*, Berlin: Suhrkamp.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Beck, Ulrich (2012): *Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise*, Berlin: edition suhrkamp digital.

Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bedorf, Thomas (2010): »Das Politische und die Politik – Konturen einer Differenz«, in: Thomas Bedorf/Kurt Röttgers (Hgg.), *Das Politische und die Politik*, Berlin: Suhrkamp, S. 13-38.

Bernecker, Walther L. (2018): *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München: C.H. Beck.

Bernecker, Walther L. (2012): *Spanische Geschichte. Von der Reconquista bis heute*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (WBG).

Bernecker, Walther L./Íñiguez Hernández, Diego/Maihold, Günther (Hgg.) (2009): *¿Crisis? ¿Qué crisis? España en busca de su camino*, Madrid/Frankfurt a.M.: Iberoamericana/Vervuert.

Besio, Cristina (2011): »Netzwerke der Wissenschaft«, in: Michael Bommes/Veronika Tacke (Hgg.), *Netzwerke in der funktional differenzierten Gesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 119-142.

Blanco Valdés, Roberto L. (2017): »El año que vivimos peligrosamente: del bipartidismo imperfecto a la perfecta ingobernabilidad«, *Revista Española de Derecho Constitucional*, 109, S. 63-96.

Borsò, Vittoria (2014): »Jenseits von Vitalismus und Dasein. Roberto Espositos epistemologischer Ort in der Philosophie des Lebens«, in: Vittoria Borsò (Hg.), *Wissen und Leben – Wissen für das Leben. Herausforderungen einer affirmativen Biopolitik*, Bielefeld: transcript, S. 141-172.

Borsò, Vittoria (2014a): »Mit der Biopolitik darüber hinaus. Philosophische und ästhetische Umwege zu einer Ontologie des Lebens im 21. Jahrhundert«, in: Vittoria Borsò (Hg.), *Wissen und Leben – Wissen für das Leben. Herausforderungen einer affirmativen Biopolitik*, Bielefeld: transcript, S. 13-40.

Borsò, Vittoria (2013): »Biopolitik – Bioökonomie – Bio-Poetik im Zeichen der Krisis. Über die Kunst, das Leben zu ›bewirtschaften‹«, in: Vittoria Borsò/Michele Cometa (Hgg.), *Die Kunst, das Leben zu »bewirtschaften«. Biós zwischen Politik, Ökonomie und Ästhetik*, Bielefeld: transcript, S. 13-38.

Borsò, Vittoria (2012): »Kategorien der Identität«, in: Joachim Born et al. (Hgg.), *Handbuch Spanisch. Sprache, Literatur, Kultur, Geschichte in Spanien und Hispanoamerika*, Berlin: Erich Schmid Verlag, S. 429-439.

Borsò, Vittoria (1998): »Episteme«, in: Ansgar Nünning (Hg.), *Literatur- und Kulturtheorie*, Stuttgart: Metzler, S. 164-165.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Borvitz, Sieglinde (2020): »Einleitung – Prekäres Leben. Das Politische und die Gemeinschaft in Zeiten der Krise«, in: Sieglinde Borvitz (Hg.), *Prekäres Leben. Das Politische und die Gemeinschaft in Zeiten der Krise*, Bielefeld: transcript, S. 11-36.

Bourdieu, Pierre (2002²): *La domination masculine*, Paris: Éditions du Seuil.

Butterwegge, Christoph (2013): »Marktradikalismus und Rechtspopulismus. Neoliberale Modernisierung als Türöffnerin für rassistische Ausgrenzung und Standortnationalismus«, in: Sebastian Friedrich/Patrick Schreiner (Hgg.), *Nation, Ausgrenzung, Krise: kritische Perspektiven auf Europa*, Münster: Edition Assemblage, S. 14-29.

Carmele, Gordon (2019): *Das politische System Spaniens*, Wiesbaden: Springer VS.

Casals i Meseguer, Xavier (2020): »De Fuerza Nuvea a Vox: de la vieja a la nueva ultraderecha española (1975-2019)«, *Ayer*, 118/2, S. 365-380.

Cid, Rafael (2015): »Podemos #Trending Topic«, in: Estela Mateo Regueiro (Hg.), *Hasta luego, Pablo! Once ensayos críticos sobre Podemos*, Madrid: Los libros de la catarata, S. 13-29.

Chislett, William (2016): *A new course for Spain: Beyond the crisis*, Madrid: Real Instituto Elcano de Estudios Internacionales y Estratégicos.

Climent Sanjuan, Victor/Montaner Goetzenberger, Mirian (2020): »Los partidos de extrema derecha en España: un análisis sociológico comparado«, *Izquierdas*, 49/Junio 2020, S. 910-931.

Conradi, Tobias/Derwanz, Heike/Muhle, Florian (2013): »Strukturentstehung durch Verflechtung – Zur Einleitung«, in: Tobias Conradi/Heike Derwanz/Florian Muhle (Hgg.), *Strukturentstehung durch Verflechtung. Akteur-Netzwerk-Theorie(n) und Automatismen*, München: Wilhelm Fink (Online Ausgabe), S. 9-20.

Cordero, Guillermo/Christmann, Pablo (2018): »¿Podemos? Crónica de un éxito inesperado en las elecciones europeas de 2014«, in: Mariano Torcal (Hgg.), *Opinión pública y cambio electoral en España. Claves ante el reto europeo y la crisis política y económica*, Madrid: Centro de Investigaciones sociológicas, S. 153-172.

De Nieves, Arturo (2015): »¿Asalto a las instituciones? Algunos apuntes sobre la relación entre Podemos y el movimiento del 15 de Mayo«, in: Estela Mateo Regueiro (Hg.), *Hasta luego, Pablo! Once ensayos críticos sobre Podemos,* Madrid: Los libros de la catarata, S. 48-65.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Delgado Sotillos, Irene (2019): »La transformación de la competición partidista«, in: Manuel Álvarez Tardío/Javier Redondo Rodelas (Hgg.), *Podemos. Cuando lo nuevo se hace viejo*, Madrid: Editorial Tecnos, S. 85-119.

Deuber-Mankowsky, Astrid/Holzhey Christoph F. E. (2013). »Einleitung. Denken mit Canguilhem und Haraway«, in: Astrid Deuber-Mankowsky/Christoph F. E. Holzhey (Hgg.), *Situiertes Wissen und regionale Epistemologie. Zur Aktualität Georges Canguilhems und Donna J. Haraways*, Wien/Berlin: Verlag Turia + Kant, S. 7-34.

Domínguez Sánchez, Mario (2015): »Intelectual, político, académico. La elite de Podemos«, in: Estela Mateo Regueiro (Hg.), *Hasta luego, Pablo! Once ensayos críticos sobre Podemos*, Madrid: Los libros de la catarata, S. 30-47.

Drozdiak, William (2017): *Der Zerfall. Europas Krisen und das Schicksal des Westens*, Zürich: Orell Füsseli Verlag.

Elorza, Antonio (2016): »Podemos: the road to power«, in: Patrick Moreau/Birte Wassenberg (Hgg.), *European Integration and new Anti-Europeanism II. The 2014 European Election and New Anti-European Forces in Southern, Northern and Eastern Europe*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 27-40.

Elorza, Antonio (2009): »España: identidades y opinión pública«, in: Walther L. Bernecker/Diego Íñiguez Hernández/Günther Maihold (Hgg.), *¿Crisis? ¿Qué crisis? España en busca de su camino*, Madrid/Frankfurt a.M.: Iberoamericana/Vervuert, S. 53-69.

Errejón, Íñigo/Mouffe, Chantal (2015): *Construir pueblo. Hegemonía y radicalización de la democracia*, Barcelona: Icaria.

Eser, Patrick (2013): »Kulturen der Ausgrenzung? Der binnennationale Konflikt in Spanien im Kontext von Krise und Globalisierung«, in: Sebastian Friedrich/Patrick Schreiner (Hgg.), *Nation, Ausgrenzung, Krise: kritische Perspektiven auf Europa*, Münster: Edition Assemblage, S. 198-208.

Esposito, Roberto (2004): *Immunitas: Schutz und Negation des Lebens*, Berlin: diaphanes.

Esposito, Roberto (2004b): *Communitas: Ursprung und Wege der Gemeinschaft*, Berlin: diaphanes.

Evers, Adalbert/Nowotny, Helga (1987): *Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Fathi, Karim (2020): »Die multi-resiliente Gesellschaft: Orientierungspunkte für die Corona-Krise und darüber hinaus«, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33/1, S. 22-36.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ferreira, Carles (2019): »Vox como representante de la derecha radical en España: un estudio sobre su ideología«, *Revista Española Ciencia Política*, 51, S. 73-98.

Fernández-Albertos, José (2015): *Los votantes de Podemos. Del Partido de los indignados al partido de los excluidos*, Madrid: Los libros de la catarata.

Foucault, Michel (2012): *Über den Willen zum Wissen: Vorlesungen am Collège de France 1970 – 1971/Leçons sur la volonté de savoir*, Berlin: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2008): »Wissenschaft und Wissen«, in: Uwe Wirth (Hg.), *Kulturwissenschaft. Eine Auswahl grundlegender Texte*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 308-317.

Foucault, Michel ([1988] 2005): »Die politische Technologie der Individuen«, in: François Ewald/Daniel Defert (Hgg.), *Schriften*, Band IV, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 999-1015.

Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977-1978*, hg. von Michel Sennelart, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2004a): *Sécurité, territoire, population. Cours au Collège de France*, 1977-1978, Paris: Seuil/Gallimard.

Foucault, Michel ([1966] 2001): »Denken des Außen«, in: François Ewald/Daniel Defert (Hgg.), *Schriften*, Band I (1954-1969), Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 670-696.

Foucault, Michel (1997): *Il faut défendre la société*, Paris: Gallimard.

Foucault, Michel ([1988] 1994): »The political technology of individuals (›La technologie politique des individus‹)«, in: François Ewald/Daniel Defert (Hgg.), *Dits et Écrits*, Band IV, Paris: Gallimard, S. 813-828.

Foucault, Michel ([1982] 1994): »The Subject and Power (›Le sujet et le pouvoir‹)«, in: François Ewald/Daniel Defert (Hgg.), *Dits et Écrits*, Band IV, Paris: Gallimard, S. 222-242.

Foucault, Michel ([1978] 1994): »La ›governamentalità‹ (›La gouvernementalité‹)«, in: François Ewald/Daniel Defert (Hgg.), *Dits et Écrits*, Band III, Paris: Gallimard, S. 635-656.

Foucault, Michel ([1966] 1994): »La pensée du dehors«, in: François Ewald/Daniel Defert (Hgg.), *Dits et Écrits*, Band I, Paris: Gallimard, S. 518-539.

Foucault, Michel (1992): *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt a.M.: Fischer Verlag.

Foucault, Michel (1971): *L'ordre du discours*, Paris: Gallimard.

Foucault, Michel (1969): *L'archéologie du savoir*, Paris: Gallimard.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Foucault, Michel (1966): *Les mots et les choses: une archéologie des sciences humaines*, Paris: Gallimard.

Franzé, Javier (2017): »La trayectoria del discurso de Podemos: del antagonismo al agonismo«, *Revista Española de Ciencia Política*, 44, S. 219-246.

García, Jano (2020): *La gran manipulación: cómo la desinformación convirtió a España en el paraíso del coronavirus*, Madrid: La Esfera de los Libros.

García-Albacete, Gema/Lorente, Javier/Martín, Irene (2018): »¿Protesta en las urnas? El voto de los jóvenes españoles en las elecciones europeas (2009–2014)«, in: Mariano Torcal (Hgg.), *Opinión pública y cambio electoral en España. Claves ante el reto europeo y la crisis política y económica*, Madrid: Centro de Investigaciones sociológicas, S. 75-92.

García Herrero, Francisco Javier (2019): »La nueva política como anunciantes en la Derecha Española: VOX y las elecciones de 2018 y 2019«, *Revista de Marketing Aplicado*, 23/3, S. 65-82.

Gehring, Petra (2004): *Foucault – die Philosophie im Archiv*, Frankfurt a.M.: Campus.

Gentili, Dario (2020): »Krise als Regierungskunst und Prekarität als Lebensform«, in: Sieglinde Borvitz (Hg.), *Prekäres Leben. Das Politische und die Gemeinschaft in Zeiten der Krise*, Bielefeld: transcript, S. 101-118.

Giesen, Bernhard (2012): »Kassandras Melancholie und die Konstruktion von Gemeinschaftlichkeit«, in: Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 331-347.

Giubilaro, Chiara (2020): »Prekäre Räume. Körper, Verletzbarkeit, Widerstände«, in: Sieglinde Borvitz (Hg.), *Prekäres Leben. Das Politische und die Gemeinschaft in Zeiten der Krise*, Bielefeld: transcript, S. 321-334.

Goulard, Sylvie (2013): »Mehr als eine Finanzkrise. Eine Perspektive aus dem Europäischen Parlament«, in: Ingolf Pernice/Rüdiger Schwarz (Hgg.), *Europa in der Welt – Von der Finanzkrise zur Reform der Union, Forum Constitutionis Europae*, Band 12, Baden Baden: Nomos, S. 237-248.

Gruber, Teresa (2018): »Migration, Metapher und Medien: Metaphorische Konzeptualisierungen der ›Flüchtlingskrise‹ (2014/2015) in der spanischen, italienischen und deutschen Presseberichterstattung«, in: Laura Kohlrausch/Marie Schoeß/Marko Zejnelovic (Hgg.), *Krise. Mediale, sprachliche und literarische Horizonte eines viel zitierten Begriffs*, Würzburg: Königshausen und Neumann, S. 59-86.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Günzel, Stephan (2007): »Raum – Topographie – Topologie«, in: Stephan Günzel (Hg.), *Topologie. Zur Raumbeschreibung in den Kultur- und Medienwissenschaften*, Bielefeld: transcript, S. 13-32.

Gumbrecht, Hans Ulrich (2011): »Zentrifugale Pragmatik und ambivalente Ontologie: Dimensionen von Latenz«, in: Hans Ulrich Gumbrecht/Florian Klinger/Carolyn Abbate (Hgg.), *Latenz. Blinde Passagiere der Geisteswissenschaften*, Göttingen: V&R, S. 9-22.

Gutmann, Thomas (2012): »L'état de crise: Normenbegründung in der Moderne – eine Skizze«, in: Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 315-328.

Habermas, Jürgen (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hagner, Michael (2012): »Wissenschaft und Demokratie oder: wie demokratisch soll die Wissenschaft sein?«, in: Michael Hagner (Hg.), *Wissenschaft und Demokratie*, Berlin: Suhrkamp, S. 9-50.

Haraway, Donna (2017): »Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hgg.), *Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 369-403.

Hennigfeld, Ursula (2015): »Lazarus-Figuren in Dramen des 20. Jahrhunderts«, in: Ursula Hennigfeld (Hg.), *Lazarus – Kulturgeschichte einer Metapher*, Heidelberg: Winter, S. 127-154.

Hernández Sandoica, Elena (2009): »La crisis de la universidad«, in: Walther L. Bernecker/Diego Íñiguez Hernández/Günther Maihold (Hgg.), *¿Crisis? ¿Qué crisis? España en busca de su camino*, Madrid/Frankfurt a.M.: Iberoamericana/Vervuert, S. 237-272.

Hipold, Peter (2016): »Die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Dimension. Die Europäische Währungsunion als Ausdruck mitgliedsstaatlicher Solidarität?«, in: Peter Hipold/Walter Steinmair/Christoph Perathoner (Hgg.), *Europa der Regionen*, Heidelberg/Berlin: Springer Verlag, S. 111-124.

Hülsmann, Michael/Cordes, Philip (2013): »Krise aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive. Einige Überlegungen zur Entwicklung eines Terminologiesystems und zur Einigung organisationstheoretischer Erklärungsansätze«, in: Carla Meyer/Katja Patzel-Mattern/Gerrit Jasper Schenk (Hgg.), *Krisengeschichte(n). ›Krise‹ als Leitbegriff und Erzählmuster in*

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kulturwissenschaftlicher Perspektive, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 67-96.

Hünecke, Silke (2015): *Überwindung des Schweigens. Erinnerungspolitische Bewegung in Spanien*, Münster: Edition Assemblage.

Huke, Nikolai (2017): »*Sie repräsentieren uns nicht«. Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Illing, Falk (2017): *Die Eurokrise: Analyse der europäischen Strukturkrise*, Wiesbaden: Springer.

Jäger, Siegfried (2001): »Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse«, in: Reiner Keller et al. (Hgg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 81-112.

Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom/Panreck, Isabelle-Christine (2019): »Populismus und Demokratie – ein Spannungsfeld«, in: Eckhard Jesse/Tom Mannewitz/Isabelle-Christine Panreck (Hgg.), *Populismus und Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, S. 7-28.

Juliá, Santos (2019): *Demasiados retrocesos. España 1898-2018*, Barcelona: Galaxia Gutenberg.

Juliá, Santos (2017): *Transición. Historia de una política española (1937-2017)*, Barcelona: Galaxia Gutenberg.

Karrass Anne/Stierle, Steffen (2011): *EuropaKrise. Wege hinein und mögliche Wege hinaus*, Hamburg: VSA: Verlag.

Keller, Reiner/Truschkalt, Inga (Hg.) (2013): »Einleitung«, in: Reiner Keller/Inga Truschkalt (Hgg.), *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse*, Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 9-23.

Keller, Reiner (2013): »Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse«, Reiner Keller/Inga Truschkalt (Hgg.), *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse*, Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 27-68.

Keller, Reiner/Lau, Christoph (2008): »Bruno Latour und die Grenzen der Gesellschaft«, in: Georg Kneer/Markus Schroer/Erhard Schüttzpelz (Hgg.), *Bruno Latours Kollektive. Kontroversen zur Entgrenzung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 306-338.

Keller, Reiner (2008): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*, Wiesbaden: Springer VS.

Keller, Reiner et al. (2001): »Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – eine Einführung«, in: Reiner Keller et al. (Hgg.), *Handbuch sozial-*

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 7-28.

Keller, Reiner (2001): »Wissenssoziologische Diskursanalyse«, in: Reiner Keller et al. (Hgg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 113-144.

Kölling, Mario (2020): »Spanien: Neue Normalität, alte Probleme?«, *Welt-Trends. Das außenpolitische Journal*, 166, S. 4-9.

König, Pascal (2016): *Die Vermittlung von Reformen in Zeiten der Krise: eine empirische Untersuchung der Regierungskommunikation in vier ausgewählten Ländern*, Baden-Baden: Nomos.

Kohlrausch, Laura/Schoeß, Marie/Zejnelovic, Marko (2018): »Einleitung. ›Krise‹ – mehr als ein Modebegriff?«, in: Laura Kohlrausch/Marie Schoeß/Marko Zejnelovic (Hgg.), *Krise. Mediale, sprachliche und literarische Horizonte eines viel zitierten Begriffs*, Würzburg: Königshausen und Neumann, S. 7-22.

Koschorke, Albrecht (2018): »Das Narrativ der krisenhaften Moderne«, in: Laura Kohlrausch/Marie Schoeß/Marko Zejnelovic (Hgg.), *Krise. Mediale, sprachliche und literarische Horizonte eines viel zitierten Begriffs*, Würzburg: Königshausen und Neumann, S. 23-40.

Koselleck, Reinhart (1982): »Krise«, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hgg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Band 3, Stuttgart: Ernst Klett Verlag, S. 617-650.

Koselleck, Reinhart (³1979): *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Freiburg/München: Suhrkamp.

Kraushaar, Wolfgang (2012): *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*, Hamburg: Hamburger Edition.

Kühn, Adriaan (2012): *Kampf um die Vergangenheit als Kampf um die Gegenwart. Die Wiederkehr der »zwei Spanien«*, Baden-Baden: Nomos.

Latour, Bruno (2016): *Cogitamus*, Berlin: Suhrkamp.

Latour, Bruno/Woolgar, Steve (2013): *Laboratory Studies. The Construction of Scientific Facts*, Princeton: Princeton University Press.

Latour, Bruno (2008): »[Relativismus]. Es gibt keine Kulturen«, in: Uwe Wirth (Hg.), *Kulturwissenschaft. Eine Auswahl grundlegender Texte*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 318-336.

Latour, Bruno (2005): *Reassembling the social. An Introduction to Actor-Network-Theory*, New York: Oxford University Press.

Latour, Bruno (2001): *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Laubinger, Severina (2018): »›Wir stehen für den Weg aus der Krise!‹. Der grundlegend strategische Charakter des Krisen-Topos«, in: Laura Kohlrausch/Marie Schoeß/Marko Zejnelovic (Hgg.), *Krise. Mediale, sprachliche und literarische Horizonte eines viel zitierten Begriffs*, Würzburg: Königshausen und Neumann, S. 105-124.

Lemke, Thomas (2017): »Neue Materialismen. Einführung«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hgg.), *Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 551-573.

Lemke, Thomas (2013): *Die Natur in der Soziologie: gesellschaftliche Voraussetzungen und Folgen biotechnologischen Wissens*, Frankfurt a.M. et al.: Campus Verlag.

Liburkina, Ruzana/Niewöhner, Jörg (2017): »Laborstudien. Einführung«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hgg.), *Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 173-197.

Lindemann, Gesa (2008): »›Allons enfants et faits de la patrie …‹. Über Latours Sozial- und Gesellschaftstheorie sowie seinen Beitrag zur Rettung der Welt«, in: Georg Kneer/Markus Schroer/Erhard Schüttzpelz (Hgg.), *Bruno Latours Kollektive. Kontroversen zur Entgrenzung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 339-360.

López, Óscar (2018): *Del 15M al Próces: la gran transformación de la política española. Podemos, Ciudadanos, el desafío soberanista y el fin del bipartidismo*, Barcelona: Editorial Planeta.

Lutz, Ronald (2018): »Tanzende Verhältnisse«, in: Ronald Lutz/Sarah Preuschoff (Hgg.), *»Tanzende Verhältnisse«. Zur Soziologie politischer Krisen*, Basel: Beltz Juventa, S. 9-49.

Lyotard, Jean-François (2015): *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*, Wien: Passagen Verlag.

Marazzi, Christian (2013): »Bioökonomie und Biokapitalismus«, in: Vittoria Borsò/Michele Cometa (Hgg.), *Die Kunst, das Leben zu »bewirtschaften«. Bíos zwischen Politik, Ökonomie und Ästhetik*, Bielefeld: transcript, S. 39-52.

Mateo Regueiro, Estela (Hg.) (2015): *Hasta luego, Pablo! Once ensayos críticos sobre Podemos*, Madrid: Los libros de la catarata.

Mergel, Thomas (2012): »Einleitung. Krisen als Wahrnehmungsphänomene«, in: Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 9-24.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Meyer, Carla/Patzel-Mattern, Katja/Schenk, Gerrit Jasper (2013): »Krisengeschichten. ›Krise‹ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive – eine Einführung«, in: Carla Meyer/Katja Patzel-Mattern/Gerrit Jasper Schenk (Hgg.), *Krisengeschichte(n). ›Krise‹ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 9-24.

Mix, Andreas (2018): »Transparenz als neoliberale Kategorie. Die autoritäre Herausforderung der kommunikativen Macht etablierter Demokratien«, in: Ronald Lutz/Sarah Preuschoff (Hgg.), *»Tanzende Verhältnisse«. Zur Soziologie politischer Krisen*, Basel: Beltz Juventa, S. 93-104.

Monedero, Juan Carlos (2019): »15M and Indignant Democracy: Legitimation Problems within neoliberal capitalism«, in: Óscar Pereira-Zazo/Steven L. Torres (Hgg.), *Spain After the Indignados/15M Movement. The 99 % speaks out*, Cham: Palgrave/Macmillan, S. 21-64.

Müller, Johannes (2011): *Ökonomische Zeitenwende: globaler Systemwettkampf im 21. Jahrhundert – was kommt nach dem Ende des Neoliberalismus?*, Marburg: Metropolis Verlag.

Muhle, Maria (2013): »Vom Vitalen zum Sozialen. Überlegungen zu einem politischen Wissen im Anschluss an Canguilhem«, in: Astrid Deuber-Mankowsky/Christoph F. E. Holzhey (Hgg.), *Situiertes Wissen und regionale Epistemologie. Zur Aktualität Georges Canguilhems und Donna J. Haraways*, Wien/Berlin: Verlag Turia + Kant, S. 141-160.

Muíño, Emilio Santiago (2019): »The Podemos Phenomenon and the Crisis of Civilization«, in: Óscar Pereira-Zazo/Steven L. Torres (Hgg.), *Spain After the Indignados/15M Movement. The 99 % speaks out*, Cham: Palgrave/Macmillan, S. 139-152.

Muñoz Molina, Antonio (2015): *Todo lo que era sólido*, Barcelona: Editorial Seix Barral.

Nez, Héloise (2015): *Podemos. De l'indignation aux élections*, Paris: Les petits matins.

Nohlen, Dieter/Kölling, Mario (2020): *Spanien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik*, Wiesbaden: Springer VS.

Nützenadel, Alexander (2012): »Der Krisenbegriff der modernen Ökonomie«, in: Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 47-58.

Núñez, Clara Eugenia (2013): *Universidad Y Ciencia En España. Claves De Un Fracaso Y Vías De Solución*, Madrid: Gadir Editorial.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Orosz, Adele (2009): *Mehr Europa oder mehr Spanien? Spaniens Europapolitik unter González und Aznar*, Baden-Baden: Nomos.

Papadopoulos, Theodoros/Roumpakis, Antonios (2015): »Democracy, Austerity and Crisis: Southern Europe and the Decline of the European Social Model«, in: Serena Romano/Gabriella Punziano (Hgg.), *The European Social Model Adrift. Europe, Social Cohesion and the Economic Crisis*, Farnham/Burlington: Ashgate Publishing, S. 189-212.

Passeick, Yannick (2018): *Die Demokratietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Eine kritische Analyse am Beispiel der Indignados des 15M und der Identitären Bewegung*, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.

Pereira-Zazo, Óscar/Torres Steven L. (Hgg.) (2019): *Spain After the Indignados/15M Movement. The 99 % speaks out*, Cham: Palgrave/Macmillan.

Petersen, Thieß (2015): »Wege aus der europäischen Schuldenkrise«, in: Gunter Deuber/Gerald G. Sander (Hgg.), *Orientierung in der Europäischen Staatsschuldenkrise*, Hamburg: Verlag Dr. Kovač, S. 81-96.

Pichler, Georg (2013): *Gegenwart der Vergangenheit. Die Kontroverse um Bürgerkrieg und Diktatur in Spanien*, Zürich: Rotpunktverlag.

Real-Dato, José (2018): »La influencia de la Unión Europea y la congruencia entre ciudadanos y representantes en el voto a Podemos en Mayo de 2014«, in: Mariano Torcal (Hg.), *Opinión pública y cambio electoral en España. Claves ante el reto europeo y la crisis política y económica*, Madrid: Centro de Investigaciones sociológicas, S. 129-152.

Reniu, Josep Maria et al. (Hgg.) (2020): *¿Política confinada?: nuevas tecnologías y tomas de decisiones en un contexto de pandemia*, Cizur Menor: Thomson Reuters Aranzadi.

Rheinberger, Hans-Jörg (2012): »Wissenschaft und Experiment«, in: Anne von der Heiden/Nina Zschocke (Hgg.), *Autorität des Wissens. Kunst- und Wissenschaftsgeschichte im Dialog*, Zürich: diaphanes, S. 123-132.

Rico Motos, Carlos (2019): »Enmienda antielitista: crisis de la representación y democracia radical«, in: Manuel Álvarez Tardío/Javier Redondo Rodelas (Hgg.), *Podemos. Cuando lo nuevo se hace viejo*, Madrid: Editorial Tecnos, S. 157-181.

Rogoff, Irit (1997): »Deep Space«, in: Annegret Friedrich et al. (Hgg.), *Rassismus und Sexismus in der visuellen Kultur*, Marburg: Jonas Verlag, S. 52-60.

Romano, Serena/Punziano Gabriella (2015): »Introduction: The Remains of the European Social Contract«, in: Serena Romano/Gabriella Punziano (Hgg.), *The European Social Model Adrift. Europe, Social Cohesion and the Economic Crisis*, Farnham/Burlington: Ashgate Publishing, S. 1-16.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Roßler, Gustav (2008): »Kleine Galerie neuer Dingbegriffe: Hybriden, Quasi-Objekte, Grenzobjekte, epistemische Dinge«, in: Georg Kneer/Markus Schroer/Erhard Schüttpelz (Hgg.), *Bruno Latours Kollektive. Kontroversen zur Entgrenzung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 76-107.

Rubio Núñez, Rafael (2019): »Estrategias comunicativas y guerras de posición«, in: Manuel Álvarez Tardío/Javier Redondo Rodelas (Hgg.), *Podemos. Cuando lo nuevo se hace viejo*, Madrid: Editorial Tecnos, S. 121-155.

Sánchez Muñoz, Óscar (2017): »El fin (momentáneo) del bipartidismo en España: análisis de los resultados electorales de 2015-2016«, *Revista Española de Derecho Constitucional*, 109, S. 237-260.

Saretzki, Thomas (2019): »Evidence-based policy-making? Die Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse in politischen Prozessen«, *Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen (ZEFQ)*, 144–145, S. 78-83.

Sawilla, Jan Marco (2013): »Zwischen Normabweichung und Revolution – ›Krise‹ in der Geschichtswissenschaft«, in: Carla Meyer/Katja Patzel-Mattern/Gerrit Jasper Schenk (Hgg.), *Krisengeschichte(n). ›Krise‹ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 145-172.

Schäuble, Wolfgang (2013): »Reform der europäischen Finanzregeln – für eine bessere Verfassung Europas«, in: Ingolf Pernice/Rüdiger Schwarz (Hgg.), *Europa in der Welt – Von der Finanzkrise zur Reform der Union, Forum Constitutionis Europae*, Band 12, Baden Baden: Nomos, S. 221-236.

Schmidt, Ingo (2013): »Legitimationsprobleme des Euro-Kapitalismus. Krise, soziale Frage und politische Alternativen«, in: Sebastian Friedrich/Patrick Schreiner (Hgg.), *Nation, Ausgrenzung, Krise: kritische Perspektiven auf Europa*, Münster: Edition Assemblage, S. 30-42.

Schreiner, Patrick (2013): »Die ›Nation‹ als neoliberale Existenzgemeinschaft. Gescheiterte Heilslehren, gebrochene Versprechen und ökonomisch-soziale Krisen«, in: Sebastian Friedrich/Patrick Schreiner (Hgg.), *Nation, Ausgrenzung, Krise: kritische Perspektiven auf Europa*, Münster: Edition Assemblage, S. 43-52.

Schroer, Markus (2012): *Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Schroer, Markus (2008): »Vermischen, vermitteln vernetzen. Bruno Latours Soziologie der Gemenge und Gemische im Kontext«, in: Georg Kneer/Markus Schroer/Erhard Schüttpelz (Hgg.), *Bruno Latours Kollektive. Kontroversen zur Entgrenzung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 361-400.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Schroer, Markus (2003): »Politik und Raum. Diesseits und jenseits des Nationalstaates«, in: Armin Nassehi/Markus Schroer (Hgg.), *Der Begriff des Politischen*, Baden-Baden: Nomos, S. 325-356.

Schüttpelz, Erhard (2008): »Der Punkt des Archimedes. Einige Schwierigkeiten des Denkens in Operationsketten«, in: Georg Kneer/Markus Schroer/Erhard Schüttpelz (Hgg.), *Bruno Latours Kollektive. Kontroversen zur Entgrenzung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 234-260.

Schulz-Schaeffer, Ingo (2017): »Akteur-Netzwerk-Theorie. Einführung«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hgg.), *Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 271-291.

Schuppan, Norbert (2014): *Die Euro-Krise. Ursachen, Verlauf, makroökonomische und europarechtliche Aspekte und Lösungen*, München: Oldenbourg Verlag.

Seier, Andrea (2013): »Un/Verträglichkeiten: Latours Agenturen und Foucaults Dispositive«, in: Tobias Conradi/Heike Derwanz/Florian Muhle (Hgg.), *Strukturentstehung durch Verflechtung. Akteur-Netzwerk-Theorie(n) und Automatismen*, München: Wilhelm Fink (online Ausgabe), S. 151-172.

Seitter, Walter (1974): »Michel Foucault – Von der Subversion des Wissens«, in: Walter Seitter (Hg.), *Michel Foucault. Von der Subversion des Wissens*, München: Hanser, S. 141-170.

Sievering, Oliver (2015): »Warum ist Deutschland ›besser‹ durch die Wirtschaftskrise gekommen?«, in: Gunter Deuber/Gerald G. Sander (Hgg.), *Orientierung in der Europäischen Staatsschuldenkrise*, Hamburg: Verlag Dr. Kovač, S. 11-42.

Simsa, Ruth (2016): »Gesellschaftliche Folgen neoliberaler Sozialpolitik in Spanien: Ausprägungen und Antworten der Zivilgesellschaft«, *SWS-Rundschau*, 56, 1/2016, S. 97-111.

Soros, George (2013): »Europe in Crisis«, in: Ingolf Pernice/Rüdiger Schwarz (Hgg.), *Europa in der Welt – Von der Finanzkrise zur Reform der Union, Forum Constitutionis Europae*, Band 12, Baden Baden: Nomos, S. 119-126.

Sotelo, Ignacio (2014): *España a la salida de la crisis. La sociedad dual del capitalismo financiero*, Barcelona: Icaria Editorial.

Stehling, Thomas Bernd (2015): »Spanien: Von der Krise zur Erneuerung«, *KAS Auslandsinformationen*, 11-12/2015, S. 99-111.

Steier, Christoph (2018): »Architext Krise. Zur diskursiven Logik literarischer Krisennarrative am Beispiel des Vormärz«, in: Laura Kohlrausch/Marie Schoeß/Marko Zejnelovic (Hgg.), *Krise. Mediale, sprachliche und literarische*

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Horizonte eines viel zitierten Begriffs, Würzburg: Königshausen und Neumann, S. 41-58.

Steidinger, Anja (2015): *Unbehagen. Selbst-Repräsentation von Krisen*, München: Verlag Silke Schreiber.

Strohschneider, Peter (2017): »Über Wissenschaft in Zeiten des Populismus. Rede anlässlich der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung der DFG am 04 Juli 2017 in Halle (Saale)«, verfügbar unter: www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/reden_stellungnahmen/2017/170704_rede_strohschneider_festveranstaltung.pdf [Stand: 04.01.2019].

Taipa, Maricarmen/Bouza, Jerónimo (2020): »Lo que la pandemia deja al descubierto. El COVID-19 en España«, *Espaço e Economia. Revista brasileira de geografia econômica*, 9/17, S. 1-6.

Thiessen, Nora (2016): *Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008. Deutschland – Frankreich – Vereinigtes Königreich. Eine Analyse von Krisenverläufen und -reaktionen vor dem Hintergrund vergleichender Kapitalismusforschung*, Stuttgart: Steiner Verlag.

Torcal, Mariano (2018a): *Opinión pública y cambio electoral en España. Claves ante el reto europeo y la crisis política y económica*, Madrid: Centro de Investigaciones sociológicas.

Torcal, Mariano (2018): »Conclusiones: el papel de la política en tiempos de crisis«, in: Mariano Torcal (Hg.), *Opinión pública y cambio electoral en España. Claves ante el reto europeo y la crisis política y económica*, Madrid: Centro de Investigaciones sociológicas, S. 199-208.

Torcal, Mariano/Serani, Danilo (2018): »Confianza política y nuevos partidos en las elecciones generales de 2015 en España«, in: Mariano Torcal (Hg.), *Opinión pública y cambio electoral en España. Claves ante el reto europeo y la crisis política y económica*, Madrid: Centro de Investigaciones sociológicas, S. 173-198.

Vaccaro, Salvo (2020): »Gouvernementale Techniken und Bewegungen der Revolte«, in: Sieglinde Borvitz (Hg.), *Prekäres Leben. Das Politische und die Gemeinschaft in Zeiten der Krise*, Bielefeld: transcript, S. 219-240.

Vogel, Steffen (2013): *Europas Revolution von oben. Sparpolitik und Demokratieabbau in der Eurokrise*, Hamburg: LAIKA-Verlag.

Wagner, Wolf (2018): »Politische Krise – Wenn gesellschaftliche Unterströmungen die Politik ins offene Meer reißen«, in: Ronald Lutz/Sarah Preuschoff (Hgg.), *»Tanzende Verhältnisse«. Zur Soziologie politischer Krisen*, Basel: Beltz Juventa, S. 75-92.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Weber, Jutta (2017): »Feministische STS. Einführung«, in: Susanne Bauer/Torsten Heinemann/Thomas Lemke (Hgg.), *Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 339-368.

Weiland, Sabine (2013): »Evidenzbasierte Politik zwischen Eindeutigkeit und Reflexivität«, *TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis*, 22/3, S. 9-15.

Weiß, Johannes (2006): »Wissenselite«, in: Dirk Tänzler/Hubert Knoblauch/Hans-Georg Soeffner (Hgg.), *Zur Kritik der Wissensgesellschaft*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 13-30.

Zarzalejos, Javier (2016): »Populism in Spain: an analysis of Podemos«, *European View*, 15, S. 183-191.

Zelik, Raul (2015): *Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien*, Berlin: Bertz+Fischer.

Internetquellen

Becker, Peter (2020): »Nach dem EU-Gipfel: Historische Integrationsschritte unter Zeitdruck«, *SWP-Kurz gesagt*, 23.07.2020, verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/publikation/nach-dem-eu-gipfel-historische-integrationsschritte-unter-zeitdruck/ [Stand: 21.12.2020].

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2021): »Forschung. Pakt für Forschung und Innovation«, verfügbar unter: https://www.bmbf.de/de/pakt-fuer-forschung-und-innovation-546.html [Stand: 23.02.2021].

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) (2021): »FTI-Strategie 2030 – Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation«, verfügbar unter: https://www.bmbwf.gv.at/Themen/Forschung/Forschung-in- %C3 %96sterreich/Strategische-Ausrichtung-und-beratende-Gremien/Strategien/FTI-Strategie-der-Bundesregierung-.html [Stand: 23.02.2021].

Bundesministerium für Gesundheit (2020): »Zusammen gegen Corona«, verfügbar unter: https://www.zusammengegencorona.de/aha/ [Stand: 21.12.2020].

Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) (2021): »Willkommen beim TAB«, verfügbar unter: https://www.tab-beim-bundestag.de/de/ueber-uns/index.html [Stand: 12.03.2021].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

DAAD (2017): »Spanien. Daten & Analysen zum Hochschul- und Wissenschaftsstandort«, verfügbar unter: https://www2.daad.de/medien/der-daad/analysen-studien/bildungssystemanalyse/spanien_daad_bsa.pdf [Stand: 23.12.2020].

Fernández Zubieta, Ana/Ramos Vielba, Irene/Zacharewicz, Thomas (2018): »RIO Country Report 2017: Spain. Joint Research Centre (JRC) Working Papers«, JRC111466, Luxembourg: Publications Office of the European Union, verfügbar unter: https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/eur-scientific-and-technical-research-reports/rio-country-report-2017-spain [Stand: 23.12.2020].

Französisches Wissenschaftsministerium (Mesri) (2020): »Loi de programmation de la recherche 2021-2030«, verfügbar unter: https://www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/pid39124/loi-de-programmation-de-la-recherche-2021-2030.html [Stand: 23.02.2021].

Fundación Española para la Ciencia y Tecnología (FECYT) (2021): »Presentación«, verfügbar unter: https://www.fecyt.es/es/info/presentacion [Stand: 12.03.2021].

Global Research Council (GRC) (2021): »Global Research Council«, verfügbar unter: https://www.globalresearchcouncil.org/about/global-research-council/ [Stand: 23.02.2021].

Hassel, Florian/Kahlweit, Cathrin/Pantel, Nadia (2021): »Corona-Proteste in Europa. Demagogen, Verzweifelte, Verirrte«, *Süddeutsche Zeitung*, 02.02.2021, verfügbar unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-proteste-oesterreich-polen-frankreich-1.5192893 [Stand: 29.01.2022].

Hermida, Xosé/Casquerio, Javier (2020): »La moción de censura de Vox es derrotada con el menor apoyo de la democracia«, *El País*, 22.10.2020, verfügbar unter: https://elpais.com/espana/2020-10-22/la-mocion-de-censura-de-vox-es-derrotada-con-el-menor-apoyo-de-la-democracia.html [Stand: 13.03.2021].

Hornig, Frank et al. (2020): »So streitet Europa um die Corona-Bonds«, *Der Spiegel*, 27.03.2020, verfügbar unter: https://www.spiegel.de/wirtschaft/nord-gegen-sued-a-00000000-0002-0001-0000-000170213687 [Stand: 14.04.2020].

Khan, Mehreen (2020): »Straining the ties that bind the eurozone«, *Financial Times*, 26.03.2020, verfügbar unter: https://www.ft.com/content/f54d21cf-0701-492e-8516-8f60d000d68f [Stand: 15.04.2020].

Lang, Kai-Olaf/von Ondarza, Nicolai (2020): »Neue Freunde in der Not. Die Corona-Pandemie verschiebt das Gruppengefüge in der EU«, *SWP-*

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Aktuell, 2020/A 39, verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/publikation/die-corona-pandemie-verschiebt-das-gruppengefuege-in-der-eu/ [Stand: 26.10.2020].

Macher, Julia (2020): »Flüchtlingskrise auf den Kanaren. Gestrandet im neuen Moria«, *ZeitOnline*, 27.11.2020, verfügbar unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-11/fluechtlingskrise-kanarische-inseln-migration-afrika-spanien-fluechtlingspolitik-corona-krise?utm_referrer=https %3A %2F %2Fwww.google.com %2F [Stand: 14.12.2020].

Martín, María/Cué, Carlos E./Vega, Guillermo (2020): »Crisis migratoria. El rechazo a los traslados bloquea la salida a la crisis migratoria canaria«, *El País*, 20.11.2020, verfügbar unter: https://elpais.com/espana/2020-11-19/el-rechazo-a-los-traslados-bloquea-la-salida-a-la-crisis-migratoria-canaria.html [Stand: 21.12.2020].

Martín, María/Cué Carlos E. (2020): »El descontrol de la crisis migratoria en Canarias pone en alerta al Gobierno«, *El País*, 16.11.2020, verfügbar unter: https://elpais.com/espana/2020-11-15/el-descontrol-de-la-crisis-migratoria-en-canarias-pone-en-alerta-al-gobierno.html [Stand: 21.12.2020].

Méndez, Lucía (2020): »Íñigo Errejón: ›Unidas Podemos no es el proyecto que fundamos‹«, *El Mundo*, 10.09.2020, verfügbar unter: https://www.elmundo.es/espana/2020/09/10/5f59390dfc6c83105 a8b4599.html [Stand: 14.12.2020].

Müller, Henrik (2020): »Eine Jahresbilanz. Wie das Virus die Welt verändert«, *Der Spiegel*, 21.12.2020, verfügbar unter: https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/coronakrise-wandel-durch-das-virus-kolumne-von-henrik-mueller-a-a8d77604-dcd2-4375-932f-a21c2bcaf993 [Stand: 21.12.2020].

Neuroth, Oliver (2019): »Baupolitischer Größenwahn. Spaniens Geisterflughäfen und Autobahnruinen«, *Deutschlandfunk*, 23.01.2019, verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/baupolitischer-groessenwahn-spaniens-geisterflughaefen-und.724.de.html?dram:article_id=439097 [Stand: 06.04.2019].

Pantenburg, Johannes/Reichardt, Sven/Sepp, Benedikt (2021): »Corona-Proteste und das (Gegen-)Wissen sozialer Bewegungen«, *BPB. Politik und Zeitgeschichte* (APUZ 3-4/2021), verfügbar unter: https://www.bpb.de/apuz/wissen-2021/325605/corona-proteste-und-das-gegen-wissen-sozialer-bewegungen [Stand: 29.01.2022].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE/Podemos (2019): »Coalición progresista. Un nuevo acuerdo para España«, verfügbar unter: https://ep00.epimg.net/descargables/2019/12/30/87348523b35b92d92f5702e3cc84d950.pdf [Stand: 14.12.2020].

Podemos (11.01.2016): »Íñigo Errejón – Abriendo brecha: apuntes estratégicos tras las elecciones generales«, verfügbar unter: https://podemos.info/inigo-errejon-abriendo-brecha-apuntes-estrategicos-tras-las-elecciones-generales/ [Stand: 05.08.2020].

Reckwitz, Andreas (2020): »Verblendet vom Augenblick«, *Die Zeit*, 15.06.2020, 25/2020, verfügbar unter: https://www.zeit.de/2020/25/corona-krise-staat-risikopolitik-andreas-reckwitz?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [Stand: 26.10.2020].

Rijs, Chantelle/Fenter, Frederick (2020): »The Academic Response to COVID-19«, *Front. Public Health* 8, verfügbar unter: https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpubh.2020.621563/full [Stand: 23.02.2021].

Rößler, Hans-Christian (2020): »Neue Regierung in Spanien: Pedro Sánchez stellt sein Kabinett vor«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 12.01.2020, verfügbar unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/pedro-sanchez-stellt-neue-regierung-fuer-spanien-vor-16577769.html [Stand: 14.12.2020].

Sautter, Hermann (2012): »Dossier: Das Bretton-Woods-System«, *Bundeszentrale für politische Bildung*, verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/54851/bretton-woods-system?p=all [Stand: 10.02.2020].

Schwering, Markus (2020): »Philosophie. Jürgen Habermas über Corona: ›So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie‹«, *Frankfurter Rundschau*, 10.04.2020, verfügbar unter: https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/juergen-habermas-coronavirus-krise-covid19-interview-13642491.html [Stand: 21.12.2020].

Science Europe (2021): »Members«, verfügbar unter: https://www.scienceeurope.org/about-us/members/ [Stand: 23.02.2021].

Spanisches Bildungsministerium (2010): »El programa español de campus de excelencia internacional«, verfügbar unter: https://sede.educacion.gob.es/publiventa/d/13667/19/0 [Stand: 23.02.2021].

Spanische Botschaft (2009): »Pressemitteilung: Neuer Regierungsplan zur Reaktivierung der Wirtschaft – Plan E«, *Presseabteilung Botschaft von Spanien*, 29.01.2009, verfügbar unter: www. info-spanischebotschaft.de/d_aktuelles.php?hiddenSeleccionado=6&hiddenArticuloId=28764 &hiddenIdioma=ge [Stand: 06.04.2019].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Spanische Regierung (2020a): »Plan de Recuperación, Transformación y Resiliencia de la Economía. Sánchez presenta el Plan de Recuperación que guiará la ejecución de 72.000 millones de euros de fondos europeos hasta 2023«, verfügbar unter: https://www.lamoncloa.gob.es/presidente/actividades/Paginas/2020/071020-sanchez_plan.aspx [Stand: 21.12.2020].

Spanische Regierung (2020b): »Pacto por la Ciencia y Innovación«, verfügbar unter: https://www.ciencia.gob.es/site-web/Estrategias-y-Planes/Estrategias/Pacto-por-la-Ciencia-y-la-Innovacion.html [Stand: 21.12.2020].

Spanische Regierung (2020c): »Duque presenta en el Congreso los PGE con mayor inversión directa en I+D+I, claves para ›acelerar la recuperación y garantizar la prosperidad‹«, verfügbar unter: https://www.ciencia.gob.es/portal/site/MICINN/menuitem.edc7f2029a2be27d7010721001432ea0/?vgnextoid=069c146f9c326710VgnVCM1000001d04140aRCRD [Stand: 21.12.2020].

Spanische Regierung (2020d): »Plan de choque para la ciencia y la innovación: Hacia una economía basada en el conocimiento«, verfügbar unter: https://www.ciencia.gob.es/stfls/MICINN/Ministerio/FICHEROS/Plan_de_choque_para_la_Ciencia_y_la_Innovacion.pdf [Stand: 23.12.2020].

Spanische Regierung (2020e): »Real Decreto 404/2020, de 25 de febrero, por el que se desarrolla la estructura orgánica básica del Ministerio de Ciencia e Innovación«, verfügbar unter: https://www.boe.es/eli/es/rd/2020/02/25/404/con [Stand: 23.02.2021].

Spanische Regierung (2020f): »El Ministerio de Ciencia e Innovación y el Ministerio de Universidades crean un órgano de coordinación«, verfügbar unter: https://www.ciencia.gob.es/portal/site/MICINN/menuitem.edc7f2029a2be27d7010721001432ea0/?vgnextoid=b534d76fe0cef610VgnVCM1000001d04140aRCRD&vgnextchannel=cf091f4368aef110VgnVCM1000001034e20aRCRD [Stand: 23.02.2021].

Spanische Regierung (2018): »Real Decreto 865/2018, de 13 de julio, por el que se desarrolla la estructura orgánica básica del Ministerio de Ciencia, Innovación y Universidades«, verfügbar unter: https://boe.es/buscar/doc.php?id=BOE-A-2018-9860 [Stand: 23.02.2021].

Spanische Regierung (2015): »Real Decreto 1067/2015, de 27 de noviembre, por el que se crea la Agencia Estatal de Investigación y se aprueba su Estatuto«, verfügbar unter: https://www.boe.es/diario_boe/txt.php?id=BOE-A-2015-12889 [Stand: 23.02.2021].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Spanische Regierung (2011): »Real Decreto 1823/2011, de 21 de diciembre, por el que se reestructuran los departamentos ministeriales«, verfügbar unter: https://www.boe.es/diario_boe/txt.php?id=BOE-A-2011-19939 [Stand: 23.02.2021].

Spanische Regierung (2004): »Real Decreto 553/2004, de 17 de abril, por el que se reestructuran los departamentos ministeriales«, verfügbar unter: https://www.boe.es/diario_boe/txt.php?id=BOE-A-2004-6888 [Stand: 23.02.2021].

Der Spiegel (2020): »Spanien. Rechtspopulisten scheitern mit Misstrauensvotum gegen Sánchez«, *Der Spiegel*, 22.10.2020, verfügbar unter: https://www.spiegel.de/politik/ausland/spanien-rechtspopulisten-von-vox-scheitern-mit-misstrauensvotum-gegen-pedro-sanchez-a-d1c791cd-9dc5-4d8d-bf24-06817af8824c [Stand: 21.12.2020].

Der Spiegel (2010): »Griechen korrigieren Haushaltsdefizit 2009 erneut nach oben«, *Der Spiegel*, 18.10.2010, verfügbar unter: https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/15-4-prozent-griechen-korrigieren-haushaltsdefizit-2009-erneut-nach-oben-a-723761.html [Stand: 17.02.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anlage 1: Korpus Politische Akteure

2011

PP

Elecciones generales – Crisis económica

PP (19.12.2011): »Las primeras medidas de Mariano Rajoy«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/las-primeras-medidas-mariano-rajoy [Stand: 22.06.2020].

PP (17.12.2011): »Empieza el camino para la salida de la crisis«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/empieza-camino-salida-crisis [Stand: 22.06.2020].

PP (28.11.2011): »›El control del déficit público debe ser un requisito que este gobierno pueda aportar a Europa‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/control-del-deficit-publico-debe-ser-un-requisito-que-este-gobierno-pueda-aportar [Stand: 19.06.2020].

PP (21.11.2011a): »Queremos contar con todos para salir de la crisis«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/queremos-contar-con-todos-salir-crisis [Stand: 22.06.2020].

PP (20.11.2011a): »›El cambio politico ha ganado en España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cambio-politico-ha-ganado-espana [Stand: 22.06.2020].

PP (18.11.2011a): »›Llega la hora de los españoles‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/llega-hora-espanoles [Stand: 22.06.2020].

PP (11.11.2011): »Necesitamos un Gobierno que acabe con el drama de los cinco millones de parados«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/necesitamos-un-gobierno-que-acabe-con-drama-cinco-millones-parados [Stand: 22.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (09.11.2011): »›Rubalcaba parece ser el hombre que nunca estuvo ahí‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rubalcaba-parece-ser-hombre-que-nunca-estuvo-ahi [Stand: 22.06.2020].

PP (08.11.2011): »Cospedal asegura que Rajoy no tiene más adversarios ›que la crisis y el paro‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-asegura-que-rajoy-no-tiene-mas-adversarios-que-crisis-paro [Stand: 22.06.2020].

PP (06.11.2011): »Los españoles elegirán entre cambio y continuidad«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espanoles-elegiran-entre-cambio-continuidad [Stand: 22.06.2020].

PP (05.11.2011): »Hay quien está en el pasado, el PP mira al futuro y nuestro objetivo es vencer a la crisis«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/hay-quien-esta-pasado-pp-mira-al-futuro-nuestro-objetivo-es-vencer-crisis [Stand: 22.06.2020].

PP (03.11.2011): »›Con un gobierno del PP España saldrá de la crisis y se creará empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/con-un-gobierno-del-pp-espana-saldra-crisis-se-creara-empleo [Stand: 19.06.2020].

PP (29.10.2011): »›España necesita sumar y no dividir‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espana-necesita-sumar-no-dividir [22.06.2020].

PP (27.10.2011): »›España no tiene un problema de deuda griega‹«, verfügbar unter: http://www.pp.es/actualidad-noticia/espana-no-tiene-un-problema-deuda-griega [Stand: 19.06.2020].

PP (09.10.2011): »›España necesita ser un país unido y fuerte‹«, verfügbar unter: http://www.pp.es/actualidad-noticia/espana-necesita-ser-un-pais-unido-fuerte [Stand: 22.06.2020].

PP (30.09.2011): »›Un elemento clave para la creación de empleo es la realización de políticas de austeridad y reducir la deuda‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/un-elemento-clave-creacion-empleo-es-realizacion-politicas-austeridad-reducir [Stand: 19.06.2020].

PP (26.09.2011): »No hay tarea más ilusionante que sacar España de la crisis«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/no-hay-tarea-mas-ilusionante-que-sacar-espana-crisis [Stand: 19.06.2020].

PP (03.08.2011): »Rajoy: ›Es urgente un cambio de política económica y generar confianza‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-es-urgente-un-cambio-politica-economica-generar-confianza [Stand: 19.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (19.07.2011): »González Pons exige a Rubalcaba que obligue a Zapatero a convocar elecciones«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-exige-rubalcaba-que-obligue-zapatero-convocar-elecciones [Stand: 22.06.2020].

PP (08.07.2011): »España necesita un Gobierno que esté dispuesto a gobernar y que no engañe«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espana-necesita-un-gobierno-que-este-dispuesto-gobernar-que-no-engane [22.06.2020].

PP (01.07.2011): »Zapatero no puede ir en contra de la voluntad de los españoles«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/zapatero-no-puede-ir-contra-voluntad-espanoles [Stand: 22.06.2020].

PP (28.06.2011a): »Análisis del discurso de Zapatero«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/analisis-del-discurso-zapatero [Stand: 22.06.2020].

PP (28.06.2011b): »Los españoles ya no esperan nada nuevo de Zapatero«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espanoles-ya-no-esperan-nada-nuevo-zapatero [22.06.2020].

PP (28.06.2011c): »El discurso de Zapatero es la certificación del cierre del ciclo político del PSOE«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/discurso-zapatero-es-certificacion-del-cierre-del-ciclo-politico-del-psoe [Stand: 22.06.2020].

PP (08.06.2011): »La economía española está sufriendo una crisis de confianza muy grave«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/economia-espanola-esta-sufriendo-una-crisis-confianza-muy-grave [Stand: 19.06.2020].

PP (06.06.2011): »El Gobierno se ha olvidado de los españoles«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gobierno-se-ha-olvidado-espanoles [Stand: 22.06.2020].

PP (23.05.2011a): »Los españoles han manifestado su voluntad de cambio«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espanoles-han-manifestado-su-voluntad-cambio [Stand: 22.06.2020].

PP (23.05.2011b): »La calle reclama un cambio cuanto antes«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/calle-reclama-un-cambio-cuanto-antes [Stand: 22.06.2020].

PP (05.05.2011): »Nuestro gran adversario hoy es la crisis y el paro«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/nuestro-gran-adversario-hoy-es-crisis-paro [Stand: 19.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (30.04.2011): »›Los españoles hoy frente a la crisis solo tienen un arma: su voto‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espanoles-hoy-frente-crisis-solo-tienen-un-arma-su-voto [19.06.2020].

PP (25.04.2011): »›El PP va a hacer una campaña centrada en la economía‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-va-hacer-una-campana-centrada-economia [Stand: 19.06.2020].

PP (18.04.2011): »›El Partido Popular siempre irá con la verdad por delante frente a las hipocresías y mentiras del PSOE‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/partido-popular-siempre-ira-con-verdad-por-delante-frente-las-hipocresias [Stand: 22.06.2020].

PP (15.04.2011): »›La primera gran reforma será decir la verdad y dejar de engañar a los españoles‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/primera-gran-reforma-sera-decir-verdad-dejar-enganar-espanoles [Stand: 22.06.2020].

PP (05.04.2011): »›Váyase del todo, señor Zapatero‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/vayase-del-todo-senor-zapatero [Stand: 19.06.2020]

PP (23.03.2011): »El Grupo Popular seguirá presentando alternativas frente a un PSOE que se mira a sí mismo«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/grupo-popular-seguira-presentando-alternativas-frente-un-psoe-que-se-mira-si [Stand: 22.06.2020].

PP (06.02.2011): »El PP tiene la llave para sacar a España del baúl del fracaso donde nos ha metido Zapatero«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-tiene-llave-sacar-espana-baul-fracaso-donde-nos-ha-metido-zapatero [Stand: 22.06.2020].

Elecciones generales – 15-M/Indignados

PP (07.08.2011): »González Pons: ›Hay que hacer grandes pactos de Estado para reformar de verdad España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-hay-que-hacer-grandes-pactos-estado-reformar-verdad-espana [Stand: 22.06.2020].

PP (04.08.2011): »González Pons pide a Zapatero que reaccione, que haga reformas o que convoque elecciones«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-pide-zapatero-que-reaccione-que-haga-reformas-o-que-convoque [Stand: 22.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (20.06.2011): »›El 22M no perdió Zapatero, perdieron las políticas socialistas‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/22m-no-perdio-zapatero-perdieron-las-politicas-socialistas [Stand: 22.06.2020].

PP (18.06.2011): »›El PP desea que se adelante la recuperación económica y el empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-desea-que-se-adelante-recuperacion-economica-empleo [Stand: 22.06.2020].

PP (19.05.2011a): »›Los Gobiernos se cambian en las urnas, no en la calle‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gobiernos-se-cambian-las-urnas-no-calle [Stand: 22.06.2020].

PP (18.05.2011): »›Las protestas son la expresión de un pueblo cansado de la crisis‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/las-protestas-son-expresion-un-pueblo-cansado-crisis [Stand: 22.06.2020].

Crisis económica – 15-M/Indignados

PP (07.08.2011): »González Pons: ›Hay que hacer grandes pactos de Estado para reformar de verdad España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-hay-que-hacer-grandes-pactos-estado-reformar-verdad-espana [Stand: 22.06.2020].

PP (20.06.2011): »›El 22M no perdió Zapatero, perdieron las políticas socialistas‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/22m-no-perdio-zapatero-perdieron-las-politicas-socialistas [Stand: 22.06.2020].

PP (18.06.2011): »›El PP desea que se adelante la recuperación económica y el empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-desea-que-se-adelante-recuperacion-economica-empleo [Stand: 22.06.2020].

PP (18.05.2011): »›Las protestas son la expresión de un pueblo cansado de la crisis‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/las-protestas-son-expresion-un-pueblo-cansado-crisis [Stand: 22.06.2020].

Einzelartikel

Elecciones generales

PP (21.12.2011): »›Rajoy es la garantía de que España volverá a ser un país de certidumbres, oportunidades y bienestar‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-es-garantia-que-espana-volvera-ser-un-pais-certidumbres-oportunidades [Stand: 22.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (03.12.2011): »›Las cosas no serán fáciles pero tenemos las ideas claras y estoy convencido de que saldremos adelante‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/las-cosas-no-seran-faciles-pero-tenemos-las-ideas-claras-estoy-convencido-que [Stand: 22.06.2020].

PP (21.11.2011b): »›España cambia de rumbo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espana-cambia-rumbo [Stand: 22.06.2020].

PP (20.11.2011b): »›El PP consigue la mayoría absoluta más amplia de nuestra historia‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-consigue-mayoria-absoluta-mas-amplia-nuestra-historia [Stand: 22.06.2020].

PP (18.11.2011b): »›Sólo quedan dos días para tener un presidente creíble, solvente y que haga de la honestidad su bandera‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/solo-quedan-dos-dias-tener-un-presidente-creible-solvente-que-haga-honestidad-su [Stand: 22.06.2020].

PP (14.11.2011): »›Los españoles no tienen miedo al cambio, tienen miedo al inmovilismo del Gobierno‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espanoles-no-tienen-miedo-al-cambio-tienen-miedo-al-inmovilismo-del-gobierno [Stand: 22.06.2020].

PP (13.11.2011): »›Los ciudadanos dejarán de ser los sufridores para ser los protagonistas de la recuperación‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/ciudadanos-dejaran-ser-sufridores-ser-protagonistas-recuperacion [Stand: 22.06.2020].

PP (08.10.2011): »›Quiero ser el Presidente del Gobierno de todos los españoles‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/quiero-ser-presidente-gobierno-todos-espanoles [Stand: 22.06.2020].

PP (06.08.2011): »González Pons exige al Gobierno que acelere las reformas, y si no, ›que ceda el testigo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-exige-al-gobierno-que-acelere-las-reformas-si-no-que-ceda-testigo [Stand: 22.06.2020].

PP (28.06.2011d): »Zapatero pone de manifiesto que vivimos en un país sin gobierno«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/zapatero-pone-manifiesto-que-vivimos-un-pais-sin-gobierno [Stand: 28.06.2020].

PP (22.05.2011): »›Es un triunfo histórico‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/es-un-triunfo-historico [Stand: 22.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

15-M/Indignados

PP (20.06.2011): »›Extremadura ha sido la última parada del efecto Rubalcaba‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/extremadura-ha-sido-ultima-parada-del-efecto-rubalcaba [Stand: 22.06.2020].

PP (19.05.2011b): »›El sentimiento de indignación lo tenemos todos los jóvenes, aquí no hay colores‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/sentimiento-indignacion-tenemos-todos-jovenes-aqui-no-hay-colores [Stand: 22.06.2020].

PP (14.05.2011): »›El 22-M, la calle y las urnas dirán que ya está bien del PSOE‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/22-m-calle-las-urnas-diran-que-ya-esta-bien-del-psoe [Stand: 22.06.2020].

Crisis económica

PP (21.09.2011): »›Zapatero deja una herencia envenenada‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/zapatero-deja-una-herencia-envenenada [Stand: 19.06.2020].

PP (15.09.2011): »›Mientras Rajoy hace verdaderas propuestas, Rubalcaba hace la misma política que Zapatero‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/mientras-rajoy-hace-verdaderas-propuestas-rubalcaba-hace-misma-politica-que [Stand: 19.06.2020].

PP (14.09.2011): »›PSOE significa paro, recortes, impuestos y mucha socialdemagogia‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/psoe-significa-paro-recortes-impuestos-mucha-socialdemagogia [Stand: 19.06.2020].

PP (09.09.2011): »›El PP es el partido del empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-es-partido-empleo [Stand: 19.06.2020].

PP (29.04.2011): »›La crisis de empleo no tiene que ver con la burbuja inmobiliaria sino con el gobierno de Zapatero‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/crisis-empleo-no-tiene-que-ver-con-burbuja-inmobiliaria-sino-con-gobierno [Stand: 19.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE

Elecciones generales – Crisis (económica)

PSOE (26.11.2011): »Rubalcaba subraya que ›tenemos siete millones de compromisos, que vamos a cumplir de principio a fin‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-subraya-que-tenemos-siete-millones-de-compromisos-que-vamos-a-cumplir-de-principio-a-fin--69088/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011a): »Rubalcaba: Los males del infierno de los que habla Rajoy están en su programa«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-los-males-del-infierno-de-los-que-habla-rajoy-estan-en-su-programa--68430/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011b): »Rubalcaba: ›Sólo con políticas de austeridad, Europa no va a poder salir de la crisis‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-solo-con-politicas-de-austeridad-europa-no-va-a-poder-salir-de-la-crisis--67884/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (15.10.2011): »Intervención de Alfredo Pérez Rubalcaba ante el Comité Federal tras la aprobación, por unanimidad, del programa electoral para las elecciones del 20-N«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/608844-000000487111.pdf [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011c): »Rubalcaba pide a Rajoy que ›deje de enredar y que aclare si quiere o no el impuesto de patrimonio‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-pide-a-rajoy-que-deje-de-enredar-y-que-aclare-si-quiere-o-no-el-impuesto-de-patrimonio--66372/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011d): »Blanco: ›La estabilidad presupuestaria no puede ser excusa para que ningún gobierno recorte el Estado de Bienestar‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/blanco-la-estabilidad-presupuestaria-no-puede-ser-excusa-para-que-ningun-gobierno-recorte-el-estado-de-bienestar--65952/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011e): »Valenciano advierte de que Rajoy pide al votante ›un cheque en blanco‹ porque ›no se sabe lo que piensa‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/valenciano-advierte-de-que-rajoy-pide-al-votante-un-cheque-en-blanco-porque-no-se-sabe-lo-que-piensa--65546/ [Stand: 22.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (14.08.2011): »Blanco dice que el PP es como una agencia de ›rating‹: no propone, califica y lo hace contra los intereses de España«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/blanco-dice-que-el-pp-es-como-una-agencia-de-rating-no-propone-califica-y-lo-hace-contra-los-intereses-de-espana--65357/ und https://www.periodistadigital.com/politica/partidos-politicos/20110814/blanco-dice-pp-agencia-rating-propone-califica-intereses-espana-noticia-689400102961/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (08.08.2011): »El PSOE pide al PP que ›se serene‹ porque las elecciones están fijadas para el 20N y reclama apoyo para las reformas«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-pide-al-pp-que-se-serene-porque-las-elecciones-estan-fijadas-para-el-20n-y-reclama-apoyo-para-las-reformas--65154/ und https://m.europapress.es/nacional/noticia-psoe-pide-pp-serene-porque-elecciones-estan-fijadas-20n-reclama-apoyo-reformas-20110808090505.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011f): »Madina: ›Estamos a las puertas de un cambio de tendencia‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/madina-estamos-a-las-puertas-de-un-cambio-de-tendencia--64853/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011g): »Rubalcaba: ›No quiero que me ayudéis a defenderme de las insidias y calumnias del PP, quiero que me ayudéis a estar cerca de los ciudadanos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-no-quiero-que-me-ayudeis-a-defenderme-de-las-insidias-y-calumnias-del-pp-quiero-que-me-ayudeis-a-estar-cerca-de-los-ciudadanos--64153/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011h): »Zapatero acusa a Rajoy de ser el perro del hortelano: ni apoya, ni propone nada«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/zapatero-acusa-a-rajoy-de-ser-el-perro-del-hortelano-ni-apoya-ni-propone-nada--63999/ [Stand: 22.06.2020].

PSOE (28.06.2011): »El PSOE ensalza el discurso ›emotivo, equilibrado, serio y solvente‹ de Zapatero«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-ensalza-el-discurso-emotivo-equilibrado-serio-y-solvente-de-zapatero--63978/ und https://www.periodistadigital.com/politica/parlamento/20110628/debate-nacion-psoe-ensalza-discurso-zapatero-emotivo-equilibrado-serio-solvente-noticia-689400852732/ [Stand: 22.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (15.05.2011): »Zapatero advierte de que el PP afrontaría la crisis ›con más injusticia social y políticas que llevan a la desigualdad, como el copago‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/zapatero-advierte-de-que-el-pp-afrontaria-la-crisis-con-mas-injusticia-social-y-politicas-que-llevan-a-la-desigualdad-como-el-copago--129288/ und https://juventud.psoe.es/ambito/saladeprensa/news/index.do?action=Print&id=565975 [Stand: 15.06.2020].

PSOE (12.03.2011): »El PP ›no se ha mojado‹ y ha sido ›incapaz de mover un solo músculo para que las cosas en este país le vayan mejor a los ciudadanos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-pp-no-se-ha-mojado-y-ha-sido-incapaz-de-mover-un-solo-musculo-para-que-las-cosas-en-este-pais-le-vayan-mejor-a-los-ciudadanos—59554/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/psoe-pp-pais-ciudadanos-78246-1.html [Stand: 22.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011i): »Valenciano asegura que con Rubalcaba es posible ›un futuro mejor‹ y que ›la crisis no tiene por qué dibujar una España más injusta y desigual‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/valenciano-asegura-que-con-rubalcaba-es-posible-un-futuro-mejor-y-que-la-crisis-no-tiene-por-que-dibujar-una-espana-mas-injusta-y-desigual--64398/ [Stand: 22.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011j): »Rubalcaba, a Rajoy: ›¿Quién quiere que pague las políticas públicas, los padres y profesores o los que más tienen y los bancos?‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-a-rajoy-quien-quiere-que-pague-las-politicas-publicas-los-padres-y-profesores-o-los-que-mas-tienen-y-los-bancos--66687/ [Stand: 22.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011k): »Óscar López: ›Lo preocupante no es que Rubalcaba haga propuestas. Lo preocupante es que Rajoy no hace ni una‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/oscar-lopez-lo-preocupante-no-es-que-rubalcaba-haga-propuestas-lo-preocupante-es-que-rajoy-no-hace-ni-una--65308/ [Stand: 22.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011l): »Zapatero: ›La única esperanza del PP es ganar por la crisis porque no tiene ni alternativa ni proyecto‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/zapatero-la-unica-esperanza-del-pp-es-ganar-por-la-crisis-porque-no-tiene-ni-alternativa-ni-proyecto--61696/ [15.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Elecciones generales – 15-M/Indignados
./.

Crisis (económica) – 15-M/Indignados

PSOE (03.11.2011): »Blanco pide a los ciudadanos que ›lleven a la sombra al partido que quiere sacar la motosierra para recortar el Estado del Bienestar‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/blanco-pide-a-los-ciudadanos-que-lleven-a-la-sombra-al-partido-que-quiere-sacar-la-motosierra-para-recortar-el-estado-del-bienestar--68101/ und https://www.salamanca24horas.com/local/blanco-pide-ciudadanos-lleven-sombra-partido-quiere-sacar-motosierra_900034_102.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (06.08.2011): »Hernando advierte a Pons de que se preocupe por su candidato, ›el hombre que nunca dice nada‹, porque va a perder por tercera vez«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/hernando-advierte-a-pons-de-que-se-preocupe-por-su-candidato-el-hombre-que-nunca-dice-nada-porque-va-a-perder-por-tercera-vez--65133/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/psoe-hernando-pons-candidato-86289-1.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (16.05.2011): »Blanco pide a los ›indignados‹ que no tengan actitud pasiva y voten contra los que quieren ›seguir especulando‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/blanco-pide-a-los-indignados-que-no-tengan-actitud-pasiva-y-voten-contra-los-que-quieren-seguir-especulando--62515/ und https://juventud.psoe.es/ambito/saladeprensa/news/index.do?action=Print&id=565975 [Stand: 15.06.2020].

PSOE (14.05.2011): »Pedro Sánchez: ›Con el PP no había indignados, había irritados permanentes a los que Rajoy silenciaba en los medios públicos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-con-el-pp-no-habia-indignados-habia-irritados-permanentes-a-los-que-rajoy-silenciaba-en-los-medios-publicos--62690/ und https://juventud.psoe.es/ambito/saladeprensa/news/index.do?action=Print&id=565975 [Stand: 15.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Einzelartikel

Elecciones generales

PSOE (20.11.2011): »Zapatero: ›El futuro, hoy más que nunca, está en manos de los ciudadanos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/zapatero-el-futuro-hoy-mas-que-nunca-esta-en-manos-de-los-ciudadanos--68934/ und https://www.lavanguardia.com/politica/20111120/54239124295/zapatero-futuro-manos-ciudadanos.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (07.11.2011): »Valenciano sobre el debate: ›Los españoles podrán comprobar que Rubalcaba tiene un proyecto para salir de la crisis sin desequilibrar el país‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/valenciano-sobre-el-debate-los-espanoles-podran-comprobar-que-rubalcaba-tiene-un-proyecto-para-salir-de-la-crisis-sin-desequilibrar-el-pais--68283 und https://www.lacerca.com/noticias/espana/valenciano-espanoles-rubalcaba-pais-92867-1.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011m): »›El programa electoral del PP significa el regreso al ladrillazo, las guerras ilegales, los prestige y las mentiras del 11 M‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-programa-electoral-del-pp-significa-el-regreso-al-ladrillazo-las-guerras-ilegales-los-prestige-y-las-mentiras-del-11-m--67359/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (30.07.2011): »Hernando: ›El Partido Popular ha vuelvo hoy a la única campaña que sabe hacer: infamias y mentiras‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/hernando-el-partido-popular-ha-vuelvo-hoy-a-la-unica-campana-que-sabe-hacer-infamias-y-mentiras--64958/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/psoe-hernando-partido-campana-86089-1.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011n): »El PSOE ›respeta y entiende‹ el ›movimiento pacífico‹ de la Puerta del Sol«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-respeta-y-entiendeel-movimiento-pacifico-de-la-puerta-del-sol--62641/ [Stand: 15.06.2020].

Crisis (económica)

PSOE (20.12.2011): »Rubalcaba afirma que hará ›una oposición responsable‹ y que defenderá el estado del bienestar y una ›salida justa de la crisis‹«,

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-afirma-que-hara-una-oposicion-responsable-y-que-defendera-el-estado-del-bienestar-y-una-salida-justa-de-la-crisis--69480/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (18.11.2011): »Rubalcaba pide ›un Partido Socialista fuerte‹ que garantice los derechos de los ciudadanos, frente al ›poder absoluto‹ del PP«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-pide-un-partido-socialista-fuerte-que-garantice-los-derechos-de-los-ciudadanos-frente-al-poder-absoluto-del-pp--68843/ und https://www.salamanca24horas.com/actualidad/rubalcaba-pide-partido-socialista-fuerte-garantice-derechos-ciudadanos_909458_102.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (17.11.2011a): »Rubalcaba denuncia la ›lógica‹ del PP: ›todo a favor mío, la crisis al servicio del poder del PP‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-denuncia-la-logica-del-pp-todo-a-favor-mio-la-crisis-al-servicio-del-poder-del-pp--68829/ und https://www.salamanca24horas.com/local/rubalcaba-denuncia-logica-pp-todo-favor-crisis-servicio-poder-pp_893819_102.html [Stand: 22.06.2020].

PSOE (17.11.2011b): »Rubalcaba pide a los ciudadanos ›que no esperen al día 21‹ para protestar por los recortes del PP y ›voten el día 20 para evitarlos en las urnas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-pide-a-los-ciudadanos-que-no-esperen-al-dia-21-para-protestar-por-los-recortes-del-pp-y-voten-el-dia-20-para-evitarlos-en-las-urnas--68780/ und https://www.asturiasmundial.com/noticia/12238/rubalcaba-pide-ciudadanos-no-esperen-dia-21-protestar-por-recortes-pp-voten-20-evitarlos-urnas/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 20110): »Rubalcaba: ›Avances sociales igual a gobierno socialista, retroceso igual a derecha‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-avances-sociales-igual-a-gobierno-socialista-retroceso-igual-a-derecha--68668/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (13.11.2011): »Rubalcaba denuncia que Mariano Rajoy actúa al dictado de Aznar, que es su ›ventrílocuo‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/616703-000000494924.pdf [Stand: 15.06.2020].

PSOE (15.08.2011): »El PSOE ruega a Rajoy que deje de sembrar dudas sobre la deuda de España«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-ruega-a-rajoy-que-deje-de-sembrar-du

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

das-sobre-la-deuda-de-espana--65413/ und https://www.elperiodicoextremadura.com/noticias/espana/psoe-ruega-rajoy-deje-sembrar-dudas-deuda-espana_600315.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (13.07.2011): »Zapatero dice a que la recuperación ›se consolida‹ en 2011 y exige a Rajoy ›respeto institucional‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/zapatero-dice-a-que-la-recuperacion-se-consolida-en-2011-y-exige-a-rajoy-respeto-institucional—64461/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/zapatero-rajoy-respeto-institucional-85365-1.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (09.07.2011): »Los 4 compromisos de Rubalcaba: crear empleo desde ahora, construir una economía sana y competitiva, fortalecer la igualdad de oportunidades y mejorar la democracia«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/585865-000000467292.pdf [Stand: 15.06.2020].

PSOE (01.07.2011): »Hernando: ›Pons tiene razón, Rubalcaba no ha contado a los españoles que el 70 % de los ciudadanos son conscientes de que Rajoy carece de propuesta alguna frente a la crisis‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/hernando-pons-tiene-razon-rubalcaba-no-ha-contado-a-los-espanoles-que-el-70-de-los-ciudadanos-son-conscientes-de-que-rajoy-carece-de-propuesta-alguna-frente-a-la-crisis-/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/hernando-rubalcaba-70-rajoy-84915-1.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011p): »Zapatero garantiza que las reformas no se harán a costa del modelo social«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/zapatero-garantiza-que-las-reformas-no-se-haran-a-costa-del-modelo-social--63964/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011q): »Zapatero le pide a Rajoy que aporte confianza y no crítica ›fácil y populista‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/zapatero-le-pide-a-rajoy-que-aporte-confianza-y-no-critica-facil-y-populista--63621/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (13.02.2011): »Intervención de José Luis Rodríguez Zapatero en la clausura de la Convención Municipal del PSOE«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/546633-000000427667.pdf [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011r): »Por el crecimiento económico, la creación de empleo y la sostenibilidad de las pensiones«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/por-el-crecimiento-economi

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

co-la-creacion-de-empleo-y-la-sostenibilidad-de-las-pensiones--58301/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (31.01.2011): »Zapatero sobre el Pacto Económico y Social: ›Generará confianza, paz social y compromiso de los actores económicos con las reformas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/zapatero-sobre-el-pacto-economico-y-social-generara-confianza-paz-social-y-compromiso-de-los-actores-economicos-con-las-reformas--58182/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/zapatero-social-actores-reformas-75577-1.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (11.01.2011): »Pedro Sánchez: ›El futuro no se gana con la resignación del PP, sino con la ambición del PSOE‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-futuro-no-se-gana-con-la-resignacion-del-pp-sino-con-la-ambicion-del-psoe--57258/ [Stand: 15.06.2020].

15-M/Indignados

PSOE (ohne Datum 2011s): »El PSOE pide respeto tanto para las manifestaciones religiosas como para las laicas«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-pide-respeto-tanto-para-las-manifestaciones-religiosas-como-para-las-laicas--65350/ [Stand: 15.06.2020].

PSOE (21.06.2011): »Alonso reitera la voluntad del PSOE para una renovación ›limpia‹ del TC«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/alonso-reitera-la-voluntad-del-psoe-para-una-renovacion-limpia-del-tc--63789/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/alonso-psoe-renovacion-tc-84483-1.html [Stand: 15.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2011t): »Rodríguez Zapatero: ›El voto ha sido el gran instrumento para las conquistas sociales‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rodriguez-zapatero-el-voto-ha-sido-el-gran-instrumento-para-las-conquistas-sociales--62725/ [Stand: 15.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

15-M/Indignados

Taibo, Carlos et al. (Hgg.) (2011): *La rebelión de los indignados. Movimiento 15 M: Democracia real, iya!*, Madrid: Editorial Popular.

Ohne Autor (2011): »Manifiesto«, in: Carlos Taibo et al. (Hgg.), *La rebelión de los indignados. Movimiento 15 M: Democracia real, iya!*, Madrid: Editorial Popular, S. 83-86.

Ohne Autor (2011a): »Propuestas«, in: Carlos Taibo et al. (Hgg.), *La rebelión de los indignados. Movimiento 15 M: Democracia real, iya!*, Madrid: Editorial Popular, S. 87-92.

Antentas, Josep Maria/Vivas, Esther (2011): »La rebelión de l@s indignad@s. Notas desde la Plaza Tahrir de Barcelona«, in: Carlos Taibo et al. (Hgg.), *La rebelión de los indignados. Movimiento 15 M: Democracia real, iya!*, Madrid: Editorial Popular, S. 13-20.

Mateo, Juan Pablo (2011): »El Sol y la economía. Reflexiones para avanzar en la utopía«, in: Carlos Taibo et al. (Hgg.), *La rebelión de los indignados. Movimiento 15 M: Democracia real, iya!*, Madrid: Editorial Popular, S. 21-40.

Monedero, Juan Carlos (2011): »La Marsellesa en la Puerta del Sol«, in: Carlos Taibo et al. (Hgg.), *La rebelión de los indignados. Movimiento 15 M: Democracia real, iya!*, Madrid: Editorial Popular, S. 73-82.

Cabal, Fernando (2012): *Indignados! 15-M: toma la calle, 15.05.11*, Madrid: Mandala Ediciones.

Abrasa@s del Sol (2012): »El Sol sale por todas partes«, in: Fernando Cabal (Hg.), *Indignados! 15-M: toma la calle, 15.05.11*, Madrid: Mandala Ediciones, S. 25-28.

Maurus, Johannes (2012): »Indignación y dignidad«, in: Fernando Cabal (Hg.), *Indignados! 15-M: toma la calle, 15.05.11*, Madrid: Mandala Ediciones, S. 31-36.

Balboa, Benjamin (2012): »›Toma la Plaza‹. La revolución Naranja de SOL y los resultados electorales de las elecciones 2011«, in: Fernando Cabal (Hg.), *Indignados! 15-M: toma la calle, 15.05.11*, Madrid: Mandala Ediciones, S. 37-45.

Cotarelo, Ramón (2012): »Esto es solo el comienzo«, in: Fernando Cabal (Hg.), *Indignados! 15-M: toma la calle, 15.05.11*, Madrid: Mandala Ediciones, S. 46-48.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Freire, Juan (2012): »¿Volverán los políticos a hacer política? #spanishrevolution y el resurgimiento del espacio público«, in: Fernando Cabal (Hg.), *Indignados! 15-M: toma la calle, 15.05.11*, Madrid: Mandala Ediciones, S. 52-54.

Honrubia Hurtado, Pedro Antonio (2012): »Pienso, luego estorbo. Consumo, luego existo«, in: Fernando Cabal (Hg.), *Indignados! 15-M: toma la calle, 15.05.11*, Madrid: Mandala Ediciones, S. 70-87.

Navarro, Vicenc (2012): »El movimiento ›Democracia real ya‹ y la hipocresía del establishment mediático«, in: Fernando Cabal (Hg.), *Indignados! 15-M: toma la calle, 15.05.11*, Madrid: Mandala Ediciones, S. 100-105.

Yesca (2012): »Sobre el 15-M«, in: Fernando Cabal (Hg.), *Indignados! 15-M: toma la calle, 15.05.11*, Madrid: Mandala Ediciones, S. 123-125.

2014

PP

Elecciones europeas – Crisis económica

PP (26.05.2014a): »Cañete: ›Hemos ganado las elecciones en un contexto de crisis económica y social‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/canete-hemos-ganado-las-elecciones-un-contexto-crisis-economica-social [Stand: 02.07.2020].

PP (26.05.2014b): »González Pons: ›El PP ha ganado pese al desgaste de hacer reformas difíciles pero necesarias‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-pp-ha-ganado-pese-al-desgaste-hacer-reformas-dificiles-pero [Stand: 02.07.2020].

PP (26.05.2014c): »Floriano: ›Hemos ganado en las circunstancias más difíciles lo que demuestra la solidez del PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/florianohemos-ganado-las-circunstancias-mas-dificiles-que-demuestra-solidez-pp [Stand: 02.07.2020].

PP (26.05.2014d): »Cospedal: ›España es, con Alemania, el único país de los grandes donde ha ganado el partido de Gobierno‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-espana-es-alemania-unico-pais-grandes-donde-ha-ganado-partido-gobierno [Stand: 02. 07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (23.05.2014a): »Rajoy: ›Queremos trabajar para garantizar el progreso, la unidad de la nación y el sistema de bienestar‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-queremos-trabajar-garantizar-progreso-unidad-nacion-sistema-bienestar [Stand: 02.07.2020].

PP (23.05.2014b): »Miguel Arias: ›Necesitamos creer en la UE y seguir trabajando para que sea un éxito‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/miguel-arias-necesitamos-creer-ue-seguir-trabajando-que-sea-un-exito [Stand: 02.07.2020].

PP (23.05.2014c): »Cospedal: ›Si queremos que gane España, hay que votar al Partido Popular‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-si-queremos-que-gane-espana-hay-que-votar-al-partido-popular [Stand: 02.07.2020].

PP (23.05.2014d): »Cospedal: ›El domingo se juega otra final y, si gana el PP, ganará también España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-domingo-se-juega-otra-final-si-gana-pp-ganara-tambien-espana [02.07.2020].

PP (22.05.2014a): »Rajoy: ›No podemos permitir que en Europa triunfen políticas socialistas que nos llevaron casi a la quiebra‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-no-podemos-permitir-que-europa-triunfen-politicas-socialistas-que-nos [Stand: 02.07.2020].

PP (22.05.2014b): »Feijóo: ›El 25M votamos por una España que es ahora la cara de los países que combaten la crisis o por volver a ser la cruz del euro‹«, verfügbar unter: www. pp.es/actualidad-noticia/feijoo-25m-votamos-por-una-espana-que-es-ahora-cara-paises-que-co mbaten-crisis-o [Stand: 02.07.2020].

PP (22.05.2014c): »Cospedal: ›La mejor política social la hace el PP, con crecimiento y creación de empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-mejor-politica-social-hace-pp-crecimiento-creacion-empleo [Stand: 02.07.2020].

PP (21.05.2014): »Cañete: ›Vamos a seguir construyendo una España fuerte y una Europa unida‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/canete-vamos-seguir-construyen do-una-espana-fuerte-una-europa-unida [Stand: 02.07.2020].

PP (20.05.2014a): »Cañete: ›El PSOE no habla de Europa ni de lo que importa a los españoles‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/canete-psoe-no-habla-europa-ni-que-imp orta-espanoles [Stand: 02.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (20.05.2014b): »Pons: ›Nadie entendería que el 25-M ganase quien nos metió en la crisis y no quien nos está sacando‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pons-nadie-entenderia-que-25-m-ganase-quien-nos-metio-crisis-no-quien-nos-esta [Stand: 02.07.2020].

PP (19.05.2014): »Rajoy pide el voto para ›seguir creando empleo y crecimiento‹ y no volver a las políticas socialistas«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-pide-voto-seguir-creando-empleo-crecimiento-no-volver-las-politicas [Stand: 02.07.2020].

PP (18.05.2014a): »Alfonso Alonso: ›El 25M no podemos permitir que el PSOE nos vuelva a engañar‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/alfonso-alonso-25m-no-pode mos-permitir-que-psoe-nos-vuelva-enganar [Stand: 02.07.2020].

PP (18.05.2014b): »Rajoy: ›Éramos el enfermo de Europa y ahora nos saludan como ejemplo de recuperación‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-eramos-enfermo-europa-ahora-nos-saludan-como-ejemplo-recuperacion [Stand: 02.07.2020].

PP (17.05.2014a): »Rajoy: ›Os pido el voto por una Europa unida, en paz, en libertad y en convivencia‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-os-pido-voto-por-una-europa-unida-paz-libertad-convivencia [Stand: 02.07.2020].

PP (17.05.2014b): »Las mentiras de Elena Valenciano«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/las-mentiras-elena-valenciano [Stand: 02.07.2020].

PP (16.05.2014): »Rajoy: ›No debemos dejar que los socialistas arruinen la recuperación‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-no-debemos-dejar-que-socialistas-arruinen-recuperacion [Stand: 02.07.2020].

PP (15.05.2014): »Alfonso Alonso : ›Las crisis vienen con el Partido Socialista y se van con el Partido Popular‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/alfonso-alonso-las-crisis-vienen-partido-socialista-se-van-partido-popular [Stand: 03.07.2020].

PP (14.05.2014): »Rajoy: ›Pido el voto para decirle adiós a la crisis y enfocar el camino de la recuperación‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-pido-voto-decirle-adios-crisis-enfocar-camino-recuperacion [Stand: 03.07.2020].

PP (12.05.2014): »Rajoy: ›La UE y el euro son nuestro camino presente y nuestro horizonte de futuro‹«, verfügbar un-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-ue-euro-son-nuestro-camino-presente-nuestro-horizonte-futuro [Stand: 03.07.2020].

PP (07.05.2014): »›En estas elecciones nos jugamos crecer, crear empleo y salir de la crisis‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/estas-elecciones-nos-jugamos-crecer-crear-empleo-salir-crisis [Stand: 03.07.2020].

PP (06.05.2014): »›La encuesta del CIS demuestra que la confianza vuelve a los españoles‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/encuesta-cis-demuestra-que-confianza-vuelve-espanoles [Stand: 03.07.2020].

PP (05.05.2014): »›España ha iniciado una nueva etapa de crecimiento gracias a las políticas del Gobierno del PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espana-ha-iniciado-una-nueva-etapa-crecimiento-gracias-las-politicas-gobierno-pp [Stand: 06.07.2020].

PP (30.04.2014): »›Podemos hablar de Europa porque tenemos credibilidad y hemos hecho los deberes en España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/podemos-hablar-europa-porque-tenemos-credibilidad-hemos-hecho-deberes-espana [Stand: 03.07.2020].

PP (28.04.2014): »›Este es el programa de futuro que España necesita en la Unión Europea‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/este-es-programa-futuro-que-espana-necesita-union-europea [Stand: 13.07.2020].

PP (27.04.2014): »Gonzalez Pons: ›El programa del PP es que cuando lleguemos a Europa, todos seamos españoles‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-programa-pp-es-que-cuando-lleguemos-europa-todos-seamos-espanoles [Stand: 13.07.2020].

PP (26.04.2014): »Arenas: ›O salimos de la crisis con las reformas de Rajoy o volvemos al zapaterismo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-o-salimos-crisis-las-reformas-rajoy-o-volvemos-al-zapaterismo [Stand: 03.07.2020].

PP (04.04.2014a): »›La buena dirección de España no se puede quebrar en las elecciones europeas‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/buena-direccion-espana-no-se-puede-quebrar-las-elecciones-europeas [Stand: 03.07.2020].

PP (04.04.2014b): »›Es el momento de seguir adelante en Europa y no dar pasos en falso‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/es-momento-seguir-adelante-europa-no-dar-pasos-falso [Stand: 03.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (04.04.2014c): »Floriano: ›Es necesario consolidar el cambio de tendencia en nuestro país‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-es-necesario-consolidar-cambio-tendencia-nuestro-pais [Stand: 06.07.2020].

PP (30.03.2014): »›Europa es muy importante, pero para el PP siempre lo es más España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/europa-es-muy-importante-pero-pp-siempre-es-mas-espana [Stand: 03.07.2020].

PP (14.03.2014): »›El Gobierno ha hecho las reformas necesarias en el momento preciso‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gobierno-ha-hecho-las-reformas-necesarias-momento-preciso [Stand: 06.07.2020].

PP (10.03.2014): »›Las políticas del Gobierno del PP han salvado la sociedad del bienestar‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/las-politicas-gobierno-pp-han-salvado-sociedad-bienestar [Stand: 06.07.2020].

PP (08.03.2014): »Rajoy: ›El 2014 será el año del crecimiento económico y la creación de empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-2014-sera-ano-crecimiento-economico-creacion-empleo [Stand: 06.07.2020].

PP (23.02.2014): »Pons: ›Rajoy pasará a la historia por salvar a la democracia de su peor crisis económica‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pons-rajoy-pasara-historia-por-salvar-democracia-su-peor-crisis-economica [Stand: 06.07.2020].

PP (21.02.2014): »Floriano: ›La democracia española no necesita verificadores de nada‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-democracia-espanola-no-necesita-verificadores-nada [Stand: 06.07.2020].

PP (05.02.2014): »›El PP pone el interés de España por encima de sus propios intereses‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-pone-interes-espana-por-encima-sus-propios-intereses [Stand: 06.07.2020].

PP (02.02.2014): »›Hay que ser fuertes en Europa para defender los intereses de España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/hay-que-ser-fuertes-europa-defender-inte reses-espana [Stand: 03.07.2020].

PP (01.02.2014): »›El PP se presenta a las elecciones con un objetivo básico: defender los intereses de España en Europa‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-se-presenta-las-elecciones-un-objetivo-basico-defender-intereses-espana-europa [Stand: 03.07.2020].

PP (29.01.2014): »Europa«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/europa [Stand: 03.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (16.01.2014): »Reformas: ¿Qué estamos haciendo?«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/reformas-que-estamos-haciendo [Stand: 06.07.2020].

PP (10.01.2014): »›Los partidos políticos vacíos de contenido le quitan peso a España en Europa‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/partidos-politicos-vacios-contenido-le-quitan-peso-espana-europa [Stand: 03.07.2020].

Elecciones europeas – Podemos

PP (24.06.2014): »González Pons: ›No hay razón política detrás de quien mata a niños en una casa cuartel‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-no-hay-razon-politica-detras-quien-mata-ninos-una-casa-cuartel [Stand 03.07.2020].

PP (12.06.2014): »Floriano: ›España demostró ayer que es un país tranquilo, estable y con un gran futuro‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/florianoespana-demostro-ayer-que-es-un-pais-tranquilo-estable-un-gran-futuro [Stand: 03.07.2020].

Crisis económica – Podemos

PP (27.12.2014): »Moreno: ›Para el PP, Andalucía es clave para el proyecto de España pero para el PSOE, sólo es la llave que controla Ferraz‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/moreno-pp-andalucia-es-clave-proyecto-espana-pero-psoe-solo-es-llave-que-controla [Stand: 06.07.2020].

PP (11.12.2014a): »Floriano acusa al PSOE de decir ›lo contrario que cuando gobernaba‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-acusa-al-psoe-decir-contrario-que-cuando-gobernaba [Stand: 06.07.2020].

PP (17.11.2014): »Floriano: ›Sánchez pretende resolver su indefinición con una reforma constitucional‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-sanchez-pretende-resolver-su-indefinicion-una-reforma-constitucional [Stand: 06.07.2020].

PP (06.11.2014): »Cospedal: ›El PP siempre ha luchado contra la corrupción y lo va a seguir haciendo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-pp-siempre-ha-luchado-contra-corrupcion-va-seguir-haciendo [Stand: 06.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (06.08.2014): »Alfonso Alonso: ›El PP es el partido de la estabilidad de las instituciones y la tranquilidad frente a otras aventuras‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/alfonso-alonso-pp-es-partido-estabilidad-las-instituciones-tranquilidad-frente [Stand: 06.07.2020].

Einzelartikel

Elecciones europeas

PP (24.04.2014): »›Los españoles se juegan buena parte de su futuro en estas elecciones europeas‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espanoles-se-juegan-buena-parte-su-futuro-estas-elecciones-europeas [Stand: 02.07.2020].

PP (05.04.2014): »Rajoy: ›Que no vengan con historias quienes han llevado a este país a la ruina‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-que-no-vengan-historias-quienes-han-llevado-este-pais-ruina [Stand: 03.07.2020].

PP (15.02.2014): »›Creer en Europa no es una obligación, es una necesidad‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/creer-europa-no-es-una-obligacion-es-una-necesidad [Stand: 03.07.2020].

Crisis económica

PP (20.12.2014): »Cospedal: ›2015: menos paro, más empleo, más política social, más esperanza y más futuro‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-2015-menos-paro-mas-empleo-mas-politica-social-mas-esperanza-mas-futuro [Stand: 06.07.2020].

PP (18.12.2014): »El Gobierno ha dado la vuelta a la situación tras el devastador mandato del PSOE«, verfügbar: www.pp.es/actualidad-noticia/gobierno-ha-dado-vuelta-situacion-tras-devastador-mandato-psoe [Stand: 06.07.2020].

PP (15.12.2014a): »Rajoy: ›Somos la garantía para que España avance con paz, tranquilidad y libertad‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-somos-garantia-que-espana-avance-paz-tranquilidad-libertad [Stand: 06.07.2020].

PP (15.12.2014b): »Floriano: ›Con la gente que peor lo ha pasado, se espera solución a sus problemas y no faltas de respeto‹«, verfügbar

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-gente-que-peor-ha-pasado-se-espera-solucion-sus-problemas-no-faltas [Stand: 06.07.2020].

PP (15.12.2014c): »El PP celebra ›el gran acuerdo social que ha alcanzado el Gobierno del PP y los agentes sociales‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-celebra-gran-acuerdo-social-que-ha-alcanzado-gobierno-pp-agentes-sociales [Stand: 06.07.2020].

PP (12.12.2014): »González Pons: ›El PP ha sacado a España de la crisis sin recortar el Estado de bienestar‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-pp-ha-sacado-espana-crisis-sin-recortar-estado-bienestar [Stand: 06.07.2020].

PP (02.12.2014): »Cospedal: ›Estamos ganando la batalla de la economía‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-estamos-ganando-batalla-economia [Stand: 06.07.2020].

PP (30.11.2014): »Juanma Moreno defiende la ›certeza‹ del proyecto del PP frente al ›cóctel de los líos‹ de otras formaciones«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/juanma-moreno-defiende-certeza-proyecto-pp-frente-al-coctel-lios-otras [Stand: 06.07.2020].

PP (20.11.2014a): »Alfonso Alonso: ›Hace tres años España era la gran preocupación de Europa, hoy es el país que más crece‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noti-cia/alfonso-alonso-hace-tres-anos-espana-era-gran-preocupacion-europa-hoy-es-pais-que [Stand: 06.07.2020].

PP (20.11.2014b): »España es un referente internacional de superación«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/espana-es-un-referente-internacional-superacion [Stand: 06.07.2020].

PP (07.11.2014a): »Herrera: ›Un buen gobierno es aquel que cumple y hace cumplir la ley‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/herrera-un-buen-gobierno-es-aquel-que-cumple-hace-cumplir-ley [Stand: 06.07.2020].

PP (07.11.2014b): »Feijóo: ›El buen gobierno es priorizar, decidir y saber que el dinero es un bien escaso susceptible de usos alternativos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/feijoo-buen-gobierno-es-priorizar-decidir-saber-que-dinero-es-un-bien-escaso [Stand: 06.07.2020].

PP (07.11.2014c): »Matarí: ›Mientras el PSOE pone en riesgo el Estado del Bienestar, el PP lo hace viable y lo garantiza‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/matari-mientras-psoe-pone-riesgo-estado-bienestar-pp-hace-viable-garantiza [Stand: 06.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (26.10.2014): »Rajoy: ›El cambio en España ha comenzado a producirse y para bien‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-cambio-espana-ha-comenzado-producirse-bien [Stand: 06.07.2020].

PP (03.10.2014a): »Antolín Sanz: ›La crisis vino con el PSOE y la recuperación no ha venido por casualidad, ha vuelto con el PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/antolin-sanz-crisis-vino-psoe-recuperacion-no-ha-venido-por-casualidad-ha-vuelto [Stand: 06.07.2020].

PP (03.10.2014b): »Alfonso Alonso: ›El PP nuevamente saca a España de la crisis y la sitúa en la senda del crecimiento y en la creación de empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/alfonso-alonso-pp-nuevamente-saca-espana-crisis-situa-senda-crecimiento-creacion [Stand: 06.07.2020].

PP (14.08.2014): »Floriano: ›El crecimiento en España se produce gracias a las reformas del PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-crecimiento-espana-se-produce-gracias-las-reformas-pp [Stand: 06.07.2020].

PP (11.08.2014): »Floriano: ›Salir de la crisis no es incompatible con la atención a los más necesitados‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-salir-crisis-no-es-incompatible-atencion-mas-necesitados [Stand: 06.07.2020].

PP (04.08.2014): »Hoy ya hay menos parados que cuando Mariano Rajoy llegó al Gobierno de España«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/hoy-ya-hay-menos-parados-que-cuando-mariano-rajoy-llego-al-gobierno-espana [Stand: 06.07.2020].

PP (19.07.2014): »Montoro: ›España está saliendo de la crisis por la puerta de la creación de empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/montoro-espana-esta-saliendo-crisis-por-puerta-creacion-empleo [Stand: 06.07.2020].

PP (12.07.2014): »Rajoy: ›Nos dejaron un futuro plagado de incertidumbres y estamos construyendo un mañana de seguridades‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-nos-dejaron-un-futuro-plagado-incertidumbres-estamos-construyendo-un-manana [Stand: 06.07.2020].

PP (28.06.2014): »Alfonso Alonso: ›Queremos que aquéllos a los que el PSOE hizo víctimas de la crisis sean hoy los protagonistas de la recuperación‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/alfonso-alonso-queremos-que-aquellos-que-psoe-hizo-victimas-crisis-sean-hoy [Stand: 06.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (13.01.2014): »El crecimiento del 0,3 en el último trimestre de 2013 es un cambio en el signo de la economía«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/crecimiento-03-ultimo-trimestre-2013-es-un-cambio-signo-economia [Stand: 06.07.2020].

PP (09.01.2014): »›Después de dos años de reformas y de duro trabajo es momento para la esperanza‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/despues-dos-anos-reformas-duro-trabajo-es-momento-esperanza [Stand: 06.07.2020].

PP (07.01.2014): »2014: El año de la recuperación«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/2014-ano-recuperacion [Stand: 06.07.2020].

PP (02.01.2014): »›Somos la única opción capaz de sacar a España de la difícil situación económica que otros nos dejaron‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/somos-unica-opcion-capaz-sacar-espana-dificil-situacion-economica-que-otros-nos [Stand: 06.07.2020].

Podemos

PP (11.12.2014b): »González Pons: ›Ahora el PSOE se llama Queremos y no Podemos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-ahora-psoe-se-llama-queremos-no-podemos [Stand: 06.07.2020].

PP (11.07.2014a): »Beneyto: ›Los países que mejor funcionan son aquellos que más capacidad tienen para integrar la crítica‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/beneyto-paises-que-mejor-funcionan-son-aquellos-que-mas-capacidad-tienen-integrar [Stand: 06.07.2020].

PP (11.07.2014b): »Alfonso Alonso: ›Los españoles tenían razón cuando dijeron que sólo el PP sacaría a España de la crisis‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/alfonso-alonso-espanoles-tenian-razon-cuando-dijeron-que-solo-pp-sacaria-espana [Stand: 06.07.2020].

PSOE

Elecciones europeas – Crisis (económica)

PSOE (ohne Datum 2014a): »Rubalcaba pide el voto para el PSOE, por ›un cambio en Europa‹ y para ›poner freno a las políticas de Rajoy‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/ru

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

balcaba-pide-el-voto-para-el-psoe-por-un-cambio-en-europa-y-para-poner-freno-a-las-politicas-de-rajoy--106153/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (17.05.2014): »Rubalcaba pide el voto para ›que no ganen‹ los que no creen en la libertad ni en la igualdad«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/rubalcaba-pide-el-voto-para-que-no-ganen-los-que-no-creen-en-la-libertad-ni-en-la-igualdad--136169/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (15.05.2014): »Rubalcaba: ›Si no queréis que Rajoy enseñe un cheque en blanco el día 26 para seguir recortando, hay que votar al PSOE porque somos el único partido capaz de pararle‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/rubalcaba-si-no-quereis-que-rajoy-ensene-un-cheque-en-blanco-el-dia-26-para-seguir-recortando-hay-que-votar-al-psoe-porque-somos-el-unico-parti/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (09.05.2014): »Rubalcaba: Europa está en nuestras vidas y tiene que cambiar para que España salga de la crisis«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/rubalcaba-europa-esta-en-nuestras-vidas-y-tiene-que-cambiar-para-que-espana-salga-de-la-crisis--136204/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (25.04.2014): »RUBALCABA subraya que el triunfo de la izquierda en las elecciones europeas del 25 de mayo es ›una garantía para que España salga de la crisis‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-subraya-que-el-triunfo-de-la-izquierda-en-las-elecciones-europeas-del-25-de-mayo-es-una-garantia-para-que-espana-salga-de-la-crisis--104403/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (21.04.2014): »Óscar López: ›El PSOE va a decir a cada ciudadano que puede mover y cambiar Europa con su voto‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/noticias-secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/oscar-lopez-el-psoe-va-a-decir-a-cada-ciudadano-que-puede-mover-y-cambiar-europa-con-su-v/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014b): »Ramón Jáuregui: Rajoy y Cospedal piensan más en Bárcenas y en Suiza que en Cañete y en Bruselas«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/ramon-jauregui-rajoy-y-cospedal-piensan-mas-en-barcenas-y-en-suiza-que-en-canete-y-en-bruselas--103990/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (09.04.2014): »Elena Valenciano destaca que ahora los ciudadanos podrán decidir si quieren seguir apostando por la Europa actual, que

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

representa Cañete, o por el cambio en Europa«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/elena-valenciano-destaca-que-ahora-los-ciudadanos-podran-decidir-si-quieren-seguir-apostando-por-la-europa-actual-que-representa-canete-o-por-el-cambio-en-europa--103836/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/valenciano-seguir-apostando-europa-actual-canete-o-cambio-205129-1.html [Stand: 29.06.2020].

PSOE (03.03.2014): »Óscar López: ›Si el PP gana las europeas tenemos garantizado más recortes, más desigualdad, más sufrimiento, menos libertades y menos derechos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/oscar-lopez-si-el-pp-gana-las-europeas-tenemos-garantizado-mas-recortes-mas-desigualdad-mas-sufrimiento-menos-libertades-y-menos-derechos--102058/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/psoe-oscar-lopez-pp-europeas-sufrimiento-libertades-derechos-199847-1.html [Stand: 29.06.2020].

PSOE (25.02.2014): »Rubalcaba: ›Señor Rajoy, ¿en qué país vive usted? ¿De qué presume?‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-senor-rajoy-en-que-pais-vive-usted-de-que-presume--101680/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014c): »Valenciano asegura que en las elecciones europeas empieza ›el cambio de rumbo‹, después de que las políticas de la derecha solo hayan generado pobreza, desesperación y antieuropeísmo«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/valenciano-asegura-que-en-las-elecciones-europeas-empieza-el-cambio-de-rumbo-despues-de-que-las-politicas-de-la-derecha-solo-hayan-generado-pobreza-desesperacion-y-antie/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (18.01.2014): »Rubalcaba: ›Volvemos a ser la referencia y la esperanza de muchos españoles para recuperar sus derechos y sus libertades‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/rubalcaba-volvemos-a-ser-la-referencia-y-la-esperanza-de-muchos-espanoles-para-recuperar-sus-derechos-y-sus-libertades--135504/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014d): »Rubalcaba denuncia que las políticas de Rajoy han conducido a ›más desempleo, menos derechos sociales, laborales y mucha más desigualdad‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-denuncia-que-las-politicas-de-rajoy-han-conducido-a-mas-desempleo-menos-derechos-sociales-laborales-y-mucha-mas-desigualdad--105467/ [Stand: 29.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (ohne Datum 2014e): »Elena Valenciano anuncia que ›el PSOE va a enarbolar tres grandes banderas: la socialdemocracia, el europeísmo y los derechos y libertades de los ciudadanos y ciudadanas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/elena-valenciano-anuncia-que-el-psoe-va-a-enarbolar-tres-grandes-banderas-la-socialdemocracia-el-europeismo-y-los-derechos-y-libertades-de-los-ciudadanos-y-ciudadanas--1/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014f): »Elena Valenciano: ›Para saber a quién defiende Rajoy, basta con ver a quiénes han subido los impuestos y bajado los salarios‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/elena-valenciano-para-saber-a-quien-defiende-rajoy-basta-con-ver-a-quienes-han-subido-los-impuestos-y-bajado-los-salarios--103584/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014g): »Rubalcaba: La fórmula de Rajoy para acabar con el desempleo para por empobrecer a las clases medias, quitar derechos a los trabajadores y mandar a los jóvenes fuera«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-la-formula-de-rajoy-para-acabar-con-el-desempleo-para-por-empobrecer-a-las-clases-medias-quitar-derechos-a-los-trabajadores-y-mandar-a-los-jovenes-fuera--10020/ [Stand: 29.06.2020].

Elecciones europeas – Podemos
./.

Crisis (económica) –Podemos

PSOE (23.12.2014): »Pedro Sánchez anuncia que si es elegido presidente subirá el Salario Mínimo Interprofesional un 5 % de media al año«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/pedro-sanchez-anuncia-que-si-es-elegido-presidente-subira-el-salario-minimo-interprofesional-un-5-de-media-al-ano--138031/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (15.12.2014): »Pedro Sánchez avanza que el Consejo para la Transición Industrial propondrá medidas para frenar la pobreza energética«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/pedro-sanchez-avanza-que-el-consejo-para-la-t

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ransicion-industrial-propondra-medidas-para-frenar-la-pobreza-energetica--137940/ [Stand: 29.06.2020].

Einzelartikel

Elecciones europeas

PSOE (23.05.2014): »Óscar López: ›En estas elecciones el voto vale doble: vale para cambiar Europa y también para decir un NO como una casa al señor Rajoy‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/intervenciones-secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/oscar-lopez-en-estas-elecciones-el-voto-vale-doble-vale-para-cambiar-europa-y-tambi/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (14.05.2014): »Óscar López avisa de que si no hay cambio en España y en Europa el 25-M, ›Rajoy nos mete 20.000 millones más de euros de recortes‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/entrevistas-secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/oscar-lopez-avisa-de-que-si-no-hay-cambio-en-espana-y-en-europa-el-25-m-rajoy-nos-mete/ [Stand: 14.05.2020].

PSOE (10.05.2014): »Rubalcaba: ›La solidaridad que el Sur de Europa necesita del Norte para salir de la crisis, solo vendrá de la mano de los socialistas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/rubalcaba-la-solidaridad-que-el-sur-de-europa-necesita-del-norte-para-salir-de-la-crisis-solo-vendra-de-la-mano-de-los-socialistas--136197/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014h): »Valoración de Elena Valenciano tras conocerse los resultados de las elecciones europeas«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/valoracion-de-elena-valenciano-tras-conocerse-los-resultados-de-las-elecciones-europeas--106370/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (04.05.2014): »Elena Valenciano: ›El número uno de los partidos debería estar siempre en Madrid y el dos en Bruselas, o al revés‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/entrevistas-actualidad/elena-valenciano-el-numero-uno-de-los-partidos-deberia-estar-siempre-en-madrid-y-el-dos-en-bruselas-o-al-reves--104837/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014i): »Ramón Jáuregui: ›El balance de dos años de Rajoy es más paro, más deuda, salarios más bajos y menos protección.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lo demás es pura propaganda electoral‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/ramon-jauregui-el-balance-de-dos-anos-de-rajoy-es-mas-paro-mas-deuda-salarios-mas-bajos-y-menos-proteccion-lo-demas-es-pura-propaganda-electoral--104725/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (28.04.2014): »Conferencia-coloquio de Elena Valenciano sobre ›El futuro de Europa‹ en el Foro Barcelona Tribuna«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/725594-000000585860.pdf [Stand: 29.06.2020].

PSOE (24.04.2014): »Intervención Elena Valenciano en la jornada sobre el futuro social de europa organizada por FSP-UGT ›Reconstruyendo el Estado de Bienestar‹ Madrid, 24 de abril de 2014«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/725320-000000585667.pdf [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014j): »Rubalcaba llama a la socialdemocracia a ganar las elecciones para ›rehacer‹ Europa«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/rubalcaba-llama-a-la-socialdemocracia-a-ganar-las-elecciones-para-rehacer-europa--103318/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014k): »Elena Valenciano: Nadie quiere dar la cara por Rajoy en las elecciones europeas«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/elena-valenciano-nadie-quiere-dar-la-cara-por-rajoy-en-las-elecciones-europeas--102702/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (15.03.2014): »Intervención de Elena Valenciano ante los membros del comité federal. 15 de marzo de 2014«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/720769-000000582160.pdf [Stand: 29.06.2020].

PSOE (10.03.2014): »Óscar López: ›El PP sigue sin candidato, porque nadie quiere dar la cara por Rajoy en las elecciones europeas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/noticias-secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/oscar-lopez-el-pp-sigue-sin-candidato-porque-nadie-quiere-dar-la-cara-por-rajoy-en-las-el/ [29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014l): »Elena Valenciano: ›Los socialdemócratas debemos abrazar la causa del empleo juvenil como la madre de todas las causas europeas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/elena-valenciano-los-socialdemocratas-debemos-abraza

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

r-la-causa-del-empleo-juvenil-como-la-madre-de-todas-las-causas-europeas--101967/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (21.02.2014): »Elecciones europeas: PSOE unido, PP dividido«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/argumentarios-actualidad/elecciones-europeas-psoe-unido-pp-dividido--101449/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (19.02.2014): »Óscar López: ›En el PP todavía no hay ni candidato ni propuestas, solo un descarte, mucho lío y división‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/intervenciones-secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/oscar-lopez-en-el-pp-todavia-no-hay-ni-candidato-ni-propuestas-solo-un-descarte-muc/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014m): »Elena Valenciano: Queremos ganar las elecciones europeas para quienes no tienen recursos ni pueden permitirse el lujo de vivir sin esperanza«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/elena-valenciano-queremos-ganar-las-elecciones-europeas-para-quienes-no-tienen-recursos-ni-pueden-permitirse-el-lujo-de-vivir-sin-esperanza--101260/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (08.01.2014): »Elena Valenciano: ›Las elecciones europeas serán la ocasión para expresar el primer NO a Rajoy y a la pesadilla del PP‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/elena-valenciano-las-elecciones-europeas-seran-la-ocasion-para-expresar-el-primer-no-a-rajoy-y-a-la-pesadilla-del-pp--99559/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/elena-valenciano-elecciones-europeas-expresar-primer-rajoy-pp-193127-1.html [Stand: 29.06.2020].

Crisis (económica)

PSOE (ohne Datum 2014n): »Emiliano García Page: ›El PSOE no hará un pacto con un partido mentiroso y fraudulento que lleva tres años haciendo todo lo contrario a lo que prometió‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/emiliano-garcia-page-el-psoe-no-hara-un-pacto-con-un-partido-mentiroso-y-fraudulento-que-lleva-tres-anos-haciendo-todo-lo-contrario-a-lo-que-prometio--114966/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (26.12.2014): »Pedro Sánchez: ›Le pido a Rajoy que no utilice la palabra recuperación en vano‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/764771-000000616057.pdf [Stand: 29.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (13.09.2014): »Pedro Sánchez: El PSOE es el partido del cambio que necesita España«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-psoe-es-el-partido-del-cambio-que-necesita-espana--109688/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (27.07.2014): »Discurso de Pedro Sánchez en el Congreso Extraordinario del PSOE«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/743731-000000599131.pdf [Stand. 29.06.2020].

PSOE (07.05.2014): »Óscar López asegura que ›hay una salida distinta‹ de la crisis y que ›es el camino que proponen los socialistas en Europa el que le conviene a España‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/entrevistas-secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/oscar-lopez-asegura-que-hay-una-salida-distinta-de-la-crisis-y-que-es-el-camino-que-pr/ [Stand: 07.05.2020].

PSOE (26.02.2014): »Elena Valenciano: ›En el modelo social de Rajoy la desigualdad no es un problema‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/elena-valenciano-en-el-modelo-social-de-rajoy-la-desigualdad-no-es-un-problema--101708/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/elena-valenciano-modelo-social-rajoy-desigualdad-problema-199184-1.html [Stand: 29.06.2020].

Podemos

PSOE (ohne Datum 20140): »César Luena: ›El cambio en España va a pasar por el PSOE‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/cesar-luena-el-cambio-en-espana-va-a-pasar-por-el-psoe--114973/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (03.11.2014): »Pedro Sánchez: los socialistas proponemos a los españoles ›un cambio seguro‹ que no pueden ofrecer un PP ›sin proyecto‹, ni ›fuerzas extremas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/pedro-sanchez-los-socialistas-proponemos-a-los-espanoles-un-cambio-seguro-que-no-pueden-ofrecer-un-pp-sin-proyecto-ni-fuerzas-extremas--137499/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (25.08.2014): »César Luena: ›En este PSOE todos somos buenos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/entrevistas-actualidad/cesar-luena-en-este-psoe-todos-somos-buenos--108988/ [Stand: 29.06.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (ohne Datum 2014p): »Ximo Puig destaca que el problema ›es el Gobierno del PP, no son los ciudadanos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/ximo-puig-destaca-que-el-problema-es-el-gobierno-del-pp-no-son-los-ciudadanos--114420/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014q): »Pedro Sánchez: ›Sólo el PSOE puede ofrecer el cambio seguro que necesitan los españoles‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-solo-el-psoe-puede-ofrecer-el-cambio-seguro-que-necesitan-los-espanoles--113153/ [Stand 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014r): »El PSOE dice ›no‹ a una ›gran coalición‹ con el PP y saldrá ›a ganar una mayoría suficiente para gobernar‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-dice-no-a-una-gran-coalicion-con-el-pp-y-saldra-a-ganar-una-mayoria-suficiente-para-gobernar--113951/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014s): »Iratxe García: ›Lo que merece la ciudadanía es que los partidos respondamos con contundencia frente a la corrupción, como está haciendo el PSOE‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/iratxe-garcia-lo-que-merece-la-ciudadania-es-que-los-partidos-respondamos-con-contundencia-frente-a-la-corrupcion-como-esta-haciendo-el-psoe--112481/ [Stand: 29.06.2020].

PSOE (ohne Datum 2014t): »María Luisa Carcedo: Representamos un proyecto político riguroso, viable y que piensa en soluciones para la mayoría basadas en la igualdad y la libertad individual«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/maria-luisa-carcedo-representamos-un-proyecto-politico-riguroso-viable-y-que-piensa-en-soluciones-para-la-mayoria-basadas-en-la-igualdad-y-la-libertad-individual--108582/ [Stand: 29.06.2020].

PODEMOS

Elecciones europeas/Crisis económica

Monedero et al. (2014): »Manifiesto, Mover ficha: convertir la indignación en cambio político«, 14.01.2014, verfügbar unter: https://www.eldiario.es/politica/pablo-iglesias-juan-carlos-monedero-candidato-europeas-podemos_1_5085192.html#manifiesto [Stand: 10.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

El Diario (14.01.2014): »Pablo Iglesias prepara su candidatura a las europeas: ›Me han pedido que dé el paso‹«, verfügbar unter: https://www.eldiario.es/politica/pablo-iglesias-juan-carlos-monedero-candidato-europeas-podemos_1_5085192.html [13.07.2020].

Giménez San Miguel, Luis (17.01.2014): »Pablo Iglesias presenta Podemos como ›un método participativo abierto a toda la ciudadanía‹«, El Público, verfügbar unter: https://www.publico.es/politica/pablo-iglesias-presenta-metodo-participativo.html [Stand: 13.07.2020].

Giménez San Miguel, Luis (14.01.2014): »Pablo Iglesias, dispuesto a presentarse a las elecciones europeas«, El Público, verfügbar unter: https://www.publico.es/politica/pablo-iglesias-dispuesto-presentarse-elecciones.html [Stand: 13.07.2020].

Iglesias Turrión, Pablo (24.01.2014): »Círculos Podemos«, verfügbar unter: https://blogs.publico.es/pablo-iglesias/760/circulos-podemos/ [Stand: 13.07.2020].

Iglesias Turrión, Pablo/Urbán, Miguel/Bescansa, Carolina (25.02.2014): »Reunión IU-Podemos«, El Público, verfügar unter: https://blogs.publico.es/pablo-iglesias/845/reunion-iu-podemos/ [Stand: 13.07.2020].

Iglesias Turrión, Pablo (29.03.2014): »Cinco candidat@s para ganar«, El Público, verfügbar unter: https://blogs.publico.es/pablo-iglesias/857/cinco-candidats-para-ganar/ [Stand: 13.07.2020].

Podemos (23.02.2014): »Borrador de propuestas de Podemos«, verfügbar unter: https://podemosgetafe.files.wordpress.com/2014/03/borrador-propuestas-podemos.pdf [Stand: 13.07.2020].

Círculo de Getafe (25.03.2014a): »Ante las elecciones europeas«, verfügbar unter: https://podemosgetafe.files.wordpress.com/2014/03/ante-las-elecciones-europeas.pdf und https://podemosgetafe.wordpress.com/documentos/comment-page-1/ [Stand: 13.07.2020].

Círculo de Getafe (25.03.2014b): »Presentación Podemos«, verfügbar unter: https://podemosgetafe.files.wordpress.com/2014/03/presentacionpodemos.pdf und https://podemosgetafe.wordpress.com/documentos/comment-page-1/ [Stand: 13.07.2020].

Podemos (06.05.2014): »Préambulo Explicativo Podemos. Asamblea del 6 de Mayo de 2014«, verfügbar unter: https://podemosgetafe.files.wordpress.com/2014/05/prec3a1mbulo-explicativo-podemos.pdf und https://podemosgetafe.wordpress.com/documentos/comment-page-1/ [Stand: 13.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Podemos (ohne Datum 2014): »Borrador documento político. Documentos para asamblea Ciudadana«, verfügbar unter: https://podemosgetafe.files.wordpress.com/2014/07/preborrador-documento-polc3adtico.pdf und https://podemosgetafe.wordpress.com/documentos/principios-organizativos/ [Stand: 13.07.2020].

Izquierda Anticapitalista (2014): »Declaración de Izquierda Anticapitalista: coyuntura y elecciones europeas«, 05.05.2014, verfügbar unter: www.anticapitalistas.org/spip.php?article29654 [Stand: 10.07.2020].

Hernández, Marisol (04.08.2014): »Podemos supera al PSOE en intención de voto directa«, El Mundo, verfügbar unter: https://www.elmundo.es/espana/2014/08/04/53df633f22601d7a2a8b456f.html [Stand: 13.07.2020].

Iglesias Turrión, Pablo (30.09.2014): »Organizarse para ganar: la propuesta de ›Claro que Podemos‹«, El Público, verfügbar unter: https://blogs.publico.es/pablo-iglesias/945/claroquepodemos/ [Stand: 13.07.2020].

Iglesias Turrión, Pablo (08.11.2014): »Por qué Claro Que Podemos«, El Público, verfügbar unter: https://blogs.publico.es/pablo-iglesias/967/por-que-claro-que-podemos/ [Stand: 13.07.2020].

2015

PP

Elecciones generales – Crisis económica

PP (30.12.2015): »Maíllo: ›El PP ha ganado las elecciones y tenemos la legitimidad y el deber de intentar formar Gobierno‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maillo-pp-ha-ganado-las-elecciones-tenemos-legitimidad-deber-intentar-formar [Stand: 31.07.2020].

PP (21.12.2015): »Rajoy: ›El PP tiene una responsabilidad y un mandato de iniciar un proceso de diálogo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-pp-tiene-una-respon sabilidad-un-mandato-iniciar-un-proceso-dialogo [Stand: 31.07.2020].

PP (18.12.2015a): »Maíllo: ›El 20D nos jugamos el futuro de España, nos jugamos avanzar o retroceder‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maillo-20d-nos-jugamos-fut uro-espana-nos-jugamos-avanzar-o-retroceder [Stand: 31.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (15.12.2015): »Cospedal: ›Ganó la política de Estado de Rajoy frente al ataque, la soberbia y la mentira de Sánchez‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-gano-politica-estado-rajoy-frente-al-ataque-soberbia-mentira-sanchez [Stand: 31.07.2020].

PP (14.12.2015a): »Cospedal: ›Ofrecemos a los españoles el mejor pacto: el del empleo, la recuperación, la seguridad y la unidad de España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actua lidad-noticia/cospedal-ofrecemos-espanoles-mejor-pacto-empleo-recuperacion-seguridad-unid ad [Stand: 31.07.2020].

PP (14.12.2015b): »Maroto: Pedro Sánchez se ve perdedor, está amortizado y sólo está preocupado por su futuro«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maroto-pedro-sanchez-se-ve-perdedor-esta-amortizado-solo-esta-preocupado-por-su [Stand: 31.07.2020].

PP (10.12.2015): »Rajoy: ›Hay otros que quieren ser presidente en un cuarto de hora‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-hay-otros-que-quieren-ser-presidente-un-cuarto-hora [Stand: 31.07.2020].

PP (09.12.2015): »Rajoy: ›Soy optimista de cara al resultado de las elecciones; somos un partido fuerte, con estructura e ilusión‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-soy-optimista-cara-al-resultado-las-elecciones-somos-un-partido-fuerte [Stand: 31.07.2020].

PP (08.12.2015a): »Levy: ›España hoy es dueña de su futuro y los españoles lo afrontan con optimismo y esperanza‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-espana-hoy-es-duena-su-futuro-espanoles-afrontan-optimismo-esperanza [Stand: 31.07.2020].

PP (08.12.2015b): »Rajoy: ›Los que montaron el lío en España no pueden decir ahora que tienen recetas estupendas‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-que-montaron-lio-espana-no-pueden-decir-ahora-que-tienen-recetas-estupendas [Stand: 31.07.2020].

PP (04.12.2015): »Maroto pide ›concentrar el voto en el PP para que no se produzca un pacto de perdedores como ocurrió en Vitoria‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maroto-pide-concentrar-voto-pp-que-no-se-produzca-un-pacto-perdedores-como [Stand: 31. 07.2020].

PP (03.12.2015): »Rajoy: ›El PP es el partido que se toma España en serio‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-pp-es-partido-que-se-toma-espana-serio [Stand: 03.08.2020].

PP (25.11.2015): »Cospedal: ›O gobierna el PP o volvemos a la quiebra y a la destrucción de empleos; el resto son cuentos chinos‹«, verfügbar un-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-o-gobierna-pp-o-volvemos-quiebra-destruccion-empleos-resto-son-cuentos [Stand: 03.08.2020].

PP (24.11.2015a): »Cospedal: ›En el Partido Popular nos gusta España y queremos a España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-partido-popular-nos-gusta-espana-queremos-espana [Stand: 03.08.2020].

PP (24.11.2015b): »Rajoy: ›España no puede volver atrás ni hacer experimentos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-espana-no-puede-volver-atras-ni-hacer-experi mentos [Stand: 03.08.2020].

PP (21.11.2015): »Cospedal: ›Hoy más que nunca Rajoy y el PP son la garantía que España necesita‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-hoy-mas-que-nunca-rajoy-pp-son-garantia-que-espana-necesita [Stand: 03.08.2020].

PP (18.11.2015): »Cospedal: ›La garantía es el PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-cuando-recuperacion-economica-unidad-seguridad-futuro-pais-estan-juego [Stand: 03.08.2020].

PP (13.11.2015): »Cospedal: ›El 20 de diciembre nos jugamos la salida de la crisis y el proyecto de una España unida‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-20-diciembre-nos-jugamos-salida-crisis-proyecto-una-espana-unida [Stand: 03.08.2020].

PP (30.10.2015): »Almodóbar: ›El PP es el único Partido que puede presentar el aval de haber sacado a España del pozo de la crisis‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/almodobar-pp-es-unico-partido-que-puede-presentar-aval-haber-sacado-espana-pozo [Stand: 04.08.2020].

PP (29.10.2015): »Arenas: ›El Partido Popular representa la triple E del empleo, la experiencia y la estabilidad al servicio de la E de España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-partido-popular-representa-triple-e-empleo-experiencia-estabilidad-al [Stand: 03.08.2020].

PP (27.10.2015): »Cospedal: ›El PP desde el Gobierno, y los ciudadanos desde las urnas, vamos a evitar cualquier intento de dividir España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-pp-desde-gobierno-ciudadanos-desde-las-urnas-vamos-evitar-cualquier [Stand: 03.08.2020].

PP (21.10.2015a): »Cospedal: ›La garantía de futuro viene de la mano del PP en toda Europa‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-garantia-futuro-viene-mano-pp-toda-europa [Stand: 04.08.2020].

PP (21.10.2015b): »Rajoy: ›El PSOE se aliará con cualquiera para que no gobierne la lista más votada‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

noticia/rajoy-psoe-se-aliara-cualquiera-que-no-gobierne-lista-mas-votada [Stand: 04.08.2020].

PP (20.10.2015a): »Rafael Hernando: ›Nos sentimos orgullosos del trabajo hecho porque hemos dado la vuelta a la crisis‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rafael-hernando-nos-sentimos-orgullosos-trabajo-hecho-porque-hemos-dado-vuelta [Stand: 04.08.2020].

PP (17.10.2015a): »Rajoy: ›El cambio que prometimos traer a España, hoy podemos decir que lo hemos cumplido‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-cambio-que-prometimos-traer-espana-hoy-podemos-decir-que-hemos-cumplido [Stand: 04.08.2020].

PP (17.10.2015b): »Los presidentes del PP reivindican la labor de Rajoy al frente del Gobierno de España«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/presidentes-pp-reivindican-labor-rajoy-al-frente-gobierno-espana [07.08.2020].

PP (15.10.2015): »Rafael Hernando: ›El gran cambio en España son impuestos más bajos, más de un millón de empleos y más poder adquisitivo para pensionistas‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rafael-hernando-gran-cambio-espana-son-impuestos-mas-bajos-mas-un-millon-empleos [Stand: 04.08.2020].

PP (11.10.2015): »Levy: ›Detrás de Pedro Sánchez está la larga sombra de la España de Zapatero‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-detras-pedro-sanchez-esta-larga-sombra-espana-zapatero [Stand: 03.08.2020].

PP (10.10.2015): »Levy: ›El proyecto del PP está centrado en las necesidades de los españoles‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-proyecto-pp-esta-centrado-las-neces idades-espanoles [Stand: 03.08.2020].

PP (09.10.2015a): »Maíllo: ›Los gobiernos extremistas se han comportado estos cien días como la peor casta‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maillo-gobiernos-extremistas-se-han-comportado-estos-cien-dias-como-peor-casta [Stand: 07.08.2020].

PP (05.10.2015): »Cospedal: ›El verbo gobernar solo lo conjuga el Partido Popular‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-verbo-gobernar-solo-conjuga-partido-pop ular [Stand: 03.08.2020].

PP (15.09.2015): »Cospedal: ›El PP es la única garantía de que la consolidación de la recuperación económica y el empleo sea una realidad‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-pp-es-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unica-garantia-que-consolidacion-recuperacion-economica-empleo-sea [Stand: 04.08.2020].

PP (18.08.2015): »Los PGE de 2016 demuestran que el Gobierno nos ha situado en un camino de recuperación impensable hace unos años«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pge-2016-demuestran-que-gobierno-nos-ha-situado-un-camino-recuperacion-impensable [Stand: 04.08.2020].

PP (14.08.2015): »Maíllo: ›En el PP no nos avergonzamos de la bandera de España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maillo-pp-no-nos-avergonzamos-bandera-espana [Stand: 31.07.2020].

PP (12.08.2015): »Arenas: ›El PSOE debe recuperar su identidad perdida tras pactar con radicales‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-psoe-debe-recuperar-su-identidad-perdida-tras-pactar-radicales [Stand: 03.08.2020].

PP (29.07.2015): »Casado: ›El PP es el partido que defiende la unidad de España, sin estridencias‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/casado-pp-es-partido-que-defiende-unidad-espana-sin-estridencias [Stand: 04.08.2020].

PP (15.07.2015): »Rafael Hernando subraya que las reformas del PP han evitado el rescate de España tras la gestión socialista«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rafael-hernando-subraya-que-las-reformas-pp-han-evitado-rescate-espana-tras [Stand: 31.07.2020].

PP (01.07.2015): »Levy: ›Ahora que la situación lo permite, vamos a aplicar una verdadera política social‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-ahora-que-situacion-permite-vamos-aplicar-una-verdadera-politica-social [Stand: 05.08.2020].

PP (29.06.2015a): »Martínez-Maillo: ›El PP representa el voto centrado y moderado en España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/martinez-maillo-pp-representa-voto-centrado-moderado-espana [Stand: 05.08.2020].

PP (29.06.2015b): »Cospedal: ›Quien no tiene ideología no tiene un proyecto‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-quien-no-tiene-ideologia-no-tiene-un-proyecto [Stand: 05.08.2020].

PP (14.06.2015a): »Arenas: ›Sánchez regala alcaldías a los radicales mientras González defiende la libertad en Venezuela‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-sanchez-regala-alcaldias-radicales-mientras-gonzalez-defiende-libertad [Stand: 03.08.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (08.06.2015): »Floriano: ›La opción de Sánchez por el extremismo y la radicalidad es un error histórico para nuestro país‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-opcion-sanchez-por-extremismo-radicalidad-es-un-error-historico-nuestro [05.08.2020].

PP (30.05.2015): »Moreno: ›El planteamiento de Sánchez de hacer un frente contra el PP demuestra su enorme ambición y su falta de escrúpulos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/moreno-planteamiento-sanchez-hacer-un-frente-contra-pp-demuestra-su-enorme [Stand: 05.08.2020].

PP (29.05.2015): »Arenas: ›Vamos a ganar las generales con mucha más diferencia que con la que hemos ganado las municipales‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/aren as-vamos-ganar-las-generales-mucha-mas-diferencia-que-que-hemos-ganado-las [Stand: 03.08.2020].

PP (18.05.2015): »González Pons: ›La única opción es el PP si no queremos gobiernos de extrema izquierda‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-unica-opcion-es-pp-si-no-queremos-gobiernos-extrema-izquierda-0 [Stand: 05.08.2020].

PP (12.05.2015): »Rajoy: ›Sólo hay un peligro, que es parar el cambio que se inició en el 2011‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-solo-hay-un-peligro-que-es-parar-cambio-que-se-inicio-2011 [Stand: 04.08.2020].

PP (08.05.2015a): »González Pons: ›Sólo hay dos opciones para votar, el PP o el todos contra el PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-solo-hay-dos-opciones-votar-pp-o-todos-contra-pp [Stand: 04.08.2020].

PP (08.05.2015b): »Rajoy: ›Algunos piden el cambio cuando éste ya se produjo en 2011‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-algunos-piden-cambio-cuando-este-ya-se-produjo-2011 [Stand: 04.08.2020].

PP (05.05.2015): »Rajoy: ›Hemos superado lo peor y ahora toca perseverar, lo demás es jugar con fuego‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-hemos-superado-peor-ahora-toca-perseverar-demas-es-jugar-fuego [Stand: 04.08.2020].

PP (03.05.2015): »Arenas: ›El gran encargo que recibió Rajoy de sacar a España de la crisis se está consiguiendo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-gran-encar go-que-recibio-rajoy-sacar-espana-crisis-se-esta-consiguiendo [Stand: 04.08.2020].

PP (02.05.2015a): »Rajoy: ›El PP es el único partido que garantiza que la recuperación económica va a continuar‹«, verfügbar

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-pp-es-unico-partido-que-garantiza-que-recuperacion-economica-va-continuar [Stand: 04.08.2020].

PP (29.04.2015a): »Barreiro: ›El PP ha cumplido con más del 90 % de su programa electoral de 2011‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/barreiro-pp-ha-cumplido-mas-90-su-programa-electoral-2011 [Stand: 03.08.2020].

PP (29.04.2015b): »Merino: ›No han aprendido nada de la crisis que escondieron y luego acrecentaron, con esta PNL lo que están haciendo es otro Plan E‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/merino-no-han-aprendido-nada-crisis-que-escondieron-luego-acrecentaron-esta-pnl [Stand: 04.08.2020].

PP (26.04.2015): »Rajoy: ›El Gobierno del PP ha dado la vuelta a la situación económica en dos años y medio‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-gobierno-pp-ha-dado-vuelta-situacion-economica-dos-anos-medio [Stand: 04.08.2020].

PP (19.04.2015): »Rajoy: ›Hoy es el momento de partidos con proyectos, capacidad de gobernar, ideas claras y rumbo fijo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-hoy-es-momento-partidos-proyectos-capacidad-gobernar-ideas-claras-rumbo [Stand: 04.08.2020].

PP (21.03.2015): »Cospedal: ›La respuesta que esperan los ciudadanos sólo la puede ofrecer el PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-respuesta-que-esperan-ciudadanos-solo-puede-ofrecer-pp [Stand: 03.08.2020].

PP (10.03.2015): »Cospedal: ›La única garantía de estabilidad y futuro en España se llama PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-unica-garantia-estabilidad-futuro-espana-se-llama-pp [Stand: 03.08.2020].

PP (04.03.2015): »Cospedal: ›Nosotros respondemos con hechos, otros con demagogia y populismo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-nosotros-respondemos-hechos-otros-demagogia-populismo [Stand: 04.08.2020].

PP (17.02.2015): »Casado: ›Las políticas que han traído más prosperidad a España son las del PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/casado-las-politicas-que-han-traido-mas-prosperidad-espana-son-las-pp [Stand: 04.08.2020].

PP (09.02.2015): »Casado: ›Por segunda vez en democracia hemos sacado a España de la bancarrota‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

noticia/casado-por-segunda-vez-democracia-hemos-sacado-espana-bancarrota [Stand: 04.08.2020].

PP (08.02.2015): »Sánchez-Camacho: ›Los buenos gobiernos resuelven problemas, los gobiernos que fracasan adelantan elecciones‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/sanchez-camacho-buenos-gobiernos-resuelven-problemas-gobiernos-que-fracasan [Stand: 05.08.2020].

PP (30.01.2015): »Rafael Merino: ›Los españoles nos pidieron que los sacáramos de la ruina socialista y lo hemos hecho‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rafael-merino-espanoles-nos-pidieron-que-sacaramos-ruina-socialista-hemos-hecho [Stand: 04.08.2020].

PP (25.01.2015a): »Rajoy: ›España está renaciendo, y vosotros merecéis salir a la calle con la cabeza bien alta a contar la verdad‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-espana-esta-renaciendo-vosotros-mereceis-salir-calle-cabeza-bien-alta [Stand: 03.08.2020].

PP (25.01.2015b): »González: ›Hemos venido aquí para proponer un proyecto de futuro de España, no para prometer el paraíso‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-hemos-venido-aqui-proponer-un-proyecto-futuro-espana-no-prometer-paraiso [Stand: 03.08.2020].

PP (20.01.2015): »Floriano: ›Ningún partido en España defiende la unidad constitucional como el PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-ningun-partido-espana-defiende-unidad-constitucional-como-pp [Stand: 04.08.2020].

PP (11.01.2015): »Montoro: ›Nos votaron en 2011 para sacar a España de la crisis y lo estamos haciendo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/montoro-nos-votaron-2011-sacar-espana-crisis-estamos-haciendo [Stand: 04.08.2020].

PP (02.01.2015): »Rafael Hernando: ›2015 es la hora de devolver el esfuerzo a los ciudadanos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rafael-hernando-2015-es-hora-devolver-esfuerzo-ciudadanos [Stand: 04.08.2020].

Elecciones generales – Podemos

PP (18.12.2015a): »Maíllo: ›El 20D nos jugamos el futuro de España, nos jugamos avanzar o retroceder‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maillo-20d-nos-jugamos-futuro-espana-nos-jugamos-avanzar-o-retroceder [Stand: 31.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (18.12.2015b): »Cospedal: ›Si queremos garantizar el futuro de España y seguir creando empleo no podemos hacer experimentos, hay que votar al PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-si-queremos-garantizar-futuro-espana-seguir-creando-empleo-no-podemos [Stand: 31.07.2020].

PP (14.12.2015a): »Cospedal: ›Ofrecemos a los españoles el mejor pacto: el del empleo, la recuperación, la seguridad y la unidad de España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actua lidad-noticia/cospedal-ofrecemos-espanoles-mejor-pacto-empleo-recuperacion-seguridad-unidad [Stand: 31.07.2020].

PP (12.12.2015): »Maroto denuncia que ›Ciudadanos ha perdido el norte en materia educativa aliándose con Podemos y con el PSOE‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maroto-denuncia-que-ciudadanos-ha-perdido-norte-materia-educativa-aliandose [Stand: 31.07.2020].

PP (08.12.2015c): »Maroto: ›Para algunos lo que importa es sumar con quien sea, como sea y al precio que sea‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maroto-algunos-que-importa-es-sumar-quien-sea-como-sea-al-precio-que-sea [Stand: 31.07.2020].

PP (08.12.2015d): »Cospedal: ›El 20 de diciembre tiene que formar gobierno el partido más votado‹«, verfügbar unter www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-20-diciembre-tiene-que-formar-gobierno-partido-mas-votado [31.07.2020].

PP (01.11.2015): »Cospedal: ›Por encima de la razón política y partidista siempre está la razón de Estado‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-por-encima-razon-politica-partidista-siempre-esta-razon-estado [Stand: 05.08.2020].

PP (25.10.2015): »Casado: ›España no se puede tejer con gobiernos de perdedores‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/casado-espana-no-se-puede-tejer-gobiernos-perdedores [Stand: 05.08.2020].

PP (20.10.2015b): »Arenas: ›En elecciones, el PSOE llama a la fábrica de la demagogia progresista‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-elecciones-psoe-llama-fabrica-demagogia-progresista [Stand: 05.08.2020].

PP (09.10.2015b): »Arenas: ›Si no hay mayoría amplia del PP se repetirán los gobiernos municipales radicales para el conjunto de España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-si-no-hay-mayoria-amplia-pp-se-repetiran-gobiernos-municipales-radicales [Stand: 05.08.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PP (19.08.2015): »Levy: ›Frente al bla bla bla de los populismos, están los datos contantes y sonantes del Gobierno de España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-frente-al-bla-bla-bla-populismos-estan-datos-contantes-sonantes-gobierno [Stand: 05.08.2020].

PP (01.08.2015): »›Cambiar el rumbo de la política económica hará peligrar la recuperación y la creación de empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cambiar-rumbo-politica-economica-hara-peligrar-recuperacion-creacion-empleo [Stand: 04.08.2020].

PP (22.07.2015): »Levy: ›Frente a los que plantean listas únicas, nosotros apostamos por el pluralismo político‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-frente-que-plantean-listas-unicas-nosotros-apostamos-por-pluralismo-politico [Stand: 05.08.2020].

PP (13.07.2015a): »Maroto: ›El PSOE y Podemos nos venden las recetas de Grecia como posibles y lo acaban de pactar en los ayuntamientos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maroto-psoe-podemos-nos-venden-las-recetas-grecia-como-posibles-acaban-pactar [Stand: 05.08.2020].

PP (13.07.2015c): »Casado asegura que la estrategia del PSOE sitúa al PP en el centro y la moderación«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/casado-asegura-que-estrategia-psoe-situa-al-pp-centro-moderacion [Stand: 05.08.2020].

PP (01.07.2015): »Levy: ›Ahora que la situación lo permite, vamos a aplicar una verdadera política social‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-ahora-que-situacion-permite-vamos-aplicar-una-verdadera-politica-social [Stand: 05.08.2020].

PP (30.06.2015): »Levy: ›El PP es un partido responsable frente a otros más estéticos y simpáticos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-pp-es-un-partido-responsable-frente-otros-mas-esteticos-simpaticos [Stand: 05.08.2020].

PP (29.06.2015a): »Martínez-Maillo: ›El PP representa el voto centrado y moderado en España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/martinez-maillo-pp-representa-voto-centrado-moderado-espana [Stand: 05.08.2020].

PP (15.06.2015): »Floriano: ›El PSOE busca expulsar al PP de las instituciones‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/floriano-psoe-busca-expulsar-al-pp-las-instituciones [Stand: 03.08.2020].

PP (31.05.2015): »Arenas: ›Los pactos masivos del PSOE con Podemos lo van a pagar caro en las elecciones generales‹«, verfügbar

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-pactos-masivos-psoe-podemos-van-pagar-caro-las-elecciones-generales [Stand: 03.08.2020].

PP (30.05.2015): »Moreno: ›El planteamiento de Sánchez de hacer un frente contra el PP demuestra su enorme ambición y su falta de escrúpulos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/moreno-planteamiento-sanchez-hacer-un-frente-contra-pp-demuestra-su-enorme [Stand: 04.08.2020].

PP (29.05.2015): »Arenas: ›Vamos a ganar las generales con mucha más diferencia que con la que hemos ganado las municipales‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-vamos-ganar-las-generales-mucha-mas-diferencia-que-que-hemos-ganado-las [Stand: 03.08.2020].

PP (22.05.2015a): »González Pons: ›Que sean los votantes, y no los partidos, los que decidan los gobiernos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-que-sean-votantes-no-partidos-que-decidan-gobiernos [Stand: 03.08.2020].

PP (22.05.2015b): »González Pons: ›Cualquier voto que no vaya al PP este domingo irá contra el PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-cualquier-voto-que-no-vaya-al-pp-este-domingo-ira-contra-pp [Stand: 03.08.2020].

PP (18.05.2015): »González Pons: ›La única opción es el PP si no queremos gobiernos de extrema izquierda‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-unica-opcion-es-pp-si-no-queremos-gobiernos-extrema-izquierda-0 [Stand: 05.08.2020].

PP (16.05.2015): »Cospedal: ›Si se quiere que gobierne el Partido Popular hay que votar al Partido Popular‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-si-se-quiere-que-gobierne-partido-popular-hay-que-votar-al-partido [Stand: 03.08.2020].

PP (08.05.2015a): »González Pons: ›Sólo hay dos opciones para votar, el PP o el todos contra el PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-solo-hay-dos-opciones-votar-pp-o-todos-contra-pp [Stand: 04.08.2020].

PP (02.05.2015b): »González Pons: ›El PP tiene que ser inconformista para ganar las elecciones‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-pp-tiene-que-ser-inconformista-ganar-las-elecciones [Stand: 05.08.2020].

PP (20.03.2015): »Cobo: ›El PP es el partido del Hacemos: lo hemos hecho y lo seguiremos haciendo‹«, verfügbar un-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter: www.pp.es/actualidad-noticia/cobo-pp-es-partido-hacemos-hemos-hecho-seguiremos-haciendo [Stand: 05.08.2020].

PP (17.03.2015): »Rajoy: ›Votar a IU, a UPyD, a Podemos y a Ciudadanos, es votar al PSOE‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-votar-iu-upyd-podemos-ciudadanos-es-votar-al-psoe [Stand: 03.08.2020].

PP (17.02.2015): »Casado: ›Las políticas que han traído más prosperidad a España son las del PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/casado-las-politicas-que-han-traido-mas-prosperidad-espana-son-las-pp [Stand: 04.08.2020].

PP (08.02.2015): »Sánchez-Camacho: ›Los buenos gobiernos resuelven problemas, los gobiernos que fracasan adelantan elecciones‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/sanchez-camacho-buenos-gobiernos-resuelven-problemas-gobiernos-que-fracasan [Stand: 05.08.2020].

PP (02.01.2015): »Rafael Hernando: ›2015 es la hora de devolver el esfuerzo a los ciudadanos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rafael-hernando-2015-es-hora-devolver-esfuerzo-ciudadanos [Stand: 03.08.2020].

Crisis económica – Podemos

PP (18.12.2015a): »Maíllo: ›El 20D nos jugamos el futuro de España, nos jugamos avanzar o retroceder‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maillo-20d-nos-jugamos-futuro-espana-nos-jugamos-avanzar-o-retroceder [Stand: 31.07.2020].

PP (14.12.2015a): »Cospedal: ›Ofrecemos a los españoles el mejor pacto: el del empleo, la recuperación, la seguridad y la unidad de España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cospedal-ofrecemos-espanoles-mejor-pacto-empleo-recuperacion-seguridad-unidad [Stand: 31.07.2020].

PP (20.10.2015b): »Arenas: ›En elecciones, el PSOE llama a la fábrica de la demagogia progresista‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-elecciones-psoe-llama-fabrica-demagogia-progresista [Stand: 05.08.2020].

PP (13.10.2015): »Rafael Hernando: ›En esta Legislatura hemos pasado de la recesión a la creación de empleo y de la crisis a la recuperación‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rafael-hernando-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

esta-legislatura-hemos-pasado-recesion-creacion-empleo-crisis [Stand: 04.08.2020].

PP (09.10.2015a): »Maíllo: ›Los gobiernos extremistas se han comportado estos cien días como la peor casta‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maillo-gobiernos-extremistas-se-han-comportado-estos-cien-dias-como-peor-casta [Stand: 03.08.2020].

PP (21.08.2015): »Levy: ›Lo ocurrido en Grecia es el fracaso de aquellos que proponen cosas sin tener sentido de la responsabilidad‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-ocurrido-grecia-es-fracaso-aquellos-que-proponen-cosas-sin-tener-sentido [Stand: 05.08.2020].

PP (01.08.2015): »›Cambiar el rumbo de la política económica hará peligrar la recuperación y la creación de empleo‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/cambiar-rumbo-politica-economica-hara-peligrar-recuperacion-creacion-empleo [Stand: 04.08.2020].

PP (22.07.2015): »Levy: ›Frente a los que plantean listas únicas, nosotros apostamos por el pluralismo político‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-frente-que-plantean-listas-unicas-nosotros-apostamos-por-pluralismo-politico [Stand: 05.08.2020].

PP (13.07.2015b): »Maíllo: ›Queremos liderar el cambio. Tenemos agenda propia con cambios sin marcha atrás‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/maillo-queremos-liderar-cambio-tenemos-agenda-propia-cambios-sin-marcha-atras [Stand: 05.08.2020].

PP (01.07.2015): »Levy: ›Ahora que la situación lo permite, vamos a aplicar una verdadera política social‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/levy-ahora-que-situacion-permite-vamos-aplicar-una-verdadera-politica-social [Stand: 05.08.2020].

PP (29.06.2015a): »Martínez-Maillo: ›El PP representa el voto centrado y moderado en España‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/martinez-maillo-pp-representa-voto-centrado-moderado-espana [Stand: 05.08.2020].

PP (14.06.2015b): »El PP avisa que el PSOE ›ha renunciado a ser alternativa haciendo de bisagra de la extrema izquierda‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/pp-avisa-que-psoe-ha-renunciado-ser-alternativa-haciendo-bisagra-extrema [Stand: 05.08.2020].

PP (06.06.2015): »Sánchez-Camacho denuncia que ›Pedro Sánchez está traspasando líneas rojas pactando con la izquierda más radical‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/sanchez-camacho-denun-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

cia-que-pedro-sanchez-esta-traspasando-lineas-rojas-pactando [Stand: 04.08.2020].

PP (29.05.2015): »Arenas: ›Vamos a ganar las generales con mucha más diferencia que con la que hemos ganado las municipales‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/arenas-vamos-ganar-las-generales-mucha-mas-diferencia-que-que-hemos-ganado-las [Stand: 03.08.2020].

PP (22.05.2015a): »González Pons: ›Que sean los votantes, y no los partidos, los que decidan los gobiernos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-que-sean-votantes-no-partidos-que-decidan-gobiernos [Stand: 03.08.2020].

PP (22.05.2015b): »González Pons: ›Cualquier voto que no vaya al PP este domingo irá contra el PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-cualquier-voto-que-no-vaya-al-pp-este-domingo-ira-contra-pp [Stand: 03.08.2020].

PP (18.05.2015): »González Pons: ›La única opción es el PP si no queremos gobiernos de extrema izquierda‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-unica-opcion-es-pp-si-no-queremos-gobiernos-extrema-izquierda-0 [Stand: 05.08.2020].

PP (08.05.2015a): »González Pons: ›Sólo hay dos opciones para votar, el PP o el todos contra el PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/gonzalez-pons-solo-hay-dos-opciones-votar-pp-o-todos-contra-pp [Stand: 04.08.2020].

PP (17.03.2015): »Rajoy: ›Votar a IU, a UPyD, a Podemos y a Ciudadanos, es votar al PSOE‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rajoy-votar-iu-upyd-podemos-ciudadanos-es-votar-al-psoe [Stand: 03.08.2020].

PP (17.02.2015): »Casado: ›Las políticas que han traído más prosperidad a España son las del PP‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/casado-las-politicas-que-han-traido-mas-prosperidad-espana-son-las-pp [Stand: 04.08.2020].

PP (08.02.2015): »Sánchez-Camacho: ›Los buenos gobiernos resuelven problemas, los gobiernos que fracasan adelantan elecciones‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/sanchez-camacho-buenos-gobiernos-resuelven-problemas-gobiernos-que-fracasan [Stand: 05.08.2020].

PP (02.01.2015): »Rafael Hernando: ›2015 es la hora de devolver el esfuerzo a los ciudadanos‹«, verfügbar unter: www.pp.es/actualidad-noticia/rafael-hernando-2015-es-hora-devolver-esfuerzo-ciudadanos [Stand: 03.08.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Einzelartikel
./.

PSOE

Elecciones generales – Crisis (económica)

PSOE (28.12.2015): »PEDRO SÁNCHEZ: ›Si gobernamos lo haremos para transformar y para cohesionar, y no a cualquier precio‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-si-gobernamos-lo-haremos-para-transformar-y-para-cohesionar-y-no-a-cualquier-precio/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015a): »Pedro Sánchez pide el voto para ›una gran mayoría socialista que ponga en pie la España de los derechos, las libertades y las oportunidades que merecen los españoles‹« verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-pide-el-voto-para-una-gran-mayoria-socialista-que-ponga-en-pie-la-espana-de-los-derechos-las-libertades-y-las-oportunidades-que-merecen-los-espanoles/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015b): »PEDRO SÁNCHEZ: ›Un trabajador catalán y uno de Madrid sufren la misma precariedad, como consecuencia de la reforma laboral que aprobó Mas con Rajoy‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/entrevistas-actualidad/pedro-sanchez-un-trabajador-catalan-y-uno-de-madrid-sufren-la-misma-precariedad-como-consecuencia-de-la-reforma-laboral-que-aprobo-mas-con-rajoy/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (06.11.2015a): »Manuel de la Rocha: España necesita un proyecto económico de largo plazo para impulsar el crecimiento potencial«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/manuel-de-la-rocha-espana-necesita-un-proyecto-economico-de-largo-plazo-para-impulsar-el-crecimiento-potencial/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (26.10.2015): »Pedro Sánchez: ›El 20-D los socialistas ganaremos a las dos derechas: a la de Rivera y a la de Rajoy‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-20-d-los-socialistas-ganaremos-a-las-dos-derechas-a-la-de-rivera-y-a-la-de-rajoy/ [Stand: 22.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (ohne Datum 2015c): »Patxi López asegura que ›el 20D optaremos solo entre dos opciones, o Pedro Sánchez o Mariano Rajoy, y hay una inmensa mayoría en este país que quiere que Sánchez sea el referente del futuro y de las reformas que necesitamos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/patxi-lopez-asegura-que-el-20d-optaremos-solo-entre-dos-opciones-o-pedro-sanchez-o-mariano-rajoy-y-hay-una-inmensa-mayoria-en-este-pais-que-quiere-que-sanchez-sea-el-ref/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (02.10.2015): »Pedro Sánchez: ›Rajoy ha puesto fecha al cambio político‹ del que ›España tiene hambre‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-rajoy-ha-puesto-fecha-al-cambio-politico-del-que-espana-tiene-hambre/ und http://ceuta.psoe.es/palmanord/news/799645/page/pedro-sanchez-rajoy-puesto-fecha-cambio-politico-del-que-espana-tiene-hambre-.html [Stand: 17.07.2020].

PSOE (22.09.2015): »Pedro Sánchez, convencido de que el reformismo es la solución para España y se abrirá paso en la próxima legislatura«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-convencido-de-que-el-reformismo-es-la-solucion-para-espana-y-se-abrira-paso-en-la-proxima-legislatura--124794/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/psoe-pedro-sanchez-convencido-solucion-espana-paso-proxima-274719-1.html [Stand: 17.07.2020].

PSOE (29.08.2015): »Pedro Sánchez se compromete a poner en marcha un plan de retorno de jóvenes para que participen en el cambio político, social y económico a partir de las elecciones generales«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-se-compromete-a-poner-en-marcha-un-plan-de-retorno-de-jovenes-para-que-participen-en-el-cambio-politico-social-y-economico-a-partir-de-las-elecciones-gener/ und https://www.imisemdataentry.org/sites/default/files/2019-08/PSOE%20en%20el%20Mundo.pdf [Stand: 17.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015d): »María González Veracruz: ›El PSOE es el principal gestor del cambio y la única alternativa a las políticas crueles de Rajoy‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/maria-gonzalez-veracruz-el-psoe-es-el-principal-gestor-del-cambio-y-la-unica-alternativa-a-las-politicas-crueles-de-rajoy--123212/ [Stand: 17.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (ohne Datum 2015e): »Luz Roríguez [sic!]: ›El PP no aprende de los errores del pasado: volvemos a crear empleo en verano para destruirlo en otoño‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/luz-roriguez-el-pp-no-aprende-de-los-errores-del-pasado-volvemos-a-crear-empleo-en-verano-para-destruirlo-en-otono--123030/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015f): »Pedro Sánchez: ›El silencio de Rajoy y el PP ante el caso Púnica representa la transigencia e impotencia en la lucha contra la corrupción que afecta a su partido‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-silencio-de-rajoy-y-el-pp-ante-el-caso-punica-representa-la-transigencia-e-impotencia-en-la-lucha-contra-la-corrupcion-que-afecta-a-su-partido--122757/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (21.07.2015): »Luisa Carcedo explica que el objetivo es ›rescatar‹ a las personas más vulnerables y frenar la pobreza infantil«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/luisa-carcedo-explica-que-el-objetivo-es-rescatar-a-las-personas-mas-vulnerables-y-frenar-la-pobreza-infantil—122603/ und https://www.lacerca.com/amp/noticias/espana/psoe-luisa-carcedo-objetivo-rescatar-personas-pobreza-infantil-267656-1.html [Stand: 17.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015g): »Pedro Sánchez presenta en Washington ›la agenda para la recuperación económica justa‹ que propone el PSOE«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-presenta-en-washington-la-agenda-para-la-recuperacion-economica-justa-que-propone-el-psoe--115484/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (08.01.2015a): »Pedro Sánchez propone un nuevo contrato ciudadano contra la desigualdad y en defensa de las clases medias para las próximas elecciones de mayo«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-propone-un-nuevo-contrato-ciudadano-contra-la-desigualdad-y-en-defensa-de-las-clases-medias-para-las-proximas-elecciones-de-mayo--115218/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015h): »María G. Veracruz: Pedro Sánchez va a liderar ese cambio seguro que une y que acabará con el gobierno de Rajoy«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/maria-g-veracruz-pedro-sanchez-va-a-liderar-ese-cambio-seguro-que-une-y-que-acabara-con-el-gobierno-de-rajoy--122239/ [Stand: 17.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Elecciones generales – Podemos

PSOE (28.12.2015): »PEDRO SÁNCHEZ: ›Si gobernamos lo haremos para transformar y para cohesionar, y no a cualquier precio‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-si-gobernamos-lo-haremos-para-transformar-y-para-cohesionar-y-no-a-cualquier-precio/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015i): »Pedro Sánchez subraya que el PSOE ›sale a ganar‹ las elecciones generales y que ›liderará un nuevo tiempo‹ para el país a partir del 21 de diciembre«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-subraya-que-el-psoe-sale-a-ganar-las-elecciones-generales-y-que-liderara-un-nuevo-tiempo-para-el-pais-a-partir-del-21-de-diciembre/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (24.11.2015): »Pedro Sánchez: ›La democracia es debatir, y un presidente de Gobierno no puede esconderse detrás de un plasma o mandar a subordinados a los debates‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-la-democracia-es-debatir-y-un-presidente-de-gobierno-no-puede-esconderse-detras-de-un-plasma-o-mandar-a-subordinados-a-los-debates/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (04.11.2015): »Pedro Sánchez: ›Voy a liderar un gobierno limpio que luche contra la corrupción en toda España‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-voy-a-liderar-un-gobierno-limpio-que-luche-contra-la-corrupcion-en-toda-espana/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015j): »El PSOE destaca que el pueblo griego ha apostado por el europeismo y por el euro«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-destaca-que-el-pueblo-griego-ha-apostado-por-el-europeismo-y-por-el-euro--124759/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (21.07.2015): »Luisa Carcedo explica que el objetivo es ›rescatar‹ a las personas más vulnerables y frenar la pobreza infantil«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/luisa-carcedo-explica-que-el-objetivo-es-rescatar-a-las-personas-mas-vulnerables-y-frenar-la-pobreza-infantil—122603/ und https://www.lacerca.com/amp/noticias/espana/psoe-luisa-carcedo-objetivo-rescatar-personas-pobreza-infantil-267656-1.html [Stand: 17.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (08.01.2015a): »Pedro Sánchez propone un nuevo contrato ciudadano contra la desigualdad y en defensa de las clases medias para las próximas elecciones de mayo«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-propone-un-nuevo-contrato-ciudadano-contra-la-desigualdad-y-en-defensa-de-las-clases-medias-para-las-proximas-elecciones-de-mayo--115218/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015k): »Patxi López: ›El 24-M ha demostrado que la ciudadanía quiere un cambio y que ha decidido que quien lidera este cambio es el Partido Socialista‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/patxi-lopez-el-24-m-ha-demostrado-que-la-ciudadania-quiere-un-cambio-y-que-ha-decidido-que-quien-lidera-este-cambio-es-el-partido-socialista--120902/ [Stand: 17.07.2020].

Crisis (económica) – Podemos

PSOE (28.12.2015): »PEDRO SÁNCHEZ: ›Si gobernamos lo haremos para transformar y para cohesionar, y no a cualquier precio‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-si-gobernamos-lo-haremos-para-transformar-y-para-cohesionar-y-no-a-cualquier-precio/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015l): »Pedro Sánchez pide a Albert Rivera ›que piense un poco más en las ciudadanas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-pide-a-albert-rivera-que-piense-un-poco-mas-en-las-ciudadanas/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (09.12.2015a): »PEDRO SÁNCHEZ: ›Tengo claro que mi adversario es el PP, porque estoy en contra de la reforma laboral, de la paralización de la Ley de Dependencia y de que las pensiones mínimas sólo suban tres euros‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-tengo-claro-que-mi-adversario-es-el-pp-porque-estoy-en-contra-de-la-reforma-laboral-de-la-paralizacion-de-la-ley-de-dependencia-y-de-que-las-pensiones-mini/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (09.12.2015b): »PEDRO SÁNCHEZ: ›Pedimos el voto para crear empleo con derechos, para reconstruir el Estado del Bienestar y para ganar al PP y echar al amigo de Bárcenas de La Moncloa‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-pedimos-el-voto-para-crear-empleo-con-derechos-para-reconstruir-el-estado-del-bienestar-y-para-ganar-al-pp-y-echar-al-amigo-de-barcenas-de-la-moncloa/ [Stand: 22.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (02.12.2015): »PEDRO SÁNCHEZ se compromete a convocar a instituciones y agentes sociales para ›impulsar entre todos una agenda para la recuperación justa‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-se-compromete-a-convocar-a-instituciones-y-agentes-sociales-para-impulsar-entre-todos-una-agenda-para-la-recuperacion-justa/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015m): »Pedro Sánchez pide el voto a los mayores ›para garantizar unas pensiones dignas y seguras, crear empleo para sus hijos y defender los derechos de sus nietos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-pide-el-voto-a-los-mayores-para-garantizar-unas-pensiones-dignas-y-seguras-crear-empleo-para-sus-hijos-y-defender-los-derechos-de-sus-nietos/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (18.11.2015): »Sánchez reivindica un ›cambio político urgente‹ porque ›hay otra senda posible a la resignación del PP‹ como demuestran las instituciones gobernadas por socialistas«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/sanchez-reivindica-un-cambio-politico-urgente-porque-hay-otra-senda-posible-a-la-resignacion-del-pp-como-demuestran-las-instituciones-gobernadas-por-socialistas/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (16.11.2015): »PEDRO SÁNCHEZ propone derogar la reforma del PP en materia de jurisdicción universal ›para que nuestros jueces y policía puedan actuar eficazmente en la lucha contra el terrorismo internacional‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-propone-derogar-la-reforma-del-pp-en-materia-de-jurisdiccion-universal-para-que-nuestros-jueces-y-policia-puedan-actuar-eficazmente-en-la-lucha-contra-el-t/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (02.11.2015a): »Pedro Sánchez destaca que ›el único instrumento real de cambio‹ el 20 de diciembre es el PSOE y recalca que España ›no necesita más derechas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-destaca-que-el-unico-instrumento-real-de-cambio-el-20-de-diciembre-es-el-psoe-y-recalca-que-espana-no-necesita-mas-derechas/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (22.10.2015): »Pedro Sánchez defiende una ›Agenda económica‹ con la que lograr una recuperación justa, reducir la desigualdad y luchar contra el fraude«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-defiende-una-agenda-economica-con-l

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

a-que-lograr-una-recuperacion-justa-reducir-la-desigualdad-y-luchar-contra-el-fraude/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (21.07.2015): »Luisa Carcedo explica que el objetivo es ›rescatar‹ a las personas más vulnerables y frenar la pobreza infantil«, verfügbar unter https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/luisa-carcedo-explica-que-el-objetivo-es-rescatar-a-las-personas-mas-vulnerables-y-frenar-la-pobreza-infantil—122603/ und https://www.lacerca.com/amp/noticias/espana/psoe-luisa-carcedo-objetivo-rescatar-personas-pobreza-infantil-267656-1.html [Stand: 17.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015n): »César Luena ante la cita electoral del 24-M: ›Gobernaremos para la mayoría‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/cesar-luena-ante-la-cita-electoral-del-24-m-gobernaremos-para-la-mayoria--119117/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-17): »El PSOE defiende una alternativa económica socialdemócrata sólida, sostenible, solvente y que traiga una recuperación económica justa«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-defiende-una-alternativa-economica-socialdemocrata-solida-sostenible-solvente-y-que-traiga-una-recuperacion-economica-justa--116212/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 20150): »Hernando dice que el acuerdo contra el terrorismo yihadista se cerrará en los próximos días y cree importante ›preservar la unidad frente al terrorismo‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/hernando-dice-que-el-acuerdo-contra-el-terrorismo-yihadista-se-cerrara-en-los-proximos-dias-y-cree-importante-preservar-la-unidad-frente-al-terrorismo--116065/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (18.01.2015): »Pedro Sánchez: ›Frente a la política de la mentira del PP y Podemos, el PSOE dirá a la que gente la verdad, lo que vamos a hacer‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-frente-a-la-politica-de-la-mentira-del-pp-y-podemos-el-psoe-dira-a-la-que-gente-la-verdad-lo-que-vamos-a-hacer--115652/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/pedro-sanchez-frente-politica-mentira-pp-psoe-gente-241478-1.html [Stand: 24.07.2020].

PSOE (08.01.2015a): »Pedro Sánchez propone un nuevo contrato ciudadano contra la desigualdad y en defensa de las clases medias para las próximas elecciones de mayo«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-propone-un-nuevo-contra

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

to-ciudadano-contra-la-desigualdad-y-en-defensa-de-las-clases-medias-para-las-proximas-elecciones-de-mayo--115218/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015p): »Pedro Sánchez: ›Frente a la política de la mentira, hagamos del PSOE el partido de la esperanza para la clase media trabajadora‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-frente-a-la-politica-de-la-mentira-hagamos-del-psoe-el-partido-de-la-esperanza-para-la-clase-media-trabajadora--115673/ [Stand: 24.07.2020].

Einzelartikel

Elecciones generales

PSOE (ohne Datum 2015q): »CÉSAR LUENA: ›El PSOE se va a comportar con prudencia y responsabilidad‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/cesar-luena-el-psoe-se-va-a-comportar-con-prudencia-y-responsabilidad/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (03.12.2015a): »PATXI LÓPEZ: ›El Partido Socialista es la única alternativa posible a la unión de las dos derechas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/patxi-lopez-el-partido-socialista-es-la-unica-alternativa-posible-a-la-union-de-las-dos-derechas/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (11.11.2015): »PEDRO SÁNCHEZ apela a la ›confianza en la democracia y en la política‹ frente al secesionismo y ofrece su ›mano tendida‹ para construir ›un futuro para la mayoría‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-apela-a-la-confianza-en-la-democracia-y-en-la-politica-frente-al-secesionismo-y-ofrece-su-mano-tendida-para-construir-un-futuro-para-la-mayor/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (09.11.2015): »Pedro Sánchez: ›Los catalanes y los españoles deben saber que los socialistas defenderemos frente a los secesionistas la democracia, la convivencia y la tolerancia‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-los-catalanes-y-los-espanoles-deben-saber-que-los-socialistas-defenderemos-frente-a-los-secesionistas-la-democracia-la-convivencia-y-la-tolerancia/ [Stand: 16.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (08.11.2015): »›En la Comunitat es incromprensible una victoria del PP en las próximas elecciones generales del 20D‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/entrevistas-actualidad/en-la-comunitat-es-incromprensible-una-victoria-del-pp-en-las-proximas-elecciones-generales-del-20d/ [Stand: 16.07.2020].

PSOE (25.10.2015): »Pedro Sánchez: ›Mientras otros hablan del PSOE, nosotros hablaremos de nuestras propuestas: Un Estatuto de los Trabajadores para recuperar derechos, la universalización de la educación de 0 a 18 años y un plan de repatriación para que los jóvenes que emigraron puedan regresar‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-mientras-otros-hablan-del-psoe-nosotros-hablaremos-de-nuestras-propuestas-un-estatuto-de-los-trabajadores-para-recuperar-derechos-la-universalizacion-de-la/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (17.10.2015): »Pedro Sánchez: ›Hay una oportunidad de cambio y ese cambio se llama Partido Socialista Obrero Español‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-hay-una-oportunidad-de-cambio-y-ese-cambio-se-llama-partido-socialista-obrero-espanol/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (14.09.2015): »›No estaremos con quienes han hecho los mayores recortes tras el 27S‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/entrevistas-actualidad/no-estaremos-con-quienes-han-hecho-los-mayores-recortes-tras-el-27s--124472/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015r): »César Luena: ›El PP hace el discurso del miedo por la mañana y la maleta por la tarde‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/cesar-luena-el-pp-hace-el-discurso-del-miedo-por-la-manana-y-la-maleta-por-la-tarde--123534/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015s): »González Veracruz: Los Presupuestos son un fraude y el futuro gobierno socialista los cambiará y hará justicia«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/gonzalez-veracruz-los-presupuestos-son-un-fraude-y-el-futuro-gobierno-socialista-los-cambiara-y-hara-justicia--123107/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (13.07.2015): »Gobiernos para el cambio seguro«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/791282-000000640041.pdf [Stand: 21.07.2020].

PSOE (22.06.2015): »Pedro Sánchez: ›España necesita un cambio de valores, de proyectos, de equipos, y ese cambio tiene que liderarlo el PSOE‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noti

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

cias-secretaria-general/pedro-sanchez-espana-necesita-un-cambio-de-valores-de-proyectos-de-equipos-y-ese-cambio-tiene-que-liderarlo-el-psoe--139522/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (17.06.2015): »Pedro Sánchez a Rajoy: ›A estas alturas de la legislatura el único cambio que esperan los españoles es el suyo al frente de la presidencia del Gobierno‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/pedro-sanchez-a-rajoy-a-estas-alturas-de-la-legislatura-el-unico-cambio-que-esperan-los-espanoles-es-el-suyo-al-frente-de-la-presidencia-del-go/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (16.06.2015): »César Luena: ›El Partido Socialista es la primera fuerza de la izquierda, y es la alternativa por la que pasan los cambios‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/entrevistas-secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/cesar-luena-el-partido-socialista-es-la-primera-fuerza-de-la-izquierda-y-es-la-alterna/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015t): »El cambio para el progreso seguro«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/sanchez-exige-a-rajoy-un-cambio-en-la-hoja-de-ruta-del-gobierno-tal-y-como-le-han-pedido-los-espanoles-el-24-m--121098/ [Stand: 21.07.2020].

PSOE (08.01.2015b): »Transcripción de la intervención de Pedro Sánchez en la reunión interparlamentaria del grupo socialista«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/media-content/2015/09/766091-000000617098.pdf [Stand: 21.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015u): »González Veracruz: ›Rajoy anda inquieto ante el cambio seguro que representa Pedro Sánchez‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/gonzalez-veracruz-rajoy-anda-inquieto-ante-el-cambio-seguro-que-representa-pedro-sanchez--123450/ [Stand: 17.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015v): »PILAR LUCIO: El Gobierno de Rajoy ha hecho retroceder a España cuatro décadas en materia medioambiental«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pilar-lucio-el-gobierno-de-rajoy-ha-hecho-retroceder-a-espana-cuatro-decadas-en-materia-medioambiental--124563/ [Stand: 23.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Crisis (económica)

PSOE (03.12.2015b): »Pedro Sánchez advierte de que cuatro años más de Rajoy es ›hacer desaparecer la hucha de las pensiones‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-advierte-de-que-cuatro-anos-mas-de-rajoy-es-hacer-desaparecer-la-hucha-de-las-pensiones/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (30.11.2015): »Meritxell Batet e Isabel Allende coinciden en la necesidad de que el 21-D haya un gobierno socialista que luche contra la desigualdad«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/meritxell-batet-e-isabel-allende-coinciden-en-la-necesidad-de-que-el-21-d-haya-un-gobierno-socialista-que-luche-contra-la-desigualdad/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015w): »Roberto Jiménez asegura que ›el PSOE es la única alternativa para acabar con las tres crisis: la económica, la social y la institucional causadas por Rajoy y el Partido Popular‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/roberto-jimenez-asegura-que-el-psoe-es-la-unica-alternativa-para-acabar-con-las-tres-crisis-la-economica-la-social-y-la-institucional-causadas-por-rajoy-y-el-partido-pop/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (05.11.2015): »César Luena: ›El CIS constata que el PSOE es el partido que prefieren los españoles para gobernar‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/cesar-luena-el-cis-constata-que-el-psoe-es-el-partido-que-prefieren-los-espanoles-para-gobernar/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (03.11.2015): »›Queremos derogar todo lo que tiene que ver con la precariedad‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/entrevistas-actualidad/queremos-derogar-todo-lo-que-tiene-que-ver-con-la-precariedad/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (02.11.2015b): »Jordi Sevilla: ›El mayor riesgo para la economía española y la salida de la crisis es la continuidad de Rajoy y de las políticas de la derecha‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/jordi-sevilla-el-mayor-riesgo-para-la-economia-espanola-y-la-salida-de-la-crisis-es-la-continuidad-de-rajoy-y-de-las-politicas-de-la-derecha/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (22.10.2015b): »Luz Rodríguez: ›El balance de la legislatura de Rajoy es menos empleo, más precariedad, más desigualdad y menos protección frente al desempleo‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

noticias-actualidad/luz-rodriguez-el-balance-de-la-legislatura-de-rajoy-es-menos-empleo-mas-precariedad-mas-desigualdad-y-menos-proteccion-frente-al-desempleo/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (20.10.2015): »Pedro Sánchez: ›El programa electoral del PSOE es un programa reformista y me lo tomo como un contrato que voy a cumplir‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-programa-electoral-del-psoe-es-un-programa-reformista-y-me-lo-tomo-como-un-contrato-que-voy-a-cumplir/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (15.10.2015): »Luz Rodríguez: La prioridad para el PSOE será ›generar empleos con derechos y salarios dignos‹, que es ›lo que más preocupa a los ciudadanos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/luz-rodriguez-la-prioridad-para-el-psoe-sera-generar-empleos-con-derechos-y-salarios-dignos-que-es-lo-que-mas-preocupa-a-los-ciudadanos/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (06.10.2015): »María González Veracruz: ›La salida de la crisis tiene que pasar por el conocimiento‹, una de las apuestas clave de los socialistas«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/maria-gonzalez-veracruz-la-salida-de-la-crisis-tiene-que-pasar-por-el-conocimiento-una-de-las-apuestas-clave-de-los-socialistas/ [Stand: 22.07.2020].

PSOE (25.08.2015): »Intervención de Pedro Sánchez en el debate de Presupuestos Generales del Estado 2016«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-a-rajoy-su-politica-ha-roto-espana--123625/ [Stand: 23.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015x): »Patxi López: ›Rajoy quiere sacarnos de la crisis, para llevarnos a la pobreza‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/patxi-lopez-rajoy-quiere-sacarnos-de-la-crisis-para-llevarnos-a-la-pobreza--122967/ [Stand: 23.07.2020].

PSOE (24.06.2015): »Pedro Sánchez a Rajoy: Usted no tiene ninguna credibilidad«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/pedro-sanchez-a-rajoy-usted-no-tiene-ninguna-credibilidad--139536/ [Stand: 23.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015y): »Manuel de la Rocha Vázquez: El Gobierno debe aprovechar el viento a favor de la economía para cambiar su rumbo«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/manuel-de-la-rocha-vazquez-el-gobierno-debe-aprovechar-el-vi

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ento-a-favor-de-la-economia-para-cambiar-su-rumbo--120895/ [Stand: 23.07.2020].

PSOE (19.05.2015): »Sánchez a Rajoy: Del paro se acuerdan los padres que ven emigrar a su hijos, los hijos que ven a sus padres sin empleo y los mayores con la pensión congelada que tienen que ayudarles«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/sanchez-a-rajoy-del-paro-se-acuerdan-los-padres-que-ven-emigrar-a-su-hijos-los-hijos-que-ven-a-sus-padres-sin-empleo-y-los-mayores-con-la-pensi/ [Stand: 23.07.2020].

PSOE (17.05.2015): »Pedro Sánchez: La ciudadanía ha perdido la confianza en Rajoy porque Rajoy nunca creyó en la ciudadanía«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-la-ciudadania-ha-perdido-la-confianza-en-rajoy-porque-rajoy-nunca-creyo-en-la-ciudadania--120559/ und https://www.salamanca24horas.com/agenda/pedro-sanchez-ciudadania-perdido-confianza-rajoy-porque-rajoy-nunca-creyo-ciudadania_891007_102.html [Stand: 23.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015z): »Pedro Sánchez: Rajoy ofrece a los jóvenes dos opciones: el INEM o el passaporte«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-rajoy-ofrece-a-los-jovenes-dos-opciones-el-inem-o-el-pasaporte--120349/ [Stand: 23.07.2020].

PSOE (08.05.2015): »El PSOE lamenta que España sea el primer país europeo multado por falsear su déficit público«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-lamenta-que-espana-sea-el-primer-pais-europeo-multado-por-falsear-su-deficit-publico--120223/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/lamenta-espana-primer-pais-multado-falsear-deficit-publico-257873-1.html [Stand: 23.07.2020].

PSOE (01.05.2015): »Pedro Sánchez está ›convencido‹ de que en 2015 ›se abrirá un tiempo nuevo en la política‹ con la recuperación de derechos laborales recortados por el PP y ›un nuevo Estatuto de los Trabajadores‹ aprobado por los socialistas«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/pedro-sanchez-esta-convencido-de-que-en-2015-se-abrira-un-tiempo-nuevo-en-la-politica-con-la-recuperacion-de-derechos-laborales-recortados-por-/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-1): »Pedro Sánchez: El PSOE abrirá un nuevo tiempo de política abierta y decente mientras que a Rajoy se le recordará por el paro, los impuestos y Bárcenas«, verfügbar unter: https://www.

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-psoe-abrira-un-nuevo-tiempo-de-politica-abierta-y-decente-mientras-que-a-rajoy-se-le-recordara-por-el-paro-los-impuestos-y-barcenas--117570/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-2): »Luz Rodríguez: Los datos del paro demuestran que estamos condenados a repetir los errores del pasado«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/luz-rodriguez-los-datos-del-paro-demuestran-que-estamos-condenados-a-repetir-los-errores-del-pasado--117381/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-3): »César Luena: ›El debate sobre el estado de la Nación lo perdió Rajoy y lo ganaron los españoles‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/cesar-luena-el-debate-sobre-el-estado-de-la-nacion-lo-perdio-rajoy-y-lo-ganaron-los-espanoles--117297/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (01.02.2015): »Pedro Sánchez: ›A ganas de ganar a la derecha al PSOE no le gana nadie‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-general/noticias-secretaria-general/pedro-sanchez-a-ganas-de-ganar-a-la-derecha-al-psoe-no-le-gana-nadie--138276/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-4): »Antonio Pradas: ›Lo peor que le puede pasar a los pensionistas, a los dependientes o a las personas con discapacidad es que Rajoy siguiera en el Gobierno‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/antonio-pradas-lo-peor-que-le-puede-pasar-a-los-pensionistas-a-los-dependientes-o-a-las-personas-con-discapacidad-es-que-rajoy-siguiera-en-el-gobierno--123821/ [Stand: 23.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-5): »Patxi López: Pedro Sánchez llevó al Congreso la España de los ciudadanos y ciudadanas que viven la realidad de este país«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/patxi-lopez-pedro-sanchez-llevo-al-congreso-la-espana-de-los-ciudadanos-y-ciudadanas-que-viven-la-realidad-de-este-pais--117227/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-6): »El PSOE expresa su preocupación por que se repita el patrón de crecimiento que nos llevó a la crisis«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-expresa-su-preocupacion-por-que-se-repita-el-patron-de-crecimiento-que-nos-llevo-a-la-crisis--117234/ [Stand: 24.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Podemos

PSOE (18.12.2015): »Pedro Sánchez: ›Ni naranja ni morado, el domingo, tarjeta roja a Rajoy‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-ni-naranja-ni-morado-el-domingo-tarjeta-roja-a-rajoy/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (16.12.2015): »PEDRO SÁNCHEZ: ›Rajoy es un problema para la democracia española‹ y el 20 de diciembre ›tenemos que decirle hasta aquí hemos llegado‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-rajoy-es-un-problema-para-la-democracia-espanola-y-el-20-de-diciembre-tenemos-que-decirle-hasta-aqui-hemos-llegado/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (15.12.2015): »PEDRO SÁNCHEZ: ›Hagamos dimitir con nuestro voto el próximo domingo al Presidente que tuvo que dimitir hace dos años‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-hagamos-dimitir-con-nuestro-voto-el-proximo-domingo-al-presidente-que-tuvo-que-dimitir-hace-dos-anos/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (12.12.2015): »Pedro Sánchez: ›El que no va a los debates, desprecia a la democracia y a los españoles y es otra razón más para ir a votar‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-que-no-va-a-los-debates-desprecia-a-la-democracia-y-a-los-espanoles-y-es-otra-razon-mas-para-ir-a-votar/ und https://www.lacerca.com/noticias/espana/pedro-sanchez-debates-desprecia-democracia-espanoles-razon-votar-288022-1.html [Stand: 24.07.2020].

PSOE (11.12.2015): »PEDRO SÁNCHEZ: ›El frente anti PSOE del PP, Ciudadanos y Podemos deja muy claro que votar al PSOE es votar por el cambio y no hacerlo es regalarlo a Rajoy‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-frente-anti-psoe-del-pp-ciudadanos-y-podemos-deja-muy-claro-que-votar-al-psoe-es-votar-por-el-cambio-y-no-hacerlo-es-regalarlo-a-rajoy/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (10.12.2015): »PEDRO SÁNCHEZ: ›Es escandaloso que Rajoy vea normal el cobro de comisiones por parte de un embajador y un diputado del PP. Los ciudadanos penalizarán también la corrupción‹ el 20-D«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-es-escandaloso-que-rajoy-vea-normal-el-cobro-de-comisiones-por-parte-de-un-embajador-y-un-diputado-del-pp-los-ciudadanos-penalizaran-tambien-la-corrupcion-/ [Stand: 24.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (ohne Datum 2015-7): »Pedro Sánchez: ›El PSOE es la garantía del cambio. No votar socialista significa regalar el voto al presidente del paro, la desigualdad y la corrupción que es Rajoy‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-psoe-es-la-garantia-del-cambio-no-votar-socialista-significa-regalar-el-voto-al-presidente-del-paro-la-desigualdad-y-la-corrupcion-que-es-rajoy/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (06.11.2015b): »Pedro Sánchéz [sic!]: ›La posición del PSOE es clara: vamos a derogar toda la reforma laboral y a aprobar un nuevo estatuto de los trabajadores que sea una carta de derechos laborales‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-la-posicion-del-psoe-es-clara-vamos-a-derogar-toda-la-reforma-laboral-y-a-aprobar-un-nuevo-estatuto-de-los-trabajadores-que-sea-una-carta-de-derechos-labor/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-8): »Patxi López: ›Rajoy no da la cara porque tiene miedo a la verdad, al debate, a Pedro Sánchez y a la democracia‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/patxi-lopez-rajoy-no-da-la-cara-porque-tiene-miedo-a-la-verdad-al-debate-a-pedro-sanchez-y-a-la-democracia/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-9): »Pedro Sánchez: ›El PP ha pasado de la mayoría absoluta a la soledad absoluta por las políticas que Rajoy ha planteado desde Moncloa‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-pp-ha-pasado-de-la-mayoria-absoluta-a-la-soledad-absoluta-por-las-politicas-que-rajoy-ha-planteado-desde-moncloa--121140/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-10): »Pedro Sánchez: ›El cambio que tiene que hacer Rajoy no es de personas, no es de ministros, sino de políticas‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-cambio-que-tiene-que-hacer-rajoy-no-es-de-personas-no-es-de-ministros-sino-de-politicas--121077/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (22.05.2015): »PEDRO SÁNCHEZ: Si de verdad queremos poner fin a los gobiernos del PP, hay que votar al Partido Socialista«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-si-de-verdad-queremos-poner-fin-a-los-gobiernos-del-pp-hay-que-votar-al-partido-socialista--120699/ und http://web.psoe.es/palmanord/news/785348/page/pedro-sanchez-de-verdad-queremos-poner-fin-los-gobiernos-del-pp-hay-que-votar-partido-socialista.html [Stand: 24.07.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

PSOE (ohne Datum 2015-11): »Sánchez dice que el voto al PP es ›para lo de siempre‹, el de Podemos y Ciudadanos ›para crear problemas‹ y el del PSOE, para ocuparse de la mayoría«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/sanchez-dice-que-el-voto-al-pp-es-para-lo-de-siempre-el-de-podemos-y-ciudadanos-para-crear-problemas-y-el-del-psoe-para-ocuparse-de-la-mayoria--120384/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-12): »CÉSAR LUENA: El PSOE sigue recuperándose, es la única alternativa a la derecha y Pedro Sánchez es el líder mejor valorado«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/conocenos/secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/noticias-secretaria-de-organizacion-y-accion-electoral/cesar-luena-el-psoe-sigue-recuperandose-es-la-unica-alternativa-a-la-derecha-y-pedro-sanc/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (28.04.2015): »El PSOE pregunta a Podemos si comparte la amnistía fiscal del Gobierno griego«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-pregunta-a-podemos-si-comparte-la-amnistia-fiscal-del-gobierno-griego--119796/ und https://www.lavanguardia.com/economia/20150428/54430275438/el-psoe-pregunta-a-podemos-si-comparte-la-amnistia-fiscal-del-gobierno-griego.html?facet=amp [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-13): »El PSOE advierte a Podemos e IU: No se puede mirar para otro lado ni ser ambiguos, hay que estar claramente en la defensa de la democracia y la libertad«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/el-psoe-advierte-a-podemos-e-iu-no-se-puede-mirar-para-otro-lado-ni-ser-ambiguos-hay-que-estar-claramente-en-la-defensa-de-la-democracia-y-la-libertad--117850/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-14): »Antonio Hernando: ›Monedero podría ser el Bárcenas de Podemos‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/antonio-hernando-monedero-podria-ser-el-barcenas-de-podemos--116499/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-15): »Pedro Sánchez: El PSOE es un partido de izquierdas que atrae al centro, que no es resignación, ni rupturismo, sino reformismo«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-psoe-es-un-partido-de-izquierdas-que-atrae-al-centro-que-no-es-resignacion-ni-rupturismo-sino-reformismo--115736/ [Stand: 24.07.2020].

PSOE (ohne Datum 2015-16): »PEDRO SÁNCHEZ: ›El PSOE ofrece una alternativa económica de recuperación justa a la clase media y trabajado-

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ra‹, frente a un PP que es el ›partido del fraude‹«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/pedro-sanchez-el-psoe-ofrece-una-alternativa-economica-de-recuperacion-justa-a-la-clase-media-y-trabajadora-frente-a-un-pp-que-es-el-partido-del-fraude--115680/ [Stand: 24.07.2020].

Podemos

Elecciones generales – Crisis económica

Podemos (07.11.2015): »Podemos Conseguirlo«, verfügbar unter: https://podemos.info/podemos-conseguirlo/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (22.10.2015): »Presentación del Consejo Internacional de Economía de Podemos«, verfügbar unter: https://podemos.info/empleo-digno-banca-publica-modelo-productivo-y-auditar-la-deuda-ejes-del-programa-economico-de-podemos/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (23.07.2015): »Errejón, sobre la caída del paro: ›Son empleos mal pagados y temporales que sólo reparten la miseria‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/errejon-sobre-la-caida-del-paro-son-empleos-mal-pagados-y-temporales-que-solo-reparten-la-miseria/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (08.07.2015): »Podemos espera tener listo en octubre un programa que acabe con la desigualdad«, verfügbar unter: https://podemos.info/podemos-espera-tener-listo-en-octubre-un-programa-que-acabe-con-la-desigualdad/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (03.05.2015): »Guerra de trincheras y estrategia electoral«, verfügbar unter: https://podemos.info/guerra-de-trincheras-y-estrategia-electoral/ [Stand: 05.08.2020].

Einzelartikel

Elecciones generales

Podemos (24.10.2015): »Podemos propone ›blindar‹ en la Constitución cinco grandes acuerdos«, verfügbar unter: https://podemos.info/podemos-propone-blindar-en-la-constitucion-cinco-grandes-acuerdos/ [Stand: 05.08.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Podemos (09.10.2015): »Podemos lleva a las calles sus propuestas de cambio«, verfügbar unter: https://podemos.info/podemos-lleva-a-las-calles-sus-propuestas-de-cambio/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (03.10.2015): »Carta abierta de Pablo Iglesias e Íñigo Errejón«, verfügbar unter: https://podemos.info/carta-abierta/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (28.09.2015): »Catalunya ¿Y ahora qué?«, verfügbar unter: https://podemos.info/catalunya-y-ahora-que/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (24.09.2015): »Pablo Iglesias: ›Catalanes, quédense y echemos juntos a Rajoy‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/pablo-iglesias-catalanes-quedense-y-echemos-juntos-a-rajoy/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (22.09.2015): »Rita Maestre: ›Madrid y Barcelona son ariete del cambio‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/rita-maestre-madrid-y-barcelona-son-ariete-del-cambio/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (06.09.2015): »›En esta sociedad todos somos posibles parias, nos abocan a un precipicio continuo‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/en-esta-sociedad-todos-somos-posibles-parias-nos-abocan-a-un-precipicio-continuo/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (18.08.2015): »Entrevista a Iñigo Errejón en Cadena Ser«, verfügbar unter: https://podemos.info/entrevista-a-inigo-errejon-en-cadena-ser/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (06.08.2015): »Valoración de la encuesta del CIS«, verfügbar unter: https://podemos.info/valoracion-de-la-encuesta-del-cis-2/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (05.08.2015): »Podemos asegura que el ›partido de la ilusión‹ empieza en septiembre«, verfügbar unter: https://podemos.info/podemos-asegura-que-el-partido-de-la-ilusion-empieza-en-septiembre/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (24.07.2015): »Las bases de Podemos avalan la candidatura de Pablo Iglesias para las elecciones generales«, verfügbar unter: https://podemos.info/las-bases-de-podemos-avalan-la-candidatura-de-pablo-iglesias-para-las-elecciones-generales/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (22.07.2015): »Pablo Iglesias en la Cadena Ser«, verfügbar unter: https://podemos.info/pablo-iglesias-en-este-ultimo-ano-y-medio-hemos-votado-mas-que-cualquier-otro-partido-en-anos/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (21.07.2015): »Consulta estatal«, verfügbar unter: https://podemos.info/consulta-estatal/ [Stand: 05.08.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Podemos (17.07.2015): »Podemos somete a referéndum su estrategia de alianzas territoriales«, verfügbar unter: https://podemos.info/podemos-somete-a-referendum-su-estrategia-de-alianzas-territoriales/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (02.07.2015): »Pablo Iglesias: ›Pensamos que Podemos es un nombre que puede encarnar el cambio en las generales‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/pablo-iglesias-la-patria-es-la-gente-y-eso-hace-compatible-el-concepto-de-patria-con-diferentes-identificaciones-nacionales/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (24.06.2015): »Pablo Iglesias: ›Me parece potentísima la imagen de nuestra gente en ayuntamientos y parlamentos‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/pablo-iglesias-me-parece-potentisima-la-imagen-de-nuestra-gente-en-ayuntamientos-y-parlamentos/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (20.06.2015): »glesias: [sic!] ›En política, como en el blues y el jazz, hay que saber improvisar‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/glesias-en-politica-como-en-el-blues-y-el-jazz-hay-que-saber-improvisar/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (18.06.2015): »Iglesias lanza la precampaña con un rechazo a un ›frente de izquierdas‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/iglesias-lanza-la-precampana-con-un-rechazo-a-un-frente-de-izquierdas/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (16.06.2015): »Pablo Iglesias comienza en Cádiz la ›Ruta del cambio‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/pablo-iglesias-comienza-en-cadiz-la-ruta-del-cambio/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (08.06.2015): »Podemos reafirma que tendrán papeleta propia en las próximas generales«, verfügbar unter: https://podemos.info/podemos-reafirma-que-tendran-papeleta-propia-en-las-proximas-generales/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (01.06.2015): »Primera propuesta de Podemos: pagar antes salarios sociales que dietas a altos cargos y publicidad institucional«, verfügbar unter: https://podemos.info/primera-propuesta-de-podemos-pagar-antes-salarios-sociales-que-dietas-a-altos-cargos-y-publicidad-institucional/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (28.05.2015): »Aprender a ganar«, verfügbar unter: https://podemos.info/aprender-a-ganar/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (27.05.2015): »Pablo Iglesias: ›Podemos apoyar investiduras del PSOE si rectifica y asume compromisos‹«, verfügbar unter: https://pode

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mos.info/pablo-iglesias-he-hablado-con-pedro-sanchez-se-ha-roto-el-hielo-y-existe-ya-un-canal-de-comunicacionel/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (25.05.2015a): »Llegó la primavera: reflexiones tras una jornada histórica«, verfügbar unter: https://podemos.info/llego-la-primavera-reflexiones-tras-una-jornada-historica/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (25.05.2015b): »Pablo Iglesias avisa a quienes den por hechos pactos«, verfügbar unter: https://podemos.info/pablo-iglesias-avisa-a-quienes-den-por-hechos-pactos/ [Stand: 05. 08.2020].

Podemos (25.05.2015c): »Pablo Iglesias: ›Nos vemos en disposición de ganar las elecciones generales‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/pablo-iglesias-nos-vemos-en-disposicion-de-ganar-las-elecciones-generales/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (21.05.2015): »Errejón: ›El día 25 mucha gente verá que no hay ningún apocalipsis‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/errejon-el-dia-25-mucha-gente-vera-que-no-hay-ningun-apocalipsis/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (10.05.2015): »Iglesias: ›A nosotros no nos compra nadie, y eso no nos lo perdonan‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/iglesias-a-nosotros-no-nos-compra-nadie-y-eso-no-nos-lo-perdonan/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (22.04.2015): »Manuela Carmena: ›La sociedad rechaza el modelo de capitalismo neoliberal que ha llegado a unos grados de crueldad inaceptables‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/manuela-carmena-la-sociedad-rechaza-el-modelo-de-capitalismo-neoliberal-que-ha-llegado-a-unos-grados-de-crueldad-inaceptables/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (09.04.2015): »Iglesias presenta a los 13 candidatos de Podemos como ›ciudadanos‹, no como ›políticos‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/13658/ [Stand: 05.08.2020].

Crisis económica

Podemos (28.10.2015): »Queremos, sabemos, Podemos«, verfügbar unter: https://podemos.info/queremos-sabemos-podemos/ [Stand: 05.08.2020].

Podemos (02.08.2015): »Jorge Moruno: ›La cuestión es que tenemos que abordar el presente y las oportunidades que nos ofrece‹«, verfügbar unter: https://podemos.info/jorge-moruno-la-cuestion-es-que-tenemos-que-abordar-el-presente-y-las-oportunidades-que-nos-ofrece/ [Stand: 05.08.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Podemos (19.07.2015): »Una nueva Transición«, verfügbar unter: https://podemos.info/una-nueva-transicion/ [Stand: 05.08.2020].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anlage 2: Korpus Oficina de Ciencia y Tecnología

Ciencia en el Parlamento (CeP)

Ciencia en el Parlamento (03.03.2021): »Nace la Oficina de Ciencia y Tecnología del Congreso«, verfügbar unter: https://cienciaenelparlamento.org/nace-la-oficina-de-ciencia/ [Stand: 12.03.2021].

Ciencia en el Parlamento (2021): »¿Qué es #CienciaenelParlamento?«, verfügbar unter: https://cienciaenelparlamento.org/que-es-cienciaenelparlamento/ [Stand: 23.02.2021].

Ciencia en el Parlamento (ohne Datum 2021a): »Estatutos«, verfügbar unter: https://cienciaenelparlamento.org/estatutos/ [Stand: 12.03.2021].

Ciencia en el Parlamento (ohne Datum 2021b): »FAQs«, verfügbar unter: https://cienciaenelparlamento.org/faqs/ [Stand: 12.03.2021].

Ciencia en el Parlamento (ohne Datum 2021c): »Twitter-Thread #cienciaenelparlamento«, verfügbar unter: https://twitter.com/search?q=%23CienciaenelParlamento2018&src=typed_query&f=live und »Quienes somos«, verfügbar unter: https://cienciaenelparlamento.org/quienes-somos/ [Stand: 13.03.2021].

Alvarez Bazán, Herless (2021): »¿Ciencia en el congreso? No es ciencia ficción, es urgente«, verfügbar unter: https://cienciaenelparlamento.org/ciencia-en-el-congreso/ und https://herlessalvarez.lamula.pe/2021/01/11/ciencia-en-el-congreso-no-es-ciencia-ficcion-es-urgente/herlessalvarez/ [Stand: 12.03.2021].

Ciencia en el Parlamento (17.10.2020): »Oportunidades para el asesoramiento científico parlamentario en España«, verfügbar unter: https://cienciaenelparlamento.org/oportunidades-asesoramiento-cientifico-parlamentario/ und https://cienciaenelparlamento.org/wp-content/uploads/2020/10/Informe-Ciencia-en-el-Parlamento-Oportunidades-para-el-asesoramiento

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

-cienti%CC%81fico-parlamentario-en-Espan%CC%83a_13Octubre2020.pdf [Stand: 12.03.2021].

Santillán-García, Azucena et al. (2020): »#CienciaenelParlamento: la necesidad de una oficina parlamentaria de asesoramiento científico y tecnológico«, Gac Sanit., S. 1-5, verfügbar unter: https://cienciaenelparlamento.org/cienciaenelparlamento-la-necesidad-de-una-oficina-parlamentaria-de-asesoramiento-cientifico-y-tecnologico-2/ [Stand: 12.03.2021].

Congreso de los Diputados

Congreso de los Diputados (02.03.2021): »El Congreso formaliza el convenio con la FECYT para implantar la Oficina de Ciencia y Tecnología en el Parlamento«, verfügbar unter: https://drive.google.com/file/d/1QqkqPBRVPkByXoOcrT7R86OrAuAoDgUK/view [Stand: 12.03.2021].

Congreso de los Diputados/FECYT (2021): »Convenio entre el congreso de los diputados y la fundación española para la ciencia y la tecnología F.S.P. para el desarollo de la oficina de ciencia y tecnología del congreso de los diputados«, verfügbar unter: https://drive.google.com/file/d/15jQIm5zotYAtb-ID7r-PJLIOLF4O1IQ7/view [Stand: 12.03.2021].

Mesa del Congreso de los Diputados (15.12.2020): »La Mesa del Congreso acuerda por unanimidad implantar la Oficina de Ciencia y Tecnología en el Parlamento mediante un convenio con FECYT«, verfügbar unter: https://drive.google.com/file/d/1nsCa3f2vHu1hnCxa2w4nEoMB-eZyFVqR/view [Stand: 13.03.2021].

Congreso de los Diputados (03.12.2018): »La Mesa aprueba el presupuesto del Congreso para 2019«, verfügbar unter: https://www.congreso.es/web/guest/notas-de-prensa?p_p_id=notasprensa&p_p_lifecycle=0&p_p_state=normal&p_p_mode=view&_notasprensa_mvcPath=detalle&_notasprensa_notaId=31589 [Stand: 13.03.2021].

Congreso de los Diputados (08.06.2018): »Boletín Oficial de las Cortes Generales. Congreso de los Diputados. XII Legislatura«, Serie D: General, Número 365, verfügbar unter: https://www.congreso.es/public_oficiales/L12/CONG/BOCG/D/BOCG-12-D-365.PDF [Stand: 13.03.2021].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Fundación Española para la ciencia y la tecnología (FECYT)

Fundación Española para la ciencia y la tecnología (FECYT) (02.03.2021): »FECYT y el Congreso de los Diputados firman un convenio para poner en marcha la Oficina de Ciencia y Tecnología en el Parlamento«, verfügbar unter: https://www.fecyt.es/es/noticia/fecyt-y-el-congreso-de-los-diputados-firman-un-convenio-para-poner-en-marcha-la-oficina-de [Stand: 12.03.2021].

Fundación Española para la ciencia y la tecnología (FECYT) (16.10.2018): »Segundas sesiones preparatorias de #CienciaenelParlamento2018«, verfügbar unter: https://www.fecyt.es/es/noticia/segundas-sesiones-preparatorias-de-cienciaenelparlamento2018 [Stand: 12.03.2021].

Fundación Española para la ciencia y la tecnología (FECYT) (02.07.2018): »Asesores científicos se preparan para llevar la ciencia al Parlamento«, verfügbar unter: https://www.fecyt.es/es/noticia/asesores-cientificos-se-preparan-para-llevar-la-ciencia-al-parlamento [Stand: 12.03.2021].

Presseberichte und -mitteilungen aus 2018-2020

Cuartopoder (2020): »El Congreso creará una oficina de asesoría académica para que haya Ciencia en el Parlamento«, Cuartopoder, 6.10.2020, verfügbar unter: https://www.cuartopoder.es/espana/2020/10/06/el-congreso-creara-una-oficina-de-asesoria-academica-para-que-haya-ciencia-en-el-parlamento/ [Stand: 23.02.2021].

EFE (2020): »El Congreso se inclina por la FECYT para tener asesoramiento científico«, Agencia EFE, 15.12.2020, verfügbar unter: https://www.efe.com/efe/espana/efefuturo/el-congreso-se-inclina-por-la-fecyt-para-tener-asesoramiento-cientifico/50000905-4419721 [Stand: 23.02.2021].

Souto Salom, Manuel (2019): »Batet se compromete a poner en marcha la Oficina de Asesoramiento Científico«, Huffington Post, 10.06.2019, verfügbar unter: https://www.huffingtonpost.es/entry/batet-se-compromete-a-poner-en-marcha-la-oficina-de-asesoramiento-cientifico_es_5cfd67dce4b02ee34778e6ea [13.03.2021].

Domínguez, Nuño (2018): »El Congreso dedica 200.000 euros a la nueva oficina de ciencia y tecnología«, El País, 10.12.2018, verfügbar unter: https://elpais.com/elpais/2018/12/06/ciencia/1544095450_022844.html [Stand: 12.03.2021].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Pinto, Teguayco (2018): »La larga lista de tareas pendientes que ha dejado Rajoy a Sánchez para recuperar la ciencia española«, El Diario, 04.06.2018, verfügbar unter: https://www.eldiario.es/sociedad/politica-cientifica-sanchez-rajoy-i-d_1_2089281.html [Stand: 12.03.2021].

Europapress (2018): »El Congreso inaugura la iniciativa ›Ciencia en el Parlamento‹ para asesorar a diputados sobre temas científicos«, Europapress, 06.11.2018, verfügbar unter: https://www.europapress.es/ciencia/noticia-congreso-inaugura-iniciativa-ciencia-parlamento-asesorar-diputados-temas-cientificos-20181106123820.html [Stand: 12.03.2021].

N+1 (2018): »El Congreso de los Diputados de España podría tener esta legislatura una Oficina de Ciencia y Tecnología«, N+1, 07.11.2018, verfügbar unter: https://nmas1.org/news/2018/11/07/espana-oficina-ciencia-tecnologi [Stand: 12.03.2021].

Rodríguez, Carlos B. (2018): »El Parlamento espera estrenar oficina de Ciencia y Tecnología esta legislatura«, Gaceta Médica, 08.11.2011 verfügbar unter: https://gacetamedica.com/politica/el-parlamento-espera-estrenar-oficina-de-ciencia-y-tecnologia-esta-legislatura-gn1807901/ [Stand: 12.03.2021].

Conferencia de Rectores de las Universidades Españolas (CRUE) (06.11.2018): »Ciencia en el Parlamento es una iniciativa para no jorobar la puesta en marcha de un modelo tecnológico para el país«, verfügbar unter: http://acreditacion.crue.org/Comunicacion/Noticias/Ciencia%20en%20el%20Parlamento.aspx [Stand: 12.03.2021].

Spanisches Wissenschaftsministerium (2018): »El Congreso de los Diputados acoge la primera jornada de ›Ciencia en el Parlamento 2018‹«, verfügbar unter: https://www.ciencia.gob.es/portal/site/MICINN/menuitem.edc7f2029a2be27d7010721001432ea0/?vgnextoid=7ce6a1a0899e6610VgnVCM1000001d04140aRCRD&vgnextchannel=4346846085f90210VgnVCM1000001034e20aRCRD [Stand: 12.03.2021].

PSOE (06.11.2018): »El PSOE aplaude la creación de una oficina de asesoramiento científico en el Parlamento«, verfügbar unter: https://www.psoe.es/congreso/noticias-congreso/el-psoe-aplaude-creacion-de-oficina-de-asesoramiento-cientifico-en-parlamento/ [Stand: 12.03.2021].

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kulturwissenschaft

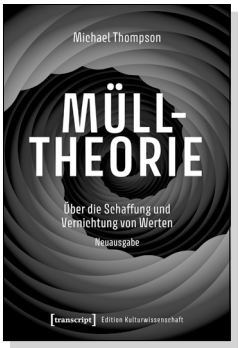


Tobias Leenaert

Der Weg zur veganen Welt

Ein pragmatischer Leitfaden

Januar 2022, 232 S., kart., Dispersionsbindung,
18 SW-Abbildungen
20,00 € (DE), 978-3-8376-5161-4
E-Book:
PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5161-8
EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5161-4



Michael Thompson

Mülltheorie

Über die Schaffung und Vernichtung von Werten

2021, 324 S., kart., Dispersionsbindung, 57 SW-Abbildungen
27,00 € (DE), 978-3-8376-5224-6
E-Book:
PDF: 23,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5224-0
EPUB: 23,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5224-6



Erika Fischer-Lichte

Performativität

Eine kulturwissenschaftliche Einführung

2021, 274 S., kart., Dispersionsbindung, 3 SW-Abbildungen
23,00 € (DE), 978-3-8376-5377-9
E-Book:
PDF: 18,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5377-3

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kulturwissenschaft

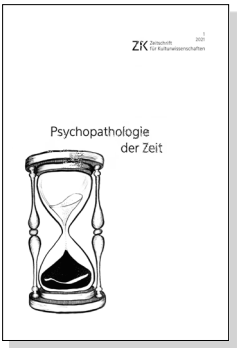


Stephan Günzel

Raum

Eine kulturwissenschaftliche Einführung

2020, 192 S., kart.
20,00 € (DE), 978-3-8376-5217-8
E-Book:
PDF: 16,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5217-2

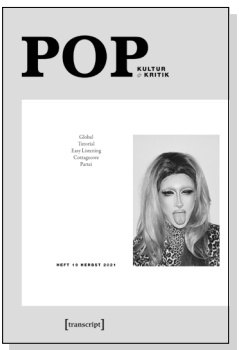


Maximilian Bergengruen, Sandra Janßen (Hg.)

Psychopathologie der Zeit

Zeitschrift für Kulturwissenschaften, Heft 1/2021

Januar 2022, 176 S., kart.
14,99 € (DE), 978-3-8376-5398-4
E-Book:
PDF: 14,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5398-8



Thomas Hecken, Moritz Baßler, Elena Beregow, Robin Curtis, Heinz Drügh, Mascha Jacobs, Annekathrin Kohout, Nicolas Pethes, Miriam Zeh (Hg.)

POP

Kultur und Kritik (Jg. 10, 2/2021)

2021, 176 S., kart.
16,80 € (DE), 978-3-8376-5394-6
E-Book:
PDF: 16,80 € (DE), ISBN 978-3-8394-5394-0

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

https://doi.org/10.14361/9783839462072 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -